

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Bericht 2022 des Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland

Ostdeutschland. Ein neuer Blick.

Vorwort

Es ist Zeit für einen neuen Blick auf Ostdeutschland. In den Jahren nach der Wiedervereinigung standen häufig die Defizite des Ostens im Fokus: die niedrige Wirtschaftskraft, die schlechtere Infrastruktur, die hohe Abwanderung. Der Vergleichsmaßstab war dabei stets der Westen, zu dem der Osten aufschließen sollte.

Vielen Menschen erschien der Blick auf das, was noch fehlt, das, was aufgeholt werden muss, als die selbstverständliche Perspektive. Mehr noch: Wenn die Medien über den Osten berichteten, dann allzu oft mit negativen Assoziationen. Wir alle kennen die Berichte über Nazis, Doping und die Stasi. Sie haben dazu beigetragen, dass sich in vielen Köpfen ein einseitiges und verzerrtes Bild vom Osten festgesetzt hat.

Dabei gibt es „den“ Osten gar nicht. Die Entwicklungspfade einzelner Regionen sind sehr unterschiedlich – und sie werden nicht mit der Zeit verschwinden. Das gilt übrigens auch für Westdeutschland: Saarland und Baden-Württemberg haben ebenso unterschiedliche strukturelle Voraussetzungen in die Deutsche Einheit eingebracht wie Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen. Und heute haben auch Teile Westdeutschlands mit strukturellen Problemen zu kämpfen, die bewältigt werden müssen. Umgekehrt haben ostdeutsche Besonderheiten und Stärken das vereinte Deutschland an vielen Stellen bereichert und müssen

bestehen bleiben. Kurzum: Das vereinte Deutschland ist heute kein „Westdeutschland plus“, sondern ein vollständig neues Land – und das ist auch gut so!

Mit diesem Bericht möchte ich ein differenziertes, realistisches Bild vom heutigen Osten vermitteln und die Potentiale des modernen Ostdeutschlands herausstellen. Ostdeutschland hat in den vergangenen drei Jahrzehnten einen tiefgreifenden Umbruch erlebt und musste sich mehrfach neu erfinden. Diese Erfahrungen waren hart und schmerzhaft. Doch vielerorts sind auch eine neue Energie und Dynamik, eine Aufbruchstimmung und gerade in der jüngsten Zeit ein neues Selbstbewusstsein entstanden.

Kein Zweifel: Der Osten hat sich in den vergangenen Jahren gut entwickelt, in Teilen boomt er sogar. Neue Firmen siedeln sich an und alte expandieren. Die Arbeitslosigkeit ist gesunken. Und die Infrastruktur kann mittlerweile vielerorts mit anderen Wachstumsregionen mithalten, auch dank Milliardeninvestitionen des Bundes.

Es ist ja kein Zufall, dass sich in den letzten Jahren große internationale Konzerne für den Standort Ostdeutschland entschieden haben. Der Chip-Hersteller Intel wird in Magdeburg rund 17 Milliarden Euro investieren, während der Autobauer Tesla in Grünheide in Brandenburg mit der „Giga-factory“ seinen ersten Produktionsstandort in Europa gebaut hat. Bundeskanzler Olaf Scholz hat es auf den Punkt gebracht: „Der Osten Deutschlands ist inzwischen in vielerlei Hinsicht eine der attraktivsten Wirtschaftsregionen Europas.“

Diese Erkenntnis spricht sich inzwischen auf der ganzen Welt herum. In internationalen Zeitungen wie der *Financial Times* oder im *Guardian* sind ausführliche Artikel über die ostdeutschen Ansiedlungserfolge erschienen. Die *Financial Times* beschreibt etwa, wie die ökonomische Landkarte Deutschlands gerade neu gezeichnet wird. Und sie nennt die Erfolgsfaktoren: die hochmotivierten Arbeitnehmer, der Vorsprung bei den erneuerbaren Energien, eine kooperative Verwaltung sowie alte Industrie-Traditionen. Diese Stärken müssen wir weiter ausbauen.

„Der Osten Deutschlands ist inzwischen in vielerlei Hinsicht eine der attraktivsten Wirtschaftsregionen Europas.“

Ostdeutschland ist im Aufwind. Zumindest grundsätzlich gesprochen. Andererseits steht der Osten weiterhin vor großen Herausforderungen, die politische Antworten erfordern – allen voran die aktuell unsichere Energieversorgung und die stark gestiegenen Preise in Folge des russischen Angriffskrieges. Sie sind für die ostdeutsche Bevölkerung besonders bedrohlich: Im Osten sind die

Einkommen immer noch deutlich niedriger als in Westdeutschland, die Bürgerinnen und Bürger verfügen über weniger Rücklagen und kaum Vermögen. Umso wichtiger ist es, dass der gesetzliche Mindestlohn ab Oktober 2022 steigt und der Staat die Menschen mit geringen und mittleren Einkommen unterstützt. Die Bundesregierung setzt alles daran, das Land sicher durch die Energiekrise zu führen.

Unabhängig von der aktuellen Krise bleibt das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe für die Politik in Bund und Ländern. Gerade viele ostdeutsche Regionen sind nach wie vor strukturschwach und – damit eng verbunden – leiden unter einer ungünstigen demografischen Entwicklung. Noch immer bedarf es im Osten eigener Entwicklungsstrategien und Unterstützung dabei, von einer strukturell schlechteren Ausgangsposition die innovativen Zukunftstrends zu nutzen.

Dies betrifft insbesondere auch den Arbeits- und Fachkräftemangel, der im Osten bereits heute eklatant ist (und auch Westdeutschland zunehmend erreicht). Dem „Betriebspanel Ostdeutschland“ zufolge suchte selbst im zweiten Pandemiejahr 2021 mehr als jeder dritte ostdeutsche Betrieb (36%) Fachkräfte – rund drei Prozentpunkte mehr als in Westdeutschland. Hochgerechnet ergab sich ein Bedarf von bis zu 550.000 Fachkräften in Ostdeutschland für 2021. Wir müssen alles tun, damit der Arbeitskräftebedarf nicht zur Wachstumsbremse wird.

Der Bericht des Beauftragten für Ostdeutschland ist ein Novum. Er soll künftig im Wechsel mit dem Bericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit erscheinen, ausgewählte thematische Schwerpunkte präsentieren und dabei auch individuelle Blickwinkel zulassen.



Andreas Muhs (Ostkreuz): Paul-Löbe-Haus



Carsten Schneider, Staatsminister beim Bundeskanzler und Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland

„Für diesen Bericht habe ich Gastautorinnen und -autoren eingeladen, ihren jeweils eigenen Blick auf den Stand der Einheit und auf Ostdeutschland zu schildern.“

Der vorliegende Bericht benennt die zentralen Herausforderungen für Ostdeutschland und erläutert die politischen Vorhaben der Bundesregierung, mit denen wir den Osten weiter stärken wollen. Dabei geht es etwa um eine vorausschauende Struktur- und Industriepolitik und den Ausbau der Erneuerbaren Energien, aber auch um Maßnahmen, damit endlich mehr Ostdeutsche in Führungspositionen gelangen. Dass einer Studie der Universität Leipzig zufolge bei einem Bevölkerungsanteil von 17% nur 3,5% der bundesweiten Führungspositionen von Ostdeutschen besetzt werden, kann so nicht bleiben.

Außerdem stellt der Bericht das geplante „Zukunftszentrum Deutsche Einheit und Europäische Transformation“ vor, das Bundesregierung und Bundestag im Frühjahr 2022 beschlossen haben. Diese neue Institution soll zu einem zentralen Ort

der Auseinandersetzung um die Einheit und die Transformation in Mittel- und Osteuropa werden. Auf dieser Basis können Lösungsansätze für die aktuellen Herausforderungen der Zeit entstehen.

Für diesen Bericht habe ich Gastautorinnen und -autoren eingeladen, ihren jeweils eigenen Blick auf den Stand der Einheit und auf Ostdeutschland zu schildern. Diese Texte sind nach vorn gerichtet und machen Mut. Sie zeigen unter anderem die Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements, die Stärke der Kultur – und den ungebrochenen Gestaltungswillen der Menschen im Osten. Die Bürgerinnen und Bürger sind kreativ und nehmen ihre Zukunft selbst in die Hand. Ich bin überzeugt: Gerade in Krisenzeiten können wir auf die große Kraft des gemeinschaftlichen Handelns vertrauen. Der Staat unterstützt dieses Engagement, wo immer möglich.

Die Mentalitätsunterschiede zwischen Ost und West, die es nach wie vor gibt und die auch in diesem Bericht eine Rolle spielen, haben ihre Ursache nicht nur in der deutschen Teilung bis 1989/90, sondern gerade auch in der nachfolgenden Zeit großer Umbrüche im Osten. Mit dieser bewegten Phase haben sich in der jüngsten Zeit viele jüngere Künstlerinnen und Künstler auseinandergesetzt – eine Zeit der Unsicherheit, Perspektivlosigkeit und gefühlten Anarchie. Der alte Staat existierte nicht mehr, der neue hatte noch brüchige Strukturen und zum Teil keine Autorität. Über die „Baseballschlägerjahre“ in den neunziger Jahren und die ostdeutsche Identität sind gleich mehrere lesenswerte Romane entstanden.

Ich selbst war in dieser Zeit ein Jugendlicher und kann mich sehr gut daran erinnern. Die furchtbaren rassistischen Angriffe auf Asylbewerber und ehemalige vietnamesische Vertragsarbeiter in Rostock-Lichtenhagen vor genau 30 Jahren waren der Weckruf für mein eigenes politisches Engagement. Damit war ich nicht allein: Hunderttausende haben sich seither gegen Rassismus und für unsere Demokratie engagiert. Wichtige Initiativen sind entstanden, im Osten zum Beispiel die Mobilen Beratungsteams, die Betroffene von Rassismus unterstützen und mittlerweile auch in Westdeutschland arbeiten. Die demokratische Zivilgesellschaft hat einen großen Anteil daran, dass viele heute stolz darauf sind, aus Ostdeutschland zu stammen oder dort zu leben.

Es ist in unserem ureigenen Interesse, gegen den Rechtsextremismus, gegen Vorurteile und für ein weltoffenes Deutschland zu kämpfen – für Vielfalt, Toleranz und Demokratie. Diese Frage wird mit darüber entscheiden, ob der Osten eine Zukunftsregion bleibt. Denn Einwanderung ist die große Chance gerade für den Osten. Von ihr hängen die wirtschaftliche Entwicklung und die Daseinsfürsorge entscheidend ab. Das moderne

Ostdeutschland muss eine moderne Einwanderungsregion sein. Dafür werbe ich auf meinen vielen Reisen durch Ostdeutschland immer wieder.

Dieser Bericht macht deutlich, dass die Bundesregierung die Bedürfnisse des Ostens genau im Blick hat. Mit der Ansiedlung im Bundeskanzleramt wurde der Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland in dieser Wahlperiode institutionell gestärkt. Dass ich dieses Amt ausfüllen darf, ist mir eine besondere Ehre.

Ich danke allen Gastautorinnen und -autoren für ihre spannenden und klugen Beiträge.

Ihnen wünsche ich viel Freude beim Lesen!

Mit herzlichen Grüßen

Carsten Schneider



Oben: Espen Eichhöfer (Ostkreuz): Klimastreikdemonstration
Links: Andreas Muhs (Ostkreuz): Ehemaliger Verlauf Berliner Mauer
Unten: Andreas Muhs (Ostkreuz): Wochenmarkt

Inhalt

Vorwort	3
Teil A: Ostdeutschland heute	10
<i>Annette Simon</i> Wie kann zusammengehören, was gewachsen ist?	11
<i>Torsten Pötzsch</i> Kohle allein schafft noch keinen Wandel der Strukturen.	16
<i>Andreas Willisch</i> Soziale Innovationen, Transformation und Vertrauen.	22
<i>Nina Kummer</i> Chemnitz: Hauptsache weg?	26
<i>Marco Buch</i> Buckow – kaum wiederzuerkennen.	30
<i>Jeannette Gusko</i> Das Potential der Wendekinder.	34
<i>Jörg Kotterba</i> „Ich liebe Brandenburg.“	40
<i>Almut Undisz</i> Das Zauberwort heißt Freiheit.....	44
<i>Frank Willmann</i> Fußball in Ostdeutschland 2022 am Beispiel von Magdeburg, Jena und Rasenball Leipzig	48
<i>Sebastian Händschke</i> Gründen im Osten – Machen statt Posen: „Optical Valley“ Jena und mehr.	54
<i>Anne Hahn</i> Lebus – Eine Spurensuche.	58
<i>Katharina Warda</i> Das Pogrom in Rostock-Lichtenhagen – Zäsur, Symbol, Folgen.	64
<i>Jürgen Wertheimer und Florian Rogge</i> Nachwende-Literatur und Ost-West-Stereotypen.	68
<i>Simone Borris</i> Neue Dynamik für Magdeburg.	74
<i>Irina Scherbakowa</i> Sowjetische Kriegsdenkmäler – was bleibt? Am Beispiel Treptow.....	80
Teil B: Deutschland-Monitor: Einstellungen zu Demokratie und Politik in Deutschland	88
Teil C: Für gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West: Vorhaben der Bundesregierung in der 20. Legislaturperiode	118
Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation	120
Politik für Innovation, wirtschaftliche Entwicklung und Klimaschutz	124
Regionalentwicklung in den ostdeutschen Kohleregionen	130
Ansiedlung von Bundeseinrichtungen in Ostdeutschland	136
Arbeits- und sozialpolitische Strategien für Ostdeutschland	140
Mehr Ostdeutsche in Führungspositionen!	144
Freiwilliges Engagement in Ostdeutschland, Extremismusbekämpfung und Demokratieförderung	148
Impressum und Abbildungsverzeichnis	154



Teil A:

Ostdeutschland heute

Es gibt nicht die eine, maßgebliche Sicht auf die Deutsche Einheit und den Osten. 15 Autorinnen und Autoren analysieren, wo wir heute stehen und was die Zukunft bringen kann. Sie schildern ihre Erfahrungen bei der Mitgestaltung von Kultur, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Sie berichten über ihre Erlebnisse, Erwartungen und Erfolge. Aus ganz verschiedenen, individuellen Perspektiven.

Wie kann zusammengehören, was gewachsen ist?

Wege zu einer gemeinsamen deutschen Identität

von Annette Simon

1. Im Transformationsprozess seit 1990 kam es zu einem grundlegenden Kulturwandel in den neuen Bundesländern. Es trafen in diesem Prozess zwei verschiedene gesellschaftliche Kulturen aufeinander, von denen sich die eine, westdeutsche, als die ökonomisch effizientere erwies. Sie stellte sich selbst auch in einer Vielzahl von Werten als die tatsächlich oder auch vermeintlich überlegene dar. Zwangsläufig wurden dabei alte Ideale der Ostkultur in Frage gestellt und es kam zu einer Konfrontation der Kulturen. Sie war zunächst wenig transparent und wurde von der Ostseite nicht zugespitzt ausgetragen. Zunehmend wird diese Konfrontation aber benannt, anerkannt und auf verschiedene Art auch diskutiert.

In so einem Prozess bleibt es nicht aus, dass es zusätzlich zu den ökonomischen Verwerfungen, die bis an die existenziellen Fundamente reichten, auch zum Infragestellen von Idealen, vom Sinn des bisher gelebten Lebens auf der Ost-Seite kam. Dies ging und geht auch mit Gefühlen wie Beschämung und Entwertung einher. Falls diesen Entwertungen nichts entgegengesetzt wird, sie nicht gesellschaftlich aufgefangen werden, entsteht eine Verbitterung, die sich in Wut, Trotz und Gewalt Bahn bricht.

Eine solche Infragestellung konnte und kann jedoch auch Selbsterkenntnis und einen produktiven Neu-

beginn in Gang setzen, vor allen Dingen dann, wenn auch auf der West-Seite Veränderungsprozesse einsetzen. Gerade die Reflektion über die produktiven Veränderungen des Vereinigungsprozesses, aber auch über seine Fehler und Verwerfungen, schafft Verbindung über vermeintliche Gräben hinweg.

Wenn weite Teile der deutschen Gesellschaft in einer offenen und produktiven Auseinandersetzung mit der Geschichte unseres Landes – und gerade auch der Geschichte der Vereinigung – diesen Zusammenschluss besser verstehen können, sind sie nicht gezwungen, die Fehler dieses Prozesses in der Gegenwart zu wiederholen. So kann das vereinte Land seine Zukunft freier gestalten.

2. Was anstünde, wäre, die beiden lange getrennten und jetzt vereinten Kulturen wieder zu einem gemeinsamen Gebilde mit gemeinsamen Idealen zu formen. Da sind im Vereinigungsprozess, der eben ein Beitritt war und keine Vereinigung auf Augenhöhe, grundsätzliche Dinge nicht zur Gestaltung gekommen. Es wurde keine neue gemeinsame Verfassung geschaffen und es wurden keine neuen gemeinsamen Symbole gesucht. (z. B. Feiertage, Nationalhymne usw.). Es könnten aber auch jetzt noch neue, gemeinsame Symbole gesucht und geschaffen werden. So könnte z. B. der 3. Oktober zu einem Feiertag der Demokratie gemacht werden.



Frank Schirrmeyer (Ostkreuz): Jahrestag der Friedlichen Revolution, Berlin, Alexanderplatz .

Die Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ hat im Dezember 2020 dazu sehr differenzierte und brauchbare Vorschläge erarbeitet und veröffentlicht. Es geht um eine Identifikation mit der Bundesrepublik, mit Deutschland als Demokratie, die ihre Verschiedenheit akzeptiert. Die Frage ist dabei nicht die des Zusammenwachsens. Es geht vielmehr darum, wie zusammengehören kann, was gewachsen ist?

3. Die deutsche Geschichte hält in der jüngsten Vergangenheit dazu gute Identifikationsmöglichkeiten bereit:

- die Entwicklung der demokratischen Kultur der Bundesrepublik bis 1989;
- die Oppositionsbewegung und die Friedliche Revolution in der DDR 1989;
- die bisher geleistete geschichtliche und inzwischen auch seelisch-moralische Aufarbeitung des Nationalsozialismus, die sich in der Welt sehen lassen kann;
- die Bereitschaft zur Aufnahme von Migranten, die besonders bei der Aufnahme der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine einen neuen solidarischen Höhepunkt erreicht hat.

Diese positiven Identifikationsmöglichkeiten mit unserer gemeinsamen Geschichte sollten verstärkt

Annette Simon,

Psychologin, Psychoanalytikerin. In den 70er und 80er Jahren aktiv in oppositionellen Gruppen in der DDR, 1989 im Neuen Forum. Publiziert zu den psychosozialen Prozessen der deutschen Vereinigung. Mitglied der Regierungskommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“.

sowie lebendiger und zur Identifikation einladender vermittelt werden – durch Eltern und Lehrerinnen und Lehrer, durch die öffentlichen und gesellschaftlichen Institutionen.

4. Ohne Zweifel unterliegen inzwischen alle Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik auf Grund von Globalisierung und Digitalisierung einem hohen kulturellen Druck: Durchorganisiertheit, ständige Erreichbarkeit, dauernde Präsenz im Arbeitsprozess, aber auch in Familie und Freundeskreisen, sowie ein Überdruck durch Dauerinformiertheit – dies sind Merkmale des kapitalistischen Gegenwartsalltags. Hinzu kommen in letzter Zeit die besonderen Herausforderungen der Pandemie, der Klimakrise und des Krieges in der Ukraine.

Die meisten begegnen diesem Druck mit individuellen Strategien, mitunter durch Vereinzelung. Gerade hier wären „analoge“ Identifikationsangebote im Kleinen wichtig: Gruppen, denen man sich zugehörig fühlen kann und die das Bedürfnis nach Kommunikation und gemeinsamen Zielen befriedigen.

Da gibt es in den alten Bundesländern seit Jahren gewachsene Strukturen: Sportvereine, Chöre, Kirchengemeinden, zivile Bürgervereine und vieles mehr. Aber gerade diese Strukturen sind teilweise im Osten weggebrochen und müssen neu gestaltet und intensiv gefördert werden.

5. Wie kann zweifelnden Deutschen in Ost und West vermittelt werden, dass wir den oben genannten Herausforderungen der Zukunft nur mit demokratischen Strukturen begegnen können? Dass nur die Demokratie die Vielfalt und das Spiel der Kräfte ermöglicht, und dass eine ihrer Grundkonstanten die Akzeptanz von Verschiedenheit und Anderssein ist?

Da wir alle erleben, wie unter den Bedrohungen der Gegenwart und Zukunft zu primitiven psychischen Abwehrmechanismen wie Spaltung, Abwertung des Anderen und Verbreitung von

paranoiden Verschwörungstheorien gegriffen wird, ist meines Erachtens zunächst die Anerkennung der tatsächlichen Bedrohung wichtig. Das Gefühl der Bedrohung eint uns. Danach müsste es aber um etwas gehen, was wir in der Psychoanalyse das Erreichen der depressiven Position nennen. Damit ist keineswegs eine Depression gemeint. Die bessere Bezeichnung wäre „realistische oder schöpferische Trauer“, d. h. die Fähigkeit trauern zu können, um sich dann mit Hoffnung zu verbinden. Es geht dabei um die wirkliche Anerkennung von realen Verlusten wie z. B. des Alltagslebens in der DDR oder des Verlusts von Sicherheit und Geborgenheit in der heutigen Welt. Es geht um Trauer statt Wut. Dazu gehört außerdem, sich von unrealistischen Fantasien verabschieden zu können und auch die eigene Aggressivität und Feindseligkeit anzuerkennen, um sie nicht im anderen zu verorten. Das alles bedeutet das Zulassen von seelischem Schmerz, um ihn in einem zweiten Schritt überwinden zu können. Wenn man sich in diesem Prozess mit anderen verbinden könnte, wäre das besonders hilfreich.

6. Auf welche Weise man gesamtgesellschaftlich seelischen Schmerz eher anerkennen und zulassen könnte, als ihn zu bekämpfen, ist eine wichtige Frage. Beispielhaft erscheinen mir hier die Reden von Frank-Walter Steinmeier zum 75. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz, die er am 23. Januar 2020 in Yad Vashem und am 29. Januar 2020 im Deutschen Bundestag gehalten hat. Zum gemeinsamen Ansehen, Anerkennen und Bewältigen von Schmerz und Trauer fallen mir nur das weitere Fördern einer Diskussions- und Gesprächskultur ein, in der man sich in der Bedrohung miteinander verbindet. Dazu wären auch die Medien und die Anstalten des öffentlichen Rechts mehr als bisher – und eventuell auch anders – gefordert.

Und – last but not least – das Fördern und die Anerkennung des hohen Stellenwerts von Kunst, die uns in all ihren Facetten immer wieder Modelle zur Anerkennung und Überwindung seelischen Schmerzes zur Verfügung stellt.

Literatur:

Freud, Sigmund: Die Zukunft einer Illusion (1927)

Mitscherlich, Alexander und Margarete: Die Unfähigkeit zu trauern (1967)

Abschlussbericht der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ (2020)

Simon, Annette: Wut schlägt Scham: 1989 und die AfD (2019)

Simon, Annette: Die sozialpsychologische Seite der Zukunft, in: Kowalczyk/Ebert/Kulick (Hrsg.): (Ost)Deutschlands Weg (2021 S. 509)

7. Im Bewusstsein, dass unsere nationale Zukunft im vereinten Europa eine gemeinsam zu gestaltende Ressource sein kann, könnte sich auch mehr gemeinsames Handeln herausbilden. Dabei geht es auch um das Erleben von Selbstwirksamkeit, dass viele DDR-Bürger im Herbst 1989 hatten und dass sich auch in der extrem hohen Wahlbeteiligung am 18. März 1990 ausdrückte. Dieses Bewusstsein der eigenen Gestaltungskraft ist einem Teil der DDR-Bürger in vereintem Deutschland verloren gegangen, während ein anderer Teil es in hohem Maß ausgestaltet oder neu erworben hat.

Politik könnte und sollte vermitteln, dass es in der Gesellschaft auf das Handeln jedes Einzelnen ankommt und dass dieses Engagement dann auch gesehen und gewürdigt wird. Hier erscheint die von der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ vorgesehene besondere Würdigung des Ehrenamtes herausragend wichtig zu sein.

Kohle allein schafft noch keinen Wandel der Strukturen.

von Torsten Pöttsch

Am Ende sind es die Menschen vor Ort, welche eine Region prägen. Ihnen respektvoll zu begegnen, Politik transparent zu betreiben und die Chancen im Miteinander zu sehen, ist der größte Wert in der Kommunalpolitik und dem Strukturwandel.

Die Zukunft selbst zu gestalten funktioniert nur mit Struktur und Wandel. Gute Strukturen ermöglichen Orientierung. Sie sind die Basis für Belastbarkeit, Verlässlichkeit und eine klare Zielverfolgung. Der Wandel ist nötig, um nicht im Stillstand zu verharren. Ebenso verhält es sich mit dem viel beschworenen Strukturwandel. Das Kunstwort beschreibt aus meiner Sicht etwas, was eine Gemeinschaft auszeichnet, die nicht nur an das Hier und Jetzt denkt, sondern für die kommenden Generationen aktiv ist.

Mit dem beschlossenen Atom- und späteren Braunkohleausstieg auf Bundesebene war für mich als kommunalen Bürgermeister der Auftrag klar, dass in den betroffenen Regionen neue Lebens- und Zukunftsstrukturen geschaffen werden müssen, damit es Perspektiven und städtische Attraktivität geben kann. Die Fehler der Vergangenheit – Wegzug als einzige Perspektive, da keine alternativen Arbeitsplätze geschaffen worden sind – dürfen nicht noch einmal gemacht werden.

Auf der philosophischen Ebene mag darüber diskutiert werden können, welche Bedeutung die Arbeitsstelle und der Lohn im Leben eines Menschen haben sollten. Fakt ist: ohne guten Job und guten Lohn gibt es keine Perspektiven für Eltern und Kinder und keine Perspektive für eine Kommune oder Region. Deshalb muss Strukturwandel neben vielen Dingen vor allem eines leisten: gut bezahlte Arbeit schaffen. Denn die hat es in der Kohle immer gegeben.

Zudem geht es nicht allein nur um die Energiebranche, die jetzt auf fossile Brennstoffe ausgerichtet ist und künftig auf nachhaltige. Sondern es geht auch darum, dass die neuen und nachhaltigen Unternehmen die gleiche Wirkmächtigkeit entwickeln. Es genügt also nicht, nur Energie anders zu erzeugen. Es ist auch wichtig, gleich vielen Menschen oder sogar mehr Menschen ein ebenso gutes Einkommen zu sichern. Benötigen die alternativen Energieerzeuger weniger Personal, muss das in angedockten Unternehmen, bei



Heinrich Völkel (Ostkreuz): Braunkohlengrube

Zulieferern oder weiteren Standbeinen der Wirtschaft aufgefangen werden. Das bedeutet, es müssen für einen gelingenden Strukturwandel eben tatsächlich die Strukturen auch gewandelt werden. Sind es zur Boomzeit der Kohle einige wenige Firmen gewesen, welche für viele Menschen Jobs und Einkommen gesichert haben, müssen es jetzt eine Vielzahl an Unternehmen unterschiedlichster Branchen sein, die hier zusammen ebenjene Perspektive bieten.

Viele kluge Menschen beschäftigen sich mit dem komplexen Weg zu einem gelingenden und vor allem nachhaltigen Strukturwandel. Es sind richtigerweise Instanzen und Institutionen, Regeln und Normen, Gremien und Entscheidungsebenen installiert worden. Denn bei viel Geld geht es um eine gerechte und nachvollziehbare Förderung. In der Struktur und in den Mechanismen gibt es aus Sicht eines Ostbürgermeisters aber durchaus einzelne Fehlläufer – die bei neuen Prozessen vielleicht immer passieren können, aber hier eben nicht passieren dürfen. Denn es steht und fällt der Strukturwandel mit den Menschen vor Ort und den Menschen, die einen Bezug zur Region haben oder haben wollen – und der Zielvorgabe ebenso vertrauen, wie den Mechanismen der Umsetzung.

Obwohl ich mich von Anfang an den Tatsachen der Energiesituation der Welt und der Region gestellt habe, habe ich für manche Entscheidungen der Politik bei der Behandlung des Strukturwandels wenig Verständnis – und gegenüber meinen Mitbürgern auch keine Erklärung. Es braucht eine transparente, nachvollziehbare und an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Entscheidungsfindung. Sonst kommt es zu (weiteren) Enttäuschungen und Resignation. Wenn es um viel Geld von vielen Steuerzahlern für eine kleine Zahl an Steuerzahlern geht, die in einer besonderen,

aber gesamtgesellschaftlich relevanten Situation sind, müssen die Entscheidungen nicht zwingend populär, aber doch nachvollziehbar sein. Wenn also der Braunkohleausstieg vor allem die Regionen und ihre Lebensstrukturen auf den Kopf stellt, die von der Kohle gelebt und mit ihrer Arbeit Wärme und Energie für alle anderen in der Gesellschaft geschaffen haben – dann muss der Ausgleich für die politische Entscheidung der Beendigung der Kohleverstromung auch dort ankommen, wo die Folgen der Entscheidung massiv sind.

„Viele kluge Menschen beschäftigen sich mit dem komplexen Weg zu einem gelingenden und vor allem nachhaltigen Strukturwandel.“

Denn hier sind die Wunden in der Landschaft noch präsent. Hier sind u. a. die Belastungen der Grundwasserabsenkung für Mensch und Natur, Lärm- und Staubemissionen, Abaggerung von Fernstraßen (und damit längere Wege und Mehrkosten, um zur Autobahn zu kommen) sowie der Abriss von Dörfern allgegenwärtig.

Millionen in Projekte fernab der Kohlereviere zu lenken und Entscheidungen über die Förderung von Ansiedlung nach Kriterien von Wählerschaften und Interessengruppen auszurichten, ist nicht nur nach meinem Verständnis falsch – sondern auch für die meisten Menschen in der kernbetroffenen Region. Es steht außer Frage, dass die Kohlegelder Gutes tun, überall, wo sie ankommen. Aber ein Verfahren, welches Misstrauen schafft in so einer Dimension, bedeutet auch Vertrauensverlust für Politik grundsätzlich. Denn selbst bei jenen, die gar nicht in den Prozess involviert sind, drängt sich die Frage auf, ob die Politik auch so

lebensfern und selbstherrlich bei anderen Förderkulissen, Investitionen und Strukturmaßnahmen agiert.

Ich mache es mir nicht einfach und will nicht von „denen“ oder „die da oben“ oder „die anderen“. Ich fordere transparente Prozesse, nachvollziehbare Entscheidungen – ganz wichtig im Einklang mit gesetzten Normen und idealerweise im Einklang mit dem gesunden Menschenverstand. Wenn der Strukturwandel gelingen soll, braucht es Motivation und Respekt vor den Menschen in ihrer gewachsenen Gemeinschaft sowie die Anerkennung der Leistungen der Menschen hier, die dieses Land über Jahrzehnte verlässlich mit Strom versorgt haben und die sich jetzt oft zu Sündenböcken abgestempelt oder als Verursacher der Klimaproblematik gebrandmarkt sehen.

Hier im tiefen Osten der Republik hat es eine Erfolgsgeschichte des Wandels noch nicht gegeben. Ohne die Schuldfrage zu stellen, bleibt zu bilanzieren: Da ist nicht alles so gekommen, wie erhofft, gewünscht, erträumt oder geglaubt. Das prägte und prägt die Menschen in meiner Heimatregion. Oft wird die Frage gestellt: „Warum sollte es jetzt anders kommen?“. Beim Strukturbruch in den 1990er Jahren, wurden tausende Arbeitsplätze in der Kohle- und in der Glasindustrie vernichtet. Städte wie Weißwasser/O.L. wurden ihrem Schicksal überlassen. Ostmentalität? So einfach ist es nicht. Aus den Erfahrungen resultiert eine tendenziell kritische Haltung gegenüber Versprechungen. Das muss nicht schlecht sein, weil dem Hinterfragen auch der Wunsch innewohnt, etwas weiterzuentwickeln. Es bedarf aber seitens der Politik eines besonders hohen Maßes an Transparenz, Beteiligung, Offenheit, Respekt und Ehrlichkeit, um Gemeinschaften zu formen, Motivation freizusetzen, Missverständnisse auszuräumen und Engagement zu fördern.

In der Kommunalpolitik ist das für uns Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im ländlichen Raum bei allen Sorgen, Nöten und Herausforderungen teilweise noch umsetzbar. Aus diesem Wissen heraus habe ich zum Beispiel das Format der „Gerüchteküche“ ins Leben gerufen. Da stelle ich mich alle 6 bis 8 Wochen für 3 oder 4 Stunden bei uns auf den Marktplatz während des Wochenmarktes, und alle, die mögen, können mit mir diskutieren, ihre Kritik oder ihr Lob anbringen, Vorschläge unterbreiten und Themen setzen. Das ist alles ohne doppelten Boden, ohne Absicherung, ohne politisches Kalkül. Das ist Bürgerbeteiligung im Urformat – von Mensch zu Mensch, nur dass der eine dabei Oberbürgermeister ist und die Erkenntnisse und Fragen dieser Gespräche mitnimmt.

Das Prinzip wird derzeit bei uns in Weißwasser/O.L. weiterentwickelt. Es wird also die Gerüchteküche 2.0 geben, wobei dann zu Themen auch Fachleute dazu geholt werden, mit denen dann bestimmte Themen besprochen werden. Wir sind auch dabei, andere Zielgruppen stärker abzuholen, etwa Bürgermeisterkollegen, welche mit persönlichen Blogs, YouTube-Videos und Social-Media-Posts die Menschen an der Politik vor Ort teilhaben lassen.

Alleine würde sowas aber trotzdem nicht ausreichen. Deshalb haben wir in Weißwasser/O.L. mit der TU-Dresden im Wissenschaftsjahr 2022 einen Pop-up-Laden eröffnet, in dem alle Fragen von Energiewirtschaft bis Wahlprinzipien gestellt und bearbeitet werden. Aktuell läuft auch das Verfahren des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts (INSEK), um die Ziele und Bedürfnisse der Menschen mit der Stadtplanung und -entwicklung überein zu bekommen. Denn schlimm wird es, wenn es Entscheider gut meinen, jedoch an den Menschen vorbei entscheiden. Angesichts der Kommunikationsgesellschaft ist das weder wünschenswert noch zielführend und schon gar nicht tragbar. Es geht nur miteinander.



Michael Haddenhorst (Ostkreuz): Reliefkarte Lausitzer Seenland

Und dort schließt sich auch der Kreis zum Strukturwandel. Ohne die Menschen vor Ort, ohne die Betroffenen aus der Kernregion der Kohleverstromung lässt sich der Wandel der Strukturen nicht schaffen. Das kann nicht vom grünen Tisch aus entschieden und für gut befunden werden. Es muss ein Prozess mit den Menschen vor Ort sein. Das verlangt die Fähigkeit, einander zuzuhören und natürlich ebenfalls das Gehörte mit in die Beteiligungsprozesse einfließen zu lassen.

Eigentlich bietet das alles schon unsere repräsentative Demokratie. Eine Regierungsform, die auf Vertrauen basiert: Der Wähler vertraut den Aussagen der Kandidatinnen und Kandidaten. Die

Politiker vertrauen den Aussagen der Fachleute. Alle vertrauen darauf, dass die Gemeinschaft als höchstes Gut über dem Eigeninteresse steht. Doch der Alltag lässt die vielen guten Regularien und Prinzipien ganz offenbar etwas in Vergessenheit geraten. Demzufolge wissen alle, wie es geht – aber die Sorgen, Nöte, Pflichten und Lasten des Alltags stellen dann doch immer wieder das Ich vor das Wir.

In Weißwasser/O.L. versuchen wir, diesem Egozentrismus-Trend mit Gemeinsinn und der Anerkennung des Wir zu begegnen. Das sind die Förderung und die Wertschätzung des Ehrenamtes, der Vereinsarbeit und der Kulturaktivitäten. Es ist die Willkommenskultur gegenüber Touristen

und Zuziehwillingen. Es ist das gelebte Credo der Familienfreundlichkeit – und zwar vom Kleinkind bis zur Seniorin. Und wir haben uns entschieden, angesichts der neuen Herausforderungen unserer Zeit mit der massiv beschleunigten und zugleich inhaltsreduzierten Dauerkommunikation eine wertebasierte Förderstelle einzurichten. Im Rahmen des Projekts „Demokratie leben!“ des Bundes sind wir eine der anerkannten Partnerschaften für Demokratie geworden – um ebene Werte mit der geförderten Basisarbeit zu untersetzen, die offenbar nötig ist, obwohl eigentlich alle wissen müssten, wie Demokratie erfolgreich funktioniert.

Hier vor Ort ist die Kommunalpolitik eine mit vielen Facetten. Obwohl Weißwasser/O.L. als Ankerstadt im Norden des Landkreises Görlitz zu den größeren Städten der Ostregion in Sachsen gehört, sind bei den Entscheidern, Machern und Aktiven im Stadtrat wie im Verein immer Menschen, die bekannt sind. Das generiert Vertrauen. Das macht Kommunalpolitik auf Augenhöhe möglich. Jedoch ist auffällig, dass wir alle in der Politik daran arbeiten müssen, dass die Menschen Politik als Dienstleister ihrer Interessen verstehen. Dieses Vertrauen gibt es nur in der Gegenleistung zu der angesprochenen Ehrlichkeit, Offenheit und Transparenz. Die müssen permanent gelebt werden, um in kleinen Schritten das Vertrauen aufzubauen.

Der Strukturwandel hat in Ostdeutschland einen schlechten Start gehabt. Die Entscheidungen zu Atom- und Kohleausstieg haben die Menschen überrascht und vor den Kopf gestoßen. Die angebotene Lösung des Strukturwandels muss mit Leben und Inhalt gefüllt werden – also eine logische Kette der Notwendigkeiten und Ziele mit Maßnahmen untersetzt werden.

Doch leider leert sich der millionenschwere Förderpotf für den Strukturwandel zusehends, ohne in der kernbetroffenen Ostregion fassbare Strukturen für jedermann verständlich und nachvollziehbar

aufzubauen, die den Wandel der Strukturen in die richtige Richtung bringen. Das wissen die Menschen vor Ort bei einigen Entscheidungen, bei anderen fühlen sie, dass etwas nicht stimmt. Die Menschen haben es satt, immer wieder von Strahlkraft zu hören, die dann auch bis zu ihnen strahlen soll. Warum kann die Strahlkraft nicht von der Kernregion des Braunkohleausstiegs ausgehen?

Es braucht mehr Solidarität für die wirklich betroffenen Menschen und Orte und keine neuen Leuchttürme, weil es unter einem Leuchtturm immer dunkel ist. Festzuhalten bleibt bei aller Kritik und bei allen Wünschen der Bürgernähe seitens der großen Politik, dass der derzeitige Wandlungsprozess in der Lausitz eine riesige Chance für meine Heimatregion ist. Aus dem gemeinsamen Machen heraus werden Hoffnung, Zuversicht und Stolz generiert. Und diese positive Grundstimmung wird dann ihre Wirkmächtigkeit entfalten können, die Menschen in die Region lockt, anstatt sie zu vergraulen. Die Menschen der vom Braunkohleausstieg und der Energiewende kernbetroffenen Region sind längst an dem Punkt, den Wandel als Chance für eine enkeltaugliche, liebens- und lebenswerten Region zu akzeptieren. Sie benötigen aber für neue Strukturen des Wandels Vertrauen in die Politik. Das funktioniert nur mit Offenheit, Transparenz und Respekt vor den Menschen der Lausitz.

Torsten Pöttsch,

geb. 1971 in Forst (Lausitz), Oberbürgermeister von Weißwasser/O.L., Mitglied des Kreistages, 2. Stellvertretender Landrat sowie Vorstandsmitglied des Kreisverbandes Görlitz des Sächsischen Städte- und Gemeindetages. Den Strukturwandel vertritt er als sächsischer Sprecher der „Lausitzrunde“.

Soziale Innovationen, Transformation und Vertrauen. Beobachtungen aus dem ländlichen Raum in Ostdeutschland

von Andreas Willisch

Die Bürgerinnen und Bürger Ostdeutschlands haben 1989/90 ein autoritäres Staatssystem gestürzt. Sie haben für Meinungs-, Reise- und Pressefreiheit demonstriert und damit die Grundlagen für demokratische Verhältnisse im Osten Deutschlands geschaffen.

Deshalb war nach der Wende nicht nur der Aufbau marktwirtschaftlicher Strukturen für sozialen Wohlstand wichtig, sondern es galt ebenso, neue zivilgesellschaftliche Mitsprache- und Beteiligungsmöglichkeiten zu schaffen. Erst das offene und freie Handeln zivilgesellschaftlicher Akteure macht die Demokratie stark.

Die Zivilgesellschaft vor Ort entsteht durch die Ideen und das Handeln von Bürgerinnen und Bürgern selbst. Hier kann kein Transfer stattfinden wie bei Wirtschaft oder staatlicher Verwaltung – Zivilgesellschaft muss aus sich selbst heraus entstehen. Aus der Forschung zu sozialem Kapital wissen wir, dass dazu Vertrauen und Respekt sowie tragfähige soziale Netzwerke nötig sind. Gerade unter Umbruchs- und Transformationsbedin-

gungen starke zivilgesellschaftliche Netzwerke zu schaffen, stellt dabei eine große Herausforderung dar: Die alten Netzwerke sind entwertet und die Möglichkeiten sich für neue zu engagieren, sind eingeschränkt, weil die Menschen viele Transformationsaufgaben (Jobsuche, Pendeln, Qualifizierung, Existenzangst usw.) gleichzeitig bewältigen müssen. Das heißt, schon in weniger turbulenten Zeiten brauchen zivilgesellschaftliche Strukturen Zeit. In Zeiten großer Umbrüche brauchen sie deutlich mehr Zeit.

Und gerade der ländliche Raum ist ganz besonders auf das demokratische Engagement der Menschen in den Dörfern und Kleinstädten angewiesen, weil staatliche Infrastruktur nicht in derselben Dichte wie in den Ballungsräumen vorhanden ist.



Ute Mahler (Ostkreuz): Schorstädt

Für Transformationen ist experimentelles, transformatives Handeln der Leute unabdingbar. Sie schaffen dadurch die sozialen Innovationen, die nötig sind, um überhaupt auf neue Wege zu kommen. Es gibt also einen wichtigen Zusammenhang, zwischen gesellschaftlichen Umbruchsprozessen und der Schaffung einer gesellschaftlichen Kultur des Vertrauens, in der soziale Innovationen möglich sind.

Soziale Innovationen ermöglichen Teilhabe

Soziale Innovationen sind, wie alle Innovationen, nichts anderes als eine neue Kombination vorhandener Ressourcen zu neuen Lösungen. Aber im Unterschied zu technischen Innovationen

lassen sie sich nicht privat aneignen. Sie werden sozial, indem die Lösungen mit anderen Menschen geteilt werden. Teilhaben können andere Akteure dadurch, dass sie ein Angebot wahrnehmen, das durch soziale Innovationen in die Welt gestellt wird, oder dass Menschen selbst Teil eines transformativen Netzwerks werden.

Ein Beispiel: Vor mehr als 10 Jahren entdeckte eine Gruppe junger Leute ein leerstehendes Kühlhaus am Rand von Görlitz. Görlitz galt seinerzeit als eine Art „Pensionopolis“, das heißt als eine Stadt für ältere Menschen. Für junge Leute gab es wenig attraktive Angebote, so dass sie scharenweise die Region und die Stadt verließen. Im Kühlhaus Görlitz wurden zu DDR-Zeiten Staatsreserven gelagert.

Es liegt nicht in einer Siedlung. Die Nachbarn sind die Bahn, der Hundesportverein und die Schützengilde. Es zeigte sich, dass es für junge Leute dadurch ein guter Ort für Musik und Party ist.

Heute ist das Kühlhaus Görlitz ein soziokulturelles Zentrum, ein Zelt- und Stellplatz für Wohnmobile, ein Lager, die Heimstatt des Kühlhausvereins, Vermieter, Arbeitsort – auch für diejenigen, die dort mal angefangen haben. Es gibt einige Handwerksbetriebe und ein Coworking-Space. Sie selbst beschreiben sich so: *„Das soziokulturelle Langzeitprojekt „Kühlhaus Görlitz“ zeigt einen Weg auf, wie leerstehende Industriegebäude, mit Hilfe von bürgerschaftlichem Engagement, sinnvoll und auf alternative Weise genutzt werden können. Hier treffen sich Menschen unterschiedlichen Alters, um gemeinsam die Ruhe zu genießen, zu lernen und zu arbeiten – eine Art Verschmelzung von Kunst, Kultur, Arbeit und Bildung mit allgemeiner Freizeitgestaltung.“*

Selbstverständlich, möchte man sagen, sind die Kühlhäsler auch in der Kommunalpolitik aktiv, mit Sitz im Stadtrat. So ist durch die Kombination von Leerstand, Engagement und Kreativität – und auch mit der Unterstützung des Immobilieneigners – ein neuartiger sozialer Ort entstanden, der ein gutes Beispiel für soziale Innovationen ist. Mit ihm sind Vertrauensstrukturen entstanden: Selbstvertrauen derer, die diesen Weg so weit vorangekommen sind, Vertrauen in das Team als Akteure der städtischen Zivilgesellschaft und Politik sowie Vertrauen derer, die die Angebote nutzen und eingeladen sind, selbst dort aktiv werden zu können. Soziale Innovationen dieser Art schaffen daher nicht nur neue Lösungen durch „neue kreative Praktiken“, um gesellschaftliche Veränderungsprozesse gestaltbar zu machen, sondern eben auch die Vertrauensstrukturen, die letztlich für die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts notwendig sind.

Mittlerweile gibt es im Osten zahllose solcher und ähnlicher neuartiger sozialer Orte und Gelegenheiten. Manufakturen für die Herstellung regionaler Produkte, Höfe, die sich als Verein für ländliche Bildung, ökologische Landwirtschaft und nachhaltigen Tourismus öffnen. Bahnhöfe, wie viele andere industrielle Großruinen, werden als Gemeinschaftshäuser – zum Beispiel zusammen mit modernen, professionellen Pflegeangeboten – wiederbelebt. Diese sozialen Innovationen bündeln drei Handlungsfelder transformativen Handelns: Dabei spielt das unmittelbare „Projekt“, z. B. eine Lesung zu organisieren, Felder zu bestellen oder alte Gebäude zu renovieren, eine merkwürdig untergeordnete Rolle.

Es geht allen diesen kreativen und konstruktiven Gestaltern des Umbruchs darum, eine neue Gemeinschaftlichkeit herzustellen, indem sie Gelegenheiten zum Zusammenkommen kreieren. Neben dieser veränderten Kultur des Zusammenlebens verfolgen sie zudem das Ziel, sich selbst und ihre Orte zurück in regionale wertschöpfende Kreisläufe zu bringen. Sie wollen im Kern damit „Produzenten“ von mehr Lebensqualität werden. „Produzent“ zu sein bedeutet in diesem Zusammenhang, die Dinge wieder in die eigenen Hände zu bekommen, sich neue Spielräume zu erschließen und selbst wieder in Austauschprozesse integriert, statt immer nur Empfänger von etwas zu sein.

Der Verein zur Förderung ökologisch-ökonomischer angemessener Lebensverhältnisse westlich des Plauer Sees in Wangelin (Mecklenburg-Vorpommern) beispielsweise hat seit seiner Gründung 1990 vielen Menschen bei der Gründung einer selbstständigen wirtschaftlichen Existenz geholfen, die sich mit nachhaltigem Bauen, mit regionalen Baustoffen (wie Lehm und Stroh) und mit der Verarbeitung lokaler Produkte beschäftigen. Dabei bleiben diese Produzentenaktivitäten nicht bei wirtschaftlichen Ausgründungen stehen. Zusätzlich

werden auch gemeinschaftsfördernde Angebote wie zum Beispiel das Tauschhaus etabliert. Der Verein selbst versteht sich als „Werkstatt des Guten Lebens“.

Die sozial-innovativen Akteure suchen nach der Wiedererlangung politischer Handlungssouveränität. Es handelt sich dabei um neue Formen politischen Handelns. Statt in klassischen Protestformen sehen sie sich wirkungsvoller, indem sie praktische, nachvollziehbare Beispiele für einen anderen Gesellschaftsentwurf in die Welt bringen. Das solidarische Restaurant „Moorbauer“ bei Malchin in Mecklenburg-Vorpommern funktioniert nur dadurch, dass von Mai bis August nicht nur die Mitglieder des tragenden Vereins dort im Gastronomiebereich viele Stunden Arbeit leisten, sondern dass eine große Zahl junger Leute dort mithilft. Mit dem solidarischen „Moorbauer“ soll der Beweis angetreten werden, dass sehr wohl mit regionalen Produkten, bezahlbaren Preisen und gemeinschaftlicher Arbeit nachhaltiger Tourismus möglich ist. Die Initiative lenkt die Aufmerksamkeit zudem auf die Gestaltung von Moorlandschaften und ihre überragende Funktion bei der CO₂-Speicherung. Das sind unmittelbar politische Botschaften, dass diese Transformationen gelingen können. Auffällig ist zudem, dass früher oder später viele dieser Aktiven in die Kommunal- und in die Landes- oder Bundespolitik drängen. Auch hier liegt der Zusammenhang zwischen sozial-innovativem Engagement, das auf gesellschaftliche Veränderung gerichtet ist, und politischer Wirksamkeit auf der Hand.

Wie ließe sich nun dieses Engagement besser unterstützen?

Es handelt sich um bürgerschaftliches Engagement; es ist aber kein Ehrenamt, sondern Arbeit an der Gesellschaft. Dies sollte sich auch in der Förderlogik abbilden. Mit diesem Gestaltungsengagement treten neue, ungebundene, auf individuelle

Selbstentfaltung und Selbständigkeit bedachte soziale Akteure in den Raum, die darauf drängen, Gesellschaft anders und vor allem selbst zu gestalten. Die Engführung vieler Förderungen schränkt jedoch die Suche nach den Themen und Problemen vor Ort ein. Oft werden die falschen Empfänger erreicht oder es wird an den relevanten Themen vorbei gefördert. Vertrauen heißt in diesem Zusammenhang, auch den Problembeschreibungen der Gestalter zu vertrauen. Erwägenswert wäre eine Art Vertrauensfonds, der themen- und problem-offen Mittel zur Verfügung stellt und am besten von der Bürgergesellschaft selbst verwaltet würde.

Zurzeit werden gerade die Dörfer, Gemeinden, Kleinstädte und Stadtteile zu Probephänen neuer demokratischer Aushandlungsprozesse, von wo der Weg in die überregionalen politischen Foren beginnt. Das Land kann viel lernen von diesen Initiativen. Die Gesellschaft braucht bei der Bewältigung der anstehenden Umbruchsprozesse diese transformationserfahrenen Akteure. Insofern lohnt sich ein Blick auf bürgerschaftliches Engagement und seine neuen Formen in ländlichen Räumen.

Andreas Willisch,

geb. 1962 in Karl-Marx-Stadt, Soziologe und Biolandwirt, Vorstand des Thünen-Instituts für Regionalentwicklung Schlemmin, Mitglied des MV-Zukunftsrates. Seit 2012 organisiert er das Programm „Neulandgewinner“, zuerst mit der Robert Bosch Stiftung und seit 2021 mit weiteren Partnern.

Chemnitz: Hauptsache weg?

von Nina Kummer

In meiner Schulzeit konnten meine Mitschülerinnen und Mitschüler es kaum erwarten, ihren Abschluss zu machen, um Chemnitz endlich verlassen zu können.

Sie wollten nach Leipzig ziehen, nach Dresden, nach Berlin, vielleicht sogar ganz weit weg ins Ausland. Hauptsache raus aus Chemnitz, dieser Drecksstadt, in der es nichts gibt außer alte Menschen, Nazis, Apotheken und Lärmbeschwerden.

Für mich kam das nicht in Frage, weil ich mir hier bereits Strukturen aufgebaut hatte, die ich so schnell in einer anderen Stadt nicht wiederbekommen würde. Ich hatte gerade die ersten Auftritte mit meiner Band, einen Proberaum bezogen und Studiotermine für unsere CD vereinbart – in Chemnitz natürlich. Meiner Heimatstadt jetzt den Rücken zu kehren, wäre bescheuert gewesen.

Meine Mitschülerinnen und Mitschüler schimpften über Chemnitz. Ich habe das verstanden und wollte eigentlich mitschimpfen. Gründe gab es ja genug. Ich hatte mir aber vorgenommen, meine Zukunft in Chemnitz zu gestalten, deshalb konnte ich nicht mitschimpfen. Ich hielt aus trotz die Fahne hoch für „meine“ Stadt. Ich tat so, als wären die anderen langweilige Leute, die mit der Masse schwimmen, während ich als eine der wenigen in meinem Alter checkte, wie cool Chemnitz ist. Ich wollte der lässige Underdog sein und versuchte den Gedanken zu verdrängen, dass ich in dieser hässlichen, grauen Stadt auf ewig versacken könnte.

Dann machte ich Abitur. Viele gingen und ich blieb. Die, die gingen, wollten endlich in einer coolen Stadt wohnen, einer instagramtauglichen Metropole, in der man zu Starbucks Kaffee trinken gehen kann und in der man sich nicht ständig für alles schämen muss. Ich hatte immer Verständnis dafür. Ich wusste, dass in Chemnitz zu leben, immer anstrengend sein würde.

„Wir sind Blond, und wir kommen aus Chemnitz.“

Zum Shoppen muss ich immer nach Leipzig fahren. Sehe ich mir Postings von Weggezogenen im Internet über die Wahlergebnisse aus Chemnitz an, heißt es: „Gut, dass ich mit dieser Nazi-Stadt nichts mehr zu tun habe.“ Sie können nicht ahnen, dass nicht alles hier doof ist. In Chemnitz hatten wir alles, was man als junge Band brauchte. Der oft beklagte Leerstand in ostdeutschen Kommunen bescherte uns Proberäume und günstige Mieten. Die verbliebene Kreativ-Szene war gut vernetzt und unterstützte sich gegenseitig. In unserem Umfeld fanden sich Menschen, die unsere Musikvideos drehten, Kulissen bastelten oder Fotos schossen. Wir fanden schnell Bühnen, auf denen wir auftreten konnten.



Sebastian Wells (Ostkreuz): Chemnitz

Irgendwann interessierte es auch Leute aus anderen Städten, was wir so trieben. Während Chemnitz immer wieder mit Nazi-Themen in den Medien landete, tourten wir durch Deutschland und wuchsen als Band.

Jeden Abend betraten wir die Bühne mit den Worten „Wir sind Blond, und wir kommen aus Chemnitz“. Leute klatschten, manchmal buhten sie.

In Interviews mussten wir immer wieder erklären, weshalb wir noch in Chemnitz leben, wir würden mehr nach Berlin klingen und aussehen. Zunächst klang das wie ein großes Lob. Super, man hört und sieht uns unsere üble Herkunft nicht an. Heute weiß ich, dass das, was die Leute an uns mögen, zum großen Teil etwas ist, was mit unserer Heimatstadt in Zusammenhang steht.

Das ist zum einen der DIY-Stil, den wir bedienen, weil keiner von uns das, was er macht, studiert hat. In Chemnitz gab es nie eine Kunsthochschule und die Stadt begriff sich immer als Arbeiterstadt. Zum anderen gibt es unsere politische Seite. Politisch „neutral“ zu sein kann man sich nur leisten, wenn man sich raushalten kann. In Chemnitz ist das nur schwer möglich.

Nazis waren immer Teil des Chemnitzer Stadtbilds.

Ich wurde früh politisiert. Nazis waren immer Teil des Stadtbilds und eine Sache, gegen die man kämpfen muss. Seit meiner frühen Jugend war ich regelmäßig auf Gegendemos, gegen NPD, Pro Chemnitz, die AfD, Cegida oder den Dritten Weg. Auf die Straße zu gehen, war ein fester Termin bei mir und meinen Freunden. Da standen wir, riefen

„Nazis raus“ und kritisierten die Polizei, die entweder mit dem Rücken zu den Faschos stand oder uns brutal aus Sitzblockaden rausprügelte. Ich habe gecheckt, dass die Polizei völlig unverhältnismäßig gegen linke Demonstrantinnen und Demonstranten vorging, während „besorgte Bürger“ mit Samthandschuhen angefasst wurden.

Ich war dabei, als einem wehrlosen Jugendlichen während einer Cegida-Gegendemo von einem Polizisten in den Bauch geschlagen wurde. Von dieser Situation gibt es ein Video, das sich schnell im Internet verbreitete und eine Debatte über Polizeigewalt und rechte Strukturen bei der Polizei auslöste.

Später tauchte Chemnitz wieder in den Schlagzeilen auf. Die Nazi-Hipster-Bewegung „Rechtes Plenum“ wurde geoutet. Deren Mitglieder waren gerade dabei, einen Nazi-Kiez in dem Chemnitzer Stadtteil Sonnenberg aufzubauen.

Im August 2018 kam es am Rande des Chemnitzer Stadtfestes zu einer Auseinandersetzung, bei der ein Mann zu Tode kam. Rechtsextreme Gruppierungen instrumentalisierten den Mord. Sie riefen zu Demonstrationen auf und es kam zu Hetzjagden, bei denen Neonazis Menschen durch die Chemnitzer Innenstadt trieben, die „ausländisch“ aussahen. Der Hitlergruß wurde gezeigt, Menschen verprügelt und ein jüdisches Restaurant angegriffen. Tags darauf gab es wieder eine rechte Demo, zu der Nazis aus ganz Deutschland, Polen und Tschechien anreisten. Die sächsische Polizei unterschätzte wie so oft die Größe und Gewaltbereitschaft der rechten Szene. Die Gegendemo konnte nicht geschützt werden. Wieder kam es zu rechter Gewalt. Um ein Zeichen zu setzen, wurde als Reaktion auf die Geschehnisse unter dem Motto „Wir sind mehr“ ein Konzert gegen Rechtsextremismus organisiert. 65.000 Menschen besuchten diese Veranstaltung.

Nina Mercedes Kummer,

geb. 1997 in Chemnitz, selbstständig tätig als Musikerin, unter anderem bei der Band „Blond“. Texterin und bildende Künstlerin. Sie ist im Osten aufgewachsen, stammt aus einer Künstlerfamilie und lebt in Chemnitz.

Chemnitz hat ein Problem mit rechten Strukturen, das wird so bleiben, wenn man nicht energisch dagegen vorgeht. Hin und wieder kommt dieses Problem ans Licht. Mal kurz drüber sprechen reicht da nicht.

Wir wollten diesen Titel gewinnen, weil wir ihn bitter nötig haben.

2018 bewarb sich Chemnitz als Kulturhauptstadt und kam 2019 auf die Shortlist. Dresden flog raus und alle waren verwundert. Dresden hatte immerhin die Semper-Oper und ganz viel Hochkultur. Was hat Chemnitz?

Die Bewerbung bedeutete mir und meinem Umfeld viel. Es gab diese Hoffnung, endlich stolz auf Chemnitz sein zu können, die Hoffnung, ein anderes Bild der Stadt zeichnen zu können. Endlich einen Beweis, dass Chemnitz nicht ganz doof ist. Wir wollten diesen Titel nicht gewinnen, weil wir toll sind, sondern weil wir ihn bitter nötig haben. Menschen, die jahrelang, trotz aller Schwierigkeiten, für Kunst und Kultur viel auf die Beine gestellt haben, die brauchten dringend eine Ermutigung.

Ein wichtiger Bestandteil der Chemnitzer Bewerbung war es, Probleme zu benennen, Niedrigschwelligkeit zu gewährleisten, die Bevölkerung mit einzubeziehen und vor allem die sogenannte „stille Mitte“ zu erreichen. Dazu finden sich im Bewerbungsbuch zur Kulturhauptstadt auch Pläne für viele Projekte zum Rechtsextremismus-Problem

und zur politischen Bildung. Außerdem ging es um pragmatische Macherinnen und Macher und um Autodidaktinnen und Autodidakten. Es wurden Blühwiesen gepflanzt, alte Straßenbahnen bemalt und Geld für kleinere Projekte vergeben. Es gab viele Aktionen, die den Bürgerinnen und Bürgern Kultur näherbrachten. So gab es beispielsweise eine Ausstellung im öffentlichen Raum mit Gegenwartskunst. Leute, die zur Arbeit oder zum Bäcker gingen, haben die Werke gesehen und mussten sich mit der Kunst auseinandersetzen. Viele haben die Exponate geliebt, manche haben sie gehasst. Das war gut, Hauptsache Auseinandersetzung. Besser heftige Reaktionen als Gleichgültigkeit. Ein Schweizer Künstler versenkte zur Hälfte ein Auto im Schloss-
teich, die vordere Seite ragte aus dem Wasser und nachts leuchteten die Scheinwerfer. Es wurde sowohl im Internet als auch auf der Brücke vor Ort darüber gestritten. Dort standen immer wieder Leute, die debattierten, ob das jetzt Kunst ist und was das soll.

Allmählich wurden die Bürgerinnen und Bürger warm mit der Bewerbung. Der Glaube daran, dass Chemnitz doch eine Chance haben könnte und das Bewusstsein, dass man in einer vielleicht gar nicht so uninteressanten Stadt wohnt, wuchs.

Mehr und mehr Menschen begriffen, dass Kultur nicht nur aus Hochkultur, Theater und Oper besteht, sondern auch aus Industrie-, Brauerei-, Lebens-, Sub-, Holschnitz- oder sogar Sportkultur. Der Titel wird selten an Städte vergeben, die fertig sind, sondern an Städte, in denen ein Potential schlummert.

Auf geht's Chemnitz: kämpfen und siegen.

Weil ich es cool finde, bei etwas mitzufiebern, finde ich es toll, Fußballfan zu sein. Wären beim Chemnitzer Fußballclub nicht immer diese verflixten Nazis gewesen, hätte ich dort häufiger in der Fan-
kurve gesessen. Zum Beispiel wurde im Stadion einer regionalen Nazi-Größe öffentlich gehuldigt, mit deren Hilfe der CFC seit der Wende unterwandert worden ist. Dann der ehemalige Mann-

schaftskapitän, der wegen seiner Nähe zu Rechts-
extremen rausgeworfen wurde. Dazu die CFC-Fans und Hooligans mit ihren Runen-Tattoos und Fascho-Klamotten, die unter anderem bei den Demos 2018 präsent waren.

Ich konnte es also nie mit mir vereinbaren, Fan vom CFC zu sein.

Als es dann um den Titel zur europäischen Kulturhauptstadt 2025 ging, konnte ich das erste Mal in meinem Leben für etwas mitfiebern: meine Stadt. Ich wurde zum Kulturhauptstadt-Ultra.

Am 28.10.2020 gewann Chemnitz tatsächlich den Titel. Niemand hat sich das vorstellen können, aber es hätte sich auch niemand vorstellen wollen, dass es nicht klappt.

Ich habe die romantische Vorstellung, dass Kunst und Kultur einem Abdriften der gesellschaftlichen Mitte nach Rechts entgegenwirken können, sie wieder mehr für Demokratie, Kultur und Europa begeistern können. Ein großer Vorteil des Kulturhauptstadt-Titels ist es, dass eine finanzielle Kürzung im Kultur- und Sozialbereich nun schwer vermittelbar wäre. Normalerweise wird da immer zuerst gestrichen. Aber jetzt muss die Kultur erstmal eine Weile nicht betteln und bangen.

Wir liefen nach der Verkündung am Abend durch die Straßen und schrien: „Ku-Ha, auf geht's Chemnitz: kämpfen und siegen.“ Die meisten haben schon geschlafen, außer uns war kein Mensch unterwegs. Wir landeten auf einer Home-Party, bei der Chemnitzer Clubbetreiberinnen und Clubbetreiber, Künstlerinnen und Künstler, Studierende, Musikerinnen und Musiker und DJs feierten. Alle die Menschen, die sich immer wieder engagiert hatten, bekamen nun endlich eine Ermutigung, eine Bestätigung. In Chemnitz kann die Zukunft noch gestaltet werden. Die hier weit verbreiteten Minderwertigkeitskomplexe und demokratischen Defizite müssen nicht ewig Bestand haben.

Buckow – kaum wiederzuerkennen.

von Marco Buch

Schon Bertolt Brecht war in die kleine brandenburgische Stadt Buckow verliebt. Die „Perle der Märkischen Schweiz“ liegt inmitten eines Naturparks vor den Toren Berlins, umgeben von fünf Seen und malerischen Hügeln.

Der Dichter hatte hier von 1952 bis zu seinem Tod im Jahr 1956 sein Sommerhaus. In seinen Werken schwärmte er oft von Buckow, unter anderem in der Gedichtesammlung „Buckower Elegien“. Auch mehr als 60 Jahre später besitzt der Ort für viele Menschen eine enorme Anziehungskraft. An Sommerwochenenden platzt Buckow aus allen Nähten, wenn Ausflügler und Ferienhausbesitzer die Kleinstadt bevölkern. Zudem sind in den vergangenen Jahren viele Menschen ganz nach Buckow gezogen oder dorthin zurückgekehrt. Mittlerweile sind rund 60 % der Einwohner Zugewogene – und ich bin einer von ihnen. Die Kurstadt hat in den vergangenen Jahren eine rasante Entwicklung durchgemacht, die anderen attraktiven ostdeutschen Orten womöglich noch bevorsteht. Lässt sich aus Buckows Erfahrungen etwas lernen?

Als ich im Jahr 2008 zum ersten Mal nach Buckow kam und es wenig später zu meinem Wochenenddomizil machte, lag die Kleinstadt noch in einem Dornröschenschlaf. Viele Häuser und Geschäfte

standen leer. Die Straßen waren kaum belebt, die Häuserfassaden grau. Gleich am Ortseingang begrüßte die Ruine eines ehemaligen FDGB-Heims die Besucher. Was es gab: einen Supermarkt, das Brecht-Museum und eine Minigolf-Anlage. Buckow wirkte auf mich damals wie eine unbespielte Kulisse. Auch im Umland von Buckow warteten viele Orte rund 20 Jahre nach dem Mauerfall noch auf den Fortschritt. Einige der kleinen Dörfer hatten noch nicht einmal befestigte Straßen, sondern lediglich Sandwege. Ein paar alte Männer, angelnd am Dorfweiher, waren oft die einzigen Menschen, die man zu Gesicht bekam.

Der Hauptgrund für die Tristesse in der Region war die Abwanderung. Die jungen Leute waren zum Arbeiten oder fürs Studium nach Berlin oder in den Westen gegangen. Im Stadtanzeiger gratulierte Buckows Bürgermeister seinerzeit Monat für Monat rund 70 Seniorinnen und Senioren zum Geburtstag. Bei knapp 1.500 Einwohnern war also mehr als die Hälfte der Bevölkerung in hohem Alter.



Ute Mahler (Ostkreuz): Pavillon von Bertold Brechts Sommerhaus, Buckow

Die Veränderungen begannen etwa im Jahr 2011. Erst zaghaft, dann immer schneller. Eine Genossenschaft eröffnete einen Bioladen. Zwei Brüder renovierten das alte Kino. Die ältere Frau, der wir an den Wochenenden Kuchen aus dem Wohnzimmer abgekauft hatten, ging in den Ruhestand. Ein Hotelier baute sein Haus zum ersten Öko-Hotel Brandenburgs um. Immer mehr Touristen kamen in die Stadt. Und: Neue Leute zogen nach Buckow, darunter viele Künstler, Musiker und Filmschaffende. Auch drehten die ersten größeren Filmproduktionen hier. Geld brachte das der Stadt nicht viel, aber die Popularität Buckows wuchs dadurch weiter. Die leeren Straßen jedenfalls waren bald Geschichte. Neue Hotels eröffneten, alte wechselten die Betreiber. Selbst Airbnb kam nun in Buckow an.

Schon vor etwa 100 Jahren war Buckow einer der beliebtesten Ausflugsorte für Berliner gewesen. Nach dem Anschluss ans Bahnnetz um die Jahrhundertwende setzte der Tourismus zu Höhenflügen an und brachte Wohlstand nach Buckow. Die architektonischen Schmuckstücke im Ort zeugen noch heute davon. Der Tourismus sowie der ständige Austausch mit Berlin führten dazu, dass der Ort als besonders weltoffen galt. Fast jeder Buckower vermietete damals Zimmer an Touristen. Manche Familien zogen im Sommer sogar in ihr Gartenhaus, um noch mehr Platz für Gäste zu schaffen. Dieses weltoffene Klima existiert bis heute. Die AfD konnte hier – und das unterscheidet Buckow von anderen Städten in der Gegend – bislang kaum Erfolge erzielen.

Trotz der bereits steigenden Immobilienpreise kamen bald auch viele aus der jüngeren Generation, die dem Ort den Rücken gekehrt hatten, nach und nach zurück – mit einem Abschluss und einigen Jahren Berufserfahrung in der Tasche. Aber war nicht gerade im Osten immer von einer kollektiven Landflucht die Rede gewesen? Vermutlich waren die Gründe der Rückkehrer die Nähe zu Berlin sowie der allgemeine Trend zum Landleben. Matthias Tisch, Mitgründer des Bioladens, erklärt sich das Phänomen der Rückkehrer mit einem Buckow-typischen Heimatgefühl: „Buckow ist wie ein warmer Pantoffel. Man schlüpft rein und fühlt sich gut.“

Kurzum: Das Buckow, das ich vor 14 Jahren kennenlernte, ist heute kaum wiederzuerkennen. Auch die Ruine des FDGB-Heims ist mittlerweile abgerissen, die Stadt hat das Grundstück an einen Investor verkauft – eines der letzten in städtischem Besitz.

Aber bei aller Weltoffenheit: Die einschneidenden Entwicklungen gefielen nicht allen Buckowerinnen und Buckowern. Wie auch? Der schnelle Wandel brachte nach Jahren der Stagnation zwar neue Energie in die Stadt, er stellte den Ort aber auch vor große Herausforderungen. Da sind zum einen die steigenden Preise für Häuser und Grundstücke. Aufgrund der Lage im Naturpark können keine Neubaugebiete ausgewiesen werden, weshalb Verdrängung in Buckow eine ungleich größere Rolle spielt als anderswo. Viele Ur-Buckower können sich Immobilien für sich oder ihre Kinder in ihrer eigenen Stadt nicht mehr leisten und suchen vergebens nach Wohnraum. Zum anderen sind die Zweitwohnsitze der Berliner ein Problem. Denn davon, dass die Stadt an den Wochenenden um mehrere hundert Menschen anwächst, profitiert die Stadtkasse kaum. Die Landesmittel fließen entsprechend der Einwohnerzahl. Der Stadthaushalt ist bis heute so klamm geblieben, wie er nach einem Bauskandal direkt nach der Wende immer gewesen ist. Nicht nur einmal erklärten mir die Buckower freundschaftlich, dass ich der

Stadt mit der Verlegung meines Erstwohnsitzes helfen könne, auch wegen der Steuern. Im Jahr 2016 entschied ich mich zu diesem Schritt.

Darüber hinaus gibt es Kritik daran, dass die Stadt an vielen Wochenenden aus allen Nähten platzt. Während der Corona-Pandemie, als die Sehnsucht der Städter nach Landleben exponentiell wuchs, fanden nicht nur die letzten verbliebenen Immobilien noch Käufer oder Mieter, die Stadt wurde auch von Touristen förmlich überschwemmt. Die Straßen waren zugeparkt, auf den Parkplätzen drängten sich die Campingbusse, die Wanderwege quollen über vom Müll der Besucher. Manch Altingesessener erkannte seine eigene Stadt nicht wieder.

Inzwischen bekommen selbst die Idealisten vor Ort erste Zweifel. „Noch 2010 hatten wir alle den Eindruck, es muss etwas passieren, jetzt ist leider fast zu viel passiert, wir wurden überrannt“, sagt etwa Carolin Schönwald, die Vorsitzende des Vereins „Kultus“, der das Ziel hat, die politische Teilhabe der Bürger zu verbessern und den Ort aktiv mitzugestalten.

Und dennoch gibt es Grund für Zuversicht: In Buckow finden sich einige gute Ansätze, um mit den Wachstumsschmerzen umzugehen. Obwohl Buckow über einige Sonderbedingungen verfügt – die Tradition der Weltoffenheit, die Nähe zu Berlin, der Zuzug von Kreativen dank der traumhaften Natur – können andere Städte davon durchaus lernen.

Erstens: Die vielen Rückkehrer sind ein Zukunftspotenzial. Sie bringen ihre anderswo gesammelten Erfahrungen mit und haben neue Ideen für ihren Ort. Beispielsweise engagieren sich viele von ihnen im „Kultus“-Verein. Sie organisieren Freizeitprogramme für Jugendliche, starteten eine Rückkehrer-Initiative für die Region und eröffneten ein Café, in dem auch politische Veranstaltungen stattfinden,

eingebettet in einen künstlerischen Rahmen aus Theater, Kulinarik und Musik. Politische Teilhabe, leicht gemacht: Sogar Kommunalpolitiker aus anderen Städten reisten an, um sich das Projekt genauer anzusehen.

Ebenso bemerkenswert: Die Rückkehrer gehen bis heute mit offenen Armen auf die Zugezogenen zu. Sie sind stolz darauf, aus Buckow zu stammen. Sie sind nicht minder stolz darauf, dass ihre Stadt nun so viele neue Leute anzieht.

Womit wir beim *zweiten Faktor* wären: der Einbindung und dem Engagement der Zugezogenen. Anders als in vielen umliegenden Gemeinden, die den Berlinern lediglich als „Schlafstädte“ dienen, engagieren sich die alten und neuen Buckower oftmals gemeinsam. Beim zweimal jährlich stattfindenden Putztag etwa schwingen stolze 10% der Bevölkerung die Besen. Auch die Stadtfeste werden größtenteils von Ehrenamtlichen gestemmt, auch hier packen Zugezogene mit an. Ähnliches gilt für eine Initiative zur Versorgung ukrainischer Geflüchteter: In kürzester Zeit stampften Privatleute unter der Regie des Kultus e. V. eine Infrastruktur aus dem Boden und beherbergten in Eigenregie zeitweise mehr als 100 Menschen.

Exemplarisch für diese Dynamik des Miteinanders stehen auch die Neubürger-Empfänge, bei denen die Neulinge zum Speed-Dating mit Vereinen eingeladen werden, deren Überalterung neue Mitglieder nötig macht.

Das Engagement der Zugezogenen ist wichtig für die Stimmung im Ort, zeigt sie doch den Urbuckowern, dass den „Neuen“ ihre neue Heimat am Herzen liegt. Den Nährboden dafür bereiten nicht zuletzt die Rückkehrer mit ihren Initiativen – ein produktiver Synergieeffekt. Bürgermeister Tom Mix sagt: „Das geht wahrscheinlich in wenigen Kleinstädten so gut wie hier, weil wir diese Offenheit und Willkommenskultur haben, diese positive Haltung zu allem Neuen.“

Drittens versucht die Stadtverwaltung mit allen Mitteln, dem Wandel eine gute Richtung zu geben. Dem Tourismus-Boom will sie mit einigen infrastrukturellen Maßnahmen begegnen, damit die Einwohner weniger unter ihm leiden. Im besten Fall soll auch die Stadt selbst von ihm profitieren, und nicht nur das Gastgewerbe in privater Hand. Gegen die Gentrifizierung will Bürgermeister Tom Mix mit dem Umbau einer Ruine zu Sozialwohnungen vorgehen. Und auch um Geld in die Stadtkasse zu bekommen, hat er einige Ideen: die Wiedererlangung des Titels Kurbad, eine dauerhafte Anbindung ans Schienennetz, den Wiederaufbau des Stadtschlösses. Wichtig ist ihm dabei, sagt er, dass den vielen privaten Akteuren mit ihrem Veränderungswillen weiterhin jede Möglichkeit gegeben wird, sich einzubringen. Ohne jedoch, dass dabei die Alteingesessenen aus dem Blick geraten. Er ist überzeugt: „Diese Stadt kann ein Modell sein für eine vernünftige, demokratische, diskussionsoffene Stadtgesellschaft.“

Und *viertens* ist es Buckow gelungen, bei Alteingesessenen und Zugezogenen einen gemeinsamen Stolz auf den Ort zu erzeugen. Im Stadtbild sieht man immer wieder Jutebeutel mit dem Konterfei Brechts und dem Slogan „I love BC“. Nicht wenige Buckower haben die Initialen „BC“ inzwischen in ihre Autokennzeichen integriert.

Ich bin sicher: Bertold Brecht hätte das gefallen.

Marco Buch,

geb. 1975. Er hat Kommunikationswissenschaft studiert. TV-Reporter und -Producer, freier Journalist und Blogger. Nach ausgiebigen Reisen in rund 90 Länder und Stationen in Kalifornien, Thailand und Berlin lebt der gebürtige Hesse heute in Buckow (Märkische Schweiz).

Das Potential der Wendekinder.

Interview mit Jeanette Gusko¹

Lange wurde Ostdeutschland mit negativen Stereotypen verbunden – Doping, Stasi, Nazis. Das ändert sich gerade, der Osten bekommt ein neues Image als attraktiver Wirtschaftsstandort. Sollte man die Probleme also gar nicht mehr benennen, um die positive Dynamik nicht zu gefährden?

Es ist wichtig zu sagen, was ist. Wir wissen um die Krisen, die sich in Ostdeutschland ausgeprägt zeigen. Stereotype entstehen jedoch dann, wenn einer Gruppe ausschließlich und kontinuierlich bestimmte Merkmale oder Eigenschaften zugeschrieben werden. Die Forschung zeigt eindeutig, dass negative Stereotype nicht einfach verschwinden. Ostdeutschland ist über 30 Jahre nach der Friedlichen Revolution heute ein anderer Ort – vielschichtig, dynamisch, innovativ. Es ist spannend aufzuzeigen, was Ostdeutschsein auszeichnet. Warum wir in schwierigen Situationen häufiger sagen sollten: Lasst es eine Ostdeutsche machen!

Sie stehen für die Generation Ostdeutscher, die ihr Leben zum Teil in der DDR und zum Teil nach 1990 verbracht haben. Gibt es besondere Eigenschaften, die Sie ins vereinte Deutschland einbringen?

Meine Generation besteht aus den Wendekindern. Wir haben also in zwei Systemen gelebt. Vor allem

das Durchleben eines Systemwandels, dieses „muddling through“ der Umbruchsjahre, haben meine Charakterentwicklung geprägt. Wendekinder haben in sehr kurzer Zeit zunächst erlernte Verhaltensweisen, Codes und den Habitus aus der DDR größtenteils abgelegt und um die Regeln, Werte und Normen der vereinten Bundesrepublik ergänzt. Wir taten dies in Abwesenheit von Autoritäten wie Eltern, Lehrern oder Politiker*innen, die Orientierung bieten konnten. Wir sind Systemwandlerinnen und Systemwandler, die wissen, wie es sich im Dazwischen anfühlt. Heute wissen wir wissenschaftlich begründet, dass wir genau solche Fähigkeiten ausgebildet haben, die wir für die Bewältigung großer gesellschaftlicher Transformationen wie des Klimawandels, der Digitalisierung oder mehr sozialer Gerechtigkeit brauchen: Loslassen vom Althergebrachten, Offenheit für Neues, Entscheiden unter Unsicherheit, psychische Widerstandsfähigkeit und Empathie für an den Rand gedrängte Menschen. Jetzt geht es darum, diese Fähigkeiten auch anzuwenden und zu vervollkommen. Wendekinder, aber teils auch Menschen mit Migrationsgeschichte oder Arbeiterkinder, die gesellschaftlich aufsteigen, erlangten diese Fähigkeiten durch die Umbruchserfahrungen und sind deshalb prädestiniert für Führungsrollen und Zukunftsgestaltung in einer sich immer mehr ausdifferenzierenden Welt.

¹ Den Regeln des Rats für Deutsche Rechtschreibung folgend wird auf Wunsch von Jeannette Gusko auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers (m/w/d) verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.



Annette Hauschild (Ostkreuz): Seifenkistenrennen

Ostdeutsche wissen, wie Wandel funktioniert, heißt es häufig. Gibt es nicht zugleich auch eine Veränderungsangst, die aus dem kollektiven Trauma der Nachwendezeit resultiert?

Meine Antwort ist kein Entweder-oder, sondern ein Ja, und... Veränderung ist ein neutrales Wort, für viele Familien war die Nachwendezeit eine Ausgrenzungserfahrung, zutiefst verunsichernd, wirtschaftlich oder auch identitär existenzbedrohend. Wie Wandel angesehen und angegangen wird, ist einerseits eine Generationsfrage: Wende-kinder hatten auch die Gnade der späten Geburt. Für unsere Eltern oder Großeltern, in der DDR sozialisiert, waren die ineinandergreifenden Traumata verheerender. Andererseits ist maßgeblich, wie der oder die Einzelne die Nachwendezeit im Rückblick für sich und seine Familie bewertet – als erfolgreich oder gescheitert. Das wird innerfamiliär über Geschichtenerzählen weitergegeben. Je nachdem wird Neues dann eher abgelehnt oder es werden Flexibilität und Anpassungsfähigkeit gelehrt sowie die Botschaft mitgegeben, dass wir alles schon meistern können, egal wie es ausgeht.

„Damit Jüngere verstehen, wo sie hinwollen, hilft es ihnen, wenn sie wissen, wo sie herkommen.“

Unsere Elterngeneration forderte die Anerkennung ihrer Lebensleistung in der DDR, für die Friedliche Revolution sowie für die Bewältigung der Nachwendezeit. Ihr Bedürfnis, ihre Kinder erfolgreich zu sehen, ist überbordend und sicherlich ein Schlüssel zur Versöhnung. Meine Generation fordert nicht weniger als die gerechte Verteilung von Macht zwischen Ost und West für ein zukunftsfähiges Deutschland und Europa. Wir wissen

um unseren Transformationsvorsprung sowie unsere innere Freiheit und artikulieren diese selbstbewusst.

Viele aus Ihrer Generation haben im Westen Karriere gemacht. Fühlen sich diese Menschen überhaupt noch als Ostdeutsche?

Die Erfahrungen im Netzwerk 3te Generation Ost zeigen: Sobald junge Ostdeutsche sich mit ihrer Biographie beschäftigen und diese als kollektive Erfahrung erkennen, fühlen sie sich ostdeutsch, ob sie in Westdeutschland oder wie viele auch im Ausland leben. Geschichten und Austausch, zum Beispiel in unseren After-Work-Veranstaltungen oder online, helfen der persönlichen Weiterentwicklung, dem ehrlichen Innehalten und Reflektieren. Ostdeutsch sein ist ein Add-on zu anderen Persönlichkeitsmerkmalen und Rollen, die ich jeden Tag ausführe. Es stiftet eine wertorientierte Sinnhaftigkeit für das eigene Leben, aus der eine tiefe Verantwortung für unser Land folgt. Genau davon brauchen wir mehr, um letztlich gemeinwohlorientierte, zukunftsweisende Entscheidungen treffen zu können.

Nachfrage: Bestehen Chancen, dass mehr von ihnen in den Osten zurückkehren?

Auf jeden Fall. Seit Mitte des letzten Jahrzehnts kommen etwa gleich viele Ostdeutsche in die Heimat zurück, wie sie verlassen. Diese Trendwende ist ein wichtiges Zeichen für die Politik, mehr in Kommunikation und Anwerbung von Rückkehrerinnen und Rückkehrern zu investieren. Gerade in der Rushhour des Lebens, wenn Karriere und Familiengründung zusammenkommen, sehnen sich viele – wie in Westdeutschland auch –, zurückzukehren, auch in ländlichen Gegenden. Erste Forschungsergebnisse zeigen, zentrale Motive der Rückkehr sind einerseits Familie und

Heimat sowie andererseits die Jobsituation. Kinder lassen sich in der Nähe der Großeltern einfacher aufziehen. Was es braucht, sind deshalb berufliche Perspektiven, attraktive öffentliche Einrichtungen, robuste Infrastruktur sowie verlässliches und schnelles Internet. Gerade hybride Arbeitsmodelle machen es deutlich einfacher, einen Job in der Großstadt mit dem ländlichen Wohnort in Ostdeutschland zu kombinieren. Große Infrastrukturprojekte wie Intel, Tesla oder CATL sowie ein Startup wie Staffbase bieten und erfordern viele zusätzliche Jobs für Hochausgebildete, die eine Chance gerade für Rückkehrerinnen und Rückkehrer darstellen.

Ostdeutsche sind in Führungspositionen nach wie vor unterrepräsentiert. Woran liegt das aus Ihrer Sicht und was lässt sich dagegen tun?

Es ist wichtig zu verstehen, dass Ostdeutsche nicht nur unterrepräsentiert sind in der landesweiten Elite, sondern fast nicht auffindbar. Bei einem Anteil von über 80 % an der Wohnbevölkerung in den ostdeutschen Bundesländern ist der Anteil Ostdeutscher in Elitepositionen zwischen 2016 und 2022 lediglich von 23 auf 26 % gestiegen. In Sachsen-Anhalt richten weiterhin vornehmlich baden-württembergische Richter, in Mecklenburg-Vorpommern leiten bayerische Geschäftsführer mittelständische Unternehmen. Im Westen des Landes gibt es hingegen kaum ostdeutsche Chefinnen und Chefs. Bei 17 % Bevölkerungsanteil sind 2022 nur knapp dreieinhalb Prozent aller Führungspositionen in Deutschland von Ostdeutschen ausgestaltet. Das ist sowohl normativ für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Sozialintegration als auch wirtschaftspolitisch desaströs. Diese extreme Schieflage bei Führungspositionen ist auch kein Nebenschauplatz, sondern Teil des Kernproblems, warum wir uns gegenwärtig so vielen Krisen ausgesetzt sehen. Das in

Ostdeutschland verbreitete Gefühl „Bürger zweiter Klasse“ zu sein, ist auch eine Folge mangelnder Repräsentation. Diese führt u. a. zu der absurden Situation, dass für Ostdeutschland vorgesehene Gelder nicht in die Regionen verteilt werden können, weil es den Führungspersonen der Bundesministerien an ostdeutschen Netzwerken mangelt, an denen sie andocken können. Dies ist nur ein Beispiel, wie öffentliche und private Institutionen in ihrer Funktionalität eingeschränkt sind. Nur mit mehr Diversität und Perspektivenvielfalt in den Führungspositionen werden wir durch die Krisen navigieren können.

In der Breite fehlen ostdeutsche Führungskräfte, weil nach dem Fall der Mauer eine ganze Generation Westdeutscher Führungspositionen in Ostdeutschland übernehmen durfte. Zudem ist Ostdeutschland eine Aufstiegsgesellschaft. Waren unsere Eltern dem sozialistischen Ideal entsprechend vermehrt Arbeiterinnen und Arbeiter, so hat meine Generation den größten Klassen- und Bildungsaufstieg in der Geschichte der Bundesrepublik seit der 68er-Generation in Westdeutschland vollbracht. Den häufiger als Ursache für fehlende ostdeutsche Eliten vorgebrachten Selbstausschluss von Ostdeutschen können wir im Netzwerk unter Wende- und Nachwendekindern nicht ausmachen. Es mangelt nicht am eigenen Empowerment von Nachwuchskräften. Diese haben unserer Erfahrung nach sogar richtiggehend Hunger auf Verantwortungsübernahme. Wer Ostdeutsche unterschätzt, verschätzt sich.

Insofern kann genau jetzt viel verändert werden. In Vorbereitung von Unternehmens- und Führungsnachfolgen sollten ostdeutsche Bewerberpools auf- und ausgebaut werden. Es braucht auch mehr spezifisch ostdeutsche Weiterbildungs-, Leadership- sowie Vernetzungsmöglichkeiten, wie wir diese im Netzwerk bereits anbieten. Auch

Gründungsinitiativen und Acceleratorprogramme müssen sich andere Zugänge verschaffen und ihre Programminhalte auf ostdeutsche Bedürfnisse anpassen.

Westdeutsche Entscheiderinnen und Entscheider mit Personalverantwortung müssen sich jedoch über ostdeutsche Biografien kundig machen und ihre eigenen Wahrnehmungsverzerrungen hinterfragen, gern auch gehalts- und bonirelevant. Strukturelle politische Instrumente sind für eine strukturelle Ungerechtigkeit wie diese unerlässlich. Hier sehen wir vor allem die Diversifizierung von Begabtenförderung oder die Dezentralisierungsstrategie der Bundesregierung mit Blick auf die Ansiedlung von Bundesinstitutionen in strukturschwachen Gebieten im Fokus. Zudem sollte die organisierte ostdeutschen Zivilgesellschaft mit ihrer Expertise viel enger und strategischer als bisher in Beratungsgremien und bei der Ausarbeitung von Gesetzentwürfen sowie für Konsultationen eingebunden und dafür finanziell kompensiert werden.

Sie haben sich viel mit der Zeit nach der Wende beschäftigt. Müssten wir den jungen Menschen nicht auch die Zeit vor 1990 in Ost und West besser näherbringen?

Damit Jüngere verstehen, wo sie hinwollen, hilft es ihnen, wenn sie wissen, wo sie herkommen. Zwei Aspekte erscheinen mir wichtig: Erstens ein integrierter Geschichtsunterricht, der die Entwicklungen von BRD und DDR kontinuierlich in zeitlicher Einordnung betrachtet und diskutiert, anstatt die DDR vor allem auf den Geschichtsblock „Fall der Mauer“ zu reduzieren. Kritisiert wird oft, dass die DDR-Geschichte entweder viel zu kurz behandelt oder alles in ein „Schwarz-Weiß-Muster“ gepresst wird. Gerade die Familienbiografien der jungen Menschen gilt es zu ergründen, weil die Grautöne in fast jeder Familie dominierten. Zweitens könnte unser Bildungssystem insgesamt demo-

kratische Bildung und Teilhabe als Querschnittsthema stärken, gerade auch basierend auf den Lehren einer ehemals entlang ideologischer Linien geteilten Gesellschaft.

Wenn Sie mit Blick auf Ostdeutschland einen Wunsch frei hätten – welcher wäre das?

Mein Wunsch ist, dass wir uns in unserem Land endlich beherzt und mit mutigem Handeln den komplexen Herausforderungen der Gegenwart stellen. Hierzu müssen Westdeutsche wie Ostdeutsche das Potential Ostdeutschlands und seiner Menschen erkennen und nutzen – mit strukturellen politischen Initiativen, mit Eigeninitiative, Optimismus und Weitsicht.

Jeanette Gusko,

geb. 1984 in Ost-Berlin, studierte u. a. Kommunikationsmanagement und BWL. Seit dem 1.9.2022 Co-Geschäftsführerin des Recherchezentrums CORRECTIV, zuvor Gründungsgeschäftsführerin der Online-Fundraising-Plattform GoFundMe (DACH-Region). Seit 2019 Sprecherin des Netzwerks 3te Generation Ost.

„Ich liebe Brandenburg.“ Ob Küchenchef, Unternehmer, Bürgermeister oder Drogistin – Neuzelle ist ihr Lebensmittelpunkt.

von Jörg Kotterba

Nichts da mit Känguru-Bratwurst, Mango-Chicken auf Kokosreis oder Kobe-Steak: Manuel Bunke, Küchenchef im Neuzeller Klosterhotel, überzeugt mit einer raffinierten Regionalküche seine Gäste. Auch die Juroren der Restaurant-Rangliste des Landes Brandenburg. Bunkes „Wilde Klosterküche“ steht dort auf Platz 5. Weil der Starkoch nur exzellente Produkte aus der Region verarbeitet. „Wegen der kurzen Wege“, wie Bunke begründet. Von Fischer Olaf aus Tauche holt er Hecht und Aal. Von Schäfer Rochler aus Limsdorf kommt das Lamm. Das Wild wird im Wald des Stifts Neuzelle erlegt. Und ein Sozialprojekt für „entkoppelte“ Jugendliche und Obdachlose in Lieberose liefert Gemüse. Kohlrabi zum Beispiel. „Die sind weicher und wachsiger als jene vom Supermarkt“, schwärmt Bunke. Die Blätter könne man dehydrieren und ein feines Öl daraus zaubern.

Er und sein Team kochen anders. Handwerklicher. Bunke, der sozial und ökologisch denkt und handelt, gärtnergern leidenschaftlich gern. Würstet. Und brennt Gin aus Leinsamen und Hibiskus. Er ist neugierig auf das, was hier wächst – sowie auf die, die es anbauen.

Manuel Bunke, in Guben und somit an der Neiße aufgewachsen, liebt Brandenburg. Auch deshalb

spiegeln seine Gerichte die wald- und seenreiche Landschaft wider. Das war bis 2017 völlig anders. Bis dahin hatte der jetzt 36-Jährige schon die halbe Küchen-Welt gesehen. Er lernte Koch in einem Garmisch-Partenkirchener Sporthotel. Arbeitete dann in Österreich, in der Schweiz, in Dänemark, Finnland, Schweden – meist in Spitzenrestaurants und in verantwortlichen Positionen. Bunke machte erste Erfahrungen mit der feinen Gesellschaft. Und mit Menüs, die locker die 100-Euro-Schallmauer durchbrachen. Es folgten Australien, die Fidschi-Inseln. Nach anderthalb Jahren quittierte er dort den Dienst, schlug in Berlin auf – und sah Anne Hensel nach einer Ewigkeit wieder. „Wir kannten uns aus Gubener Buddelkastenzeiten. Sie wohnte damals im Nachbarhaus.“

Auch Anne Hensel, zwei Jahre jünger als Manuel Bunke, sah ein Stück von der großen Welt. Sie studierte in Deutschland, England und Spanien, hat einen Bachelor of Arts und einen Master of Business Administration, machte sich in Berlin mit einer Projektmanagement- und Design-Agentur selbstständig. Zudem arbeitete sie als PR-Chefin und Managerin im Neuzeller Klosterhotel. Eigentümer: ihre Eltern Corinna und Jörg Hensel. Beide hatten das denkmalgeschützte Haus gegenüber dem berühmten Zisterzienserkloster 2010 als Fastruine



Ostkreuz (Leo Seidel): Katholische Stiftskirche St. Marien Kloster Neuzelle

gekauft. Und innerhalb von zwei Jahren zum Hotel umbauen lassen. Doch der Pächter warf irgendwann das Handtuch. Die Hensels mussten sich entscheiden: Verkaufen? Oder selbst betreiben? Der Familienrat beschloss: Wir schaffen es!

Ein Küchenchef von Format stach Anne Hensel sofort ins Auge. Auf Instagram und Facebook hatte sie monatelang verfolgt, was ihr Buddelkastenfreund Manuel von seiner kulinarischen Weltreise postete. „Ich wusste, dass er genial kochen kann – und wollte ihn haben.“ In Berlin lud Anne das Objekt ihrer Begierde vor fünf Jahren zu einem (?) Cocktail ein. Machte ihm schöne Augen. Nannte überzeugende Argumente. Bunke sagte schließlich: „Ja!“ Und hat seine Entscheidung bis heute nicht bereut. „Ich liebe Brandenburg. Trotz schlechter Straßen und eines lahmen Internets. Diese Region ist mein Zuhause.“

Neuzelle liegt im Landkreis Oder-Spree. Kürzel: LOS. Das übersetzte mancher Spötter nach der Wende mit „Land ohne Sonne“. Mit hoffnungsLOS. FreudLOS. MotivationsLOS. ZukunftsLOS. „Das war einmal“, wischt Bunke Vergangenes vom Tisch. „Ich werd’ hier alt. Neuzelle ist und bleibt mein Lebensmittelpunkt.“

Das sagten sich auch Corinna und Jörg Hensel, die Eltern von Anne. Das Paar aus Guben war Anfang 30, als die Mauer fiel. Er arbeitete in DDR-Zeiten als Elektromonteur im Tagebau Jänschwalde, studierte dann Maschinenbau an der Leipziger TH. Ein kluger Mann. Doch seine erste Westmark verdiente er mit dem Verkauf von Sauna-Geräten, fand anderswo keinen Job. Corinna, die Instandhaltungsmechanikerin gelernt und Ingenieurpädagogik studiert hatte, wurde 1990 arbeitslos. Doch die Hensels sind „Macher“. Sie wagten ein Jahr später den Sprung in die ihnen noch so unbekanntere freie Marktwirtschaft. Corinna eröffnete ein Sonnenstudio, Jörg gründete eine Spezialbaufirma, Elements of Spa. Er ist, fast wörtlich, mit allen Wassern gewaschen. Und wenn ihm das Wasser auch schon manchmal

bis zum Hals stand, so schaffte er es immer wieder, Boden unter die Füße zu bekommen. Sein erster Großauftrag: eine komplette Badelandschaft für das Resort und Spa-Hotel zur Bleiche in Burg/Spreewald. Später hat er Bauvorhaben für Hotels in Österreich, Polen und Kroatien realisiert.

Und heute? Da dreht sich das Leben der Hensels rund ums Klosterhotel. Und um Bunkes „Wilde Klosterküche“. Sie werben mit dem Slogan: Kleines Dorf – großer Genuss!

Das kleine Dorf nennt Dieter Baesler voller Stolz „Städtlein“. Seit 1979 ist er in Neuzelle zu Hause. Und dort seit 2003 ehrenamtlicher Bürgermeister. Neuzelle boomt. Auch dank dem Kloster, der bedeutendsten barocken Klosteranlage des Landes Brandenburg. Baeslers „Städtlein“, ein staatlich anerkannter Erholungsort, wurde später Großgemeinde. Mit inzwischen zwölf Ortsteilen. Sie zählt jetzt 2.400 Einwohner mit annähernd 70 Betrieben. „Landwirtschaft, Handwerk und Gewerbe sind unsere Säulen. Der Tourismus natürlich. Und Bildung. In der Großgemeinde gibt es fünf Kitas, eine Grundschule und vier Privatschulen“, informiert Baesler, jetzt 65. Im EKO, dem Eisenhüttenkombinat Ost, stand er in DDR-Zeiten seinen Mann. Doch der Großbetrieb speckte in Wendezeiten von 12.000 auf 3.000 Mitarbeiter ab. Auch Baesler verlor seine Arbeit, hatte ein paar schlaflose Nächte – um dann noch einmal aufs Gaspedal zu drücken. Und die Schulbank. Um bei seinem alten Weggefährten, dem Bauunternehmer Peter Kaufmann, in Bereichen wie Technik, Ausschreibungen und Bauleitung zu bestehen. Längst ist er Gesellschafter im Kaufmann-Unternehmen – und in der „wilden“ Küche von Manuel Bunke gern gesehener Gast.

Wie Peter Kaufmann, Jahrgang 1952. „Ich verdiente in DDR-Zeiten in der Neuzeller Meliorationsgenossenschaft mein Brot. Nach Feierabend gingen Dieter, damals mein Schwager, und ich jahrelang pfuschen, verlegten im Auftrag der Gemeinde oder der Wasserwirtschaft Trinkwasserleitungen.“

Pfuschen. So nannte man zwischen Ahlbeck und Zittau den sehr gut bezahlten Nebenerwerb. Beim Pfuschen in einer sogenannten Feierabendbrigade konnte ein DDR-Handwerker mitunter doppelt so viel verdienen wie in seiner eigentlichen Tätigkeit.

Im August 1989 – der Mauerfall war nicht zu ahnen – meldete Peter Kaufmann ein Gewerbe an. Er wollte nun in Eigenregie Trinkwasserleitungen verlegen. Dann überrollte auch Kaufmann das Wende-Wirrwarr. Doch schon im Januar 1990 genoss Kaufmann erste Glücksmomente. Aus Fulda kam bestellte Technik, die dringend gebraucht wurde. Vier Monate später gründete der leidenschaftliche Hobbyhistoriker seine Kaufmann Erd- und Tiefbau Neuzelle GmbH. Sie ist inzwischen auf 18 Mitarbeiter gewachsen. Und in der Region konkurrenzlos. „Die Weiterbildung meiner Leute hatte von Beginn an Priorität. Wer mit Trinkwasser arbeitet, braucht jede Menge Zertifikate. Deshalb haben mein Team und ich gebüffelt, gekämpft und uns mit der neuesten Technik vertraut gemacht.“ Dennoch nahm sich Peter Kaufmann Zeit, jungen Leuten eine Chance zu geben. Sein Unternehmen bildete bisher annähernd 50 Lehrlinge aus.

Um die Zukunft seines Fachbetriebes ist Peter Kaufmann übrigens nicht bange. Tochter Uta hat Tiefbau studiert. „Wenn ich eines Tages im dritten Gang mit angezogener Handbremse durch Neuzelle fahre, hat sie den Laden übernommen...“

Einen Laden ganz anderer Art übernahm am 9. 9. 91 („dieses Datum vergesse ich nie“) Lioba Karge. Die Neuzellerin mit dem klangvollen Vornamen gotischen Ursprungs führt seitdem die Drogerie Fortuna in der Frankfurter Straße 33 – etwa 200 Meter vom Klosterhotel entfernt. „Mein Großvater Alois Weber leitete hier, in seinem Haus, ab 1938 bis 1956 eine Drogerie. Die wurde in DDR-Zeiten staatlich, nannte sich HO. Tante Annemarie Rietchel, eine leidenschaftliche Drogistin, schwang dort bis zu ihrem Tod 1982 das Zepter“, weiß Lioba Karge aus dem Nachlass ihrer Verwandtschaft.

Die DDR starb 1990. Die HO, Kürzel für Handelsorganisation, auch. „Eigentlich bin ich gelernte Kinderkrankenschwester. Aber das Haus mit Drogerie, das uns Jahre später gehörte, suchte einen Betreiber. Ich hatte Lust auf etwas Neues“, gesteht Lioba Karge, damals Anfang 30. Auch sie drückte, wie Bürgermeister Dieter Baesler, nochmals die Schulbank. Zertifikate für Arzneimittel und Insektizide waren schließlich notwendig, um eine Drogerie leiten zu können. Zahlreiche Tränen seien damals gerollt. Schlaflose Nächte kamen hinzu. „Das war kein leichter Weg. Wenn ich meinen Burkhard nicht hätte...“

Ehemann Burkhard, seit Kurzem Rentner, gehörte zu den 3.000 EKO-Mitarbeitern, die kein Wende-Opfer wurden. „Er arbeitete bis zum Schluss bei ArcelorMittal. Dadurch hatten wir finanzielle Sicherheiten.“ Zudem war Lioba Karge clever: Sie holte sich Post und Postbank ins Haus. Später auch Lotto. Drei Standbeine. Drei zusätzliche Einnahmen.

Längst sieht Lioba Karge Licht im Tunnel und hat ihr Rentnerinnen-Dasein vor Augen. Doch wer wird Nachfolgerin? Schulterzucken. „Ich suche.“ Wenn die erste Rente auf dem Konto ist, meint sie augenzwinkernd, wird gefeiert. Wo? „Vermutlich im Klosterhotel. Dort fühlen wir uns immer gut aufgehoben...“

Jörg Kotterba,

**geb. 1950, Sportjournalist in (Ost-)Berlin:
Sportecho und Berliner Zeitung;
DDR-Flucht im August 1989: Express Köln;
Heimkehr in den Osten des Landes:
ab 1991 Herausgeber „oder-anzeiger“ in
Frankfurt (Oder); ab 1997 bis zur Rente
Lokalredakteur Märkische Oderzeitung.**

Das Zauberwort heißt Freiheit.

von Almut Undisz

„Grenzpfeiler, Deich, dahinter der Fluss. Zollbrücke im Oderbruch. Am Rand steht ein Theater. Gleich am Ortseingangsschild, im hundertjährigen Fachwerkhaus. 55 Plätze, ein roter Vorhang, aufsteigende Ränge. Die Landschaft diktiert die Regeln. Einfachheit, Professionalität. Bodenständig erzählte Geschichten, handgemacht. Bühnenbretter biegen sich. Ein Ton wird zum Ereignis. Wind und Wetter spielen mit. Oder am Abend. Ein Ort zum Verweilen. Eintritt bei Austritt. Den Preis bestimmt der Zuschauer nach der Vorstellung. Entscheiden Sie selbst über den Wert von Kultur. Zahlen Sie, was wir brauchen...“

Mit dieser Einladung begann 1998 die Geschichte des Theaters am Rand. Gegründet in einem 19-Seelen-Dorf mit dem poetischen Namen Zollbrücke, einen Katzensprung vom deutsch-polnischen Grenzfluss Oder entfernt. Tobias Morgenstern, Musiker und Komponist, kam 1986 nach Zollbrücke. Auf der Suche nach einem stillen Ort zum Arbeiten verschlug es ihn ans östliche Ende der damaligen DDR. Im 100 Jahre alten Fachwerkhaus gab es weder Strom noch fließend Wasser. „Zollbrücke war damals ein Ort wie zur Kaiserzeit. Es gab Reitwege statt befestigter Straßen.“

Das Zauberwort heißt Freiheit.

1996 begann die künstlerische Zusammenarbeit zwischen Tobias Morgenstern und dem Schau-

spieler Thomas Rühmann. Die Lust auf das gemeinsame Spiel und die Vision einer eigenen Bühne vereinte beide Künstler.

In Morgensterns Haus setzte ihnen vorerst nur die Natur Grenzen – und die unverrückbaren Außenwände des Hauses. Alle anderen wurden mit den Jahren abgerissen, um mehr Platz für Zuschauer zu schaffen.

Das Theater wuchs mit seiner Akzeptanz, mit dem Zustrom an Publikum. Waren es anfangs Freunde und deren Freunde, strömten wenig später Leute aus der Region – oftmals waren es vorerst die zugezogenen, theateraffinen Stadtflüchtenden –, zunehmend aber auch Menschen aus Berlin und anderen Städten nach Zollbrücke. Zur gleichen

Zeit eröffneten in der Nachbarschaft ein Gasthaus am Damm und ein Ziegenhof. Ein Theatergänger war potenzieller Mittagsgast und Ziegenkäsekäufer. Auch die Pensionen der Gegend profitierten von Anfang an von den Gästen, die nach der Vorstellung nicht zurückfahren wollten. Ein Netzwerk der Gegenseitigkeit wurde gewebt. Der Ort prosperierte, wurde zum Geheimtipp.

Auch später, als das Haus aus allen Nähten platzte und im Sommer bereits ständig auf der Wiese gespielt wurde, war das Motto: „Selber anpacken und nicht auf die Politik warten“! Die war gefragt, als es darum ging, den ungewöhnlichen Theaterbau nach Modellen von Tobias Morgenstern, ganz aus Holz und mit Platz für 200 Zuschauer, zu genehmigen. Es gab kurze Wege, das persönliche Gespräch, einen Landrat mit Rückgrat und findige Mitarbeiter im Bauamt, die wohlwollend ihre Spielräume zu nutzen verstanden.

„Wenn eine Idee, eine Vision, stark genug ist, wenn sie einem tiefen inneren Bedürfnis folgt, regelt sich alles andere“, sagte Tobias Morgenstern und baute den Raum. „Es geht um die Entdeckung eines selbsterfundenen, selbstbestimmten mythischen Raums. Die künstlerische Möglichkeit, tiefer zu loten und Menschen in Geschichten zu ziehen, die sich abseits, am Rande, bewegen. In den glanzvollen Momenten gelingt es, Leben zu erzählen“, sagte Thomas Rühmann und füllte Morgensterns Raum mit Geschichten. Ein Glücksfall war sicherlich, dass beide Künstler mit dem Theater nicht ihr Brot verdienen mussten. So konnten sie für das Theater leben; sie mussten sich nicht von ihm ernähren.

Das Prinzip war einfach: Indem die Gründer und künstlerischen Leiter, obgleich sie jährlich 80 bis 100 Vorstellungen im Theater am Rand spielten, auf sämtliche Honorare verzichteten, sicherten sie Erhalt und Wachstum des Unternehmens. Es brauchte viel Enthusiasmus, Spiellust, kreatives

Überschäumen und eine gehörige Portion Wahnsinn, um eine derartige Selbstausschüttung rechtfertigen zu können.

„Wenn eine Idee, eine Vision, stark genug ist, wenn sie einem tiefen inneren Bedürfnis folgt, regelt sich alles andere.“

Man kann das eine Weile machen, aber es ist kein empfehlenswertes Konzept über Jahre. Kritisch wird es, wenn es um die Nachfolge geht. Ein solches Konzept ist nicht übertragbar. Um das Theater übergabefähig zu machen, müssen seit einigen Jahren neue Finanzierungsmöglichkeiten gefunden und neue Nutzungen etabliert werden. Die größte Aufgabe der kommenden Jahre wird ein Generationswechsel sein. Es müssen vor allem Künstler gefunden werden, die sich ein Leben auf dem Land vorstellen können und dem Zauber der untergehenden Sonne im Bühnenhintergrund mehr Wert beimessen als dem Saldo des Lohnscheines. Und doch – eine neue künstlerische Generation braucht Bedingungen, die einladend wirken, die Sicherheiten bieten, die kreatives Schaffen befeuern und nicht bremsen. Finden sie dies nicht vor, werden sie eigene Wege einschlagen.

Seit Anbeginn leistet sich das Theater ein solidarisches Eintrittsmodell, das Arm und Reich auf einer Bank nebeneinandersitzen lässt. Nach vielen Jahren, in denen allein die Zuschauer über den Wert des eben Dargebotenen zu entscheiden angehalten waren, wird nun ein empfohlener Austrittspreis benannt, den zu über- oder unterschreiten jedem Gast freisteht. So werden die Menschen verantwortlich für den Fortbestand des Hauses. Es entsteht eine Beziehung des Publikums zum Theater und ein Nachdenken über den Wert von Kultur.

Immer in Relation zum eigenen finanziellen Vermögen.

Neben der allabendlichen Rede an das Theatervolk, die Kassen reichlich zu füllen, spielen in den letzten Jahren zunehmend Fördermittel eine Rolle für die Finanzierung des Hauses. Der Landkreis und die Kommune engagieren sich, fördern Konzertreihen und sichern die Kofinanzierung der Landesmittel ab. Bisher gibt es noch keine strukturelle Förderung, die Unterstützung ist auf einzelne Projekte bzw. Inszenierungen begrenzt.

Das kulturelle Angebot des Theaters ist breit. Gezeigt wurde und wird erzählendes Theater – eine Spielform, die dieses zur Abwechslung einmal vom Kopf auf den Bauch stellt. Gefühlvoll und sinnlich werden anschaulich und alltagsnah einleuchtende Geschichten und exemplarische Einzelfälle erzählt – und sich so grundsätzlich am Beispiel orientiert, nicht an der Theorie. Neben dem Repertoire – meist dramatisierte Romane –, Konzerten und Gastspielen nennt sich ein wichtiges Veranstaltungsformat „Randthemen“. Hier geht es um Themen wie Windenergie, Hochwasserschutz, Amaranth-Anbau, Landwirtschaft ohne Gentechnik, Glyphosat, um Gemeinwohlökonomie und bedingungsloses Grundeinkommen. Die Referate und Diskussionsrunden mit hochkarätigen Vortragenden werden immer ergänzt um künstlerische Kommentare; Tobias Morgenstern komponierte beispielsweise die Lebensmittelsonatine, die Scheißkantate, die Börsensonette oder den Biberlieder-Zyklus. Gerade diese Veranstaltungen sorgten für Publikum aus der direkten Umgebung. Hier kamen auch Menschen, die sich vom Theaterprogramm sonst nicht eingeladen fühlen. Gemeinsam mit dem Büro für Landschaftskommunikation und später auch dem Oderbruchmuseum Altranft entstanden Präsentationen zu regionalen Themen, erarbeitet mit Studierenden, und drei Theaterstücke zu regionalen Fragestellungen.

Seit diesem Jahr gehen die Randthemen auf im künstlerisch-politischen Forum „Freies Wort – Freie Musik“. Dieses verknüpft Interviews mit Experten zu aktuellen politischen Themen wie etwa die Grenzen des kapitalistischen Systems, den Zustand unserer Demokratie oder die Erhaltung der Meinungsfreiheit, mit experimenteller Musik.

Getragen wird das Theater von einem gut eingespielten Team, sieben Angestellte und zahlreiche freie Mitarbeiter umfassend. Annähernd 100 freie Künstler und Künstlerinnen bestreiten gemeinsam mit den künstlerischen Leitern Tobias Morgenstern und Thomas Rühmann ca. 180 Vorstellungen im Jahr, die von 20.000 Zuschauern besucht werden. Die Gastronomiebetriebe – eine davon, die „Randwirtschaft“ genannte Theaterklausen-, Pension, Eisladen und Ziegenhof bilden ein attraktives Ausflugsziel.

Aus dem Geheimtipp ist ein bekannter touristischer Ort mit allen Herausforderungen geworden, die mit dem Erfolg einhergehen: Der Parkplatz ist zu klein und die Dorfbewohner fühlen sich gestört angesichts der Menschenfluten an den Sommerwochenenden. Ob sich die Lage entzerrt oder verschärft mit einem weiteren touristischen Anziehungspunkt, der neu eröffneten Europa-Brücke über die Oder etwas nördlich von Zollbrücke, wird sich zeigen.

Inzwischen ist über den Verband der freien darstellenden Künste die Verbindung des Theaters mit zahlreichen anderen freien Theatern und Projekten eine hilfreiche Achse für Informationen und künstlerischen Austausch geworden. Der Kontakt zum zuständigen Ministerium auf Landesebene ist gerade in den letzten beiden Jahren gewachsen und ermöglicht einen offenen Austausch über die Bedürfnisse und Gemengelage im Theater am Rand.

Komplexer geworden sind die Anforderung an Werbung und Marketing. Gelang es jahrelang mittels Mundpropaganda und einer einfachen Website, den kleinen Raum im alten Fachwerkhaus zu füllen, so ist dies schon lange nicht mehr ausreichend, um Woche für Woche mehrere hundert Zuschauer und Zuschauerinnen zu be-

„Die wichtigste Vision ist jedoch jene für die Entwicklung und das Weiterwirken des Theaters, das Finden neuer, jüngerer, ambitionierter Künstler und Künstlerinnen.“

wegen, von teilweise weit her aufs platte Land zu fahren. Wie erreichen wir Menschen aus einem sehr weiten Einzugsgebiet, aus der Umgebung ebenso wie aus der Berliner Szene, Menschen, die uns seit Jahren verbunden sind ebenso wie neue, junge Leute? Wie bewerben wir täglich wechselnde Vorstellungen und Konzerte, die zwar immer etwas Besonderes sind, aber nicht zwangsläufig den Mainstream treffen? Mit Plakaten auf den umliegenden Dorfangern ist es da ebenso wenig getan wie mit gelegentlichen E-Mails an den festen Besucherstamm. Mithilfe einer Förderung des Europäischen Sozialfonds haben wir ein differenziertes Marketingkonzept entwickelt: neue Website, Präsenz in verschiedenen sozialen Medien, kontinuierliche Pressearbeit, überarbeitete Drucksachen.

Die Zukunft: Visionen gab es im Theater immer wieder.

Ein Landschaftshaus wurde geplant, mit Büro, Seminarräumen und Gästezimmern. Allein: Die 2 Millionen Euro müssen sich noch finden, um es Realität werden zu lassen. Vielleicht sind ein paar Tiny-Häuser auf der Wiese ein erster bewältigbarer Schritt. Die vor 15 Jahren noch wenig be-

kannten Trockentrenntoiletten waren Anlass, über die Herstellung von Terra preta nachzudenken. Ein Bauernhof in der Nachbarschaft konnte an interessierte Ökolandbaustudenten vermittelt werden, mit genügend Platz für ein Vererdungsbecken. Der Oderbus wurde erfunden, eine touristische Wochenend-Linie, die die Bahnhöfe der am Rand des Oderbruchs gelegenen Städte Wriezen und Bad Freienwalde mit dem Umland, auch mit dem Theater am Rand verbindet. Inzwischen ist die Linie im ÖPNV-Grundangebot.

Die wichtigste Vision ist jedoch jene für die Entwicklung und das Weiterwirken des Theaters, das Finden neuer, jüngerer, ambitionierter Künstler und Künstlerinnen, die diese Aufgabe in die Hände nehmen, eigene Visionen formulieren und neue Wege gehen.

Almut Undisz,

geb. 1968, Geschäftsführerin und gemeinsam mit Tobias Morgenstern und Thomas Rühmann künstlerische Leiterin des Theaters am Rand. Kernanliegen ist die Erhaltung des künstlerischen, solidarischen und ökologischen Konzepts im Spannungsfeld von Freiheit, Kreativität und Abhängigkeit.

Fußball in Ostdeutschland 2022 am Beispiel von Magdeburg, Jena und Rasenball Leipzig.

von Frank Willmann

In den Profiligen des deutschen Fußballs herrscht ein territoriales Ungleichgewicht. Nur vier Mannschaften aus den neuen Bundesländern tummeln sich neben vierunddreißig Mannschaften aus den alten Bundesländern in den ersten beiden Ligen.

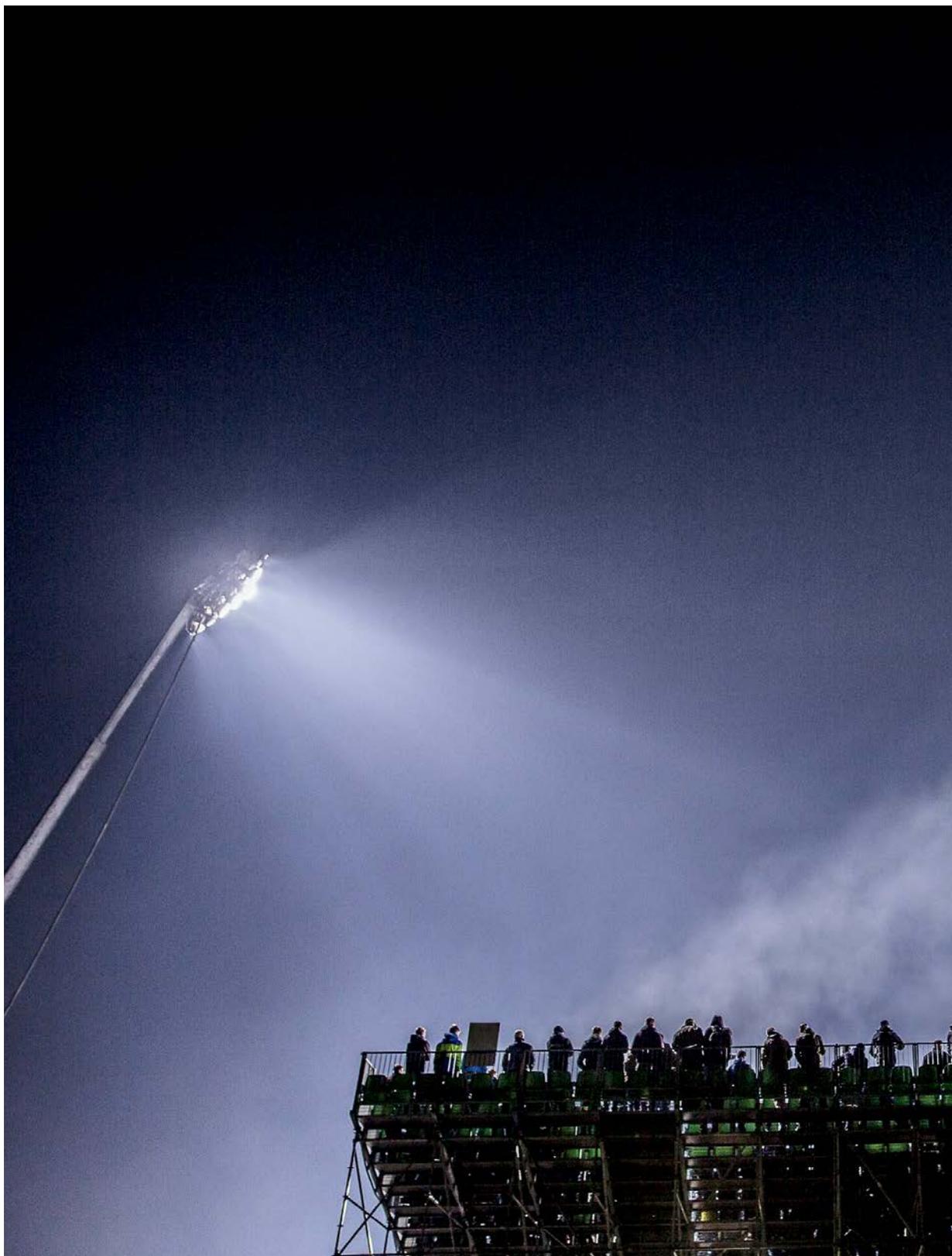
Im dreiunddreißigsten Jahr nach der Friedlichen Revolution in der DDR kickt neben dem traditionsreichen 1. FC Union Berlin nur Rasenball Leipzig in der 1. Liga. In der 2. Liga spielen Hansa Rostock und der 1. FC Magdeburg.

Wie fast überall auf der Welt war auch in der DDR der Fußball die beliebteste Sportart. Besonders Männer besuchten die Spiele der Oberliga an jedem Wochenende. Der Eintritt war günstig, Bockwurst, Programmheft und wetteroffener Stehplatz rundeten den Stadionbesuch ab. Bier floss meist nur in den Clubgaststätten, die sich innerhalb mancher Tribünen befanden. Das Publikum bestand aus Arbeitern und kleinen Angestellten. Aber auch viele Kinder und Jugendliche standen auf den Stadionschiffen. Beim Fußball konnte man gepflegt Frust ablassen und sich verklausuliert politisch äußern: „Die Mauer muss weg!“ oder sich via

„Wo bleibt denn der Eigendorf?“ über in den Westen abgehauene Spieler des BFC Dynamo lustig machen.

1989 brach die heile Fußballwelt im Osten Deutschlands zusammen. Der Fußball verpatzte den Sprung in die westdeutschen Profiligen. Einige der erfolgreichsten DDR-Clubs sind heute in der Versenkung verschwunden.

Doch es gibt auch Erfolgsmeldungen. Rasenball Leipzig ist gegenwärtig in Deutschland und Europa ein aufstrebender Club. Und der 1. FC Magdeburg, der am 8. Mai 1974 als einziger DDR-Club als Europapokalgewinner in die Fußballgeschichte einging, beweist nach dem diesjährigen neuerlichen Aufstieg in die 2. Bundesliga, dass man durchaus mit Glück und Geschick an den Platz an der Fußball-Sonne gelangen kann. Der viel besungene



Sebastian Wells (Ostkreuz): Ernst-Abbe-Sportfeld Jena

Europapokalsieg war für die heutige sachsenanhaltische Landeshauptstadt und ihre Bewohner ein identitätsstiftendes Ereignis mit Langzeitwirkung. Die Menschen in Magdeburg wachten am 9. Mai 1974 auf und gingen beschwingt im Bewusstsein zur Arbeit, nun „...zu den größten der Welt...“ zu gehören.

Magdeburger Wirklichkeit

Der Europapokalsieg der Magdeburger färbte auf die gesamte DDR ab. Viele Menschen waren stolz auf „ihren FCM“. Die Produktivität im „Schwermaschinenbau-Kombinat Ernst Thälmann“ (SKET) stieg nach oben, die Menschen sonnten sich im internationalen Glanz.

Nach der Wende qualifizierte sich Magdeburg nicht für die 1. oder 2. Bundesliga und verschwand für Jahrzehnte im Niemandsland des Amateurfußballs. Der FCM erlebte eine Insolvenz und klopfte erst in den Nullerjahren zaghaft ans Tor zur 2. Liga, um dramatisch zu scheitern. Seit dem WM-Jahr 2006 spielt Magdeburg in der MDDC-Arena, die von den Fans nach dem Trainer der 1974er Europapokalsieger konsequent HKS (Heinz-Krügel-Stadion) genannt wird.

2018 stieg der FCM in die 2. Liga auf. Leider dauerte sein Gastspiel nur eine Saison, weil der Club weder sportlich noch wirtschaftlich mithalten konnte. Nun folgte eine beeindruckende Phase der Konsolidierung. Die Clubführung schuf professionelle Strukturen, die besonders im sportlichen Bereich schnell Früchte trug. Auch die Fans schlossen sich um 2015 gruppenübergreifend zur „Einheitsfront“ „Block U – Hintertortribüne“ zusammen. Die damit verbundene Einbindung tausender Clubfans in die Unterstützung der Mannschaft ermöglichte den heute unvergleichlich brachialen und bedingungslosen Support im Stadion. Wo sich andernorts viele Fankurven aus politischen Gründen aufspalteten, regiert in Magdeburg allein

der gemeinsame Nenner 1. FC Magdeburg. Ultras, Kutfenfans, Normalos und Hooligans bewegten sich aufeinander zu. Das Lieblingswort der Magdeburger Fans heißt GEMEINSAM. Und das, obwohl der Club seit Februar 2017 seine Lizenzspielerabteilung aus dem e.V. via Abstimmung der Mitglieder ausgliederte.

Das hindert viele progressive, aktive Fans allerdings nicht daran, Verantwortung für sozial schwache Menschen zu übernehmen. Wie in vielen Ultraszenen in Deutschland engagierten sich junge FCM-Fans zuletzt in der Ukrainehilfe. Sie sammelten Kleider- und Sachspenden und brachten sie selbstorganisiert in die Ukraine. Fanszene und Vereinsführung arbeiten in Magdeburg eng zusammen, man schätzt und respektiert sich.

Durch die Kommerzialisierung des Fußballs sind die Spieler der Fußballclubs unwichtig geworden, sie taugen nicht zur Identifikation, weil die Spieler schon morgen aus finanziellen Gründen zum Verein XY wechseln werden. Was den Fans bleibt, sind die geografische Verortung, das Clubemblem, die Farben und die Vereinsgeschichte. So konzentriert sich die Fanliebe in Magdeburg heute auf städtische Symbole wie den Dom, die Ottos (Otto von Guericke und die Ottonen), die Elbe.

Der 1. FC Magdeburg ist in der Stadt wieder eine sportliche Institution. Die DDR-Historie ist im Clubkanon eingebettet, aber niemand will die DDR zurück, die Fans begreifen sich als Magdeburger und Ostdeutsche und glauben allenfalls an den Fußballgott.

Jenaer Fußballmärchen

In Jena ist das einheimische Ernst-Abbe-Sportfeld gegenwärtig eine Baustelle. Ein Grund zur Freude für Stadt und Fans gleichermaßen, 2023 wird ein moderner Stadionbau die hungrigen Fußballherzen zum Hüpfen bringen. Beim Stadionneubau fassen

besonders Ultras und junge Fans ehrenamtlich mit an. Im Sommer installierten sie Bauzäune, hieften Wellenbrecher auf die neu entstandene Nordtribüne, bauten die Sitzplätze im A-Block ab.

**„Als Traditionsverein
wollen wir unseren
FC Carl Zeiss Jena
auf die Zukunft ausrichten.“**

Ihr Engagement ist nötig, weil der FC Carl Zeiss Jena im Lager der Abgehängten unterwegs ist. Der Club spielt nach einigen Gastspielen in der 2. und 3. Liga seit 2020 in der 4. Liga. Im Nordosten versammeln sich dort neben Jena einige weitere Ex-Größen des DDR-Fußballs, die halbwegs unter Profibedingungen von der 3. Liga träumen. Die ökonomischen Bedingungen sind in der 4. Liga jedoch miserabel. Es gibt keine relevante Summe vom Fernsehen oder der DFL, die Mannschaften sind von Sponsoren abhängig. Die Geschäftsstellen laufen im Notbetrieb. Auch der FCC hat seine Profimannschaft der Männer ausgegliedert, darum kümmert sich der Geschäftsführer der GmbH. Daneben agieren eine Stadionbetriebersgesellschaft und der e.V.

Was tun, wenn es an allen Ecken brennt, fragte man sich zu Jahresanfang. Die Kräfte bündeln. Genau das geschieht aktuell in Jena mit viel Bürgersinn. Fans, Verein, GmbH, Sponsoren, Stadionbetreiber und Stadtangestellte setzten sich an einen Tisch und erarbeiteten ein vierundzwanzigseitiges Zukunftskonzept: „Als Traditionsverein wollen wir unseren FC Carl Zeiss Jena auf die Zukunft ausrichten. Unser Ziel ist, dass wir als fest in der Region verankerter Verein auch auf die regionale Stärke setzen. Wir wollen noch stärker auf unseren Nachwuchs setzen. Wollen aus eigener Stärke wachsen.“

Das in einer Präambel festgehaltene Ziel, den FCC unter den fünfzig besten Fußballclubs Deutschlands zu etablieren, klingt gut. Alle Beteiligten wollen fortan „...selbstlos, reflektiert, leidenschaftlich und vertrauensvoll...“ agieren. Liest sich wie ein Märchen, aber warum soll das Jenaer Fußballmärchen nicht wahr werden?

In der ewigen Tabelle des DDR-Fußballs steht der Verein auf Platz eins. Der vielfache DDR-Meister und FDGB-Pokalsieger ist, statistisch gesehen, der beste DDR-Club. In der Gegenwart bringt das nichts, weil alte Kamellen keine Tore schießen. Zu DDR-Zeiten wurde der FCC vom größten Kombinat (VEB Carl Zeiss Jena) der DDR gepampert.

Die Stadt Jena ist heute die reichste Stadt der neuen Bundesländer. Sie ist in Sachen Jobs und Lebensqualität die Nummer eins und streitet sich mit Erlangen um die höchste Akademikerdichte Deutschlands. Die Kehrseite der Medaille sind hohe Lebenshaltungskosten.

Die Fankurve ist studentisch und links geprägt, was sich in vielfältigen Solidaritätsaktionen mit Flüchtlingen, der Tafel, Sea-Watch, Amnesty International etc. widerspiegelt. Als „Juden Jena“ werden die Jenafans immer wieder von Teilen der ostdeutschen Konkurrenz beschimpft.

Viele Jenenser lieben den FCC, wenn er Erfolg hat, finden es aber komisch, dass in einer reichen Stadt wie Jena der Fußball so schlecht ist, obwohl sich der Weltkonzern Carl Zeiss im Clubnamen befindet. Leider interessiert sich der Konzern mit Sitz in Oberkochen nicht für den gleichnamigen Fußballclub, was teilweise mit dessen Vergangenheit in der DDR-Diktatur zu erklären ist. Schließlich war der Kombinatsschef des VEB Carl Zeiss Jena, Wolfgang Biermann, einflussreiches Mitglied im ZK der SED. Eine wirkliche Auseinandersetzung im Verein mit der DDR-Vergangenheit (SED, Stasiverwicklungen, Unterdrückung Andersdenkender) fand

in Jena bisher nicht statt. Ehrenhalber muss man aber sagen: bei den anderen ehemaligen DDR-Clubs ebenso nicht.

Die Jenaer Fankurve will Mehrwert mit sozialem Gemeinsinn schaffen. Der FCC soll ein Club für alle sein (arm, reich, queer, hetero). Gegenwärtig werden die Jenaer Ultras und aktiven Fans vom Normalfan mitunter als abgehoben, politisch linkslastig und auf sich fokussiert wahrgenommen. Ein Schulterchluss wie in Magdeburg ist in weiter Ferne, aber auch kein Muss.

Der GmbH-Geschäftsführer ist gegenwärtig stark in Sachen Fanbelange unterwegs und wehrt sich gerichtlich gegen das Abwälzen von Verbandsstrafen beispielsweise wegen Pyrotechnik auf die klamme Clubkasse. Lars Eberlein, der treibende Mann in der Stadiongesellschaft, ist die wichtigste Figur im Spiel um die neue Rolle des FCC. Auffällig sind die Besucherzahlen an den Wochenenden, wenn zahlreiche Jenaerinnen den Fortschritt beim Stadionneubau persönlich bestaunen. Die Stadtspitze zeigt sich ebenfalls begeistert, auch wenn im wissenschaftlich und intellektuell geprägten Jena nicht jeder den Fußballquatsch gut findet. Jena ist keine Stadt, die mit Zeche und Automobilwerken punkten kann.

Der Club baut ein neues Stadion nicht ohne Ambitionen. Er ist noch nicht oft Talk of the Town, wie etwa der 1. FC Magdeburg. Man lebt etwas frustriert mit der großen DDR-Vergangenheit des Vereins, ohne die DDR zu verklären. Der Verein hat in gesellschaftlichen und sportpolitischen Fragen eine Haltung. Der FCC ist ein Patient, aber nicht ohne Hoffnung.

Leipziger Erfolg dank Red-Bull-Geldregen

Dass viel Geld viel Erfolg bringen kann, bewies RB Leipzig in den dreizehn Jahren seit seiner Gründung nachhaltig. Im Schnelldurchlauf rauschte

RB von der Oberliga Nordost-Süd innerhalb von sieben Jahren in die 1. Bundesliga, wurde dort bereits im ersten Jahr Vizemeister und spielte im folgenden Jahr in der Champions League mit. Rasenball ist in der 1. Bundesliga etabliert, obwohl Verein und Fans als Parias behandelt werden. Das ist schon ein wenig kurios, wenn man sich anschaut, wie wenige Clubs 2022 noch real existierende, eingetragene Vereine sind. Rasenball Leipzig ist weit von diesem Wurmfortsatz an Demokratie entfernt. Rasenball darf sich e.V. nennen, aber Ende 2021 wurde bekannt, dass der e.V. nur über 21 Mitglieder verfügt, die alle im Sinne des Konzerns entscheiden.

Der kalte Gegenwind seitens der RB-Funktionäre wehte sämtlichen Versuchen junger Menschen entgegen, die versuchten, die Ultrakultur bei RB zu etablieren. Bis zu Coronabeginn hielt sich neun Jahre die progressive und linksorientierte Ultragruppe Red Aces im RB-Fanblock, die man als Enklave des klaren Denkens bezeichnen konnte. Hier ihr resignativer Abschiedsbrief:

„Liebe Weggefährt*innen, 9 Jahre Utopie. 9 Jahre im Wandel. Gegen Widerstände gekämpft, sie ausgehalten, manchmal gewonnen, noch häufiger verloren. Stets auf der Suche nach einem Platz für unsere Ideale. Dieser Weg nimmt nun ein Ende. Nach den Sternen gegriffen, sie gesehen, aber nie erreicht. Red Aces Leipzig, März 2020“.

Das Stimmungsloch versucht Zone147 zu füllen. Die Ultra-Gruppe ist nicht politisch aktiv und hat sehr junge Mitglieder, die gerade die zwanzig überschritten haben. Viele von ihnen kommen aus dem Leipziger Gürtel. Insgesamt kommt die große Masse der Durchschnittsfans aus dem Umland, das bei RB bis nach Thüringen und Sachsen-Anhalt reicht. In Sachen Wirkmächtigkeit ist RB im Süden der ehemaligen DDR weit verbreitet. Für die neue Saison erzielte RB einen Dauerkartenrekord. 32.000 Menschen wollen alle RB-Heimspiele sehen.

Das ist eine Größenordnung, von der andere von Großkonzernen gepamperte Erstligaclubs wie der VfL Wolfsburg (VW), Bayer Leverkusen (Bayer) oder die TSG Hoffenheim (SAP) nur träumen können.

Rasenball verfügt über keine belastende DDR-Vergangenheit, der Club ist ein Tochterunternehmen einer weltweit agierenden, erfolgreichen Marke. Was zählt, ist der Erfolg, kritische Neider werden niedergebrüllt, der Kapitalismus hat gesiegt, der Spitzenfußball ist das Geschenk, die Sportstadt Leipzig atmet auf, die Konsumentengesellschaft hat das Gefühl, im Konzert der großen Bundesligaclubs eine Stimme zu haben. Nicht zu vergessen das Provokationspotenzial: Welcher Ossi möchte es nicht dem vermeintlich reichen und ewig bevorteilten Westen zeigen?

Neben den Ultras gibt es den kritischen Fandachverband der Rasenballisten. Wertekonsens linksgeprägt. Aufmerksame Leser erkennen sofort: Hier geht es nicht um Redbullisten, sondern um Rasenballisten, die sich nicht dem Konzern, sondern der Stadt Leipzig verbunden fühlen.

Diese Saison sollten Fans bestimmte Flächen im Stadion gestalten. Bedingung: RB segnet alles ab. Ein Jahr lang durften Vorschläge eingereicht werden. Seit Januar liegen die Vorschläge beim RB-Geschäftsführer. Die Fans wollen in großen Lettern RASENBALLSPORT LEIPZIG an ihren gestalteten Wänden haben. Bisher blockiert aber RB den eigenen Vereinsnamen.

Alle Kurvenfans sehen sich als Rasenballisten, alle Gesänge umschmeicheln Rasenball und nicht Red Bull, nur in einem Lied kommt Red Bull vor, wo es harmlos lautet: „Red Bull mit Cola, Red Bull mit Vodka, Red Bull für uns und ganz Europa! Wir sind die Roten, wir sind die Weißen, wir sind diejenige, die RasenBallSport heißen!“

Der wichtigste Identifikationsanker ist für Rasenballisten der Geist des alten Leipziger Zentralstadions, auf dessen Fundamenten das aktuelle RB-Stadion fußt. Red Bull ist für sie nur ein Sponsor, der schon morgen anders heißen kann. Die Eintrittspreise sind bei RB im Bundesligadurchschnitt moderat und liegen unter denen des 1. FC Union Berlin. Die Politik liebt RB, der Bürgermeister meinte jüngst, dass RB ein Glücksfall für Leipzig sei.

Drei verschiedene ostdeutsche Vereine gehen drei verschiedene Wege. Alle drei erfreuen sich in ihrer jeweiligen Region großer Beliebtheit. Sie geben den Menschen Glück, sie definieren sich ein Stück weit über ihren Fußballclub. Die Mehrheit der Fans sind Konsumenten mit Vereinsschal im Schrank, die sich unterhalten lassen wollen. Ultras sind sieben Tage in der Woche jeweils vierundzwanzig Stunden Fans ihres Clubs. Ultra ist unterschiedlich, hier zivilgesellschaftliches Engagement, dort Gewalt und Hassrede. Die stark geschrumpften Gruppen rechtsaffiner Hooligans, die 1990 die Stadien der ehemaligen DDR unsicher machten, sind eine in die Jahre gekommene Minderheit. Die DDR-Historie interessiert 2022, wenn überhaupt, nur am Rande. Eine kleine Gruppe Ostalgiker mag der DDR hinterhertrauern, die große Masse ist auch fußballerisch im Hier und Jetzt verankert.

Frank Willmann,

Schriftsteller, Mitglied der Akademie für Fußballkultur und Herausgeber der Bibliothek des Deutschen Fußball, 2021: *Ich bin Trainer, kein Diplomat!*, mit Anne Hahn: *Vereint im Stolz. Fußball, Nation und Identität im postjugoslawischen Raum*, 2022: *negativ-dekadent – Punk in der DDR*.

Gründen im Osten – Machen statt Posen: „Optical Valley“ Jena und mehr.

von Sebastian Händschke

Gründungen: ihre Unternehmer und Unternehmerinnen – mehr als Statistiken

Wer nach „Gründen im Osten“ im Internet sucht, findet zunächst wenig Erbauliches: zu wenige Gründungswillige, die Überalterung etc. Zudem gibt es generell eine niedrige Gründungsneigung, im Osten ist sie aber noch geringer. Statistisch mag das sein, leider verdecken die Zahlen viel. Denn in meinem Alltag erlebe ich anderes, nämlich: Gründerinnen und Gründer, die klare Vorstellungen entwickeln und sie sehr erfolgreich umsetzen. Fangen wir mit der Stadt an, die mir nahe ist und die als eine der zehn wichtigsten deutschen Start-up-Zentren gilt: Jena. Dann ziehen wir noch ein paar Stationen weiter, um den Blick in Thüringen zu weiten.

„Optical Valley“ Jena: Unternehmertum im Saaletal seit 175 Jahren

Der Erfolg Jenas basiert gemeinhin auf dem Mut, dem Tatendrang und dem Engagement von drei Gründern und Unternehmern: dem Weimarer Feinmechaniker Carl Zeiss, dem Chemiker und Glastechniker Otto Schott und dem Physiker Ernst Abbe, einem herausragenden Wissenschaftler, der als weitsichtiger Unternehmer zum Sozialreformer wurde.

Dieser unternehmerische Geist lebt bis heute fort, getragen von der heutigen Generation. Ihre Namen sind u. a. Reinlein, Rothleitner & Eckhardt, Beier. Auch sie stammen meist aus der Region. Auch sie verbinden wissenschaftliche Expertise mit der Kraft, diese in Produkt- und Servicelösungen am Markt umzusetzen. Dabei profitieren sie von der immensen Wissenstiefe aus über 175 Jahren Forschung und Anwendung in der Region.

Zudem erscheint Jena heute wie ein Katalysator. Das Tal zieht innovative Leute an, die das Wissen aufsaugen, weiterentwickeln und mit neuen Ideen als vielversprechende Start-ups in Jena oder in Thüringen Fuß fassen.

Ein Streifzug: Da wäre die **ROBUST AO GmbH**, die den Zwobbel® baut, ein Bauteil, um die Effizienz in der Lasermaterialbearbeitung zu steigern. 2021 von Dr. Claudia Reinlein gegründet, die in Erfurt geboren wurde, an der TU Ilmenau Ingenieurwissenschaften studiert und später in Jena promovierte. Parallel war sie Mitarbeiterin und später Gruppenleiterin am Fraunhofer IOF¹, bevor sie mit dem EXIST-Gründerstipendium² an der Friedrich-Schiller-Universität Jena (FSU) die Gründung vorbereitete. 2021: Gründerpreis Thüringen.

¹ Fraunhofer-Institut für Angewandte Optik und Feinmechanik (IOF), Jena



Maurice Weiss (Ostkreuz): Chaos Computer Club Camp

Die **IDloop GmbH** besteht aus einem vierköpfigen Gründerteam aus Physikern und Software-Entwicklern. Geschäftsführer und Antreiber ist Jörg Reinhold, der auch aus Jena stammt, dessen Vater bei ZEISS in Leitungsfunktionen tätig war und als Mentor fungiert. Ihre Firma hebt die 3D-Bildgebungstechnologie auf eine neue Stufe für eine berührungslose biometrische Identifizierung, die nicht nur sicher, sondern auch bequem ist. Dabei holten sie die Docter Optics SE aus Neustadt an der Orla als strategischen Ankerinvestor an Bord. Im ersten Jahr ihres Bestehens präsentieren sie ihre Lösungen auf Konferenzen in aller Welt.

Das Ziel der **SPACEOPTIX GmbH**: ihren Teil zur Erschließung des Weltalls, im „New Space“-Markt, beizutragen, indem sie die Technologie auf industrielle Maßstäbe skalieren und so langfristig in Thüringen halten. Dabei bauen sie auf 20 Jahren Erfahrung des Fraunhofer IOF auf. Start im März 2020, zu Beginn der Pandemie. Die Gründer – alle aus der Region: Dr. Matthias Beier, Ingenieur Marcel Hornaff sowie Maschinenbautechniker Mathias Schulz und Industriemeister André Urbich. Initiator und Geschäftsführer Beier stammt aus Sachsen-Anhalt und werkelt schon als Jugendlicher gern an Mopeds herum. Ingenieurstudium

an der TU Dresden, mit Auslandsaufenthalt in Spanien. Zur Diplomarbeit ans Fraunhofer IOF nach Jena. Später dort Promotion an der FSU. Zwischenzeitlich zieht es ihn zu ZEISS. Nun mit eigenem Fertigungsstandort in Isseroda im Weimarer Land. Einer ihrer Prototypen fliegt auf der internationalen Raumstation (ISS), Ergebnis einer mehrfachen Kooperation. Die Tagesthemen berichten. Sie gewinnen viele Preise, u. a. waren sie Sechster der TOP-50-Start-ups im Jahre 2020.

Forschende werden Unternehmer: Zur gleichen Zeit startet die **Polytives GmbH**: Seit 2014 forscht der Chemiker Oliver Eckhardt aus Südthüringen an der FSU Jena über Kunststoff-Additive und ahnt, dass sich mehr damit machen lässt als seine geplante Dissertation. 2017 lernt er, im Rahmen eines Transfer-Seminars an der FSU die BWL-Studentin Victoria Rothleitner kennen. Ebenfalls im März 2020 gründen die beiden dann. Mit ihrem Verfahren können bei der Herstellung von Kunststoffgranulat 30 % Energie eingespart werden, zudem ohne toxische Zusatzstoffe. Nachhaltig und gesundheitlich unbedenklich. Im Moment arbeiten sie eng mit dem Thüringischen Institut für Textil- und Kunststoff-Forschung (TITK) in Rudolstadt zusammen. Dort ist auch der Aufbau der eigenen Fertigung geplant. Auch hier strahlt Jena ins Umland aus.

Mitgründer und Geschäftsführer der **Quantum Optics Jena GmbH** sind Dr. Oliver de Vries und Dr. Kevin Füchsel. Auch Füchsel stammt aus Thüringen, aus der Nähe von Arnstadt, studierte Physik in Jena und promovierte ebenfalls dort. Zudem ist er bei mehreren Businessplan-Wettbewerben erfolgreich. Erst leitet er aber mehrere Jahre den Stabsbereich für Strategie und Geschäftsentwicklung im Fraunhofer IOF. Im Jahr 2020 gründet er sich dort mit de Vries aus, um Lösungen zu entwickeln und anzubieten, die Cybersicherheit auch im Zeitalter des Quantencomputers gewährleisten.

OpenUC2. René Lachmann stammt aus einer Familie von Naturwissenschaftlern. Sein Bruder ist auch Physiker. Nun gründete er mit Dr. Benedict Diederich eine Firma, um ihre Idee eines modular aufgebauten optischen Baukastens umzusetzen. Mit den Modulen lassen sich leistungsfähige Mikroskope leicht bauen, z. B. für Schulen. Entwickelt haben sie die Idee am Leibniz-IPHT³. In diesem Sommer: Gründungspreis der Leibniz-Gemeinschaft. Aufmerksamkeit erregten sie auch international, u. a. im Silicon Valley in Stanford und an der Universität Cambridge.

Grenzübergreifende und interdisziplinäre Kooperation zeichnet auch das **DeepEn**-Team um Dr. Sergey Turtaev, Patrick Westermann, Dr. Jiri Hofbrucker und Dr. Hana Čížmárová aus, ebenfalls vom Leibniz-IPHT. Patrick Westermann ist dabei der einzige Jenaer und BWLer im Team. Sie wollen die am Institut in einer internationalen Kooperation entwickelte Endoskopie-Technologie in ein marktreifes und anwenderfreundliches Produkt überführen. Die werden über das Programm EXIST-Forschungstransfer finanziert, das in einem Jahr die Gründung vorsieht.

Mit Thüringer Ingenieurskunst in die Welt

Die Thüringer Wirtschaft ist kleinteilig, aber nicht klein. Sie umfasst ganz unterschiedliche Industrien und Unternehmen in verschiedenen Stadien. Ihre Vielfalt macht sie resilienter in Krisen. Ähnlich wie in Jena gibt es oft eine lange lokale oder regionale Tradition und Forschungsexpertise in der jeweiligen Industrie. Die Unternehmen sind eingebettet in gewachsene Netzwerke u. a. mit den wirtschaftsnahen Forschungsinstituten (des FTVT e. V.⁴) und Hochschulen.

Die **Herwig Bohrtechnik Schmalkalden GmbH** ist ein Beispiel für solch ein Traditionsunternehmen: das vor Ort, u. a. mit dem GFE-Institut⁵ und der Hochschule Schmalkalden vernetzt ist..

³ Leibniz-Institut für Photonische Technologien e. V. (Leibniz-IPHT), Jena.

Die Stadt ist ein Zentrum des Werkzeugbaus seit 170 Jahren – und die 1994 gegründete Firma mit-tendrin: Peter Herwig ist Ingenieur und Tüftler aus Leidenschaft und entwickelt mit sicherem Blick für Bedarfe. Die nächste Generation ist Teil der Führung: Sohn Toralf für Produktion und Tochter Franziska für Vertrieb und Projektmanagement.

Ebenfalls relativ kurz nach der Wende, 1993, gründete Karl-Heinz Renger mit seiner Frau Marina und Jens Graber die Reschwitzter Saugbagger Produktions GmbH (heute **RSP GmbH**) in Saalfeld/Saale. Die Technologie wurde zu DDR-Zeiten entwickelt. Die Patente gingen dann in der Wendezeit an eine Firma, die sie nicht nutzt. Die drei entschließen sich zum Neustart, erwerben mit ihrer Gründung diese Rechte und gehen damit persönlich voll ins Risiko. Es lohnt sich. Die Industrie muss allerdings erst von dem neuen Verfahren überzeugt werden: eben saugen statt baggern. Der erste richtige Kunde ist ein Rheinländer. Langsam geht es aufwärts: Bald werden die Bagger auch in Venedig und am Gotthard-Tunnel genutzt. Heute ist RSP der Weltmarktführer. Basis der Fahrzeuge sind LKW-Chassis von Herstellern wie Daimler oder MAN. Die Firmenübergabe innerhalb der Gründerfamilien glückte.

Die Gummiprofile der **SEALABLE Solutions GmbH**, Waltershausen, wirken unscheinbar, sorgen jedoch für Sicherheit, z. B. wenn sie in den Schienen von Straßenbahnen liegen. Im Kern ist sie ein Nachfolgeunternehmen des Kautschukkombinats Waltershausen. Matthias Orth und Matthias Klug, die beiden heutigen Geschäftsführer, die aus Bad Tabarz und Eisenach kommen, können in der Pandemie die SEALABLE im Rahmen eines so genannten Management-Buyouts von ihrem Arbeitgeber, der Schweizer Dätwyler-Gruppe, mithilfe eines Konsortiums kaufen und herauslösen.

Wissenschaftliche Präzision und Fokus auf die Umsetzung

Der kleine Streifzug durchs Saaletal und etwas darüber hinaus zeigt: Eine neue Generation von Gründerinnen und Gründern ist aktiv, mit großem Esprit, mit dem Mut anzupacken und der Kraft, Technologien in marktfähige Lösungen umzusetzen. Unternehmerisch werden sie die Region im 21. Jahrhundert erfolgreich gestalten. Auch die Beispiele der etablierten Unternehmen zeigen dies, u. a. durch gelungene Nachfolge- und Übernahmeregelungen. Die Wege sind individuell, doch sie alle eint, dass sie *machen*, um mit ihren Unternehmen und in ihrem Leben auf eigenen Beinen zu stehen. Viele kommen aus den Natur- und Ingenieurwissenschaften. Sie sind beste Beispiele für das „German Engineering“, das den Markenkern des „Made in Germany“ bildet.

Dr. Sebastian Händschke,

geb. 1979 in Berlin. Studium an der Universität Erfurt, in Berkeley und London, danach Promotion in Jena. Dort Leiter des Inkubators „Digital Innovation Hub Photonics“ (DIHP). An der Bauhaus-Universität Weimar für Technologietransfer und Gründungsmanagement. Mitgründer des Vereins 3te Generation Ost.

Lebus – Eine Spurensuche.

von Anne Hahn

Lebus hatte gewaltiges Pech in den letzten Jahrhunderten. Nachdem die Stadt bis ins Mittelalter hinein die einzige Oder-Furt weit und breit besaß, Herrschersitz vieler slawischer Fürsten und lange Bischofssitz war, ging dies alles verloren. Erst wurde das zehn Kilometer nahe Frankfurt (Oder) gegründet und erblühte zu einer mächtigen Handelsstadt, dann wurde die Burg zerstört, und durch die Reformation ging der Bischofssitz verlustig. Lebus büßte Einnahmen und Prestige ein, Brände, Hochwasser und Kriegsscharmützel ließen es zum Ackerbürgerstandort schrumpfen.

Der Durchbruch der Frontlinie durch die Rote Armee zerstörte Lebus im Frühjahr 1945 zu fünf- undneunzig Prozent. Mehr als dreißigtausend sowjetische, fünfzehntausend deutsche Soldaten sowie unzählige Zivilisten ließen im Oderbruch ihr Leben. In Lebus wurden nicht nur die Häuser vernichtet, die Stadt verlor eine Hälfte ihrer Fläche – auf der gegenüberliegenden Seite des Flusses lagen bis 1945 die Felder der Stadt und etwa fünfzig Gehöfte. Selten macht sich heute jemand auf, die andere Seite zu besuchen. Der Ort besteht aus einem unteren Teil mit den Resten der historischen Bebauung, Kirche und Museum, und den oberen Wohnsiedlungen an den zwei Bundesstraßen, die von Frankfurt nach Küstrin sowie Seelow führen.

Auf alten Stichen wirkt Lebus wie eine hingekleckerte Bergsilhouette am mäandernden Fluss. Im Pandemie-Jahr 2021 entwickelte ich die Idee, ein Ortsporträt zu verfassen, und befragte elf Menschen zwischen achtzehn und achtzig, was es mit Lebus auf sich hat. Wie lebt es sich in Lebus, was gefällt den Menschen an ihrer Stadt, was vermissen sie?

Zweiter Weltkrieg

Gleich bei einem meiner ersten Besuche hatte mir die Wirtin der Pension *Kirschgarten* einen DEFA-Dokumentarfilm gezeigt: „Geschichten vom 30. Frühling“ (Regie: Bodo Petersen), der 1975 in Lebus gedreht wurde. Interviewt werden im Film vor allem die Bauern und die Kinder der Arbeitsgemeinschaft „Junge Historiker“, welche berichten, was sie zu Kriegsende und Wiederaufbau in Lebus

erforscht haben. Oder einfach erzählen, was sie lieben an ihrer idyllisch wie dörflich wirkenden Stadt. *Wir haben hier alles, was man sich wünschen kann, wir haben Gewässer wie die Oder, wir haben Berge, wo man rumklettern kann, und Wälder, wo man rumstrolchen kann. 'ne bessere Landschaft können wir uns gar nicht wünschen.* Sagt ein dreizehnjähriger Junge, den ich später selbst interviewe, den heutigen Klavierverleiher, Hobbymusiker und Piloten Harald Schulz.

Über die Arbeitsgemeinschaft der „Jungen Historiker“ an unserer Schule kam es dazu, dass ich dabei war. Der Film erzählte vom Kriegsende in Lebus und von den russischen Soldaten, wie sie hier gekämpft und später die Minen geräumt haben. Und was wir Kinder dazu rausgefunden hatten. Hermann Peisert war Junglehrer in Lebus, seine Arbeitsgemeinschaft „Junge Historiker“ hat über Jahrzehnte bestanden. Bei mir hat es dazu geführt, dass ich mich zu Hause an den Tisch gesetzt habe und dachte, jetzt weiß ich was, da kann ich mal was erzählen. Wie das so nach dem Krieg hier war, in Lebus. Da bin ich genau an die Richtigen geraten. Ich war fünfzehn etwa, da hat mein Großvater, der ein ganz ruhiger Typ war, gemeint: „Jetzt komm mal zu mir und ich erzähl dir mal was. Dann hörst du mal zu, und was du jetzt hörst, behältst du für dich.“ Mein Großvater war zu Heiligabend 1945 wieder zurückgekommen nach Lebus, aus englischer Kriegsgefangenschaft... mein Großvater und meine Großmutter haben mir erzählt, wie die Frauen hier die Leichen umgebettet haben, als der Friedhof eingerichtet wurde. Ich bin ganz still geworden.

Vergewaltigungen

Es gab Stellen, die ich wieder strich aus meinem Text, weil den Gesprächspartnern unheimlich wurde mit dem Gesagten, zum Beispiel, wie sie die Russen ausgegraben hatten einige Wochen nach ihrer Notbestattung – und wie die Mädchen der Stadt versteckt wurden. Das Ganz-still-Werden ist mir oft begegnet bei meiner Recherche, es sei ja

lange her, es sei vorbei. Nach meinem Nicken dauerte es selten lange, bis meine Interview-Partner weitersprachen, mir doch erzählten vom Verzwiegenen. Alle wissen, dass die Frauen verzwiegen wurden, die, die geblieben waren, und die, die wiedergekommen waren. Die Folge waren Verzwiegunskinder, etliche gebärunfähige Frauen (durch die Infektion mit Chlamydien) und das Schweigen. Ist jetzt die Zeit, das aufzubrechen?

Antje Köhne berichtet mir in ihrem Interview von ihrer „Ziehtante“ und vormaligen Hausbesitzerin in der Kirschallee, Tante Gunte, die mit ihren alten Eltern und zwei Schwestern das Ende des Krieges in Lebus erlebte:

Von den drei Schwestern hat eine gar nicht geheiratet, weil ihr Freund im Krieg geblieben ist, und die anderen beiden haben keine Kinder gekriegt. Wir wissen nicht, warum. Vielleicht hing es mit den Verzwiegungen zusammen. Zuerst sind alle evakuiert worden, Tante Gunte ist mit dem Fahrrad durch Berlin bis nach Lüneburg, die anderen woandershin, und als sie zurückgekommen sind, ist es passiert. Das nehme ich an, es ist ein Thema, welches eher totgeschwiegen wurde.

Ingrid Blankenfeld, achtzig Jahre alt und meine älteste Gesprächspartnerin, erzählt über die Zeit nach den Verzwiegungen: *Die nächste Erinnerung, das nächste Stück ist, wie meine Mutter sich mit uns dreien das Leben nehmen wollte. Sie konnte nicht schwimmen und wollte mit uns dreien ins Wasser gehen, da ist sie über den Acker. Das haben die Russen aber auch gesehen, was sie da machen will. Ein Russenauto hat uns aufgeladen und die haben uns kalte Bohnensuppe zu essen gegeben. Bei uns wurde drüber gesprochen, da wurde kein Psychiater gebraucht. Das wurde alles erzählt und meine Oma war immer eine tatkräftige Frau, die hat gesagt: „Hätteste ein Russenbalch geboren, dit hätt ick eigenhändig umgebracht!“ Das hätte sie nicht gemacht, aber das hat man mitgehört als Kind.*

Der Stadtchronist Manfred Hunger hat durch seine Arbeit für den Lebuser Heimatverein selbst umfangreiches Material gesammelt:

Manches kann man gar nicht veröffentlichen, so furchtbar sind die Schilderungen in den Zeitzeugenberichten. Wir wollten uns auf Verständigung hin orientieren, nicht weiter Emotionen schüren und haben manches nicht publiziert...

Aber es gab auch immer ganz besondere Einzelfälle: Da war ein junges Mädchen – ich kann es bis heute noch nicht verstehen –, deren Mutter rechts der Oder gewohnt hat und bei der Flucht ihre Zahnprothese vergaß. Das Mädchen ist heimlich mit dem Boot über die Oder rüber und hat die Prothese geholt, und ist auch unbeschadet wieder zurückgekommen. Wie immer im Leben gibt es solche und solche Geschichten.

Diese Zitate sind im Ortsporträt über Lebus enthalten, ich habe mich mehrfach abgesichert, ob die Urheber mit einer Veröffentlichung einverstanden waren, und habe bei meinen späteren Treffen mit den Interviewten gemerkt, dass durch diese Gespräche etwas ins Rollen gekommen ist. Man beginnt, miteinander zu sprechen. Vielleicht ist ein Aufbrechen der Scham und des Schweigens möglich. Neben den Vergewaltigungen sind die Selbstmorde der unmittelbaren Nachkriegszeit ein schmerzliches Tabuthema, bis in die Enkelgeneration hinein.

Munition

Alle Lebuser, die als Kinder nach dem Zweiten Weltkrieg die städtische zehnklassige Oberschule besucht haben, berichten von „Munitionskunde“ und den jährlichen Belehrungen, nicht mit Munition zu spielen. Das sei auch heute noch so, erzählt der zwanzigjährige Wilm Köhne. Harald Schulz, der in den 1970er Jahren Schulkind war:

Wir hatten Munitionskunde bei Herrn Peisert. Wir sind ja immer hinter dem Traktor hergelaufen und haben Steine raufgeschmissen. Im Laufe der Jahrzehnte kommen die Patronen wieder hoch und werden dabei mit ausgepflügt. Wir haben alles eingesammelt und auf den Trecker geworfen. Es ist ja genug passiert – einmal war 'ne Granate dabei, die Leute haben es nicht gewusst und die auf einen Hänger geworfen und wupps. Deswegen sollten wir wissen, wie sieht so ein Ding aus, wie ist das aufgebaut? Es gab auch ganz gemeine Minen, die waren nicht aus Metall und wurden deswegen nicht gefunden. Die waren aus Holz, wenn man da drauftrat, peng. Das war spannend für uns.

Wenn in Lebus gebaut wird, muss der Kampfmittelräumdienst gerufen werden. Im September 2021 veröffentlicht der Kreisfeuerwehrverband Märkisch-Oderland auf seiner Website zum dreißigjährigen Bestehen des KMBD (Kampfmittelbeseitigungsdienst des Landes Brandenburg), die einundachtzig Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hätten seit 1991 „über 32 Millionen Kampfmittel geborgen und vernichtet. Darunter über 169.000 Bomben aller Arten (Spreng-, Brand-, Nebelbomben) und mehr als 268.000 Granaten größer als 5 cm.“

Der erste Polizist im Amtsbereich Lebus nach 1945, Hans Schulz, erzählte in den 1960er Jahren der Arbeitsgemeinschaft „Junge Historiker“, wie Minen geräumt wurden und dass etwa zweihundert Menschen durch Munition ums Leben kamen. Holz sammeln in den umliegenden Wäldern und allein die Äcker bestellen waren lebensgefährliche Unternehmungen. Ingrid Blankenfeld: *Da hatten die Leute den Krieg überstanden, dann hat man die Detonationen gehört und es war wieder einer, den man kannte.*

Während meiner Recherche entdeckte ich in der Nähe meiner Pension frische Absperrbänder – mitten in Lebus werden Kampfmittel geräumt. Ich



Patrick Pleul (picture alliance): Lebus

will es genauer wissen und befrage den Feuerwerker des Kampfmittelräumdienstes, Robert Beuschel:

Im Oderbruch ist mit allem zu rechnen... Scharfe Munition haben wir schon öfter gefunden, deswegen machen wir ja die Arbeit. Von einer amerikanischen 250-Kilogramm-Bombe, das war die größte bis jetzt, bis zur normalen Infanterie-, Flakmunition oder einem Panzer-Kanonenrohr.

Es wurde mal gesagt, für Mecklenburg bräuchten sie siebzig Jahre, wenn sie durchgängig räumen, für den Oderbruch aber auch. Ab dem Zeitpunkt, wo der Bericht erstellt wurde, das ist, glaube ich, fünf

Jahre her. Aber dadurch, dass nicht immer Gelder da sind und man nicht durchgängig räumt, wird sich das hinziehen... Gefallene habe ich schon öfter gefunden. Das geht einem schon ein bisschen nah, aber das ist ja eine wichtige Sache für die Nachfahren, dass die informiert werden, wenn wir wissen, wer es ist. Dass so ein Schicksal gelöst ist.

Der Krieg hat das Oderbruch verwüstet und bis heute Spuren hinterlassen. Ingrid Blankenfeld: *Die größte Katastrophe, die Lebus erlebt hat, war der Krieg.*

Nachbarland Polen

Der Ortschronist Manfred Hunger berichtet von guten Beziehungen nach Polen, besonders zu einer Mitarbeiterin der Viadrina, Magda Abraham-Diefenbach. Sie lebt in Nowy Lebusz/Neu-Lebus und hat mit Manfred Hunger die deutsche Geschichte der Ortsteile von Lebus recherchiert (Neu-Lebus, Tirpitz im Norden, Lebus rechts der Oder. Der Lebuser Heimatverein unterhält eine Partnerschaft mit Vitnica (vor 1945 Vietz), das Verhältnis hat sich laut Manfred Hunger jedoch in letzter Zeit verschlechtert. *Wir hatten einen sehr guten Start gehabt, aber die offizielle Atmosphäre in Polen ist zurzeit nicht günstig.*

Die meisten Lebuser beachten die polnische Seite nur, wenn Wild von dort den Fluss überquert. Seit 2021 bringt es die afrikanische Schweinepest, entlang der Oder mussten Zäune aufgestellt werden. Im September 2017 war ein geschütztes polnisches Wisent in Lebus an Land gegangen und ohne Not erschossen worden, was zu Protesten und einem gut lesbaren „Mörder“-Plakat auf der polnischen Seite führte. Bis heute streiten sich die Lebuser um das Für und Wider, kurzfristig hatte die Stadt deshalb sogar einen AfD-Bürgermeister.

Doch nicht alle betrachten das Land rechts der Oder als Terra incognita. Der Freizeitmusiker Harald Schulz: *Mit zwölf, dreizehn war ich in Frankfurt in der Bezirksmusikschule, und für deren Sinfonieorchester gab es nicht genug Leute, also haben sie sich mit Zielona Góra kurzgeschlossen und das deutsch-polnische Jugendsinfonieorchester gegründet. Dann waren wir fünfzig oder gar sechzig Leute, hatten einen polnischen und einen deutschen Dirigenten, haben deutsche und polnische Stücke gespielt. Alle vier Wochen hatten wir eine gemeinsame Probe, einmal sind wir nach Polen gefahren mit*

dem Bus und ich habe schulfrei gekriegt und nach vier Wochen kamen die Polen zu uns. Das heißt, ich war alle zwei Monate drüben in Polen, das war aufregend! Wir haben zusammen musiziert, bis ich aus der Schule gekommen bin.

„Jetzt ist das Lebuser Land wieder zusammen. Ich finde das natürlich schön, dass wir verbunden sind. Seit 2003 haben wir jeder einen Gedenkstein eingeweiht, es gab ein schönes Fest vom Gemeindeamt des Lebuser Landes und der polnischen Seite Ziemia Lubuska.“

Das waren großartige Begegnungen und ich muss sagen, ich habe die Polen bewundert. Wenn wir auf Busreisen gewesen sind, zum Beispiel nach Zakopane ins Orchesterlager, da hat einer von den Polen die Klarinette rausgeholt, ein anderer den Bass und ein dritter die Geige – und dann haben alle gespielt! Wir haben das so nicht gelernt, aus der Lamäng zu musizieren, das war toll und faszinierend für mich. Musik ist länderübergreifend, das verbindet halt.

Im Lebuser Info-Punkt arbeitet seit wenigen Jahren die Politologin Marta Kalinowska. Sie ist auf der anderen Seite der Oder mit Blick auf den Lebuser Kirchturm aufgewachsen: *In Lebus war eine Stelle frei und meine Bewerbung wurde angenommen. Es war mein Anfang. Es war nicht so einfach, denn meine Sprachkenntnisse sind nicht so gut. Da hatte ich Angst, das ist eine Barriere. Ich habe hier aber so viele nette Leute kennengelernt und Hilfe bekommen, das war kein Problem...*

Jetzt ist das Lebuser Land wieder zusammen. Ich finde das natürlich schön, dass wir verbunden sind. Seit 2003 haben wir jeder einen Gedenkstein eingeweiht, es gab ein schönes Fest vom Gemeindeamt des Lebuser Landes und der polnischen Seite Ziemia Lubuska – aber bis jetzt haben wir keine Möglichkeit, über die Oder zu kommen. Das ist schade, alle Touristen fragen, warum es keine Fähre gibt. Kann man nicht direkt von Lebus rüber und einen Rundweg nach Kostrzyn und zurück machen? Es wäre eine schöne Attraktion für polnisch-deutsche Touristen.

Fluktuation

Meine jüngste Interviewpartnerin, die achtzehnjährige Laura Köhne, ist eine der ganz wenigen, die in Lebus bleiben möchte. Sie absolviert derzeit eine Ausbildung zur tiermedizinischen Fachangestellten in Lebus. Es ist ein strukturelles Problem – die Jugend wandert ab. Die Busverbindungen sind spärlich, der Zugverkehr längst eingestellt. Nach der Grundschule verteilen sich die weiterführenden Schulen auf Seelow oder Frankfurt/Oder, kaum ein Jugendlicher sieht seine Zukunft in Lebus.

Laura Köhne: Von diesem Ländlichen hier bin ich schon immer ein Fan gewesen. Ich lebe gerne auf dem Land... Meine Schulfreundinnen sind nicht mehr in Lebus, hier macht keiner eine Ausbildung. Eine ist nach Chemnitz gegangen, eine andere studiert in Potsdam. Viele sind in Frankfurt in der Lehre oder in Seelow. Ich werde hierbleiben, wenn ich mich gut anstelle, würden sie mich gerne übernehmen...

Zurzeit ziehen viel junge Frankfurter nach Lebus, die preiswert Bauland bekommen und sich Häuschen auf die Leerflächen der Stadt stellen. Eine Schlafstadt würde Lebus werden, fürchten

manche. Die fahren morgens los, haben ihre Kinder in Frankfurt in Kindergarten und Schule, arbeiten dort und kommen nur zum Schlafen her. Andere laden die neuen Nachbarn ein – das hilft, anders miteinander umzugehen.

Auch Pilot Harald Schulz, der beinahe das ganze Jahr die Landschaft überfliegt, hat in Lebus gebaut.

Ich könnte jeden Tag fliegen. Morgens guckt man schon als Erstes: Wie wird das Wetter? Wenn ich auf dreihundert Metern unterwegs bin, fühle ich mich frei. Man bekommt einen anderen Blick auf die Sache. Als ich angefangen habe zu fliegen, da ist das eigene Haus wie ein Magnet. Man möchte immer rüberfliegen... Bei fünfzig Metern ist es noch relativ groß und wird dann immer kleiner und noch kleiner, und wenn man auf dreihundert Metern ist, dann ist es so groß wie eine Ameise. Nichts mehr. So viel sind die Probleme wert. Die werden anders, wenn man fliegt.

Anne Hahn,

Historikerin, Schriftstellerin, Subkulturforscherin; 2021 literarisches Sachbuch: *Lebus – ein Ortsporträt, mit Frank Willmann: Vereint im Stolz. Fußball, Nation und Identität im postjugoslawischen Raum;* 2022: *negativ-dekadent – Punk in der DDR.*

Das Pogrom in Rostock-Lichtenhagen – Zäsur, Symbol, Folgen.

von Katharina Warda

In den Tagen zwischen dem 22. und 26. August 1992 fanden die wahrscheinlich schwersten rassistischen Übergriffe in Deutschland seit 1945 statt.

Dabei attackierten hunderte Rechtsradikale, zum Teil aus anderen Teilen der Republik angereist, unter dem Applaus von bis zu 3.000 Schaulustigen über fünf Tage das „Sonnenblumenhaus“ in Rostock-Lichtenhagen. In dem Plattenbau befanden sich die Herberge der Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZAst) und die Wohnungen von etwa hundert Vietnamesen und Vietnamesinnen – ehemalige DDR-Vertragsarbeiter und ihre Kinder.

Das passierte nicht schlagartig. Bereits Wochen vorher hatte sich die Stimmung rund um die überfüllte ZAst aufgeheizt. Asylsuchende waren aufgenommen, aber nicht auf andere Orte umverteilt worden. Deshalb waren die Zustände, in denen viele Roma, Rumänen und Rumäninnen leben mussten, inhuman. Sie waren ohne Obdach, Kochmöglichkeiten und sanitäre Anlagen. Sie traf die Wut der Anwohnerinnen und Anwohner zuerst. Die rechtsextreme Kleinpartei „Hamburger Liste für Ausländerstopp“ verteilte asylfeindliche Flugblätter. Die lokalen Medien veröffentlichten Gewaltan-

drohungen von Bürgern und Bürgerinnen, in denen der Samstag, 22.08.1992, explizit genannt wurde. Dieser Zorn wurde nachträglich immer wieder damit begründet, dass die Verhältnisse in Rostock eine Zumutung gewesen seien. Er ist jedoch ohne die rassistisch aufgeladene Grundstimmung der Zeit nicht zu erklären.

In den frühen 1990er Jahren dominierten Debatten um die Einschränkung des Asylgesetzes und die „Ausländerfrage“ die Öffentlichkeit. Politik und Medien verbreiteten eine „Das Boot ist voll“-Rhetorik. „Die Flut steigt – wann sinkt das Boot?“ oder „Fast jede Minute ein neuer Asylanter“ – so lauteten Schlagzeilen der BILD-Zeitung. Auch Politiker und Politikerinnen machten Stimmung gegen Asylsuchende und suggerierten, mit der Einschränkung des Asylrechts und der Abschiebung von Ausländern ließen sich die aktuellen Probleme in den Griff bekommen. Diese rassistischen Ausländer- und Asyldiskurse trafen in Ostdeutschland der frühen 1990er auf Transformation und



Jens Büttner (picture alliance): Frische Blumen am Sonnenblumenhaus

Chaos, auf einen erstarkenden Nationalismus und auf chauvinistische bis rassistische Muster der ehemaligen DDR-Gesellschaft. Sie trafen auch auf die Massenarbeitslosigkeit, die bereits 1990 die anfängliche Wende-Euphorie ablöste und bei vielen in Frust und Aggression umschlug. Auf diese Weise entstand eine explosive Mischung, die sich nicht nur gegen Asylsuchende richtete, sondern gegen alle, die als Ausländer oder Migranten betrachtet wurden.

So verhiß die Nacht der Wiedervereinigung vom 2. auf den 3. Oktober 1990 bereits nichts Gutes. Mehr als dreißig rechte, teils pogromartige Ausschreitungen in Deutschland, vor allem in den Gebieten der ehemaligen DDR, zählte das Online-Projekt „zweiteroktober90“¹. Die zum Teil massive

rassistische Gewalt richtete sich vor allem gegen ehemalige Vertragsarbeiter und Vertragsarbeiterinnen. Die Gewalt der Nacht der Staatsgründung setzte sich in den folgenden Jahren fort, in den frühen 1990ern gab es bereits dreißig Mordopfer rechter Gewalt.

Am 22.08.1992 eskalierte die Gewalt im Pogrom von Rostock-Lichtenhagen. Zwei Tage später brannte das Sonnenblumenhaus. Obwohl massive Ausschreitungen zu erwarten gewesen waren (wenn auch nicht in diesem Ausmaß), war die Polizei in den fünf Tagen zu wenig und teilweise gar nicht präsent. So entstand ein Klima, in dem die Anschlagopfer der Gewalt nahezu schutzlos ausgeliefert waren. Nur aufgrund ihres eigenen Handelns und durch reines Glück gab es in der

¹ <https://zweiteroktober90.de/impressum/>

Nacht keine Toten. Den Aussagen von Betroffenen zufolge organisierten sich die Vietnamesen und Vietnamesinnen in dem attackierten Haus selbst, sie brachen die versperrten Notausgänge auf und flüchteten über das Dach in das Nachbarhaus. Die Einzigen, die außerhalb des Hauses Widerstand leisteten und sich mit den Angegriffenen solidarisch zeigten, waren kleine Gruppen linker Aktivist*innen, von denen aber viele vor Ort verhaftet wurden. Am 24.08. löschte die Feuerwehr das brennende Haus und die Anschlagopfer wurden aus der Stadt gebracht. Viele von ihnen wurden später ausgewiesen.

Erst am 26.08. bekam die Polizei unter Einsatz von Wasserwerfern und Tränengas die Situation allmählich unter Kontrolle. Die Täter und Schaulustigen zogen ab, die Medien verließen Rostock wieder. Was blieb, war ein fatales Signal, wie man im frisch wiedervereinigten Deutschland mit rechter Gewalt umging: Die Täter wurden auch im Nachgang kaum strafrechtlich belangt. Die Opfer wurden alleingelassen – auch als es um Leben und Tod ging. Um den Konflikt zu lösen, wurden sie aus der Stadt gebracht, als seien sie die eigentlichen Aggressoren. Die Polizei mischte sich kaum ein. Und wer damit nicht einverstanden war, wurde anstelle der Täter verhaftet. Damit wurde Lichtenhagen nicht nur zu einer Zäsur der Gewalt, sondern auch zu einem Symbol dafür, wie ihr fortan begegnet wurde.

Kein Wunder: In den folgenden Wochen und Monaten wuchs die sowieso schon starke rechte und rassistische Gewalt der Zeit noch einmal massiv an. Überall in der Bundesrepublik, vor allem aber in den Gebieten der ehemaligen DDR, wurden Menschen aus rassistischen Gründen angegriffen, Häuser attackiert und Brandanschläge verübt. Aber auch politisch und medial zeigte Lichtenhagen seine Wirkung. Nach dem Pogrom verurteilte BILD mit Schlagzeilen wie „Ihr solltet euch schämen“ nicht etwa die Täter und Täterinnen, son-

dern Politiker und Politikerinnen, die sich gegen die Einschränkungen des Asylrechts stellten. Wenige Wochen später wurde der „Asylkompromiss“ geschlossen. Im Jahr 1993 trat das Gesetz in Kraft – eine empfundene Niederlage für viele humanitär denkende Menschen in dieser Zeit.

„Der Osten Deutschlands ist ein vielfältiger Raum mit einer komplexen Geschichte. Eine klare öffentliche Problematisierung rechter Gewalt ist dabei keine Nestbeschmutzung, sondern die Voraussetzung für eine souveräne Aufarbeitung und mögliche Lösungswege.“

Genau 30 Jahre später ist es Zeit, Lehren aus den Vorfällen zu ziehen. Umso wichtiger, dass sich Gesellschaft und Medien zum 30. Jahrestag kritisch und differenziert mit den Ereignissen auseinandergesetzt haben. Bis dahin war es ein langer Weg, der ohne zivilgesellschaftliches Engagement nicht möglich gewesen wäre. Für viele zivilgesellschaftliche Akteure war Lichtenhagen ein Weckruf. Nicht nur die Gewalt wuchs, auch die Gegenwehr und das Ringen um humanitäre Diskurse erstarkten. In Rostock selbst brachten sich Aktivist*innen und Aktivistinnen verstärkt in die Stadtgesellschaft ein und kooperierten dabei eng mit den zum Teil zurückgekehrten Anschlagopfern, die den Verein *Diên Hồng – Gemeinsam unter einem Dach e.V.* als Gedächtnis- und Begegnungsstätte aufgebaut hatten. Auch der Rostocker *Migrantenrat* gründete sich 1992 und vertritt bis heute Anliegen von Migrant*innen auf kommunaler Ebene. Zeitzeugen und -zeuginnen wie Nguyen Do Thinh, ein Überlebender aus dem Haus, und Mai-Phuong Kollath leisten bis heute unermüdliche Erinnerungsarbeit aus der Betroffenenperspektive.

Auf Drängen zivilgesellschaftlicher Akteure, vor allem von Zeitzeuginnen und -zeugen der antifaschistischen Gegenwehr des Pogroms, entstand im Jahr 1993 der britisch-deutsche Dokumentarfilm „The truth lies in Rostock“ („Die Wahrheit lügt (liegt) in Rostock“). Dieser Film hielt die Erinnerung an die Ereignisse wach. Die Filmpremiere fand im Rostocker Rathaus statt – ein klares Zeichen für Aufarbeitung und Erinnerungsarbeit. Seit 2015 fördert die Hansestadt Rostock den Aufbau des Dokumentationszentrums „Lichtenhagen im Gedächtnis“, das aktive Erinnerungsarbeit leisten soll. Dieses Engagement – auch außerhalb Rostocks – trägt heute Früchte. Rostock-Lichtenhagen ist nicht in Vergessenheit geraten. Heute profitiert die Stadt davon: Anders als in vielen anderen Regionen in Ost und West spielen rechte Parteien und Akteure dort keine große Rolle mehr.

In den 1990er Jahren entstand das Bild des „braunen Ostens“. Dieses Bild ist mit Blick auf die rechte Gewalt in den Neunzigern berechtigt. Einerseits. Andererseits ist der „braune Osten“ aber auch eine westdeutsch geprägte Projektion, die rechte Gewalt ausschließlich in den Osten verschiebt und Ausschreitungen und rassistische Morde wie in Solingen und Mölln vergessen macht. Zudem wird die Metapher vornehmlich dort verwendet, wo der Westen dem Osten gegenüber moralisch überlegen dastehen kann, anstatt dezidiert rechte Gewalt im Osten zu erkennen und produktiv anzugehen. Diese Problemverschiebung und Herabsetzung löst keine Probleme.

Aber auch die Auseinandersetzung im Osten mit dem Bild des „braunen Ostens“ sorgt für Verdrängung. Anstelle einer ernsthaften Problematisierung rechter Gewalt und aktiver Lösungen trifft der Diskurs zu oft auf gekränkte Gemüter. Statt Lösungen dominieren Relativierungen („Im Westen gibt es das auch“) und Versuche der Imagepflege von Städten und Kommunen den Diskurs. Es

handelt sich um eine Art Rassismus-Pingpong. Darunter leiden vor allem die Betroffenen rechter Gewalt selbst – in Ost- und Westdeutschland.

Gerade auch im Osten arbeitet die engagierte Zivilgesellschaft häufig unter erschwerten Bedingungen. Beispielsweise werden diejenigen, die das Problem rechter Gewalt offen ansprechen, nicht selten selbst zum Problem stilisiert. Dabei lässt sich gerade an der Aufarbeitung des Pogroms in Lichtenhagen ablesen, wie wichtig und fruchtbar es ist, die Probleme zu benennen und zu bearbeiten.

Diese Lektion ist bis heute aktuell: Wir müssen aus den dichotomen Erzählungen und Diskursen über den Osten ausbrechen. „Der Osten“ ist nicht nur gut oder nur schlecht, braun oder nur bunt, rück- oder nur fortschrittlich. Der Osten Deutschlands ist ein vielfältiger Raum mit einer komplexen Geschichte. Eine klare öffentliche Problematisierung rechter Gewalt ist dabei keine Nestbeschmutzung, sondern die Voraussetzung für eine souveräne Aufarbeitung und mögliche Lösungswege. Diesen produktiven Weg im Umgang mit Rassismus und rechter Gewalt sollte der Osten, aber auch ganz Deutschland gehen.

Katharina Warda,

geb. 1985 in Wernigerode, Soziologin und freie Autorin mit den Themen Ostdeutschland, marginalisierte Identitäten, Rassismus, Klassismus und Punk. Sie ist zudem aktiv in verschiedenen Projekten, auch basierend auf ihren eigenen Erfahrungen als Schwarze ostdeutsche Frau.

Nachwende-Literatur und Ost-West-Stereotypen.¹

von Jürgen Wertheimer und Florian Rogge

Studien bestätigen immer wieder, was die Literatur längst wusste: An entscheidenden Punkten driften Deutschland Ost und Deutschland West signifikant auseinander.

Insbesondere was die Einstellung zum Ukraine-Krieg betrifft, zeigen sich in jüngster Zeit beachtliche Unterschiede. Kaum jemand versucht, Putins brutalen Angriffskrieg zu rechtfertigen. Dennoch zeigt sich, dass sehr viel mehr Ostdeutsche eine Mitschuld des Westens, insbesondere der NATO, deutlich thematisieren. Eine Aufnahme der Ukraine in die NATO oder die EU würde indirekt das Gefälle zwischen Ost- und Westdeutschland gravierend steigern. Auch ist festzustellen, dass in Ostdeutschland eher gegenüber den USA und ihren politischen wie wirtschaftlichen und kulturellen Einflüssen eine Art Generalverdacht gehegt wird, während in Westdeutschland ein eher generelles Misstrauen gegenüber Russland zu beobachten ist.

So führt dieser Krieg insgesamt dazu, dass, wie unter einem Brennglas, alte, latent vorhandene Ressentiments erneut an die Oberfläche treten. Umso wertvoller sind die Innensichten und Reflexionen aus Räumen, in denen sich die oben skizzierten Linien überschneiden und Zugehörig-

keiten überlagern. Exemplarisch sei in diesem Zusammenhang auf Lena Goreliks Roman *Wer wir sind* (2021) verwiesen, der aus der Perspektive der Gegenwart vom Umzug einer Familie aus St. Petersburg nach Ludwigsburg im Jahr 1992 erzählt.

Überwunden geglaubte Einstellungen werden derzeit durch die kriegerischen Auseinandersetzungen am östlichen Rand Europas reaktiviert. Sie überlagern und konterkarieren die bisher erarbeiteten Maßnahmen der beiden deutschen Teile zur Wiederannäherung. Dies in einem Moment, der ohnehin durch eine ganze Reihe von Irritationen geprägt war.

Dazu gehören u. a. das Moment der Transformation durch die Energiewende mit schweren Konsequenzen z. B. für den Braunkohletagebau in der Lausitz oder die Diskussion um die Sicherheit der Energieversorgung in Ostdeutschland. All dies erschüttert das gerade im Entstehen begriffene, aufkeimende Vertrauensverhältnis zwischen Deutschland West und Deutschland Ost erneut.

¹ Der Text basiert auf einer vom Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland geförderten Studie des Cassandra-Projektes.

Als weiterer gravierender Faktor ist das Entstehen der Protestbewegungen zu nennen, die sich auf die Tradition der Montagsdemonstrationen beziehen: Querdenker, Coronaleugner und der Protest gegen soziale Verarmung beginnen sich bereits jetzt aufzuschaukeln. Sie könnten im Winter 22/23 unliebsame Energien entfalten.

Ein Neuansatz, der dem Zukunftsprojekt „Wiedervereinigung“ gut anstünde: Literarische Texte können sich als wertvolle Quellen zum Erproben und Erlernen dieser Methode erweisen. Die Haltungen dieser Texte reichen vom verzweifelten Festhalten an (reformsozialistischen) Utopien (z. B. Christa Wolf, Christoph Hein, Heiner Müller, Stefan Heym) und weit ausholenden geschichtlichen Ausdeutungen (Günter Grass) in den 1990er Jahren hin zu einer Haltung, die großen Visionen grundsätzlich misstraut (z. B. Juli Zeh, Thomas Brussig), bis hin zu einer Hinwendung zu individuellen Aufbruchsgeschichten (z. B. Wolfgang Herrndorf, Paula Irmschler). Vor diesem Hintergrund spielen Selbstbilder und Zuschreibungen eine wichtige Rolle.

Die Wende- oder Postwendeliteratur der 90er Jahre war noch geprägt von wechselseitigen Ost-West-Klischees, die sich in ähnlicher Form bereits in Texten der 70er oder 80er Jahre finden lassen: reiche, oberflächliche, arrogante West-Figuren (Touristen, Anwälte, Geschäftsleute) und eher plumpe, passive Ost-Figuren. Viele Texte der 90er Jahre beschreiben den Prozess des Identitätswandels (z. B. Jens Sparschuhs *Der Zimmerspringbrunnen*, 1995); erzählen davon, wie sich Menschen im Osten neue Biographien erschließen müssen.

Mit Blick auf politische Bruchlinien sind beispielhaft die jüngsten Romane der Dresdner Autoren Ingo Schulze (*Die rechtschaffenen Mörder*, 2020) und Uwe Tellkamp (*Der Schlaf in den Uhren*, 2022) hervorzuheben. Schulzes Roman erzählt die Ge-

Dr. Jürgen Wertheimer,

Prof. em. für Internationale Literaturen (Universität Tübingen, zuvor u. a. München, Bamberg, Paris). Leiter des Cassandra-Projekts, das Literatur als Medium der Vorausschau künftiger Entwicklungen von Krisen nutzt und hierfür auch Literatur aus Ost- und Westdeutschland untersucht.

Florian Rogge,

Literaturwissenschaftler und Mitarbeiter des Cassandra-Projekts. Dissertation zur deutschen Exilliteratur zu (de-)territorialen Aspekten von Literatur: Welche Erkenntnisse lassen sich aus der Analyse von Entstehungs-, Handlungs- und Rezeptionsorten literarischer Texte gewinnen?

schichte eines Antiquars in und aus Dresden, der zum Entsetzen seiner Freunde und Bekannten vom Humanisten zum Pegida-Sympathisanten wird. Der Roman gewährt Einblicke in die Wahrnehmung des Protagonisten und erzählt nicht nur von als kränkend empfundenen Zäsuren (wie z. B. erzwungenen Umzügen oder verweigerten Krediten), sondern auch von der Übertragung und Re-Aktivierung eines politischen Dissidenz-Gefühls, vor dessen Hintergrund die Spätphase der DDR und die Gegenwart der Bundesrepublik parallelisiert werden. *Der Schlaf in den Uhren* zeichnet ein ganz ähnliches Lagebild. Tellkamps Buch handelt von der bundesrepublikanischen Gegenwart und ihren im Osten besonders deutlich zu spürenden Legitimationskrisen.

Beklagt wird insbesondere eine Verschlechterung des gesellschaftlichen Diskursklimas, eine Einschränkung der Debattenkultur durch schwer zu greifende, aber wirksame Kontrollmechanismen. Aufschlussreich sind die im Roman immer wieder beschriebenen Affekte: Wut, Angst, Rückzug, Radikalisierung, Dissidenz, Opposition und die Suche nach einer neuen Art von Gemeinschaft und Zugehörigkeit. Sie erscheinen hier vor allem als Reaktion auf das Gefühl einer „Bevormundung von oben“ einer nicht offen kommunizierten, aber aus Sicht der Protagonisten nicht zu leugnenden Aushöhlung und Umdeutung demokratischer Werte.

Finden die im Zuge von Migrationsdebatten, Corona und Russlands Krieg entstandenen Protestbewegungen in Ostdeutschland ein besonders ausgeprägtes Resonanzfeld vor, das so in anderen Regionen nicht gegeben ist? Unter der Oberfläche der sich in ihrer jeweiligen Verwendung und Bedeutung wandelnden Schlagworte (Stasi, Diktatur) werden in den jüngsten Debatten z. B. um Uwe Tellkamp oder Monika Maron die emotionalen Unterströmungen deutlich. Tellkamp und Maron stehen für viele Leser im Osten exemplarisch für ein Unbehagen an gesellschaftlicher Entwicklung seit den 2000er Jahren, das sich verkürzt als Furcht vor einer „DDR 2.0“ zusammenfassen ließe. Das Selbstbild des „gelernten DDR-Bürgers“ gilt als besonders sensibel für undemokratische Entwicklungen, Sprachbilder und Diskursregeln. Im Unterschied zu den 1990er-Jahren sind die bekanntesten „Ost-Stimmen“ heute solche, die die DDR entschieden ablehnen, anders als in den 1990er Jahren die Reformsozialisten wie z. B. Christa Wolf, Volker Braun, Stefan Heym oder Christoph Hein.

Zugleich ist in den letzten Jahren auch ein auffallendes Interesse jüngerer Autorinnen und Autoren an Prozessen der Spurensuche bzw. Rekonstruk-

„Damit einher geht ein Interesse an den Lebensgeschichten der Eltern- und Großeltern-Generationen (z. B. Jakob Hein, Lukas Rietzschel, Olivia Wenzel). Oft spielen dabei Entwertungs-Erfahrungen und Demütigungen eine hervorgehobene Rolle.“

tion von Lebenslinien und biographischen wie gesellschaftlichen Umbrüchen und Bruchzonen zu verzeichnen (z. B. Irmschler, Schönian, Nichelmann, Rietzschel). In einer bildlichen Ebene drückt sich diese Faszination für Leerstände, für brachliegende Flächen oder Ruinen in beiden deutschen Teilen aus, ganz gleich, ob es sich um aufgegebene Fabrikanlagen oder verfallende Wohnhäuser handelt. Damit einher geht ein Interesse an den Lebensgeschichten der Eltern- und Großeltern-Generationen (z. B. Jakob Hein, Lukas Rietzschel, Olivia Wenzel). Oft spielen dabei Entwertungs-Erfahrungen und Demütigungen eine hervorgehobene Rolle. Blickt man zurück in die „Transformations“-Texte der 90er Jahre, bestätigt sich dieser Eindruck; auch dort ist bereits an vielen Stellen von Verletzungen und Versehrungen die Rede (z. B. Christa Wolf). Standen sich in der Literatur der 1990er Jahre die unterschiedlichen Verletzungen noch relativ starr gegenüber („Heimatverlust“ vs. „Stasi-Trauma“), bieten literarische Texte der oben genannten jüngeren Autorengenerationen mehr Raum für ambivalente Darstellungen und Reflexionen.

Ein weiteres Gefühl, das in diesem Zusammenhang eine herausragende Rolle spielt, ist die Scham. In den Romanen Rietzschels begegnet uns die Ausgestaltung dieses Gefühls paradigmatisch in der Figur eines Alkoholikers. Sein Alkoholismus wird hier in Bezug zu einer vielgestaltigen Überforderung durch die Ereignisse und Entwicklungen der Wendezeit gesetzt. Die Figur wird nicht durch die Verluste der 1990er Jahre als „Verlierer“ gekennzeichnet, sondern durch den alkoholbedingten Rückzug und Ausstieg aus dem gesellschaftlichen Leben; die Figur des Alkoholikers tritt stets mit gesenktem Blick und leise, huschenden Bewegungen auf und verschwindet schließlich.

Damit verbunden ist das in vielen Texten zu beobachtende Phänomen, dass Kinder sich für ihre Eltern schämen (z. B. in Jakob Heins Roman *Kaltes Wasser*, 2016), allgemeiner gesprochen das Problem der „peinlichen Verwandten“. Vor diesem Hintergrund ist der Aufstieg populistischer Parteien und ihrer Erlösungsversprechen möglicherweise auch auf einer individuellen Ebene zu verstehen. Das Versprechen zielt auf die Überwindung der Scham und stellt ein neues, individuelles wie kollektives Selbstwertgefühl in Aussicht. In diesem Sinne werden nicht zuletzt in den schon erwähnten Romanen von Ingo Schulze oder Uwe Tellkamp auch die Pegida-Demonstrationen reflektiert.

Und auch das auffällige Interesse jüngerer, nach 1989 geborener Autoren, die sich auf Spurensuche nach einem spezifischen Ost-Gefühl begeben (Rietzschel, Irmschler, Schönian, Nichelmann...) könnte sich zumindest zum Teil damit erklären lassen, ein neues Grundgefühl aufbauen zu wollen.

Abschließend sei über die tradierte Ost-West-Dualität hinausgehend der Blick auf regionalspezifische Erfahrungen gesellschaftlicher Transformationen gerichtet. Über die Lektüre kann, wie eingangs geschildert, ein Bewusstsein für Ähnlichkeiten in Deutschland geschult werden. Das Gefälle zwischen Stadt und Land ist in den letzten Jahren ein beliebtes Thema der Gegenwartsliteratur geworden. Ob Berlin/Brandenburg (z. B. Juli Zeh) oder Hamburg/Altes Land (z. B. Dörte Hansen), ganz zu schweigen von dem seit einigen Jahren boomenden Genre des Regionalkrimis.

„Die Spurensuche jüngerer Autoren nach einem Ost-Gefühl, könnte sich zum Teil damit erklären lassen, ein neues Grundgefühl aufbauen zu wollen.“

Dabei geht es weniger um die Ausgestaltung von Dörfern als „Sehnsuchtsorten“ als um die literarische Auslotung und Beschreibung spezifischer Strukturen. Konflikte zwischen Alteingesessenen und Zugezogenen, aber auch Spannungen innerhalb der Dorfgemeinschaften sind in diesem Zusammenhang ebenso zu nennen wie die Charakterisierung der umgebenden Landschaft und den Gegebenheiten der infrastrukturellen Anbindung. Besonders auffällig in diesem Kontext ist eine häufig anzutreffende Fokussierung auf Häuser, die erzählerisch als eine Art Erinnerungsspeicher inszeniert werden. Diese Häuser werden saniert, umgebaut, renoviert, neu bezogen; erscheinen gelegentlich (wie z. B. bei Dörte Hansen oder Moritz Rinke) als die eigentlichen Subjekte der Handlung. Das Schicksal der Häuser – z. B. der drohende Einsturz von Treppen oder das Versinken

im Moor – verleiht den gesamten Geschichten und ihren Protagonisten einen Unterton, der von grundlegenden Ängsten und Umbruchsprozessen erzählt, die andernfalls nur schwer zu greifen sind und von diffusen, aber grundlegenden Ängsten vor Umbrüchen zeugen.

Auch in literarischen Texten über das Ruhrgebiet begegnet man immer wieder der Beschreibung von Bergschäden: Risse, die sich unübersehbar über ganze Hausfassaden ziehen, Straßenabschnitte, die plötzlich absacken. Nicht zuletzt in den Romanen Ralf Rothmanns (z. B. *Stier*, 1991; *Milch und Kohle*, 2000) werden solche Erscheinungen zu den biographischen Frakturen seiner Protagonisten und den tektonischen Verschiebungen der Alltagsstrukturen assoziativ in Beziehung gesetzt.

Vom Kult um die Maloche sind im Ruhrgebiet rund fünfzig Jahre nach dem großen Zechensterben noch immer starke Auswirkungen auf das Selbstverständnis und -bewusstsein spürbar – auch wenn die eigentliche Arbeit schon längst verschwunden ist. Von diesem paradoxen Grundgefühl erzählen die Geschichten des Bochumer Autors Frank Goosen (z. B. *Radio Heimat*).

Interkulturelle Begegnungen und Beziehungen im Spannungsfeld von Zeche und Strukturwandel, oft durchaus konfliktträchtig, wurden schon in den 1950er Jahren bei Max von der Grün und später in den Romanen Rothmanns literarisch verarbeitet. Erst in jüngster Zeit findet auch Ruhrgebietsliteratur, die aus einer interkulturellen Perspektive entstanden ist, größere Beachtung: Hier sind die Romane der deutsch-kurdischen Schriftstellerin Karosh Taha zu nennen (*Krabbenwanderung*, 2018; *Im Bauch der Königin*, 2020) sowie der Roman *Identitti* (2021) von Mithu Sanyal: In diesen Geschichten eröffnen sich Perspektiven auf das Ruhrgebiet und die mit ihm verbundenen

„Die Suche nach verdeckten Ähnlichkeiten könnte ein methodischer Zugriff sein, der dogmatische Zuschreibungen durch die Suche nach gemeinsamen Strukturen ersetzt.“

Identitätsdiskurse, die bislang kaum öffentlich wahrgenommen wurden. Hier ist das Ruhrgebiet, nicht zuletzt resultierend aus den Migrationsströmungen der 1960er Jahre, weniger als postindustrielle Landschaft von Bedeutung, sondern eher als urbane Kontaktzone, die sowohl Raum für inter- und transkulturelle Verflechtungen und Vermischungen als auch für „Parallel-Nischen“ bietet.

Wünschenswert wäre es aus der Perspektive eines möglichen Lernens aus Ähnlichkeit, die „Kultur“ der wechselseitigen Häme und Verächtlichkeit, der Konkurrenz und Besserwisserei, die lange die Diskurse bestimmte, systematisch weiter abzubauen und durch ein Denken in Kategorien ebendieser Ähnlichkeiten abzulösen.

Die Suche nach verdeckten Ähnlichkeiten könnte ein methodischer Zugriff sein, der dogmatische Zuschreibungen durch die Suche nach gemeinsamen Strukturen ersetzt. Sogar im Nachhinein als „trügerisch“ dechiffrierte Ähnlichkeiten können hilfreich sein, dienen sie doch der wechselseitigen Abgrenzung voneinander. Umgekehrt kann die Entdeckung bislang versteckter Ähnlichkeiten auf unorthodoxe Art verbindungsstiftend sein. Und zwar vor allem deshalb, weil dieses Vorgehen dezidiert dialogisch ist und keine einseitige Zuschreibung darstellt.

Literatur

Denemarková, Radka: Ein herrlicher Flecken Erde. Übersetzt aus dem Tschechischen von Eva Profousová. München: DVA 2009 [2007].

Goosen, Frank: Radio Heimat. Geschichten von zuhause. Frankfurt am Main: Eichborn 2010.

Gorelik, Lena: Wer wir sind. Berlin: Rowohlt 2021.

Hansen, Dörte: Altes Land. München: Knaus 2015.

Hein, Jakob: Kaltes Wasser. Köln: Kiepenheuer & Witsch 2016.

Irmschler, Paula: Superbusen. München: Ullstein 2020.

Nichelmann, Johannes: Nachwendekinder. Die DDR, unsere Eltern und das große Schweigen. Berlin: Ullstein 2019.

Rietzschel, Lukas: Mit der Faust in die Welt schlagen. Berlin: Ullstein 2018.

Rietzschel, Lukas: Raumfahrer. München: dtv 2021.

Rinke, Moritz: Der Mann, der durch das Jahrhundert fiel. Köln: Kiepenheuer & Witsch 2010.

Rothmann, Ralf: Stier. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1991.

Rothmann, Ralf: Milch und Kohle. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2000.

Schönian, Valerie: Ostbewusstsein. Warum Nachwendekinder für den Osten streiten und was das für die Deutsche Einheit bedeutet. München: Piper 2020.

Schulze, Ingo: Die rechtschaffenen Mörder. Frankfurt am Main: S. Fischer 2020.

Sparschuh, Jens: Der Zimmerspringbrunnen. Köln: Kiepenheuer & Witsch 1995.

Tellkamp, Uwe: Der Turm. Geschichte aus einem versunkenen Land. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2008.

Tellkamp, Uwe: Der Schlaf in den Uhren. Berlin: Suhrkamp 2022.

Wenzel, Olivia: 1000 Serpentina Angst. Frankfurt am Main: S. Fischer 2020.

Zeh, Juli: Unterleuten. München: Luchterhand 2016.

Zeh, Juli: Über Menschen. München: Luchterhand 2021.

Neue Dynamik für Magdeburg.

Interview mit Simone Borris

Herzlichen Dank für Ihre Bereitschaft zu einem Gespräch über Herausforderungen und Chancen, die mit der Ansiedlung einer großen Produktionsstätte des Chipherstellers Intel in Magdeburg verbunden sind. Magdeburg ist ein Leuchtturmprojekt. Ich möchte mit Ihnen darüber sprechen, was eine solche Investition für Ihre Stadt bedeutet: Wie kommt man dahin? Und wie geht man damit um?

Zunächst: Mit dem Wechsel im Amt des Oberbürgermeisters ist im Juli ein Stück Vorläuferwissen in Pension gegangen. Mein Vorgänger Lutz Trümper hat das Bemühen Magdeburgs um eine solche Großeinrichtung jahrelang begleitet. Ich habe das fast zwei Jahre alles mitverfolgt und begleitet.

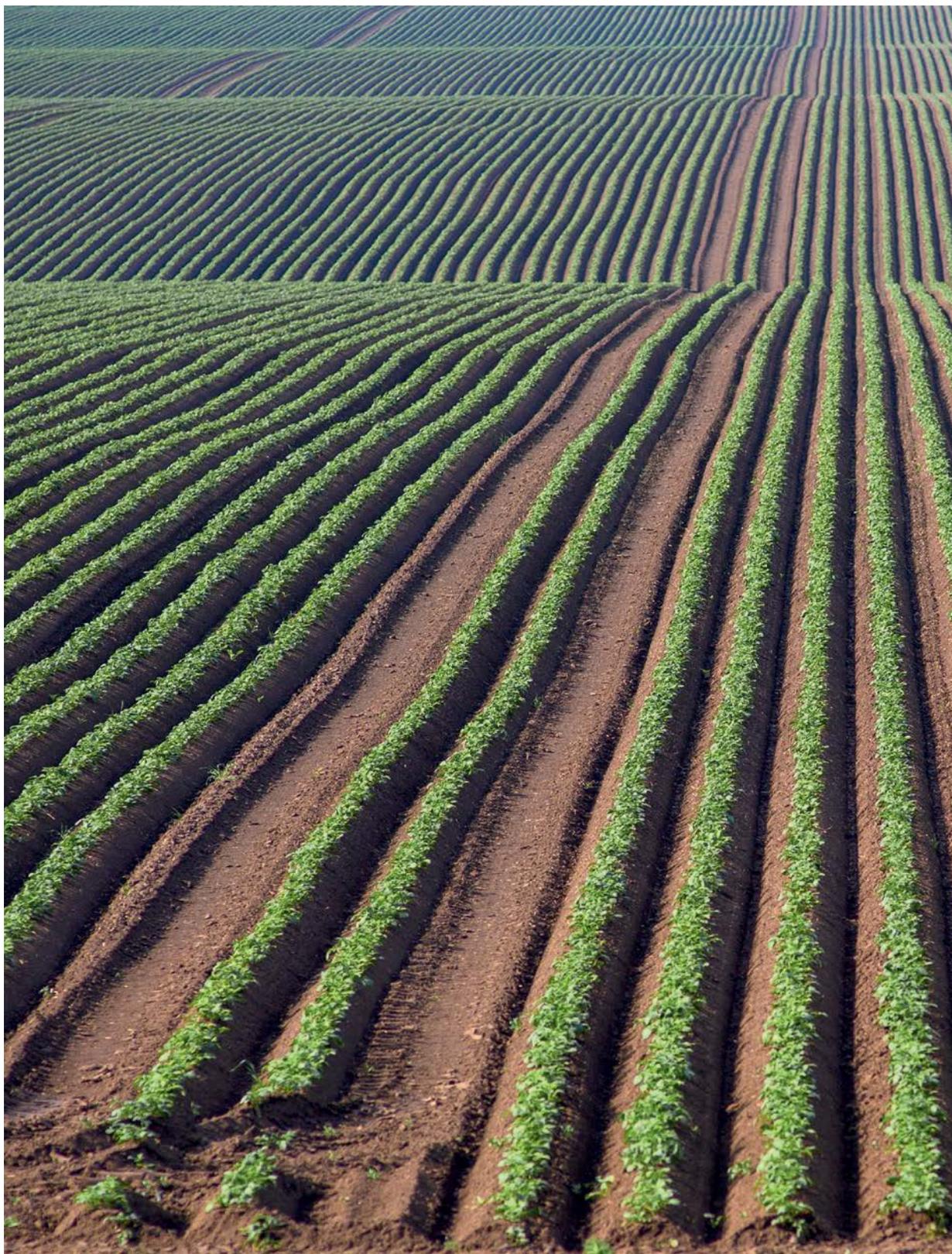
Was waren aus Ihrer Sicht die wichtigsten Erfolgsfaktoren für Magdeburg?

Wir haben bereits im Vorfeld der Bewerbung um den Intel-Standort die finanzielle Situation der Stadt stabilisieren können. Man sieht an den vielen Bauprojekten, dass die Stadt lebt und einen Aufwärtstrend zu verzeichnen hat. Großprojekte wie der Wiederaufbau und die Sanierung von Stadthalle und Hyparschale (eine architektonisch anspruchsvolle, denkmalgeschützte Mehrzweckhalle) sichern für die Menschen in der Stadt eben auch Erinnerungspunkte, die eine wesentliche Rolle spielen. Es war nicht selbstverständlich, dass die Stadt sich dadurch positioniert hat, diese Objekte in einem neuen Glanz erstrahlen zu lassen.

Ansonsten haben wir es geschafft, uns trotz des Niedergangs des Schwermaschinenbaus in eine gute Richtung zu entwickeln. Jetzt stehen wir mit der großen Ansiedlung von Intel zum einen vor einer großen Herausforderung, zum anderen haben wir aber auch die große Chance, die Stadt noch schöner werden zu lassen, noch mehr Angebote zu machen im Bereich Kultur, Sport und Bildung. Es gibt nun auch eine größere Erwartungshaltung, weil wir perspektivisch noch einiges an zusätzlichen Fachkräften brauchen, die sicher nicht nur aus der Stadt kommen. Das heißt u. a. für Uni und Hochschule Magdeburg/Stendal, dass sie sich neu aufstellen müssen und auch die Uni mehr in die MINT-Richtung gehen muss. Die Ansiedlung ist eine enorme Herausforderung, weil Prozesse sehr schnell gestaltet werden müssen.

Zieht die große Intel-Ansiedlung eigentlich einen Schlusstrich unter die lange Transformationsphase nach 1990? Kann man so weit gehen?

Nein, das würde ich nicht sagen, denn es gab immer eine Entwicklung. Wir haben auch vorher schon verschiedene Betriebe ansiedeln können. Ich denke aber, dass es ein erheblicher Schritt in eine weitere Transformation ist. Es muss gelingen, das ist die Herausforderung. Es geht da um Riesenbeträge und da müssen wir als Verwaltung schauen, wie wir uns aufstellen. Wichtig ist aber auch die Zusammenarbeitsebene mit dem Land Sachsen-Anhalt. Das gewinnt nochmal eine ganz andere Dimension. Platt gesagt: Wir sitzen im selben



Klaus-Dietmar Gabbert (picture alliance): Bauplatz Intel-Chip-Fabrik

Boot und müssen sehen, dass wir das unter den Bedingungen des gerade in diesem Bereich vorhandenen Fachkräftemangels – Ingenieure und Baufachleute betreffend – gut hinbekommen.

Stärkt diese Herausforderung denn die Zusammenarbeit?

Die Art und Weise der Zusammenarbeit, möglichst auch auf Augenhöhe, das ist ein Prozess. Ich sage es noch einmal: Wir sitzen im gleichen Boot. Es muss gelingen, dass man sich da in diesem Ober-Unter-Verhältnis ein Stück weit annähert für eine gemeinsame Sache. Denn es geht nicht nur um die Stadt Magdeburg, sondern auch noch um zwei Umlandgemeinden, die wir mit einbeziehen müssen. Diesen Kommunen fehlt noch das, was an Finanzen jetzt aufzubringen ist. Dieser Annäherungsprozess zwischen Land und Stadt läuft, und der muss gut laufen, ansonsten hätte ich einige Bedenken, ob wir das hinbekommen.

Es gibt zahlreiche Bereiche, in denen Zusammenarbeit notwendig ist wegen geteilter Zuständigkeiten, beispielsweise bei der Fachkräfteausbildung. Das reicht von der Handwerksausbildung bis hin zu universitären Studiengängen. Gibt es da einen gemeinsamen Blick auf die Probleme und eine Strategieentwicklung, die zum Ziel hat, die Region selber profitieren zu lassen?

Das gibt es auf jeden Fall. Die Universität ist schon darauf ausgerichtet. Herr Strackeljan, als Rektor, hat einen Plan, der auch mit dem Land abgestimmt ist: Es gibt verschiedene Bereiche in der Stadt, die eingebunden werden. Das sind etwa Kindergartenbetreuung, Schule; internationale Schulen. Es geht schwerpunktmäßig um den Bildungsbereich; da ist auch ein Zusammenschluss mit dem Land zu sehen. Möglicherweise braucht man neue Schulen; die berufliche Bildung wird

mit der Arbeitsagentur koordiniert. In dem Bereich sind wir als Stadt auch unterwegs. Zudem bei der Wirtschaftsförderung. Da passiert schon eine ganze Menge.

„Magdeburg hat darüber hinaus einen großen Vorteil gerade auch in der Kinderbetreuung. Wir brauchen in Zukunft mehr internationale Angebote, also z. B. mehrsprachige Kitas mit einer ausreichenden Zahl an Plätzen und einfacher Vermittlung.“

Auf dem Wohnungsmarkt sind die Entwicklungen in der Stadt ohnehin positiv. Viele Neubauprojekte laufen schon, die sind kürzlich Vertretern von Intel aus den USA vorgestellt worden. Hier versprechen wir uns zudem viel von der weiteren baulichen Entwicklung der Industriebrachen, die wir noch haben. Auch hier sind Bauvorhaben in einer nennenswerten Größenordnung möglich.

Zahlreiche Neubauprojekte, auch im höherpreisigen Segment, aber eben auch das bestehende Angebot der Wohnungsunternehmen in Magdeburg konnten Intel-Vertreter besichtigen. Klar ist, dass zunächst für die erste Phase der Bauarbeiten andere Ansprüche an Wohnraum bestehen als später, wenn das Unternehmen den Betrieb aufnimmt. Da wird es für hochqualifizierte Fachkräfte auch im hochpreisigen Segment Wohnungen oder Einfamilienhäuser zu mieten oder zu kaufen geben. Ich glaube, die Industriebrachen etwa im Südosten der Stadt bieten da ein enormes Potential, wirklich schöne Wohngegenden entstehen zu lassen.

Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit zwischen dem Unternehmen Intel und dem Standort Magdeburg? In welcher Weise artikuliert das Unternehmen seine Vorstellungen davon, wie die Stadt für seine Arbeitnehmer ein attraktiver Wohnort sein kann?

Intel hat klare Vorstellungen, denen wir auch zustimmen können. Über Wohnraum haben wir gesprochen. Magdeburg hat darüber hinaus einen großen Vorteil gerade auch in der Kinderbetreuung. Wir brauchen in Zukunft mehr internationale Angebote, also z. B. mehrsprachige Kitas mit einer ausreichenden Zahl an Plätzen und einfacher Vermittlung. Gerade letzte Woche wurde eine sog. AnkunftsKita eröffnet, die mehrsprachige Angebote auf einem recht niedrigschweligen Niveau hat, um den Einstieg zu erleichtern.

Bei den Schulen sind wir ähnlich aufgestellt: Es gibt eine mehrsprachige Grundschule, ein mehrsprachiges Gymnasium – auch das ist Intel vorgestellt worden.

Glauben Sie, dass die Vielzahl von Veränderungen in Magdeburg konfliktfrei abgehen werden?

Ich bin optimistisch, was die soziale Situation in der Stadt, das soziale Gefüge und das Gesellschaftsformat angeht. Wir haben den Zuzug 2014 bis 2016 in Magdeburg mit einer guten Kommunikation und mit vernünftigen Unterbringungsmöglichkeiten gut gestaltet. Die Situation damals hat in der Bevölkerung durchaus Fragen aufgeworfen – viele junge Männer ohne Familie, die nach Magdeburg kamen, auch Wirtschaftsflüchtlinge. Da war die Stimmung etwas aufgeheizt. Mit der Ukraine, mit den Kriegsflüchtlingen, war die Situation anders. Das sind meist Frauen mit ihren Kindern. Die Hilfsbereitschaft war enorm und wir haben auch genug Unterbringungskapazitäten

gefunden im Wohnungsbereich. Das ist relativ geräuschlos abgelaufen. Und ich glaube, dass es jetzt auch nochmal eine andere Dimension ist. Nun kommen Menschen zu uns, die dazu beitragen können, dass die Stadt floriert, dass es mehr Steuereinnahmen gibt, dass wir auch eine Chance haben, noch mehr Angebote für die Gesamtbevölkerung zu machen.

Abzusehen ist, dass es vermutlich Mietpreissteigerungen geben wird. Das beobachten wir schon jetzt. Da droht die Schere zwischen denen, die gut verdienen und sich Wohnungen im bestimmten Preissegment leisten können, und denen, die das nicht können, noch weiter auseinander zu gehen. Ich sehe es als Aufgabe der Stadt, da gegenzusteuern und für eine gute soziale Mischung zu sorgen. In den Wohngebieten Magdeburgs haben wir wenig Segregation zu verzeichnen. Das soll so bleiben. Da müssen auch die Wohnungsunternehmen mitmachen.

Haben Sie den Eindruck, dass Integration da leichter ist, wo Menschen kommen, die bereits in Beschäftigung sind?

Da gibt es positive Beispiele, beispielsweise im städtischen Klinikum. Es gibt dort eine Integrationsbeauftragte, die sich auch bei der Unterbringung von Ukrainern bei uns engagiert hat. Sie hat auf diese Weise Fachkräfte ansprechen können und dafür gesorgt, dass die im Klinikum gut integriert werden konnten. Ich denke, die großen Einrichtungen in der Stadt müssen sich dazu positionieren, dass sie die Integration von neuen Mitbürgern begleiten. Beschäftigen allein, ohne ihnen auch zur Seite zu stehen – das funktioniert nicht.

Gibt es in Magdeburg Initiativen, um zivilgesellschaftliche Unterstützung von Vereinen, Verbänden oder Unternehmen zu mobilisieren?

Wir haben in der Stadt selber zwei Integrationskoordinatoren. Es gibt ein großes Netzwerk „Migration und Integration“, die haben verschiedene Arbeitsgruppen, verschiedene Teilbereiche. Darüber hinaus gibt es die Gemeinwesen-Arbeitsgruppen. Sie bestehen in der Regel aus Bewohnern der einzelnen Stadtteile, die engagiert unterwegs sind und die auch die Integration mit in den Blick nehmen. Das Klinikum ist für mich ein konkretes Einzelbeispiel, wo das aus dem Unternehmen heraus stattfindet.

Fachkräfte sind ein besonders schwieriges Problem bei einer großen Industrieansiedlung. Dabei arbeitet man gegen den demographischen Trend. Das Problem zeigt sich inzwischen flächendeckend. Wie begegnet Magdeburg ihm?

Es gibt eine Zusammenarbeit zwischen den Intel-Mitarbeitenden und der Stadt. Das Unternehmen hat für die Fachkräftegewinnung, also Personalmarketing, eigene Leute. Die haben sich bereits vor Ort umgeschaut, welche Rahmenbedingung sie Fachkräften anbieten können, um sie nach Magdeburg zu holen. Es gibt auch engen Kontakt zur Arbeitsagentur, so dass klar ist, welche Anforderungen es gibt und was für Personal gebraucht wird. Die Suche wird sich nicht ausschließlich auf Magdeburg fokussieren, auch nicht nur auf das Umland. Intel wird in der ganzen Bundesrepublik und international suchen. Das Unternehmen will die Stadt unterstützen bei Angeboten, beispielsweise Englisch lernen. Der internationale Zuzug wird sich in Magdeburg auch an Kleinigkeiten bemerkbar machen, etwa dass Speisekarten mehrsprachig angeboten werden, mindestens auf Englisch. Das finden Sie heute noch zu selten. Es

ist geplant, ein „International House“ in der Stadt zu errichten, um Fachkräfte willkommen zu heißen und ihnen den Weg zu ebnen bei Anmeldung, Wohnungssuche und solchen Dingen.

Haben Sie den Eindruck, dass die Transformation in Magdeburg aufgeschlossen angepackt wird? Oder überwiegt noch die Wahrnehmung davon, was möglicherweise verloren geht?

Grundsätzlich nehme ich wahr, dass die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung optimistisch ist. Selbstverständlich gibt es auch Zweifel, beispielsweise die, ob Intel tatsächlich langfristig bleiben wird. Da gibt es Ängste. Viele fragen sich überdies, ob sich die Ansiedlung auch positiv auf die Verkehrssituation auswirken wird. Die Frage ist ja, wie kommen die Menschen dorthin? Wenn man beispielsweise Straßenbahnen bauen will, dauert das einige Jahre. Magdeburg hat keinen ICE-Anschluss, ein absolutes Minus. Die Hoffnung vieler Menschen ist groß, dass sich da etwas ändern wird. Wir haben jahrelang versucht, einen ICE-Anschluss zu bekommen. Ich finde, das wäre ein positives Signal in Richtung der Stadtbevölkerung, dass sich etwas tut. Insgesamt aber, glaube ich, ist die Stimmung überwiegend positiv, und ich hoffe, das bleibt auch so.

Simone Borris,

geb. 1962 in Gardelegen, Diplom-Kauffrau und Politikerin (parteilos). Seit 2022 Oberbürgermeisterin von Magdeburg, zuvor dort Mitarbeit am Aufbau der Verwaltungsstrukturen ab 1990 in verschiedenen Funktionen, u. a. als Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit.

Sowjetische Kriegsdenkmäler – was bleibt? Am Beispiel Treptow.

von Irina Scherbakowa

Die Frage nach dem Umgang mit sowjetischen Kriegsdenkmälern, die überall in Ost- und Mitteleuropa und auch in Deutschland entweder von den sowjetischen Besatzungsmächten oder lokalen kommunistischen Regimen errichtet wurden, stellte sich bereits Anfang der 1990er Jahre in den Ländern, die sich aus dem sowjetischen Machtbereich befreit haben.

In Russland hat zu dieser Zeit ein aktiver Prozess der Demontierung von Denkmälern, die vor allem den Figuren gewidmet waren, die das kommunistische Regime verkörperten, begonnen.¹

Es schien dort so, dass sich eine Loslösung vom offiziellen sowjetischen Bild vom Vaterländischen Krieg vollzieht. Mit Glasnost, der Abschaffung von Zensur, begann die Füllung von „weißen Flecken“ in der Kriegsgeschichte. Es ging zunächst vor allem um die sowjetischen Kriegsverluste. Es wurde zum ersten Mal die Zahl von 28 Millionen genannt, das Vierfache der bisher offiziell zugegebenen Daten. Das Thema der Massenvernichtung von Juden auf dem Territorium der Sowjetunion wurde enttabuisiert, Dokumente über den Holocaust veröffentlicht. Zum ersten Mal wurden Gedenktafeln an den Massenerschießungsorten angebracht. Auch andere Kriegssopfer, die Ost-

arbeiter, die während des Krieges zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt wurden, die sowjetischen Kriegsgefangenen, die nach ihrer Rückkehr diskriminiert wurden, kamen jetzt an die Öffentlichkeit.

Ans Licht kam auch die dunkle Seite des Krieges: die Ausübung von Gewalt, Marodieren u. a. beim Vormarsch der Roten Armee in Osteuropa und vor allem in Deutschland; auch die Repressionen in der sowjetischen Besatzungszone, Verhaftungen und Verurteilungen, Schaffung von Speziallagern des NKWD. Unter dem Druck der Öffentlichkeit wurde allmählich offenbar, was für immer in den geheimen sowjetischen Archiven vergraben zu sein schien.

Mit dem Zerfall des sowjetischen Imperiums, der Entstehung neuer, unabhängiger Staaten und der

¹ Das Bedeutendste war das Abreißen von Felix Dzerzhinskys Monument in Moskau im August 1991 .

demokratischen Umgestaltung in den Länder des ehemaligen sozialistischen Lagers begann man zu artikulieren, was bis zu diesem Zeitpunkt nicht laut ausgesprochen werden durfte: dass die sowjetische Armee um den Preis unermesslicher Verluste die Völkerschaften Osteuropas vom Nationalsozialismus hatte befreien können. Freiheit konnte sie ihnen aber nicht bringen. Der Sieg im Großen Vaterländischen Krieg festigte die Stalin'sche Diktatur letztendlich nur. Es schien, dass mit dem Ende des Kalten Krieges die Geschichte des Vaterländischen Krieges auch als Teil des Zweiten Weltkrieges wahrgenommen, und der 8. Mai und der 9. Mai allmählich zu einem symbolischen Datum verschmolzen wurde.

Die sowjetischen Kriegsdenkmäler blieben jedoch von diesen Veränderungen unberührt. Denn die Erinnerungskultur entwickelte keine neuen Formen, Symbole oder Rituale. Doch schon 1995, zum 50. Jahrestag des Sieges und nach dem Ausbruch des Tschetschenienkrieges, begann in Russland die Wiederbelebung der offiziellen sowjetischen Tradition der Kriegserinnerung. Der Siegespark, ein riesiger Gedenkkomplex auf dem Poklonnaya-Berg in Moskau, wurde fertiggestellt und eröffnet.² Vor dem Roten Platz wurde eine Reiterstatue Marschall Schukows errichtet, dessen Bild in der Siegesmythologie damals die Figur Stalins ersetzte. Zum ersten Mal nach fünf Jahren fand in Moskau wieder die Militärparade statt.

Eine deutliche Wende in der Geschichtspolitik begann nach dem Machtantritt Putins. Die Hauptinhalte seiner Politik sollten Patriotismus und Stolz sein. Der Sieg im Großen Vaterländischen Krieg sollte zur Schlüsselquelle dieses Stolzes werden. Dabei wurde die wahre Geschichte des Krieges immer mehr von einem falschen Mythos über den großen Sieg verdrängt. Allmählich wurde alles wiederbelebt, was diesen Mythos im öffentlichen Raum unterstützte. Sowjetische Rituale

und Symbole – all das wurde im Geist der früheren monumentale Propaganda ausgeführt, angereichert mit den Traditionen der orthodoxen Kirche. In diesem Diskurs wurden die standardisierten Kriegsdenkmäler, die in der Breschnew-Zeit die Sowjetunion überschwemmt, sakralisiert.³

„Eine deutliche Wende in der Geschichtspolitik begann nach dem Machtantritt Putins. Die Hauptinhalte seiner Politik sollten Patriotismus und Stolz sein.“

Die von Putins Propaganda gepflanzten imperialen Ressentiments wurden bei der russischen Bevölkerung immer deutlicher. Einer der wichtigsten Bezugspunkte war der Zerfall der UdSSR und der Verlust des durch den Sieg im Zweiten Weltkrieg erlangten Großmachtstatus. Wichtig ist zu unterstreichen, dass der russische Staat sich kaum von der Sowjetunion distanzierte und als Nachfolgestaat des sowjetischen Imperiums auftrat.

In den 1990er Jahren wurde insbesondere in den baltischen Staaten die sowjetische Zeit als Besatzungszeit wahrgenommen. Die Kriegsdenkmäler wurden zu Symbolen dieser Besatzung. Die Entscheidung, solche Monumente von den zentralen Plätzen der Städte zu den Orten echter Massengräber zu überführen, wurde von der russischen Propaganda stets als Vorwand genutzt, eine Protestwelle auszulösen.⁴ Die immer aggressivere Propaganda behauptete, dass in diesen Ländern Faschisten und Nationalisten das Sagen haben, und in der Westukraine Stepan Bandera-Anhänger. Dieses Argument wurde schon 2014 als Rechtfertigung der russischen Aggression gegenüber der Ukraine benutzt.

² <https://zeitgeschichte-online.de/themen/den-verteidigern-der-russischen-erde>

³ <https://hraniteli-nasledia.com/articles/zakonodatelstvo-rf/novyy-zakon-o-voinskikh-pamyatnikakh/>

Heute sieht man, wie wirksam es war. Die Verwandlung Russlands von einem Befreier- in ein Besatzer-Land, wie das in den baltischen Staaten artikuliert worden war, rief wiederum in Russland das Gefühl hervor, ungerecht behandelt zu werden. Man fühlte sich gekränkt und undankbar behandelt. Solche Stimmungen wurden immer mehr auf den kollektiven Westen ausgedehnt.

Vor diesem Hintergrund ist die Frage nach sowjetischen Kriegsdenkmälern in Deutschland von einer besonderen Relevanz. In Deutschland gibt es über 4.000 sowjetische Kriegsgräberstätten. Allein in Berlin sollen 75.000 bis 80.000 Rotarmisten begraben sein. Auf einige Massengräber wurden, noch während die sowjetischen Truppen in Deutschland vorrückten, Denkmäler gesetzt. Andere wurden bald nach dem Kriegsende errichtet. So wie das Kriegsdenkmal in Tiergarten, das schon im November 1945 von Marschall Schukow eingeweiht wurde. Die Denkmäler, die direkt an den Gräbern der Gefallenen errichtet worden waren, waren Orte der Trauer. Aber die meisten Monumente auf den zentralen Plätzen der Städte sollten an den sowjetischen Sieg erinnern und die geopolitische sowjetische Dominanz repräsentieren. Dies war besonders offensichtlich, wo als Denkmäler sowjetische Panzer aufgestellt wurden.

Das Ehrenmal im Treptower Park in Berlin hat in diesem Kontext eine herausragende Bedeutung: Es ist das größte und markanteste Kriegsdenkmal außerhalb Russlands. Schon seine Entstehungsgeschichte ist in vielerlei Hinsicht symbolisch. Es war kein schnell zustande gekommenes Projekt. In Treptow sollte ein grandioses Bauwerk entstehen, ein Paradewerk der versteinerten Erinnerungskultur des späten Stalinismus. Das Mahnmal war 1949 im Jahr des 70. Geburtstags Stalins errichtet worden. Es wurde zum wichtigsten Beispiel nicht nur der stalinistischen Ästhetik, sondern präsentierte vor allem ein endgültig kanonisiertes Kriegsbild.

Auch nach Stalins Tod blieb dieses Muster maßgebend. Es wurde zum Prototyp jener Denkmäler, die dann in verschiedenen Formaten an anderen Orten eingesetzt wurden. Derselbe Bildhauer Jewgeni Wutschetitsch und derselbe Architekt Jakow B. Belopolski haben Jahre später im selben Stil das Mahnmal in Wolgograd auf dem Mamajew-Hügel konzipiert. Es wurde das größte monumentale Kriegsdenkmal in der Sowjetunion.

Bezeichnend für das Konzept in Treptow war, dass es auf dem Ort platziert sein sollte, wo die Bestattung von ungefähr 7.000 gefallenen sowjetischen Soldaten stattfand, die aber namenlos bleiben sollten. Statt nach den Namen zu forschen, wurden Mythen über die Entstehungsgeschichte des Mahnmals verbreitet, die von vorbildlichen, heldenhaften sowjetischen Soldaten handelten, die deutsche Kinder gerettet hatten.⁵ Laut einigen Quellen war es der Plan des Bildhauers, eine riesige Stalin Figur statt der Figur des Befreiers ins Zentrum zu stellen. Dies unterblieb jedoch, angeblich auf Wunsch Stalins.

Stalin wurde jedoch in den 16 vergoldeten Zitate an den Marmorsarkophagen in deutscher und russischer Sprache verewigt. Die 12 Meter hohe Figur des Befreiers hatte nichts mit den realen, vom Krieg geschundenen, bis zum Kriegsende schlecht uniformierten und gepflegten sowjetischen Soldaten gemeinsam, die von den sowjetischen Kriegsherren kaum geschont wurden.⁶ In der stalinistischen Nachkriegsdoktrin, die sich stark in die Richtung des russischen Nationalismus entwickelte, sollte eine imaginäre Figur des Befreiers die Züge des russischen Recken tragen. Dieser zerschlägt mit dem Schwert in der Hand ein Hakenkreuz.⁷

Während der gesamten DDR-Zeit war das Ehrenmal ein Symbol der deutsch-sowjetischen Freundschaft und des besiegtten Faschismus; offizielle Delegationen legten Kränze nieder, es fanden ritual-

⁵ Reale Namen sind genannt worden und sentimentale Geschichten wurden erzählt.

⁶ Ihre wahren Schicksale haben in diesem stalinistischen Mythos keinen Platz. 1946 wurde auch der 9. Mai nicht gefeiert: erst ab 1965 wurde



Andreas Muhs (Ostkreuz): Sowjetisches Ehrenmal Treptower Park

hafte Veranstaltungen, sogar Fackelzüge statt. Sicherlich gab es in der DDR viele Menschen, die das Mahnmal auch als Symbol des Antifaschismus und den 9. Mai als Tag der Befreiung wahrgenommen haben. Man stellte sich auf die Seite des Siegers und verdrängte damit die eigenen traumatischen Erfahrungen.

Im August 1994 fand im Treptower Park eines der markantesten Ereignisse der neuesten Geschichte Russlands statt: das Zeremoniell zum Abzug der russischen Truppen aus Deutschland, an dem Helmut Kohl und Präsident Boris Jelzin teilnahmen.

Der Umgang mit den sowjetischen Kriegsdenkmälern war ein wichtiger Verhandlungspunkt für die russische Seite im Zwei-plus-Vier-Vertrag von 1990. Laut dem Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Russischen Föderation über Kriegsgräberfürsorge hat die Bundesrepublik für den Erhalt des Mahnmals zu sorgen. Veränderungen bedürfen seitdem der Zustimmung der russischen Seite.

In den Nullerjahren wurde das Ehrenmal mit großem Aufwand für mehr als 11 Millionen Euro restauriert.⁸ Auch die vergoldeten Zitate von Josef Stalin wurden dabei erneuert. Seit 1995 findet alljährlich am 9. Mai eine Gedenkkundgebung am Ehrenmal mit Blumen- und Kranzniederlegungen statt, die u. a. vom ehemals PDS-nahen „Bund der Antifaschisten Treptow e.V.“ organisiert wird.

Die Bedeutung eines Mahnmals wird durch den gesellschaftlichen, politischen und sozialen Kontext bestimmt, auch dadurch, wie viele Menschen solche Erinnerungsformen teilen oder sie ablehnen. Für das Ehrenmal in Treptow bedeutet das ein sehr widersprüchliches und angespanntes Dasein. Das Ehrenmal verkörpert das stalinistische Bild des Krieges. Es ist ein äußerst unmenschliches Bild, das nichts mit der wahren Tragödie und dem un-

ermesslichen Preis für den Sieg zu tun hat. Dieser Mythos hat Stalin in Russland wieder auf ein historisches Podest gestellt: nicht mehr als grausamer Alleinherrscher und Organisator von Massenterror, zu dem er in der Perestroika geworden war, sondern als Sieger, als Erweiterer von Grenzen, und vor allem als das überzeugendste Symbol des starken, autoritären Staates.

„Die wichtigste Botschaft des 9. Mai – ‚Nie wieder Krieg‘ – wurde zum aggressiven Slogan – ‚Wir können es wiederholen‘ – umgedeutet.“

Der Tag des Sieges, der 9. Mai, wurde in Putins Russland immer mehr zur Manifestation eines militaristischen Geistes, mit Militärparaden, leeren Symbolen wie dem Georgsbändchen, die mit der wahren Erinnerung an den Krieg nichts zu tun hatten. Die wichtigste Botschaft des 9. Mai – „Nie wieder Krieg“ – wurde zum aggressiven Slogan – „Wir können es wiederholen“ – umgedeutet. Offen wurde über die „künstlichen“ Grenzen der Russischen Föderation gesprochen, die man wiederherstellen sollte. Diese Rhetorik hat die Aggression gegen die Ukraine vorbereitet und untermauert.

Seit 2014 hat sich die Situation um die sowjetischen Kriegsdenkmäler und vor allem um das Mahnmal in Treptow zugespitzt.⁹ Schon davor hatte der Krieg in Tschetschenien und die Aggression gegen Georgien 2008 das Denkmal der Befreier mit einer neuen Bedeutung gefüllt. Auch der Krieg im Donbass wurde in Russland stets mit den Kämpfen während des Großen Vaterländischen Krieges verglichen. Diese Ereignisse, und der Erfolg der Propaganda, die einen starken Einfluss auf die russische Bevölkerung ausübt, hatten ihre

⁸ Im Oktober 2003 wurde die Statue des Rotarmisten in einer Werkstatt auf Rügen restauriert, mit einem Schiff nach Berlin zurückgebracht und steht seit dem 4. Mai 2004 wieder auf ihrem Sockel.



Leo Seidel (Ostkreuz): Sowjetisches Ehrenmal Treptower Park

Auswirkung auch auf die russische Diaspora in Deutschland. Auch Nachkommen der Russlanddeutschen, die nach der Deportation nach Sibirien und Kasachstan in Russland nie vollständig rehabilitiert wurden, pflegen am 9. Mai scheinbar ein Gefühl der Zugehörigkeit zum russischen Staat, welches die Erinnerung an die Tragödie des eigenen Volkes überwältigt.

Die Situation um die Ehrenmale in Treptow und im Tiergarten eskalierte nach dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. Danach wurde es äußerst schwierig, das offizielle Hochglanzbild des Großen Vaterländischen Krieges von der aggressiven Propaganda zu trennen, die den Krieg gegen die Ukraine als Krieg gegen Faschismus und Nationalsozialismus darstellte. Am 8. und 9. Mai 2022 kam es um die Ehrenmale herum zu großen Spannungen zwischen Ver-

tretern der russischen und ukrainischen Diaspora, zwischen den Kriegsgegnern und Putins Anhängern. Die Schutzmaßnahmen an den sowjetischen Ehrenmälern in Berlin mussten verstärkt werden.

Das wirft die Frage nach der Bedeutung des Ehrenmals vor allem in Treptow in neuer Weise auf. Seine historische Bedeutung besteht darin, dass es eine bestimmte Epoche und einen bestimmten Zeitgeist verkörpert. Es vermittelt ein unmenschliches Bild des Krieges, untermauert mit Stalins Zitaten, die ohne jede Kritik und Historisierung mit ihren falschen Botschaften präsent sind.¹⁰ Das Ehrenmal verbirgt so den wahren Charakter des Krieges und sagt in Wirklichkeit nichts aus über seine realen Opfer. Seine zukünftige Bedeutung könnte darin liegen, dass man diese – falsche – Form der Erinnerung anschaulich macht.

¹⁰ Es genügt schon ein Stalinzitat: „Die Ideologie der Völkerfreundschaft hat den vollen Sieg über die hitlerfaschistische Ideologie des bestialischen Nationalismus und Rassenhasses errungen.“

Künstlerisch haben wir es bei dem Ehrenmal in Treptow mit einer späten stalinistischen Version der totalitären Kunst zu tun, plastisch als auch menschlich frei von allen lebendigen Gefühlen. Es erfüllt jedoch auch weiterhin eine Propaganda-aufgabe. Schlimm ist, dass das Denkmal als Muster und Vorbild für neue Kriegsdenkmäler dient. Das anschaulichste Beispiel ist das Memorial der Gefallenen Soldaten in Rschew, das 2020 von Putin und Lukaschenko eingeweiht wurde.¹¹

Der künstlerische Wert des Ehrenmals nicht nur in Treptow liegt heute in seiner musealhistorischen Bedeutung. Es wird als Denkmal der Befreier bezeichnet, aber tatsächlich unterdrückte die sowjetische Armee am 17. Juni 1953 den Aufstand in Berlin, 1956 den in Budapest, sie marschierte 1968 in Prag ein. Stalin hatte viele Gründe, im äußersten Westen seiner Einflussphäre ein Denkmal für sein Regime zu errichten. Mehr als 70 Jahre sind ein ausreichender Zeitraum dafür, diese Gründe zu verstehen und die Mahnmale als historische Täuschung und ideologische Fälschung zu bezeichnen.

Die soziale Bedeutung des Ehrenmals ist heute wohl das Wichtigste. Der Zusammenbruch der UdSSR führte zur Massenemigration. Kriegsdenkmäler und Rituale, die am Tag des Sieges an das Mahnmal gebunden waren, wurden zunehmend zu Ankerpunkten der sowjetischen Identität und Nostalgie. Der Krieg gegen die Ukraine hat diese Identifikation mit dem russischen Staat in Frage gestellt. Es hilft nichts, an der alten Formel festzuhalten, das Denkmal im Treptower Park sei ein Symbol des Sieges über den Faschismus und ein Symbol der Freundschaft mit dem sowjetischen Befreiervolk. Diese vermeintlich ewige Erinnerung erklärt heute nichts und schließt jeden Versuch einer Neuinterpretation der sowjetisch-deutschen Geschichte aus.

Wie kann diese Reflexion durchgeführt werden? Selbstverständlich ist es ausgeschlossen, in das Ensemble des Denkmals selbst einzugreifen. Es ist ein historisches Erbe und es muss intakt bleiben. Es besteht jedoch kein Zweifel, dass das Denkmal heute außerhalb des modernen historischen, politischen und kulturellen Kontexts steht. Konkret könnte dies bedeuten, ein Informationszentrum einzurichten, in dem der Besucher mit dem komplexen Kontext des Ehrenmals vertraut gemacht wird – ohne ideologisches Pathos, mit einer detaillierten wissenschaftlichen und historischen Analyse. Was das Denkmal selbst anbetrifft, müssen Initiativen unterstützt werden, die die Namen jener sowjetischen Soldaten finden, die im Treptower Park begraben sind. Diese Arbeit muss fortgesetzt werden. Dies wird zweifellos zur Destalinisierung dieses Raumes beitragen.

Dr. Irina Scherbakowa,

Germanistin, Mitbegründerin der Gesellschaft Memorial, ab 1999 im Vorstand Leiterin der Bildungsprogramme von Memorial; 1994–1998 Fellow am Wissenschaftskolleg zu Berlin und am Institut für die Wissenschaften von Menschen (Wien), 1998–1999 Gastprofessur an der Universität Salzburg.

¹¹ <https://rzhev.histrf.ru/>



Teil B:

Deutschland-Monitor: Einstellungen zu Demokratie und Politik in Deutschland

Wie sehen die Bürgerinnen und Bürger ihre Lebenssituation? Wie bewerten sie den Stand der inneren Einheit und die Herausforderungen unserer Zeit? Wie schätzen sie die Leistungen der Politik ein? Antworten darauf liefern die Ergebnisse einer repräsentativen Befragung von mehr als 4.000 Personen und begleitenden Fokusgruppen im Juli/August 2022.

Deutschland-Monitor: Einstellungen zu Demokratie und Politik in Deutschland

von Holger Liljeberg und Sindy Krambeer, INFO GmbH Markt- und Meinungsforschung

Zielstellung der Untersuchung

Wie tickt Deutschland – im Osten, im Westen und insgesamt? Bei dem vorliegenden „Deutschland-Monitor“ handelt es sich um eine umfassende Befragung zu allgemeinen politischen Einstellungen und Haltungen sowie zu spezifischen Themenfeldern – in Ost und West. Eine ähnliche Befragung hatte die INFO GmbH bereits vor zwei Jahren im Auftrag der Regierungskommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ durchgeführt, sodass Entwicklungstrends herausgearbeitet werden konnten.¹

Parallel zu der quantitativen Erhebung wurden Fokusgruppendifkussionen durchgeführt, deren Ergebnisse ebenfalls in diesen Bericht eingeflossen sind.² Folgende Themenkomplexe standen dabei im Fokus:

- allgemeine Lebenszufriedenheit, Hoffnungen und Befürchtungen
- Einstellungen zur Politik und Politikverdrossenheit

- Heimatempfinden, Empfindungen zur Deutschen Einheit, Vertrauen gegenüber Institutionen
- Zuwanderung
- Corona-Pandemie
- Krieg gegen die Ukraine
- Bestandsaufnahme zur sozioökonomischen Lage: Beurteilung der Lebensbedingungen am Wohnort, Erwartungen insbesondere hinsichtlich der Entwicklung von Lebensbedingungen, Erwerbstätigkeit, Einkommen

Die Untersuchung wurde in der Zeit vom 26.7. bis zum 15.8.2022 durchgeführt. Der Fragenkatalog gewährleistet Anschlussfähigkeit an bereits vorliegende andere Studien und die Kurzerhebung zum „Deutschland-Monitor“ 2020. Entsprechend sind viele der für die repräsentative Untersuchung verwendeten Fragen Standardformulierungen, die so ähnlich bereits in anderen Untersuchungen verwendet worden sind.

¹ Die Ergebnisse wurden im Kommissionsbericht veröffentlicht und sind online abrufbar unter <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/30-jahre-einheit-1825750>. Im Jahr 2022 wurden auf Basis der Erhebung 2020 zentrale Fragen noch einmal gestellt, um Entwicklungen zu erkennen. Diese wurden zusätzlich um aktuelle Themen wie den russischen Krieg gegen die Ukraine, Inflation sowie Energie und Klima ergänzt.

² Repräsentativerhebung: Mixed-Mode CATI (Zufallsstichprobe)/Online (Access-Panel), n = 4 078, 26.7.-16.8.2022, zusätzlich 4 Fokusgruppendifkussionen mit je 2 Stunden Dauer mit je 8 Teilnehmenden, 20.-27.7.2022.

Kernergebnisse

Nach wie vor sieht die deutliche Mehrheit der Befragten in Ost wie West in der Deutschen Einheit eher einen Gewinn. Die damit verbundenen Hoffnungen haben sich überwiegend erfüllt. Die Wahrnehmung, dass Ostdeutsche Menschen zweiter Klasse seien, nimmt in beiden Landesteilen tendenziell weiter ab. Der Vergleich Ost-West hat an Bedeutung verloren, doch bestehende Unterschiede werden nach wie vor wahrgenommen. Stereotype können leicht aktiviert werden.

Während im Jahr 2020 die Themen Zuwanderung/Asyl und die Corona-Pandemie im Zentrum des gesellschaftlichen Interesses standen, dominieren in diesem Jahr soziale Gerechtigkeitsfragen, die Inflation, die Lebenshaltungskosten, der Klimawandel und das Thema Energie. Somit hat der russische Angriffskrieg tatsächlich eine „Zeitenwende“ ausgelöst und die politische Aufmerksamkeit stark verschoben. Die Lebensbedingungen in Deutschland sind vielerorts gut und die Lebenszufriedenheit ist entsprechend nach wie vor recht hoch. Jedoch nehmen die Zukunftssorgen deutlich zu, während die Bürgerinnen und Bürger mit der Politik und der Demokratie zunehmend unzufrieden sind. Auch die Möglichkeit zur freien Meinungsäußerung wird von immer mehr Menschen skeptisch bewertet. Mit der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland ist nur noch etwa ein Viertel der Befragten im Osten und ein Drittel im Westen zufrieden.

Zum besseren Verständnis der gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen in Deutschland konnten wir mithilfe eines multivariaten Analyseverfahrens vier Einstellungscluster statistisch herausarbeiten. Deutlich voneinander zu unterscheiden sind das „offene und liberale“ Cluster, das „kleinbürgerlich-konservative“ Cluster, das Cluster der „verdrossenen Populisten“ sowie das Cluster der „angepassten Skeptiker“. Die relativen Größenanteile dieser

Einstellungscluster an der Bevölkerung unterscheiden sich je nach sozioökonomischer Gruppe und Region erheblich. So ist der Typus der „verdrossenen Populisten“ vor allem in Bevölkerungsgruppen mit einem niedrigen sozialökonomischen Status sowie in Regionen mit schwieriger demografischer und wirtschaftlicher Lage zu finden – in Ost wie West. In den vergangenen zwei Jahren sind die beiden eher politikfernen Gruppen der „verdrossenen Populisten“ und „angepassten Skeptiker“ signifikant größer geworden.

Um sie (wieder) mittels politischer Kommunikation zu erreichen und die Demokratie zu stärken, sollte das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilen Deutschlands verstärkt in den Blick genommen werden.

Die Corona-Pandemie verliert etwas an Bedeutung. Nur noch insgesamt 51 % (2020: 62 %) der Befragten meinen, die Pandemie sei für Deutschland gefährlich. Dennoch sieht ebenfalls die Hälfte ihr Lebensgefühl durch die Corona-Pandemie beeinträchtigt.

Auch wenn gegenwärtig nur 36 % der Befragten mit den Maßnahmen der Bundesregierung in Reaktion auf den Krieg in der Ukraine zufrieden sind, vertreten 70 % die Meinung, dass die Verteidigung von Freiheit und Demokratie durch die Ukraine auch wichtig für Deutschland, Europa und den Westen ist.

Politische Einstellungen und Politikzufriedenheit

Rund zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger in Ost und West geben an, sich für Politik zu interessieren. Doch was Einstellungen zu verschiedenen politischen Themen betrifft, fällt das Stimmungsbild in Ost und West teilweise deutlich unterschiedlich aus. So sind im Osten 79 % der Meinung, dass die Anerkennung der Lebensleistung der Ostdeutschen wichtig für die weitere Entwicklung der Deutschen Einheit ist, im Westen unter-

stützen diese Aussage hingegen nur noch 57 % (2020: 63 %), in ländlichen Gebieten des Westens sogar nur noch 54 % (2020: 60 %).

Mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland funktioniert, sind 59 % (2020: 65 %) der Westdeutschen, aber nur noch 39 % (2020: 48 %) der Ostdeutschen zufrieden. Konstant 63 % beziehungsweise 61 % der Ost- und Westdeutschen geben an, dass „wir endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl“ haben sollten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Begriff „Nationalgefühl“ sehr unterschiedlich konnotiert sein kann.

Die Befragten in Ost wie West sind mehrheitlich der Meinung, dass es den Parteien „nur um die Stimmen der Wähler“ geht, ohne dass sie sich für deren Ansichten interessieren. Ebenfalls skeptisch bewerten viele Bürgerinnen und Bürger die Meinungsfreiheit in Deutschland: Nur noch 43 % (2020: 50 %) der Ost- und 58 % (2020: 63 %) der Westdeutschen vertreten den Standpunkt, dass man

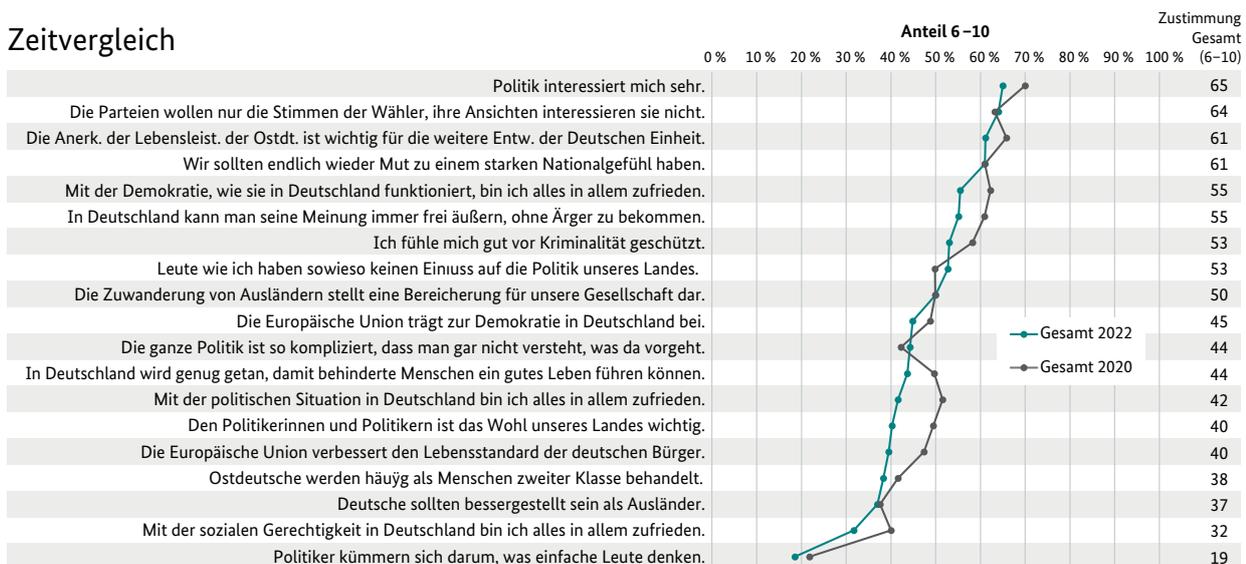
in Deutschland seine Meinung immer frei äußern kann, „ohne Ärger zu bekommen“. 54 % (2020: 61 %) der West- und stabil 47 % der Ostdeutschen fühlen sich gut vor Kriminalität geschützt, am wenigsten tun dies Befragte aus ostdeutschen Städten.

Nur noch 42 % aller Befragten sind mit der politischen Situation in Deutschland alles in allem zufrieden, 2020 waren es noch 52 %. Der Rückgang ist in allen Teilen Deutschlands deutlich: Im Osten ist ein Rückgang von 40 % im Jahr 2020 auf aktuell nur noch 31 % festzustellen, im Westen waren es 2020 noch 54 %, heute sind es lediglich 44 %.

Nur noch 32 % (2020: 41 %) der Ost- und 42 % (2020: 51 %) der Westdeutschen meinen, dass den Politikerinnen und Politikern das Wohl unseres Landes wichtig sei. Ungefähr ebenso wenige Menschen vertreten die Meinung, dass die Europäische Union zur Demokratie in Deutschland beiträgt oder den Lebensstandard der deutschen Bürger verbessert. 44 % der Befragten unterstützen

Einstellungen zur Politik (Abb. 1)

Zeitvergleich



F4. Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder nicht zu? Bitte antworten Sie mit einer Zahl zwischen 0 = „stimme überhaupt nicht zu“ und 10 = „stimme voll und ganz zu“.

Angaben in %
Basis 2022: alle Befragten n = 4.078, Basis 2020: alle Befragten n = 4.069

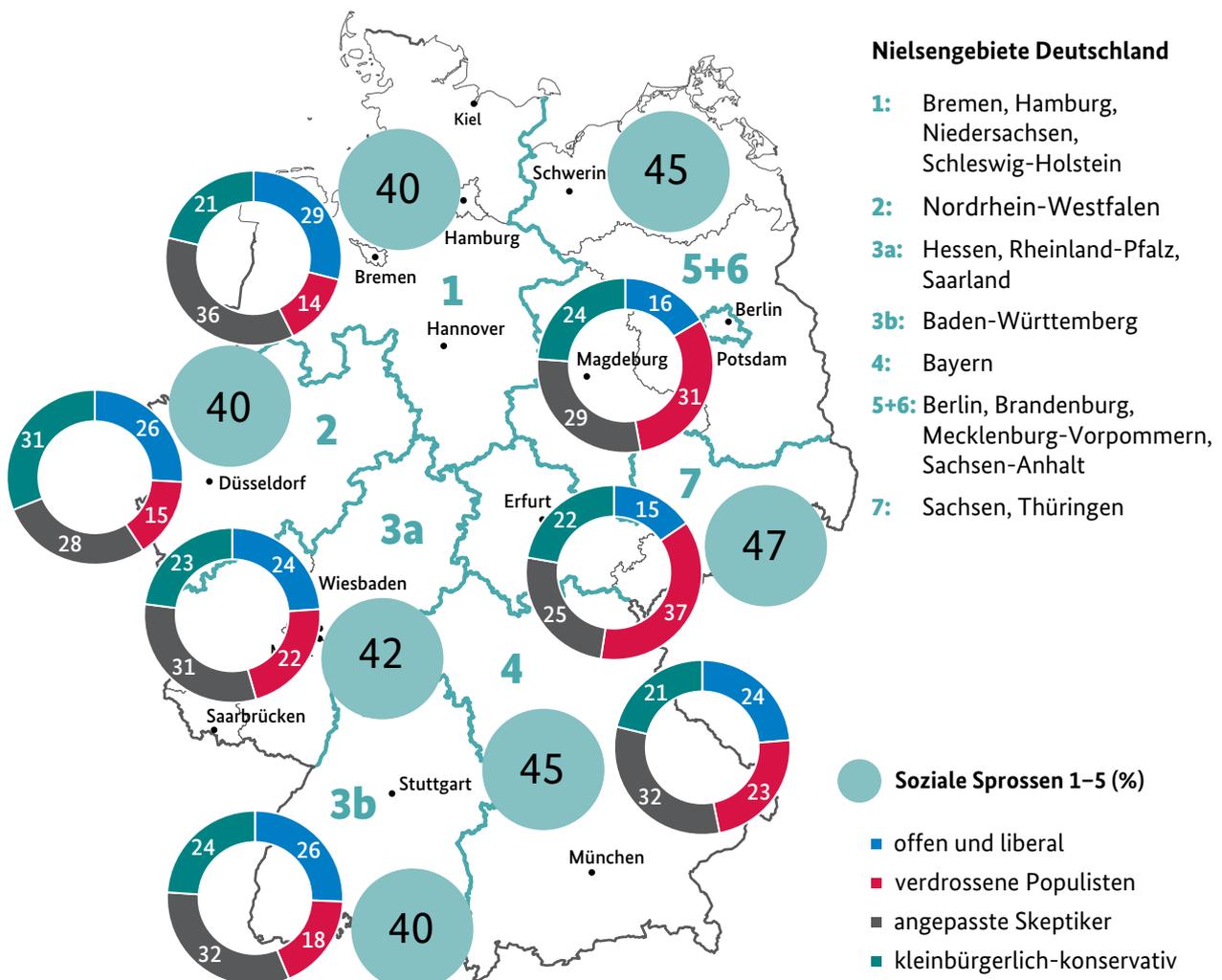
Vier gesellschaftliche Gruppen – eine Typologie

Auf Basis der hier erhobenen Einstellungen zu politischen Themen wurden insgesamt vier verschiedene Gruppen („Typen“) identifiziert.³ Die einem Cluster zugeordneten Befragten stimmen hinsichtlich ihrer Meinungen innerhalb der Gruppe

weitgehend überein, weisen aber zugleich deutliche Einstellungsunterschiede zu den jeweils anderen Clustern auf:

- „offene und liberale Menschen“ (2022: 24 %, 2020: 29 %)
- „verdrossene Populisten“ (2022: 21 %, 2020: 16 %)

Regionale Clusterstrukturen (Abb. 3)



Angaben in %
Basis 2022: alle Befragten n = 4.078

³ Bei dieser Clusteranalyse sind wir analog zum Jahr 2020 vorgegangen. Die Grundlagen dafür waren standardisierte und seit Jahrzehnten in der

- „angepasste Skeptiker“ (2022: 31 %, 2020: 24 %)
- „kleinbürgerlich-konservative Menschen“ (2022: 24 %, 2020 31 %)

Welche Anteile die jeweiligen Cluster in der Bevölkerung haben, ist regional sehr unterschiedlich. Politikferne insgesamt und vor allem „verdrossene Populisten“ sind unter Menschen, die selbst angeben, einen niedrigen sozialen Status zu haben (= Selbsteinordnung der Befragten auf einer gesellschaftlichen Leiter mit 10 Sprossen in der unteren Hälfte der Sprossen 1 bis 5), deutlich überproportional vertreten – und in Gegenden, die mit Blick auf die Infrastruktur und Daseinsfürsorge schlechter ausgestattet sind. Da die Befragten im Osten Deutschlands dieses Urteil überproportional häufig treffen, sind dementsprechend auch die „angepassten Skeptiker“ und die „verdrossenen Populisten“ dort überrepräsentiert. Allerdings finden sich derartige Einstellungen auch in vielen Teilen Westdeutschlands, sodass es sich dezidiert nicht um ein Ost-Phänomen handelt.

Typologie: „offene und liberale Menschen“

Gesamt: 24 % (2020: 29 %)

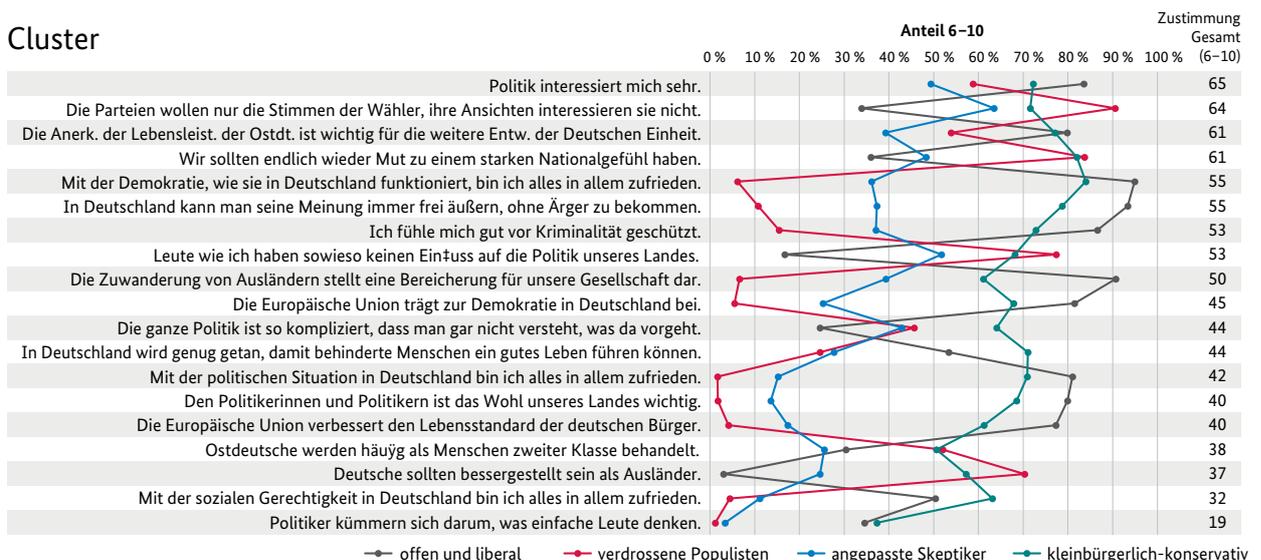
Ost: 15 % (2020: 20 %)

West: 26 % (2020: 31 %)

Befragte aus dieser Gruppe interessieren sich überdurchschnittlich stark für Politik, empfinden diese als wenig kompliziert, plädieren deutlich seltener für den „Mut zu einem starken Nationalgefühl“, sind mit der Demokratie in Deutschland sehr zufrieden, fühlen sich vor Kriminalität geschützt und in ihrer freien Meinungsäußerung nicht eingeschränkt, stimmen ohne größere Einschränkungen der Europäischen Union und ihren Ideen ebenso zu, wie sie die Zuwanderung von Menschen aus dem Ausland als Bereicherung empfinden und daran glauben, dass den Politikerinnen und Politikern das Wohl des Landes sehr wichtig ist.

Einstellungen zur Politik (Abb. 4)

Cluster



F4. Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder nicht zu? Bitte antworten Sie mit einer Zahl zwischen 0 = „stimme überhaupt nicht zu“ und 10 = „stimme voll und ganz zu“.

Angaben in %
Basis 2022: alle Befragten n = 4.078

Diese Befragten treten für die Gleichstellung von Deutschen und Menschen mit Migrationshintergrund ein und sind mit der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland nicht übermäßig zufrieden. Die Demokratie als Regierungsform ist für sie alternativlos, nur 16% von ihnen wünschen sich einen „starken Staat“.

Die wichtigsten Probleme in Deutschland sind für dieses Cluster Umweltschutz und Klimawandel, mit deutlichem Abstand gefolgt von sozialer Gerechtigkeit und Energiekrise, Inflation, Bildung und Alterssicherung. In dieser Gruppe findet sich neben der größten Zufriedenheit mit allen Belangen des Lebens und den stärksten Hoffnungen hinsichtlich der künftigen Entwicklung auch das größte Vertrauen in die Politik in Deutschland.

Die Befragten beurteilen die Deutsche Einheit fast ausschließlich als Gewinn für die Menschen in Deutschland; ihre Hoffnungen und Erwartungen im Hinblick auf die Deutsche Einheit haben sich größtenteils erfüllt. Fast niemand aus dieser Gruppe sieht sich als Verlierer der Einheit.

In diesem Cluster finden sich mit die höchste Corona-Impfquote und -bereitschaft, Proteste gegen Corona-Maßnahmen sind in dieser Gruppe eher nicht zu erwarten.

Einen besonders hohen Anteil hat diese Gruppe unter älteren Befragten (ab 60 Jahren), in städtischen Regionen sowie bei Befragten mit höherer formaler Bildung. Je höher die (selbst eingeschätzte) soziale Stellung wahrgenommen wird, desto häufiger ist dieses Cluster vertreten: Auf den obersten Stufen 8–10 einer „sozialen Leiter“ gehören ihm 38% an, auf den unteren Stufen 1–3 lediglich 13%. Bei jungen Leuten (bis 29 Jahre) ist der Anteil dieses Clusters seit dem Jahr 2020 deutlich zurückgegangen.

Mehr als die Hälfte der diesem Cluster zugeordneten Befragten wohnt in Gegenden, in denen es den Menschen nach eigener Auffassung besser geht als anderen Menschen in Deutschland. Dementsprechend beurteilen sie die Lebensbedingungen an ihrem Wohnort weit überdurchschnittlich gut. Neben ganz Deutschland und ihrer Region fühlen sich diese Befragten auch Europa überdurchschnittlich stark verbunden.

Gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund und Asylsuchenden sind diese Befragten insgesamt sehr positiv eingestellt.

Die Reaktionen der Bundesregierung auf den Ukraine-Krieg werden von dieser Gruppe eher befürwortet, kritisiert wird am ehesten die Zögerlichkeit bei den Entscheidungen. Waffenlieferungen an die Ukraine und Sanktionen gegen Russland werden in dieser Gruppe mehrheitlich befürwortet. Die Risiken des Krieges werden geringer eingeschätzt als in den drei anderen Gruppen.

Die Selbstwirksamkeit in dieser Gruppe ist recht hoch. Zwei Drittel meinen, künftige tiefgreifende Änderungen und Herausforderungen bewältigen zu können.

Typologie: „kleinbürgerlich-konservative Menschen“

Gesamt: 24% (2020: 31%)

Ost: 24% (2020: 34%)

West: 24% (2020: 31%)

Befragte aus dieser Gruppe interessieren sich stark für Politik, empfinden diese aber als recht kompliziert, plädieren recht stark für den „Mut zu einem starken Nationalgefühl“, sind mit der

Demokratie in Deutschland recht zufrieden, fühlen sich vor Kriminalität recht gut geschützt und in ihrer freien Meinungsäußerung wenig eingeschränkt, stimmen ohne größere Einschränkungen der Europäischen Union und ihren Ideen zu, empfinden die Zuwanderung von Menschen aus dem Ausland eher als Bereicherung und glauben, dass den Politikerinnen und Politikern das Wohl des Landes sehr wichtig ist.

Diese Befragten treten gleichzeitig für eine Besserstellung von Deutschen gegenüber ausländischen Staatsangehörigen ein und sind mit der sozialen Gerechtigkeit überwiegend zufrieden. Mit der Demokratie als Regierungsform sind diese Befragten recht zufrieden, aber dennoch wünschen sich 44 % einen „starken Staat“.

Die wichtigsten Probleme in Deutschland sind für dieses Cluster Umweltschutz und Klimawandel, mit deutlichem Abstand gefolgt von sozialer Gerechtigkeit, Energiekrise und Inflation. In der Gruppe bestehen die zweitgrößte Zufriedenheit mit allen Belangen des Lebens, ausgeprägte Hoffnungen hinsichtlich der künftigen Entwicklung sowie ein großes Vertrauen in die Politik in Deutschland.

Die Befragten beurteilen die Deutsche Einheit ganz überwiegend als Gewinn für die Menschen in Deutschland, ihre Hoffnungen und Erwartungen im Hinblick auf die Einheit haben sich zum größten Teil erfüllt. In dieser Gruppe sieht sich nur eine Minderheit (8 %) als Verlierer der Einheit.

In diesem Cluster finden sich – ebenso wie im offenen und liberalen Cluster – die höchste Corona-Impfquote und -bereitschaft. Proteste gegen Corona-Maßnahmen sind in dieser Gruppe nur in geringem Maße zu erwarten.

Der Anteil dieser Gruppe ist in allen betrachteten soziodemografischen Bevölkerungsteilen nahezu identisch. Je höher die soziale Stellung subjektiv

eingeschätzt wird, desto höhere Anteile hat dieses Cluster: Auf den höchsten Stufen 7–10 einer „sozialen Leiter“ gehören ihm ca. 30 % an, auf den Stufen 1–3 lediglich 11 %.

40 % von ihnen wohnen nach eigenem Bekunden in Gegenden, in denen es den Menschen besser geht als anderen Menschen in Deutschland. Folglich beurteilen sie die Lebensbedingungen an ihrem Wohnort ebenfalls überdurchschnittlich gut. Sie fühlen sich vor allem Deutschland, ihrem Bundesland und ihrer Region verbunden, mehr als die Hälfte aber auch Europa.

Gegenüber Menschen aus dem Ausland, Asylsuchenden und Migranten sind diese Befragten insgesamt zwar positiv eingestellt, jedoch in deutlich geringerem Maße als das offene und liberale Cluster.

Die Reaktionen der Bundesregierung auf den Krieg gegen die Ukraine werden auch von dieser Gruppe eher befürwortet, kritisiert wird ebenfalls die Zögerlichkeit bei den Entscheidungen. Waffenlieferungen an die Ukraine und Sanktionen gegen Russland werden auch in dieser Gruppe mehrheitlich befürwortet, die Risiken des Krieges jedoch als hoch eingeschätzt.

Die Selbstwirksamkeit in dieser Gruppe ist ebenfalls recht hoch. 59 % meinen, künftige tiefgreifende Änderungen und Herausforderungen bewältigen zu können.

Typologie: „angepasste Skeptiker“**Gesamt: 31 % (2020: 24 %)****Ost: 26 % (2020: 19 %)****West: 32 % (2020: 25 %)**

Befragte aus dieser Gruppe interessieren sich im Vergleich zu den übrigen Gruppen am wenigsten für Politik, empfinden diese auch als einigermaßen kompliziert, plädieren kaum für den „Mut zu einem starken Nationalgefühl“, sind mit der Demokratie in Deutschland eher unzufrieden, fühlen sich vor Kriminalität weniger gut geschützt und in ihrer freien Meinungsäußerung eher eingeschränkt, stimmen der Europäischen Union und ihren Ideen eher nicht zu, empfinden die Zuwanderung aus dem Ausland nur teilweise als Bereicherung und glauben eher nicht, dass den Politikerinnen und Politikern das Wohl des Landes sehr wichtig ist.

Diese Befragten treten zwar nicht für eine Besserstellung von Deutschen gegenüber Menschen aus dem Ausland ein, sind jedoch mit Blick auf die soziale Gerechtigkeit eher unzufrieden. Mit der Demokratie als Regierungsform sind diese Befragten weniger zufrieden, dennoch wünschen sich nur 32 % von ihnen einen „starken Staat“.

Die wichtigsten Probleme in Deutschland sind für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Cluster Umweltschutz/Klimawandel und soziale Gerechtigkeit, fast gleichauf die Inflation, gefolgt von den Themen Energiekrise, Alterssicherung sowie Zuwanderung und Integration. In dieser Gruppe findet sich neben einer eher geringen Zufriedenheit mit allen Belangen des Lebens und wenig Zuversicht und Hoffnung hinsichtlich der künftigen Entwicklung auch ein sehr geringes Vertrauen in die Politik in Deutschland.

Nur die Hälfte der Befragten dieser Gruppe beurteilt die Deutsche Einheit als Gewinn für die Menschen in Deutschland, ihre Hoffnungen und Erwartungen im Hinblick auf die Einheit haben sich für eine relative Mehrheit dennoch erfüllt. Man sieht sich weder als Gewinner noch als Verlierer der Deutschen Einheit.

In diesem Cluster findet sich eine relativ hohe Corona-Impfquote, die künftige Impfbereitschaft ist jedoch unterdurchschnittlich. Protest gegen Corona-Maßnahmen ist in dieser Gruppe durchaus zu erwarten: 8 % würden an Demonstrationen teilnehmen, 40 % befürworten diese.

Einen besonders hohen Anteil hat diese Gruppe unter sehr jungen Befragten im Alter bis 29 Jahren (40 %), bei Befragten mit niedrigerer formaler Bildung (35 %) und mit niedrigeren Einkommen. Je niedriger die soziale Stellung selbst eingeschätzt wird, desto höhere Anteile hat dieses Cluster: Auf den Stufen 8–10 einer „sozialen Leiter“ gehören ihm 20 % an, auf den Stufen 1–4 steigt ihr Anteil auf ca. 36 %.

Nur 37 % von ihnen wohnen nach eigener Angabe in Gegenden, denen es besser geht als anderen in Deutschland. Dementsprechend beurteilen sie die Lebensbedingungen an ihrem Wohnort ebenfalls als weit unterdurchschnittlich. Sie fühlen sich vor allem ihrer Region, Deutschland und ihrem Bundesland verbunden, nur 40 % auch Europa.

Die Reaktionen der Bundesregierung auf den Krieg gegen die Ukraine werden von dieser Gruppe mehrheitlich abgelehnt, kritisiert werden am häufigsten die Zögerlichkeit bei den Entscheidungen und die Waffenlieferungen an die Ukraine. Sanktionen gegen Russland werden nur von einer Minderheit in dieser Gruppe befürwortet, die Risiken des Krieges jedoch als hoch eingeschätzt.

Die Selbstwirksamkeit in dieser Gruppe ist nicht sehr hoch. Nur 46 % meinen, künftige tiefgreifende Änderungen und Herausforderungen bewältigen zu können.

Typologie: „verdrossene Populisten“

Gesamt: 21 % (2020: 16 %)

Ost: 35 % (2020: 27 %)

West: 18 % (2020: 14 %)

Befragte aus dieser Gruppe interessieren sich durchaus für Politik, empfinden diese auch als einigermaßen kompliziert, plädieren fast durchgängig für den Mut zu einem starken Nationalgefühl, sind mit der Demokratie in Deutschland extrem unzufrieden, fühlen sich vor Kriminalität nicht geschützt und in ihrer freien Meinungsäußerung extrem eingeschränkt, stehen der Europäischen Union und ihren Ideen deutlich ablehnend gegenüber, empfinden die Zuwanderung von Menschen aus dem Ausland ausdrücklich nicht als Bereicherung und glauben ganz überwiegend nicht, dass den Politikerinnen und Politikern das Wohl des Landes sehr wichtig ist.

Diese Befragten treten mit großer Mehrheit für eine Besserstellung von Deutschen gegenüber Menschen aus dem Ausland ein und sind mit Blick auf die soziale Gerechtigkeit im Land extrem unzufrieden. Mit der Demokratie als Regierungsform sind diese Befragten nicht ansatzweise zufrieden, 38 % wünschen sich einen „starken Staat“, 30 % lehnen die Demokratie als Regierungsform eher ab.

Die wichtigsten Probleme in Deutschland sind für dieses Cluster Zuwanderung und Integration, danach folgen soziale Gerechtigkeit, Inflation, Alterssicherung und die Energiekrise.

In dieser Gruppe herrscht eine eher geringe Zufriedenheit mit allen Belangen des Lebens vor (vor allem im Hinblick auf die Anerkennung der eigenen Lebensleistung, die finanzielle Situation und die finanzielle Absicherung im Alter). Hinzu kommen außerordentlich wenig Zuversicht und Hoffnung hinsichtlich der künftigen Entwicklung Deutschlands und ein völlig zerstörtes Vertrauen in die Politik und die Entwicklung der Demokratie.

Nur 39 % der Befragten dieser Gruppe beurteilen die Deutsche Einheit als Gewinn für die Menschen in Deutschland. Ihre Hoffnungen und Erwartungen im Hinblick auf die Einheit haben sich für eine relative Mehrheit kaum oder nicht erfüllt. Man sieht sich eher als Verlierer der Einheit.

In diesem Cluster findet sich die geringste Corona-Impfquote, ein Viertel ist noch gar nicht geimpft. Die Impfbereitschaft ist kaum ausgeprägt: Nur 19 % der bisher nicht vollständig Geimpften haben sicher oder eher vor, sich noch impfen zu lassen.

Proteste gegen Corona-Maßnahmen sind ganz überwiegend aus dieser Gruppe zu erwarten: 26 % würden an Demonstrationen teilnehmen, weitere 43 % befürworten diese.

Einen besonders hohen Anteil hat diese Gruppe unter Befragten der mittleren Altersgruppen (26 %), bei Befragten mit niedrigerer formaler Bildung (26 %) und mit niedrigeren Einkommen. Je niedriger die soziale Stellung subjektiv eingeschätzt wird, desto höhere Anteile hat dieses Cluster: Auf den Stufen 8–10 einer „sozialen Leiter“ gehören ihm 12 % an, auf den Stufen 1–3 steigt ihr Anteil auf 41 %.

Die Menschen aus dieser Gruppe wohnen eher in Gegenden, von denen sie sagen, dass es den Menschen dort schlechter geht als in Deutschland insgesamt. Dementsprechend beurteilen sie die Lebensbedingungen an ihrem Wohnort von allen Gruppen am schlechtesten. Sie fühlen sich am ehesten ihrer Region, ihrem Bundesland

und Deutschland verbunden, nur weniger als jeder Fünfte auch Europa.

Die Reaktionen der Bundesregierung auf den Krieg gegen die Ukraine werden von dieser Gruppe eindeutig abgelehnt, kritisiert werden am häufigsten die Einmischung Deutschlands, die Waffenlieferungen an die Ukraine und die angeblich verfehlte Sanktionspolitik, die auf Kosten der deutschen Bevölkerung stattfindet. Sanktionen gegen Russland und weitere Waffenlieferungen werden nur von einer kleinen Minderheit in dieser Gruppe befürwortet, die Risiken des Krieges werden als extrem hoch eingeschätzt.

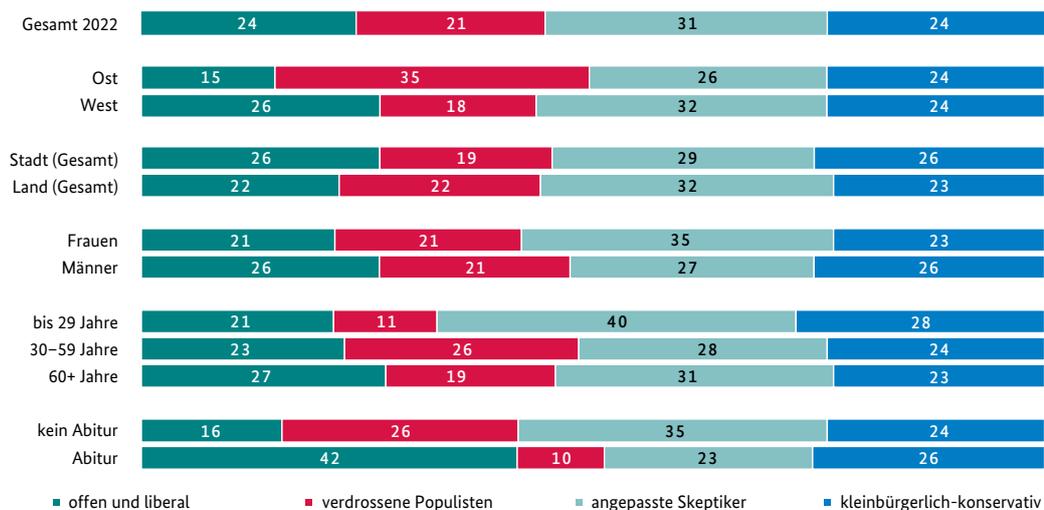
Die Selbstwirksamkeit in dieser Gruppe ist eher gering. Nur 39% meinen, künftige tiefgreifende Änderungen und Herausforderungen bewältigen zu können.

Zwischenergebnis

Insgesamt ist der Anteil der im weiteren Sinne Politikfernsten sehr hoch und hat gegenüber 2020 weiter zugenommen: Der Anteil der „verdrossenen Populisten“ sowie der „angepassten Skeptiker“ hat in ganz Deutschland von etwa 40% im Jahr 2020 auf inzwischen 52% zugenommen. In den ostdeutschen Bundesländern einschließlich Berlin (Ostteil) ist er von 46% auf jetzt 61% gestiegen. Im Westen hat sich der Anteil ebenfalls von 38% auf jetzt 50% erhöht. Die „verdrossenen Populisten“ sind mit der aktuellen Politik sehr unzufrieden, die „angepassten Skeptiker“ sind hier neutral bis unzufrieden. Dies birgt ein ernstzunehmendes Konfliktpotenzial.

Wichtig ist dabei die Feststellung, dass die Grenze zwischen den Gruppen nicht zwischen Ost und West verläuft, sondern „quer“ durch die gesamte Gesellschaft. Dennoch sind gerade die „verdrossenen Populisten“ im Osten deutlich häufiger

Clusteranalyse: Einstellungen zur Politik I (Abb. 5)



F4. Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder nicht zu? Bitte antworten Sie mit einer Zahl zwischen 0 = „stimme überhaupt nicht zu“ und 10 = „stimme voll und ganz zu“. (Clusteranalyse)

Angaben in %
Basis 2022: alle Befragten n = 4.078

vertreten. Dies kann am ehesten auf die im Osten häufiger anzutreffenden prekären Lebensumstände zurückgeführt werden. Die DDR-Sozialisation dürfte hingegen nur noch eine untergeordnete Rolle spielen, darf jedoch nicht außer Betracht gelassen werden, zumal sich im Osten immer noch 41% (2020: 45%) aller Befragten einen „starken Staat“ wünschen und 21% die Demokratie als Regierungsform eher ablehnen.

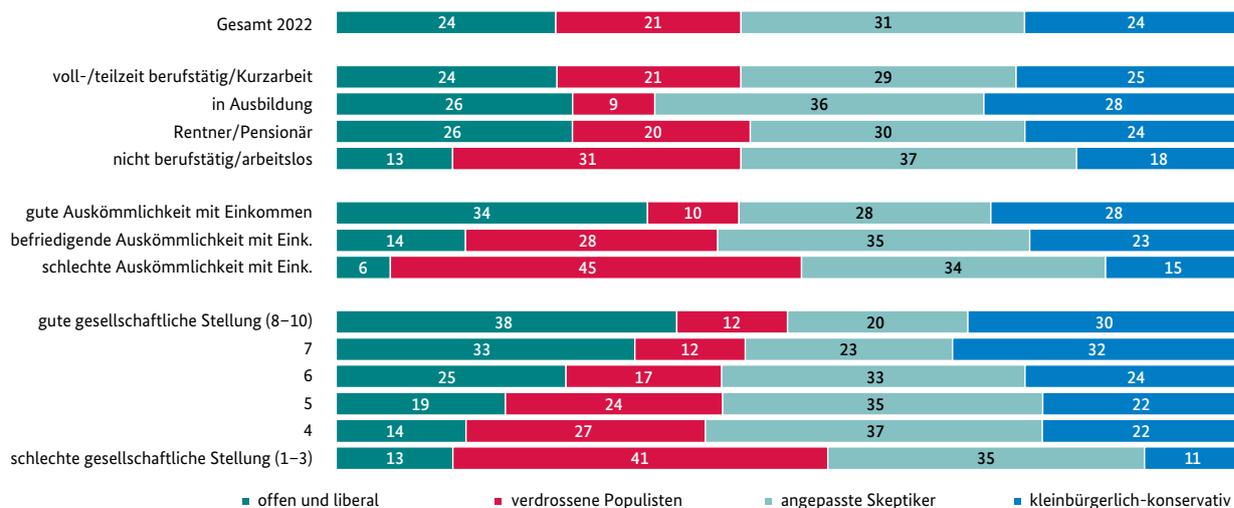
Es zeigen sich deutliche Zusammenhänge zwischen den Einstellungen zur Politik und der eigenen sozialen Lage, dem eigenen (selbst eingeschätzten) sozialen Status, aber auch der regionalen Ausstattung des jeweiligen Wohnortes. Je schlechter beide Kriterien beurteilt werden, umso stärker ist die (weiter wachsende) Unzufriedenheit mit beziehungsweise die Ernüchterung gegenüber dem politischen System in Deutschland ausgeprägt. Gleichzeitig leidet dabei auch die eigene Lebenszufriedenheit.

Diese sozioökonomischen Variablen erklären aus unserer Sicht einen großen Teil der existierenden Politikverdrossenheit. Hinzu kommen psychosoziale Dispositionen, die letztlich bestimmen, wie mit der eigenen Politikverdrossenheit beziehungsweise der Ernüchterung umgegangen wird.

Die aktuellen vielfältigen Krisensituationen tragen offenbar entscheidend dazu bei, dass die Politikverdrossenheit weiter zunimmt. Insbesondere das gegenwärtige Inflationsgeschehen, die steigenden Preise für den täglichen Grundbedarf sowie die Energiekrise werden als Treiber genannt. Gerade im populistischen Cluster wird auch das Thema Menschen mit Migrationshintergrund, Asylbewerber und Flüchtlinge unvermindert als problematisch angesehen.

Was die gegenwärtig akuten politischen Felder wie Corona-Pandemie, Kostenexplosion und Energieversorgung betrifft, schlummert in den beiden

Clusteranalyse: Einstellungen zur Politik II (Abb. 6)



F4. Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder nicht zu? Bitte antworten Sie mit einer Zahl zwischen 0 = „stimme überhaupt nicht zu“ und 10 = „stimme voll und ganz zu“. (Clusteranalyse)

Angaben in %
Basis 2022: alle Befragten n = 4.078

politisch verdrossenen Clustern offenbar ein sehr hohes Protestpotenzial, das vermutlich kurzfristig und situationsabhängig auch auf weitere Themenfelder wie Klimaschutzmaßnahmen oder den Krieg gegen die Ukraine ausgeweitet werden könnte.

Von der Demokratie ist nur ein – offenbar kleiner werdender – Teil der politikfernen Gruppen überzeugt. Gerade die „verdrossenen Populisten“ sind vergleichsweise weit von der Demokratie entfernt. Die beiden Cluster „offen und liberal“ sowie „kleinbürgerlich-konservativ“ fühlen sich ihr zwar weiterhin verpflichtet. Allerdings besteht vor dem Hintergrund der gemessenen Verschiebungen der Anteile zwischen den Clustern durchaus die Gefahr, dass diese Cluster nicht nur kleiner werden, sondern auch ihre gesellschaftliche Mehrheit verlieren.

Die politikfernen Gruppen scheinen sich auf unterschiedlichen Konflikt- oder Eskalationsstufen zu befinden (vgl. Phasenmodell der Eskalation, Friedrich Glasl, 1980).⁴ Das legen die Bewertungsunterschiede im Hinblick auf die Zufriedenheit mit den Leistungen der Politik sowie bezüglich des Vertrauens in die politischen Akteure nahe.

Nach den Befunden aus dieser Studie befinden sich das offen-liberale Cluster und das kleinbürgerlich-konservative Cluster derzeit in keinem Konflikt mit der Gesellschaft. Die „angepassten Skeptiker“, die die Ergebnisse der Demokratie in der Praxis weitgehend neutral bewerten, aber wenig Vertrauen in Politikerinnen und Politiker haben, könnten durch eine zielgerichtete, gut kommunizierte Politik angesprochen werden. Die Intensität der Unzufriedenheit der „verdrossenen Populisten“ zeigt hingegen, dass hier erhebliche Anstrengungen seitens der Politik nötig wären, um eine Verbesserung zu erzielen.

Lebenszufriedenheit und Lebensqualität

Insgesamt ist die Lebenszufriedenheit in Deutschland nach wie vor relativ hoch. Am zufriedensten sind die Befragten mit Familie und Partnerschaft, ihrer Wohnsituation, ihren sozialen Kontakten, ihrem Leben insgesamt und der medizinischen Versorgung, die allerdings in den vergangenen zwei Jahren von 84 % auf 79 % signifikant abgesunken ist.

Es gibt dabei einen Zusammenhang zwischen der Wahrnehmung gleichwertiger Lebensverhältnisse, der Politikverdrossenheit und der Zugehörigkeit zu den verschiedenen Clustern.

In Ostdeutschland ist die Zufriedenheit insgesamt etwas geringer ausgeprägt, besonders gering ausgeprägt ist sie in den dortigen ländlichen Räumen.

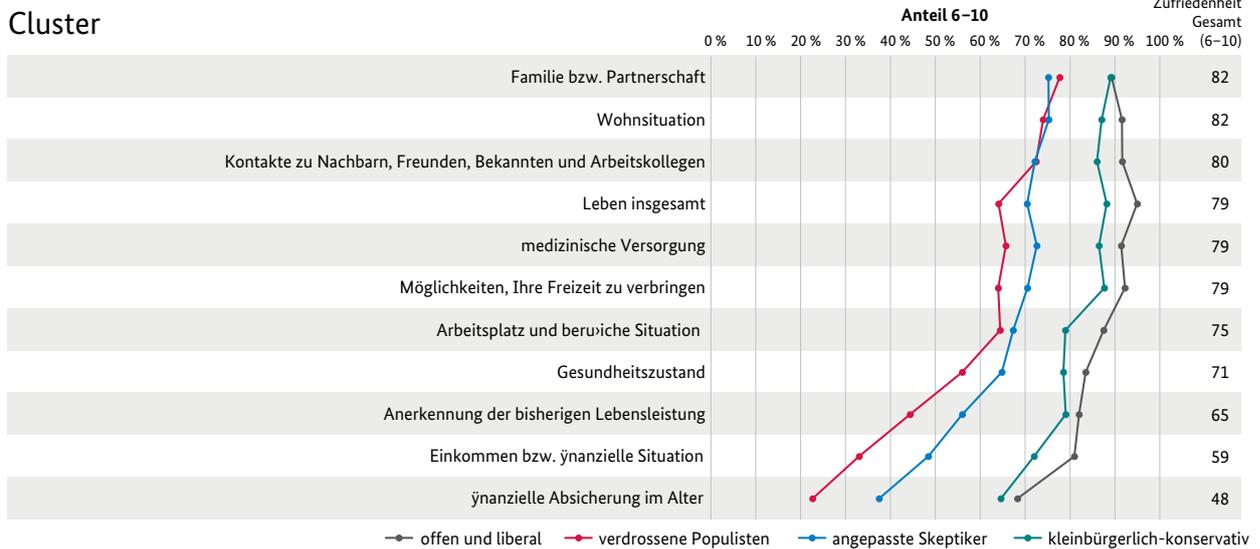
Deutliche Differenzen zwischen Ost und West finden sich bei der medizinischen Versorgung (vor allem im ländlichen Raum), aber auch hinsichtlich der Absicherung im Alter, der finanziellen Situation und der Anerkennung der bisherigen Lebensleistung.

Signifikante Unterschiede sind zwischen den ermittelten Clustern zu sehen. Während im offenen und liberalen Cluster eine weit überdurchschnittliche Zufriedenheit geäußert wird, fallen die Werte im kleinbürgerlich-konservativen Cluster bereits etwas ab. Deutlich unzufriedener mit allen Lebensbereichen sind die beiden Cluster der Politikfernen.

Nach der Zuversicht in bestimmten Lebensbereichen gefragt, überwiegen lediglich bei der Entwicklung der Wohnsituation für eine Mehrheit die Hoffnungen. Deutlich sinkende Hoffnungen

⁴ Vgl. Glasl, Friedrich: Selbsthilfe in Konflikten: Konzepte - Übungen - Praktische Methoden. Verlag Freies Geistesleben. Stuttgart 2007 oder <https://dieprojektmanager.com/konflikteskalation-nach-friedrich-glasl/> (zuletzt abgerufen: 19.09.2022). Glasl geht von neun Stufen der Konflikteskalation aus, die er in drei Ebenen einteilt. Auf den ersten drei Stufen ist es noch möglich, dass beide Parteien die Situation ohne Schaden oder sogar mit Gewinn auflösen können (Win-win). Auf der zweiten Ebene muss dagegen eine der Parteien der Verlierer sein (Win-lose). Auf der dritten Ebene schließlich gibt es auf beiden Seiten nur noch Verluste bis hin zur gegenseitigen Vernichtung (Lose-lose). Je tiefer man sich in Richtung letzter Stufe bewegt, umso drastischer und unerblickbarer werden die Methoden, mit denen die in einem

Lebenszufriedenheit (Abb. 7)



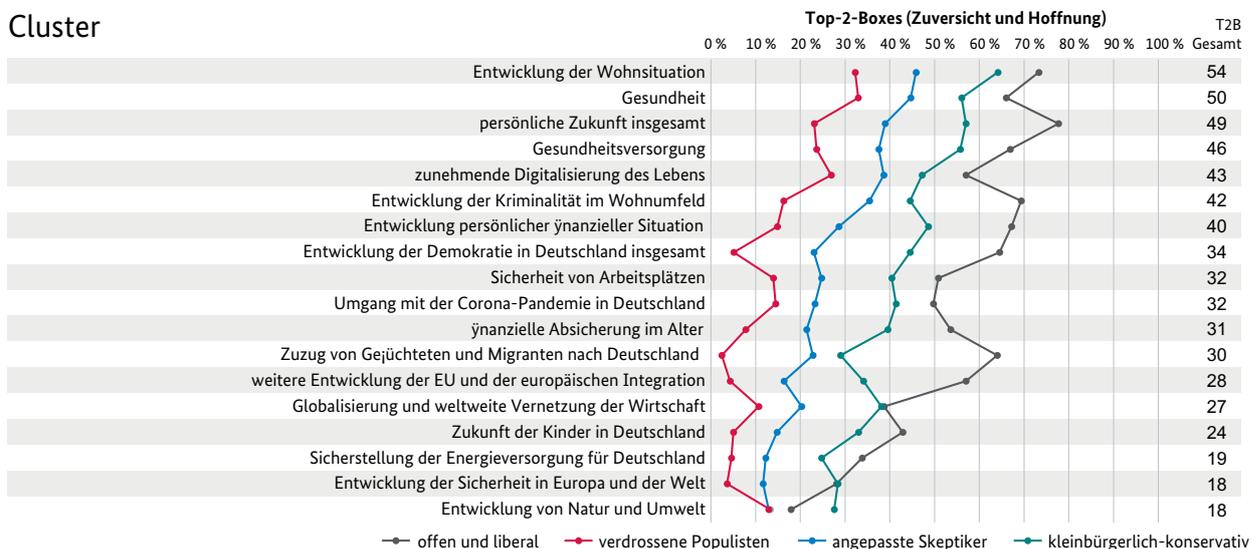
F2. Wie zufrieden sind Sie persönlich alles in allem mit den folgenden Aspekten?
Bitte antworten Sie jeweils mit einer Zahl zwischen 0 (völlig unzufrieden) und 10 (sehr zufrieden).

Angaben in %
Basis 2022: alle Befragten n = 4.078

gegenüber 2020 finden sich in ganz Deutschland in den Bereichen Gesundheitsversorgung, Entwicklung der persönlichen finanziellen Situation und beim weiteren Umgang mit der Corona-Pandemie. Im Osten werden fast alle Aspekte durchgängig um 5 bis 10 Prozentpunkte weniger hoffnungsvoll beschrieben als im Westen.

Während das offene und liberale Cluster mit großem Optimismus in die Zukunft schaut, sieht diese für die beiden politikfernen Cluster überwiegend düster aus. In keinem Bereich berichtet eine Mehrheit dieser Befragten von überwiegenden Hoffnungen, in den meisten Bereichen überwiegen Befürchtungen und Sorgen.

Zuversicht und Hoffnung (Abb. 8)



Die Haushalte im Osten kommen nach ihrer Einschätzung etwas schlechter mit ihrem monatlichen Einkommen zurecht. Dazu passt, dass nur 32 % der Befragten im Osten angeben, über ein Haushaltseinkommen von mehr als 3.000 Euro zu verfügen, im Westen sind es dagegen 43 %.

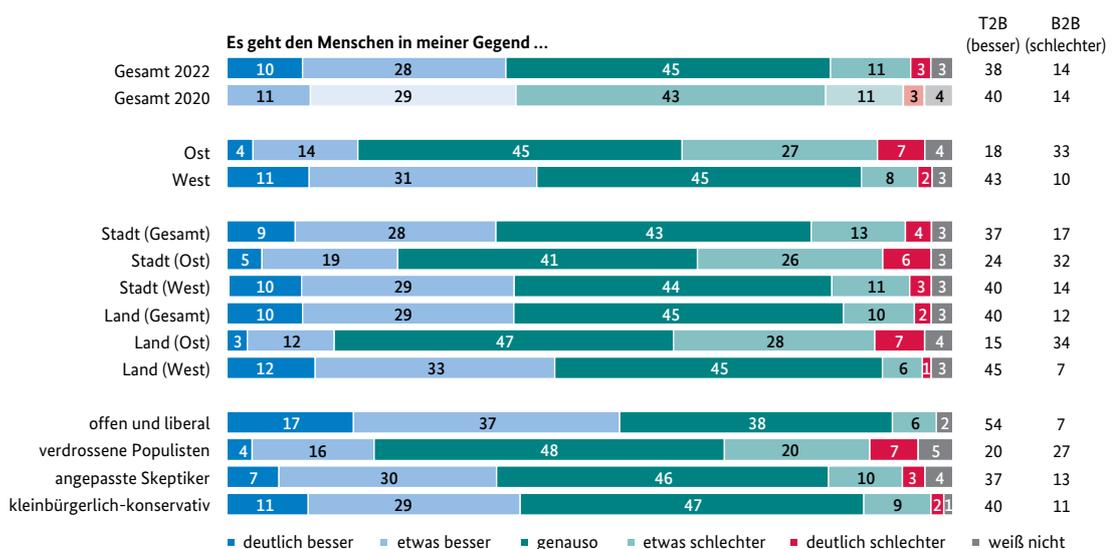
Regionale Disparitäten und regionale Verbundenheit

Bei der Frage nach der allgemeinen Lebenssituation der Menschen in der eigenen Gegend werden die Disparitäten in Deutschland plastisch. Im Osten meinen nur 18 % der Befragten, dass es den Menschen in ihrer Gegend besser geht als den Menschen in Deutschland insgesamt – im Westen sind dies hingegen 43 %. Andererseits glauben 33 % im Osten und lediglich 10 % im Westen, dass es den Menschen in ihrer Gegend schlechter geht als anderswo.

Die Lebensbedingungen vor Ort werden differenziert und durchgängig etwas schlechter als noch im Jahr 2020 bewertet. Die besten Werte erreichen die Einkaufsmöglichkeiten, die Lebensqualität insgesamt, die Verfügbarkeit von Hilfe im Notfall, die Versorgung mit Schulen und die medizinische Versorgung. Die deutlichsten Rückgänge gegenüber 2020 finden sich bei der medizinischen Versorgung, der Erreichbarkeit von Banken und Geldautomaten, der Versorgung mit Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen für Ältere und den Teiligungs- und Mitsprachemöglichkeiten im kommunalen Bereich.

Gefühlt existieren für die Menschen in Ost und West immer noch erhebliche Unterschiede, die anhand von statistischen Kennwerten wie dem verfügbaren Einkommen⁵, auch tatsächlich bestätigt werden können. Insbesondere eine geringe finanzielle Haushaltsausstattung beeinflusst das Gefühl, sich als Mensch zweiter Klasse zu fühlen. Dies kommt in dem folgenden Zitat aus den Fokus-

Einschätzung regionaler Disparitäten (Abb. 9)



F12b. Was meinen Sie: Geht es den Menschen in Ihrer Gegend insgesamt besser oder schlechter als den Menschen in Deutschland insgesamt?

Angaben in %
Basis 2022: alle Befragten n = 4.078, Basis 2020: alle Befragten n = 4.069

⁵ <https://www.deutschlandatlas.bund.de/DE/Karten/Wie-wir-arbeiten/071-Verfuegbares-Einkommen-privater-Haushalte.html>, Abruf am 30.8.2022.

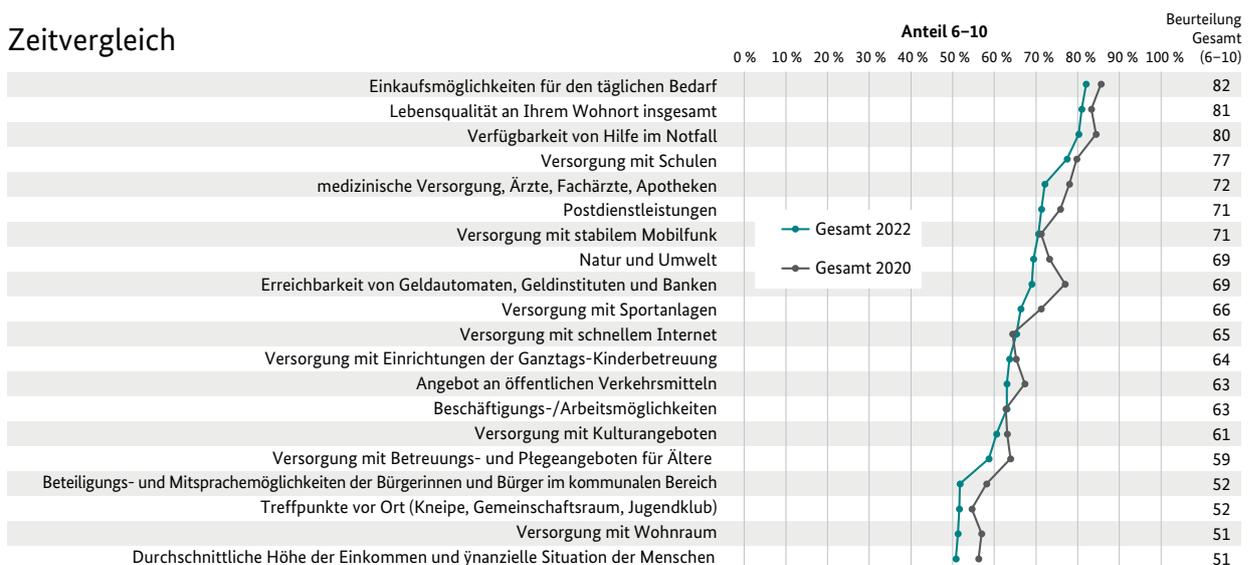
gruppendifkussionen zum Ausdruck: „Ich denke schon, dass man sich als Bürger zweiter Klasse fñhlt, wenn man doch erheblich weniger verdient fñr dieselbe Arbeit als jemand, der im Westen arbeitet.“ (m, 50 bis 59 Jahre, Schleswig-Holstein). Dies gilt jedoch unabhängig vom Wohnort, wie das folgende Zitat zeigt: „Im Westen, gerade im Ruhrgebiet, da sind extrem strukturschwache Gebiete. Die fñhlen sich, glaube ich, auch an vielen Stellen als Menschen zweiter Klasse.“ (m, 50 bis 59 Jahre, Sachsen). Im Zusammenhang mit einem sozialen Abstieg oder einer Berufstätigkeit in Berufen mit geringer Entlohnung wird dieses Gefñhl verstärkt und fñhrt zu einem Ungerechtigkeitsempfinden. Das folgende Zitat verdeutlicht diese Wahrnehmung: „Warum soll ich zwei Jahre fñr soziale Assistenz lernen, wenn ich das in Niedersachsen in einem Jahr machen kann oder wenn ich hier arbeite als Erzieherin und im Westen habe ich noch besseres Gehalt. Ich sehe, dass hier [in Sachsen-Anhalt] die Leute schon einiges an Ungerechtigkeit erleben mñssen.“ (w, 30 bis 39 Jahre, Migrantin aus

Osteuropa, Sachsen-Anhalt). Im Ergebnis entsteht teilweise der Eindruck, die Lebensleistung werde nicht anerkannt, wie in dem folgenden Zitat deutlich wird: „Wir haben doch gelebt. Wir haben doch Kinder gezeugt. Wir haben doch Wirtschaft gemacht. Das wurde irgendwie alles negiert.“ (m, 60 bis 69 Jahre, Mecklenburg-Vorpommern).

Die Menschen im Osten bewerten fast alle Lebensbedingungen schlechter als im Westen. Ausnahmen sind Postdienstleistungen, die Mobilfunkversorgung, die Kinderbetreuung, die Versorgung mit Wohnraum und die Verfñgbarkeit von Pflegeangeboten. Am schlechtesten werden die ländlichen Gebiete im Osten bewertet.

Beurteilung der Lebensbedingungen vor Ort (Abb. 10)

Zeitvergleich



F9. Wie beurteilen Sie persönlich die nachfolgend genannten Lebensbedingungen an Ihrem Wohnort? Bitte antworten Sie jeweils mit einer Zahl zwischen 0 (sehr schlecht) und 10 (sehr gut). Denken Sie bitte bei Ihrer Einschätzung auch an solche Aspekte wie Verfñgbarkeit, Erreichbarkeit und Bezahlbarkeit.

Angaben in %
Basis 2022: alle Befragten n = 4.078
Basis 2020: alle Befragten n = 4.069

Beurteilung der Lebensbedingungen vor Ort (Abb. 11)



F9. Wie beurteilen Sie persönlich die nachfolgend genannten Lebensbedingungen an Ihrem Wohnort? Bitte antworten Sie jeweils mit einer Zahl zwischen 0 (sehr schlecht) und 10 (sehr gut). Denken Sie bitte bei Ihrer Einschätzung auch an solche Aspekte wie Verfügbarkeit, Erreichbarkeit und Bezahlbarkeit.

Angaben in %
Basis 2022: alle Befragten n = 4.078

Auch bei diesen Aspekten wird der enge Zusammenhang zwischen regionaler Infrastruktur und Politikverdrossenheit sehr deutlich. Während die Nichtverdrossenen hohe Zufriedenheitswerte nennen, sind die beiden politikfernen Cluster deutlich unzufriedener. Politikferne haben insgesamt eine deutlich geringere regionale Verbundenheit.

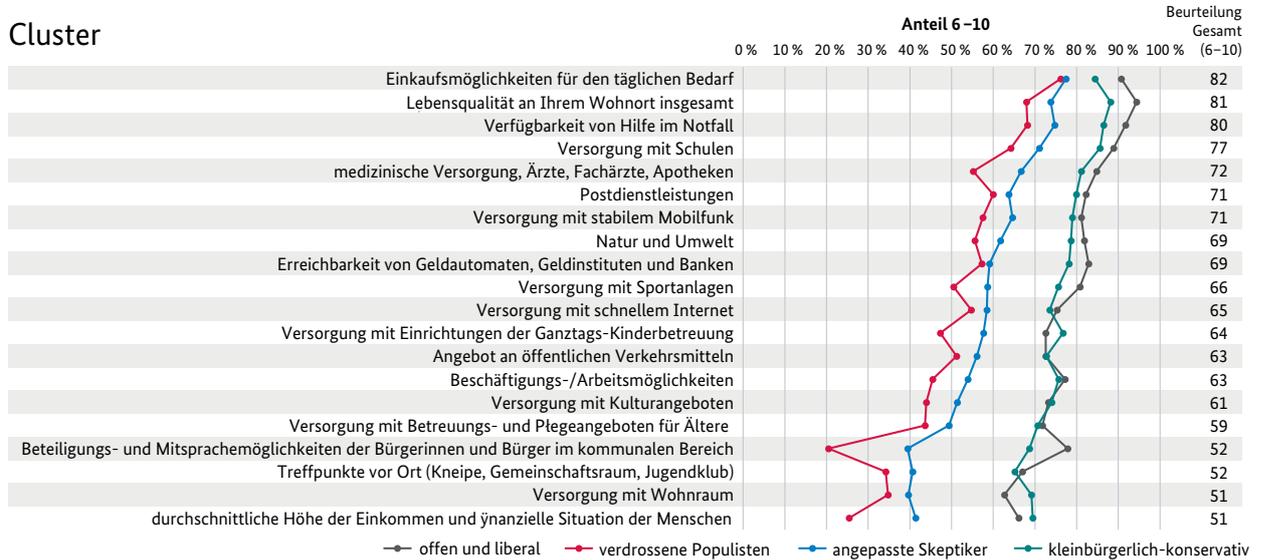
Der Ausgleich regionaler Disparitäten ist somit ein wichtiger Ansatz, damit Ost und West noch mehr zusammenwachsen. Diese Erwartung wird in den folgenden Zitaten deutlich, die bei der Abfrage von Erwartungen mit Blick auf die zukünftige Bearbeitung des Transformationsprozesses entstanden sind: „Man sollte ähnliche oder gleiche ökonomische Bedingungen schaffen.“ (m, 30 bis 39 Jahre, Brandenburg, geboren in Nordrhein-Westfalen)/„Wichtig ist nur, dass die Infrastruktur geschaffen wird, dass also die Blutgefäße, die Nerven, dass sie verlegt werden. Glasfaser ist teilweise im Osten besser als im Westen.“ (m, 50 bis 59 Jahre, Sachsen).

Zuwanderung

Immerhin 42 % der Ostdeutschen (2020: 38 %) und stabil 52 % der Westdeutschen unterstützen inzwischen die Aussage, dass die Zuwanderung von Menschen aus dem Ausland nach Deutschland eine Bereicherung für unsere Gesellschaft darstellt. Dies deutet darauf hin, dass es trotz der hohen Zuwanderung von Kriegsgeflüchteten aus der Ukraine keine verstärkte negative Stimmung gegenüber Menschen mit nichtdeutschen Wurzeln in Deutschland gibt.

Wer Ängste vor Zuwanderung äußert, befürchtet häufig eine Zunahme von Kriminalität und weniger öffentliche Sicherheit sowie die Verknappung von Ressourcen, etwa wenn es um staatliche Leistungen, Wohnraum und Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt geht. Ungefähr die Hälfte aller Befragten (West 50%, Ost 43 %) gibt an, sich aktiv mit Spenden oder bei der Aufnahme Geflüchteter zu engagieren.

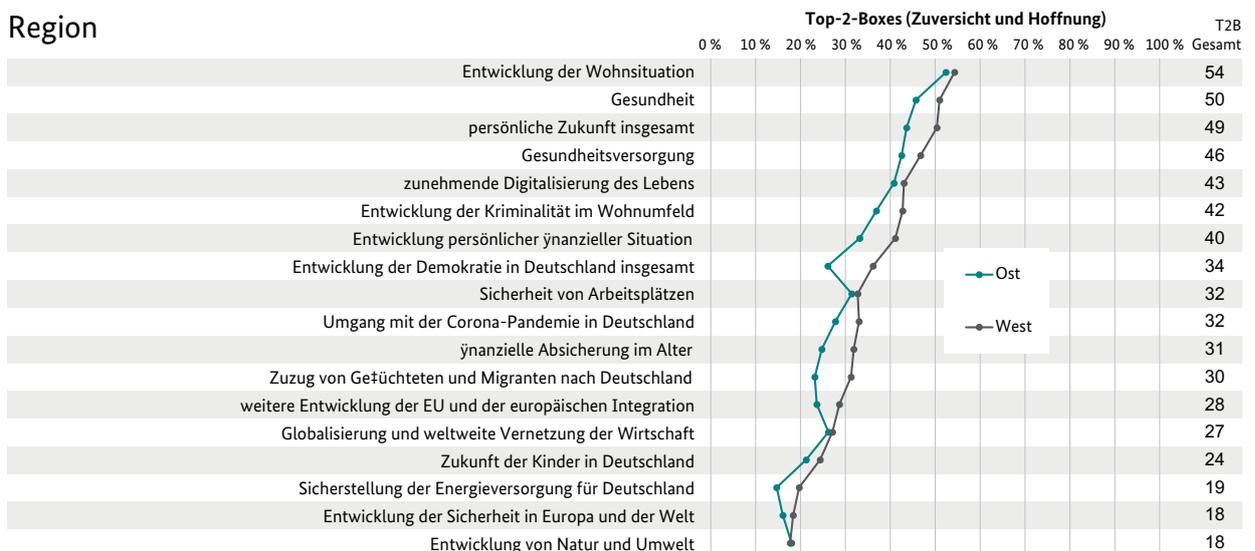
Beurteilung der Lebensbedingungen vor Ort (Abb. 12)



F9. Wie beurteilen Sie persönlich die nachfolgend genannten Lebensbedingungen an Ihrem Wohnort? Bitte antworten Sie jeweils mit einer Zahl zwischen 0 (sehr schlecht) und 10 (sehr gut). Denken Sie bitte bei Ihrer Einschätzung auch an solche Aspekte wie Verfügbarkeit, Erreichbarkeit und Bezahlbarkeit.

Angaben in %
Basis 2022: alle Befragten n = 4.078

Zuversicht und Hoffnung (Abb. 13)



F8. Wenn Sie an die folgenden Aspekte denken: Überwiegen dann bei Ihnen eher Zuversicht und Hoffnung oder eher Befürchtungen und Sorgen?

Angaben in %, Top-2-Boxes (ganz überwiegend + eher Zuversicht und Hoffnung)
Basis 2022: alle Befragten n = 4.078

Mit Blick auf den Arbeitsmarkt wird die Zuwanderung sogar noch deutlicher als Bereicherung empfunden – ohne Unterschiede zwischen beiden Landesteilen. In Ost wie West werden ausländische Arbeitskräfte von einer deutlichen Mehrheit der Befragten vor allem im Pflegebereich, in der Erntehilfe und als zeitweilige Hilfskräfte bei Personalengpässen begrüßt, aber auch als Ärztinnen und Ärzte, IT-Expertinnen und -Experten sowie als wissenschaftliche Spezialistinnen und Spezialisten.

Skeptischer sind die Befragten, wenn generell nach der Zuwanderung von Menschen aus dem Ausland gefragt wird: 24 % (gegenüber 29 % im Jahr 2020) sehen darin überwiegend eine Bereicherung, aber 27 % (2020: 24 %) eine überwiegende und 17 % eine teilweise Bedrohung. Im Osten geben 47 % der Befragten an, die Zuwanderung von Menschen aus dem Ausland ganz oder teilweise als Bedrohung zu empfinden, im Westen sind es 43 %.

Es zeigt sich also, dass allgemeine Vorbehalte gegenüber der Zuwanderung aus dem Ausland dann

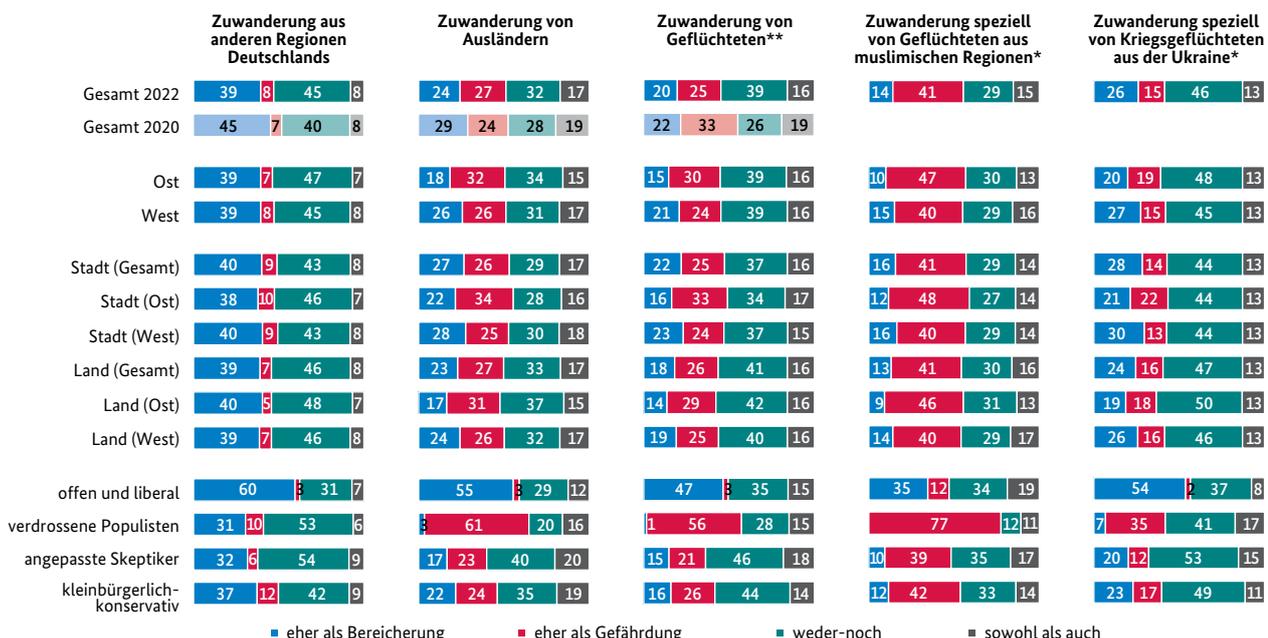
geringer werden, wenn genauer nachgefragt und der Kontext der Zuwanderung erläutert wird.

Größere Probleme haben die Befragten mit der Zuwanderung von Geflüchteten. Während 15 % im Osten und 21 % im Westen diese eher als Bereicherung wahrnehmen, sehen insgesamt 46 % im Osten (2020: 56 %) und 40 % im Westen (2020: 51 %) darin (auch) eine Bedrohung. Das höchste Gefährdungspotenzial wird dabei Geflüchteten aus muslimischen Regionen zugeschrieben, während Kriegsgeflüchtete aus der Ukraine sogar positiver als Menschen aus dem Ausland insgesamt wahrgenommen werden.

Eine gänzlich abweichende Meinung haben die „verdrossenen Populisten“. Sie fühlen sich von jeglicher Art der Zuwanderung aus dem Ausland fast ausschließlich bedroht.

Die Zuwanderung aus anderen Regionen Deutschlands wird überwiegend als unkritisch eingeschätzt. Lediglich 8 % sehen darin überwiegend eine Bedrohung, weitere 8 % nehmen sie ambivalent wahr.

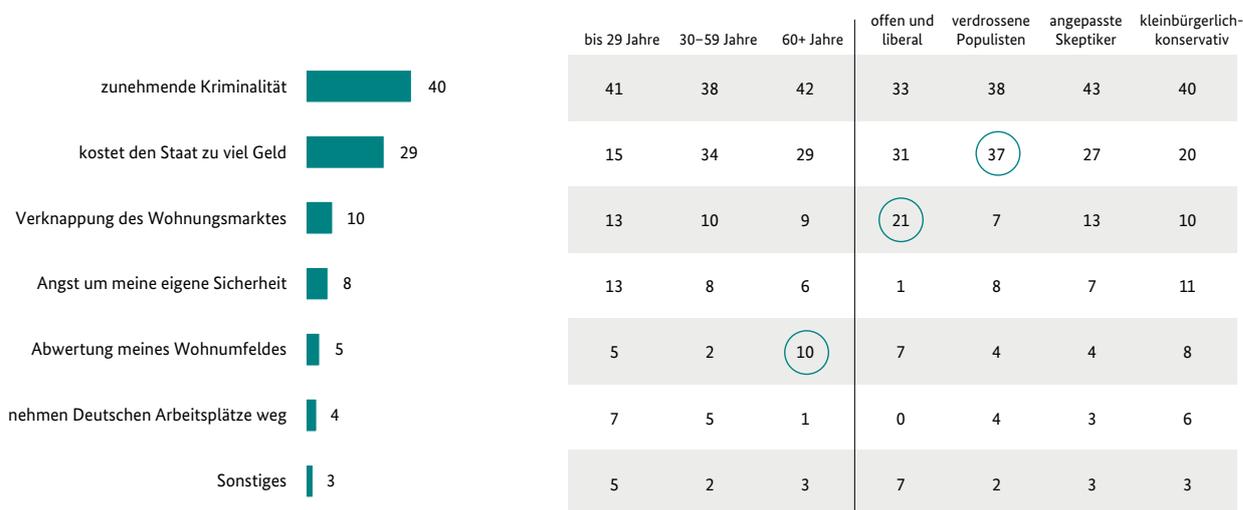
Allgemeine Einstellung zur Zuwanderung (Abb. 14)



F13. Wie ist das mit der Zuwanderung von Menschen in Ihre Gegend?

Angaben in %

Ängste im Zusammenhang mit Zuzug von Asylsuchenden und Geflüchteten (Abb. 15)



Z5. Wovor haben Sie denn im Zusammenhang mit dem Zuzug von Asylsuchenden und Geflüchteten nach Deutschland vor allem Angst?

Angaben in %, Mehrfachnennungen
Basis 2022: Befragte, denen der Zuzug von vielen Asylsuchenden und Geflüchteten Angst macht n = 1.063

Deutsche Einheit

61 % (2020: 66 %) der Befragten in Ost wie West sehen in der Deutschen Einheit eher einen Gewinn, nur jeder Zehnte eher einen Verlust. Am skeptischsten sind die beiden politikfernen Cluster, aber selbst bei den „verdrossenen Populisten“ konstatieren 39 % eher einen Gewinn und nur 20 % eher einen Verlust, bei den „angepassten Skeptikern“ sind es 51 % (Gewinn) beziehungsweise 10 % (Verlust).

Als Verlierer der Einheit empfinden sich vor allem die „verdrossenen Populisten“: 45 % sehen ihre Hoffnungen zumindest teilweise erfüllt, 30 % eher nicht oder gar nicht.

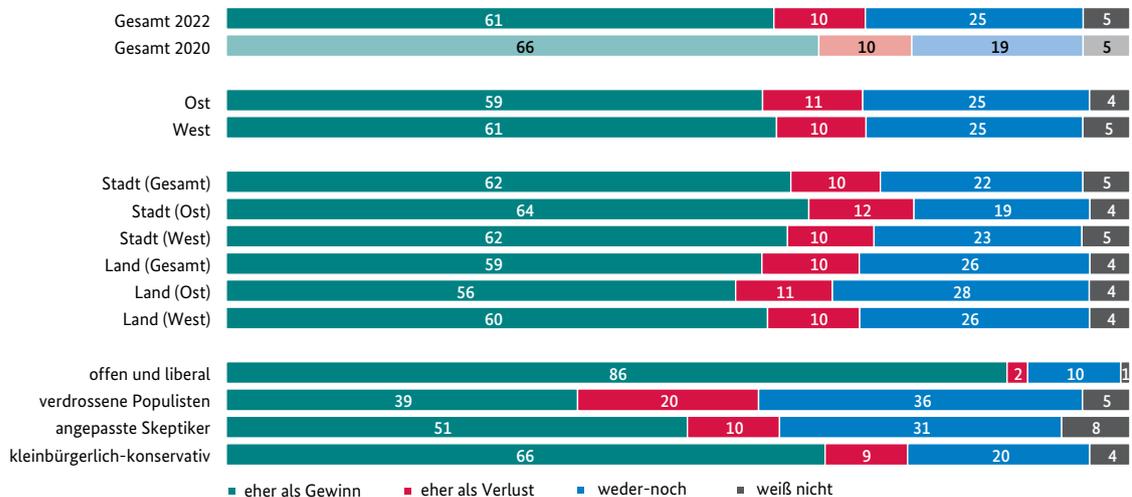
Per saldo sehen die Befragten sich und ihre Familien eher als Gewinner der Deutschen Einheit. Im Osten sagen 43 %, dass sie beziehungsweise ihre Familien von der Deutschen Einheit profitiert

haben, 21 % sehen sich eher als Verlierer. Im Westen sehen sich 28 % auf der Gewinnerseite, nur 12 % als Verlierer.

Anders stellt sich das Bild dar, wenn die einzelnen Cluster betrachtet werden: Die „verdrossenen Populisten“ sehen sich eher auf der Verliererseite.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Fokusgruppen nehmen Unterschiede in Bezug auf die Wirtschaftskraft zwischen Ost- und Westdeutschland wahr und diese können von den Befragten aus den beiden Landesteilen eingeordnet und nachvollzogen werden. Zugleich besteht ein Bewusstsein für die regional unterschiedliche Höhe der Kosten für die Lebensführung. Vor diesem Hintergrund korrespondiert die individuelle Bewertung der Deutschen Einheit (als Gewinn oder Verlust) sowie die Verärgerung über ungleiche Lebensbedingungen stark mit dem jeweiligen

Beurteilung der Deutschen Einheit (Abb. 16)



F16. Sehen Sie in der Deutschen Einheit eher einen Gewinn oder eher einen Verlust für die Menschen in Deutschland?

Angaben in %
Basis 2022: alle Befragten n = 4.078, Basis 2020: alle Befragten n = 4.069

aktuellen individuellen Lebensstandard und den Möglichkeiten, am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Personen, die etwa aufgrund von finanziellen oder gesundheitlichen Barrieren nur wenig von den hinzugewonnenen Möglichkeiten profitieren, bewerten die soziale Sicherheit in der ehemaligen DDR rückblickend eher als positiv und nehmen das Thema eher als relevant wahr. Eine Befragte bringt dies wie folgt zum Ausdruck: „Im Prinzip möchten diese Menschen ihre alte Lebensweise wiederhaben, dass alles geregelt ist: 60 Euro für die Rente einzahlen, 60 Euro für die Krankenkasse. Es ist alles zu teuer.“ (w, 70+ Jahre, übersiedelt aus der DDR in die BRD, lebt in Brandenburg).

Das Gefühl, als Verlierer aus dem Einheitsprozess hervorgegangen und Bürger zweiter Klasse zu sein, besteht deshalb teilweise unabhängig von den allgemein positiven Veränderungen in den ostdeutschen Städten und Gemeinden. Dies wird im folgenden Zitat eines Befragten mit Wohnort in

einem Ostseebad deutlich: „Früher war ich noch irgendwer und heute? Jetzt bin ich bloß Rentner. Es war ein sozialer Abstieg. Ich war früher Haupt-technologe im Fernmeldewesen und meine letzte Tätigkeit war im Altersheim in der Betreuung von Demenzkranken.“ (m, 60 bis 69 Jahre, Mecklenburg-Vorpommern).

Für Informationen über Ostdeutschland interessieren sich unverändert 86 % der Ost- und immerhin 58 % (2020: 63 %) der Westdeutschen. Der Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland hat aber an Bedeutung verloren, wenn er nicht von außen thematisiert wird, zum Beispiel durch die Medien oder im persönlichen Kontakt. Dies veranschaulicht das folgende Zitat: „Da wird ja doch immer wieder darauf hingewiesen, dass die Renten zum Beispiel immer noch niedriger sind, dass die Möglichkeit, Arbeitsplätze zu finden, schlechter ist und so weiter. Ich kann mein Wissen nur aus den Medien beziehen, weil ich keine privaten Kontakte habe.“ (m, 70+ Jahre, Nordrhein-Westfalen).

Bei der Diskussion über unterschiedliche Lebensbedingungen in Deutschland vergleichen die Gesprächsteilnehmerinnen und -teilnehmer nicht mehr nur Ost und West, sondern ähnlich häufig auch Stadt und Land, Nord und Süd sowie einzelne Bundesländer und Regionen. Vor dem Hintergrund der aktuellen Krisen sind zudem viele davon überzeugt, dass andere Herausforderungen eine deutlich höhere Priorität haben als die Bewältigung der Deutschen Einheit, wie aus dem folgenden Zitat hervorgeht: *„Ich glaube, wir haben im Moment ganz andere Probleme.“* (w, 60 bis 69 Jahre, Niedersachsen).

Dennoch wurde in den Gesprächsrunden deutlich, dass die bestehenden Unterschiede zwischen Ost und West ein Konfliktpotenzial bergen und Stereotypen immer noch leicht aktiviert werden. So berichteten viele von persönlichen Verletzungen oder zwischenmenschlichen Konflikten. Eine ostdeutsche Frau sagte zum Beispiel: *„Als Sachse hört man schon oft: ‚Ihr da drüben seid doch alles Nazis.‘“* (w, 30 bis 39 Jahre, Sachsen). Und eine westdeutsche Frau sagte: *„Da kam leider auch schon mal der Begriff: ‚Wessi, jetzt fahr mal runter. Bei uns gehen die Uhren anders.‘“* (w, 50 bis 59 Jahre, Nordrhein-Westfalen).

Zugleich wiesen Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer aus dem Osten darauf hin, dass insbesondere mit Blick auf den früheren Solidaritätsbeitrag bei der Bevölkerung im Westen teilweise geringe Kenntnisse bestehen, etwa über den Kreis der Zahlungspflichtigen und den Einsatz der Mittel. Das folgende Zitat bringt eine solche Meinung zum Ausdruck: *„Viele haben gedacht, den Solidaritätszuschlag zahlen nur die Westdeutschen, dass die Ostdeutschen den gar nicht zahlen mussten.“* (m, 50 bis 59 Jahre, Thüringen).

Von den Ostdeutschen haben bisher 7 % noch nie den Westen besucht, umgekehrt war jede bzw. jeder fünfte Westdeutsche (22 %) noch nie im Osten.

In den Diskussionsrunden wurde deutlich, dass ein gemeinsamer Austausch von unterschiedlichen Ansichten und Wahrnehmungen zu einem größeren gegenseitigen Verständnis und damit zu einer Annäherung führen könnte: *„Vielleicht Städtepartnerschaften, dass man sich einfach begegnet, dass das Menschliche auflebt.“* (m, 50 bis 59 Jahre, Baden-Württemberg).

Corona-Pandemie

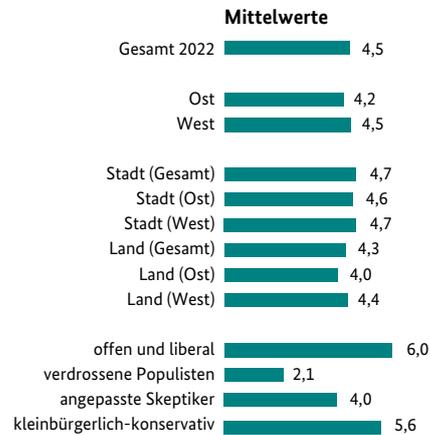
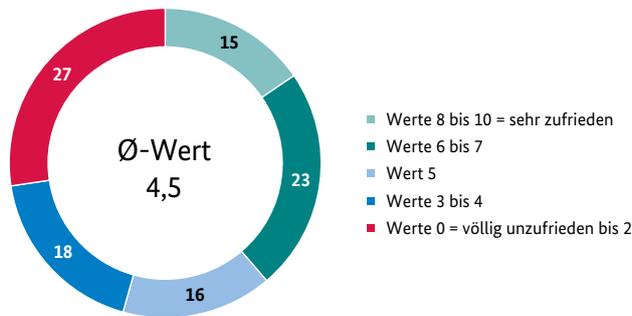
Insgesamt nur 38 % der Befragten sind generell mit der Art und Weise, wie die Bundesregierung bisher mit der Corona-Pandemie umgegangen ist, (eher) zufrieden. Im Vergleich zu den ersten Monaten der Pandemie hat die Zufriedenheit deutlich abgenommen. Am wenigsten zufrieden sind die „verdrossenen Populisten“, aber auch die „angepassten Skeptiker“ sind weniger zufrieden als die beiden anderen Gruppen.

Nur noch insgesamt 51 % (2020: 62 %) der Befragten meinen, die Corona-Pandemie sei für Deutschland gefährlich. Deutlich seltener äußern dies die „verdrossenen Populisten“.

Dennoch sieht die Hälfte ihr Lebensgefühl durch die Corona-Pandemie mit all ihren Auswirkungen und Einschränkungen beeinträchtigt. Die größten Beeinträchtigungen nehmen auch hier die „verdrossenen Populisten“ wahr.

Insgesamt 80 % der Befragten haben nach eigenen Angaben mindestens eine Corona-Schutzimpfung erhalten. Die geringste Impfquote besteht in der Gruppe der „verdrossenen Populisten“.

Zufriedenheit mit dem Umgang der Bundesregierung mit der Corona-Pandemie (Abb. 17)



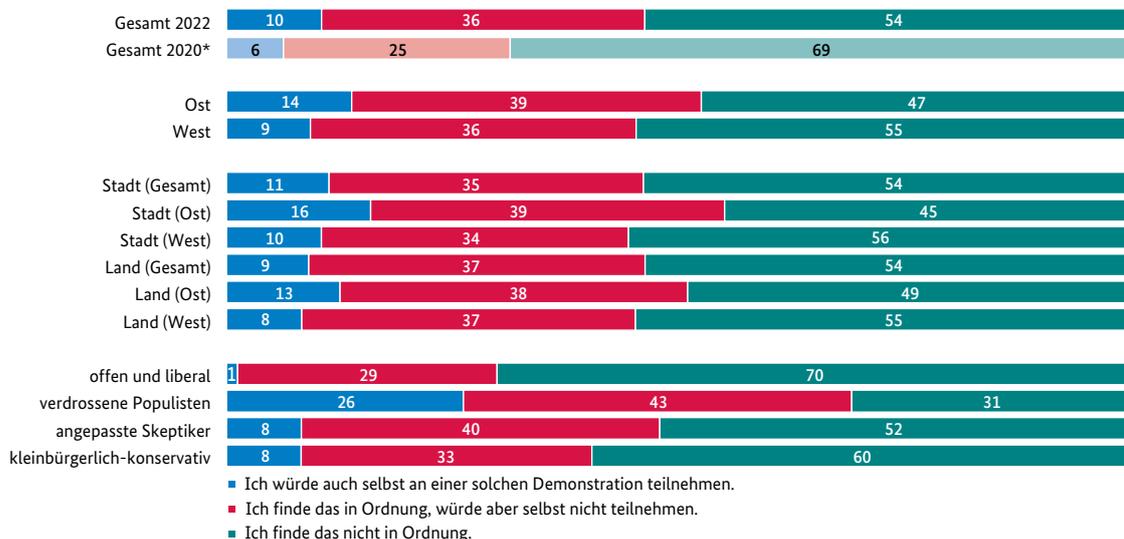
F28a. Wie zufrieden sind Sie generell mit der Art und Weise, wie die Bundesregierung bisher mit der Corona-Pandemie umgegangen ist? Bitte antworten Sie wieder mit einer Zahl zwischen 0 (völlig unzufrieden) und 10 (sehr zufrieden). Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

Angaben in %, Mittelwerte
Basis 2022: alle Befragten n = 4.078

Lediglich 39% der bisher nicht vollständig Geimpften haben vor, sich (erneut) gegen das Corona-Virus impfen zu lassen; am seltensten tun dies die „verdrossenen Populisten“.

Die kritische Haltung der „verdrossenen Populisten“ kann bei diesem und anderen Themen in aktive Proteste umschlagen.

Einstellungen zu Demonstrationen gegen Corona-Maßnahmen (Abb. 18)



F32. Es gab in den letzten Jahren immer wieder Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen der Regierung. Was halten Sie davon?

Angaben in %
Basis 2022: alle Befragten n = 4.078, Basis 2020: alle Befragte n = 4.069
*Etwas veränderte Fragestellung im Vergleich zu 2020.

Ukraine-Krieg

Lediglich 36 % der Befragten sind mit den bisherigen Reaktionen der Bundesregierung auf den Krieg in der Ukraine (eher) zufrieden, im Osten deutlich weniger.

In der Kritik stehen vor allem das als zu zögerlich empfundene Handeln (vor allem im Westen), die Waffenlieferungen in die Ukraine (vor allem im Osten), die Einmischung Deutschlands in den Konflikt (eher im Osten) und die so wahrgenommene Konzeptionslosigkeit der Bundesregierung.

Zugleich meinen aber 73 % der Befragten im Westen und 59 % im Osten, dass die Verteidigung

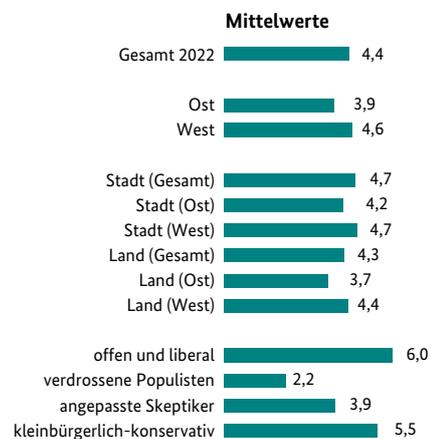
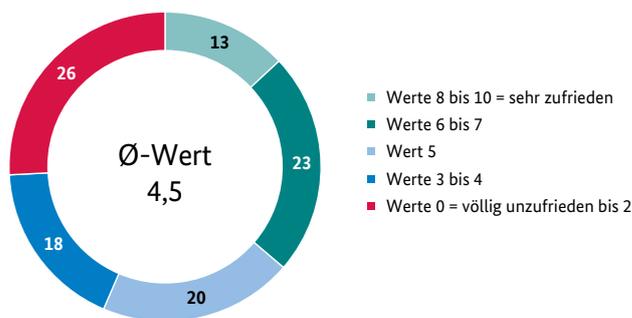
der Ukraine auch wichtig für Deutschland, Europa und den Westen sei. Fehlende oder wenig verlässliche Informationen über den Krieg werden eher im Osten beklagt.

Weitere Lieferungen schwerer Waffen in die Ukraine werden im Westen von 54 % befürwortet, im Osten lediglich von 32 %.

Die sofortige Einstellung der Erdgas-Importe aus Russland unterstützen 39 % der West- und nur 26 % der Ostdeutschen.

Die Risiken des Ukraine-Krieges werden relativ hoch eingeschätzt, im Osten etwas höher als im Westen.

Zufriedenheit mit der Reaktion der Bundesregierung auf den Krieg in der Ukraine (Abb. 19)

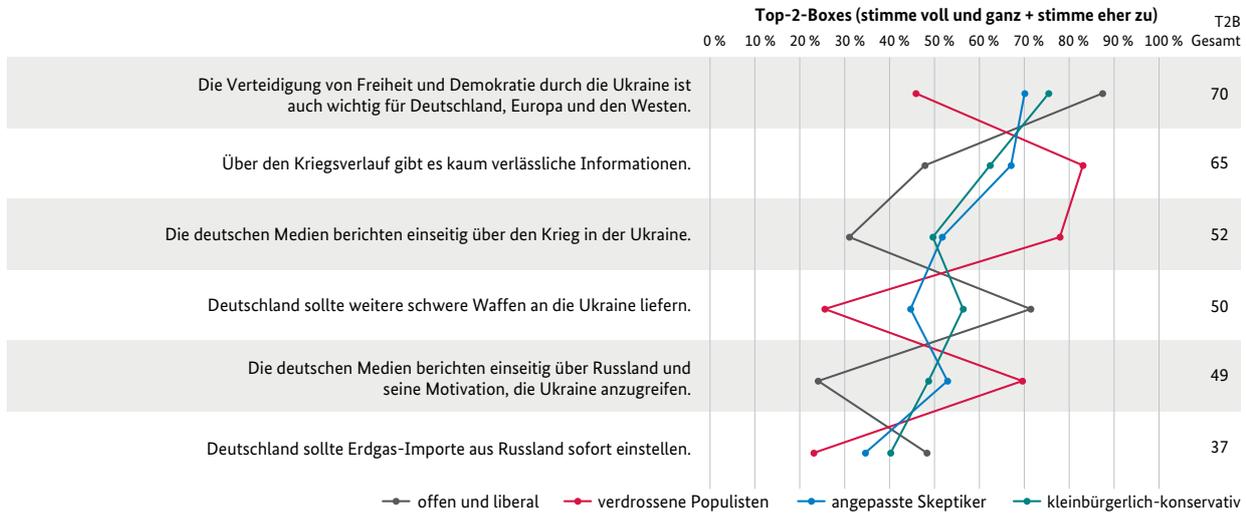


F33. Wie zufrieden sind Sie generell mit der Art und Weise, wie die Bundesregierung auf den Krieg in der Ukraine reagiert? Bitte antworten Sie wieder mit einer Zahl zwischen 0 (völlig unzufrieden) und 10 (sehr zufrieden). Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.

Angaben in %, Mittelwerte Basis 2022: alle Befragten n = 4.078

Meinungen zum Krieg in der Ukraine (Abb. 20)

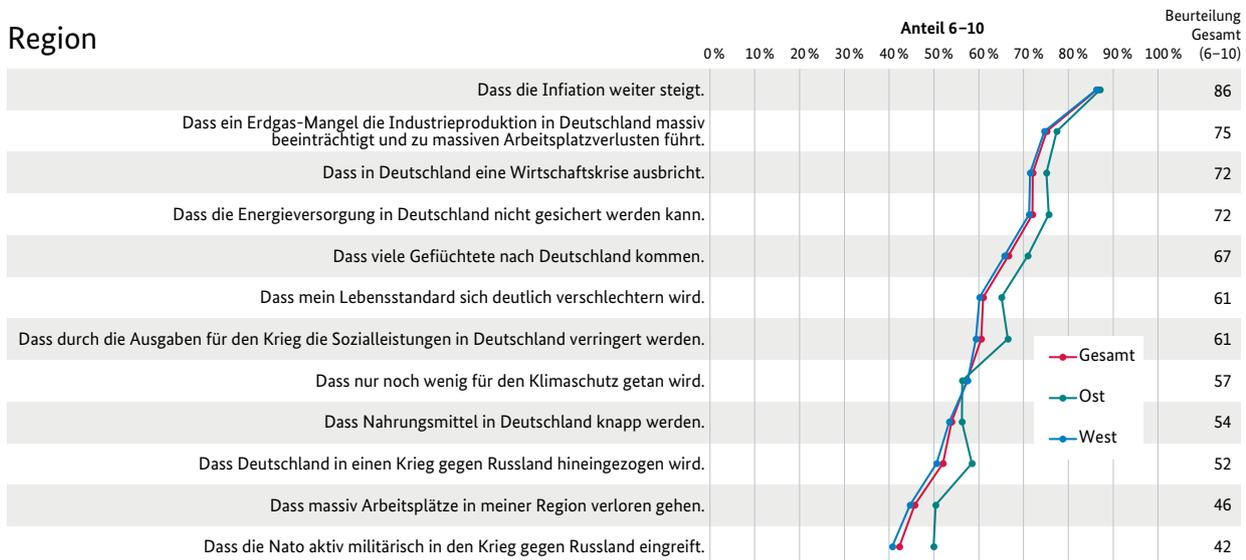
Cluster



F35. Zum Krieg in der Ukraine und den Auswirkungen auf Deutschland gibt es ja ganz unterschiedliche und oft auch gegensätzliche Auffassungen und Meinungen. Stimmen Sie den folgenden Meinungen über dieses Thema voll und ganz, eher, weniger oder gar nicht zu?

Angaben in %, Top-2-Boxes (stimme voll und ganz + stimme eher zu)
Basis 2022: alle Befragten n = 4.078

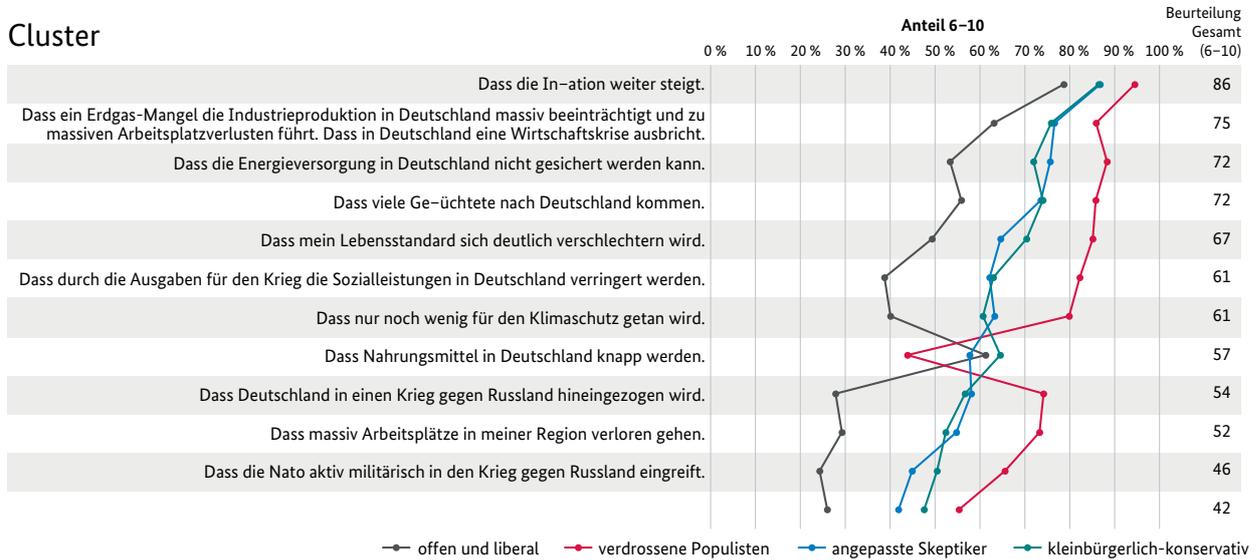
Einschätzung der Risiken des Ukraine-Krieges (Abb. 21)



F36. Wie hoch schätzen Sie die folgenden Risiken im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg ein? Bitte antworten Sie jeweils mit einer Zahl zwischen 0 (sehr gering) und 10 (sehr hoch). Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.

Angaben in %
Basis 2022: alle Befragten n = 4.078

Einschätzung der Risiken des Ukraine-Krieges (Abb. 22)



F36. Wie hoch schätzen Sie die folgenden Risiken im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg ein? Bitte antworten Sie jeweils mit einer Zahl zwischen 0 (sehr gering) und 10 (sehr hoch). Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

Angaben in %
Basis 2022: alle Befragten n = 4.078

Fazit

Die aktuelle Kriegs- und Krisensituation stellt Deutschland vor große Herausforderungen und führt zu wachsenden Sorgen in der Bevölkerung. Dabei ist zu beachten, dass die Lebensbedingungen insgesamt immer noch einen recht guten Stand haben und dies auch mit Blick auf ihr Umfeld von der Bevölkerung so wahrgenommen wird. Zudem bestehen im Hinblick auf politische Einstellungen sowohl zwischen gesellschaftlichen Gruppen als auch regional deutliche Unterschiede.

Die Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung und der Fokusgruppen verdeutlichen, dass es einerseits darauf ankommt, gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen und regionale und individuelle Unterschiede zu verringern.

Andererseits ist die Politik kommunikativ stark gefordert: Sie muss zeigen, dass sie die Belastungen und Sorgen in der Bevölkerung ernst nimmt. Dazu gehört, dass die politischen Herausforderungen der Gegenwart mit klaren politischen Schlussfolgerungen und Maßnahmen beantwortet werden. Ein solches Vorgehen ist auch wichtig, um dem hier festgestellten Konfliktpotenzial zu begegnen. Vor dem Hintergrund der oben dargestellten Ergebnisse wird der Erfolg umso größer sein, je mehr es dabei gelingt, derzeit politische Enttäuschte anzusprechen und zu überzeugen, die sozioökonomischen Unterschiede und die Differenzen der politischen Einstellungen zwischen den Clustern zu verringern – und den gesellschaftlichen Austausch und den Zusammenhalt zu stärken. Dabei kann die Politik auf den in den vergangenen 32 Jahren gewachsenen Gemeinsamkeiten von Ost und West, wie sie auch in dieser Untersuchung zum Ausdruck kommen, aufbauen.

Dr. Holger Liljeberg

ist Gründer und Geschäftsführender Gesellschafter der INFO GmbH. Im Berufsverband BVM e.V. ist er Mitglied des Fachbeirats. Er absolvierte ein Studium in Rechtswissenschaft, Kriminologie und Psychologie. Seine Forschungsschwerpunkte sind Politik-, Medien-, Verkehrs- sowie Stadt- und Regionalforschung.

Dipl.-Psych. Sindy Krambeer

ist Prokuristin beim Markt- und Meinungsforschungsinstitut INFO GmbH. Sie verantwortet die Bereiche Qualitative Forschung und Medienforschung und ist Ausbilderin für den FAMS-Beruf. Im Berufsverband BVM e.V. ist sie als stellvertretende Regionalleiterin der Regionalgruppe Berlin-Brandenburg aktiv.



Teil C:

Für gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West: Vorhaben der Bundesregierung in der 20. Legislaturperiode

Mit dem Zukunftszentrum schafft die Bundesregierung einen Ort des Austauschs, der Wissenschaft und der Kultur. Ihre Energie- und Klimapolitik stellt sich den Herausforderungen der Zeitenwende. Der Einsatz für gleichwertige Lebensverhältnisse gilt dem ganzen Land und bringt insbesondere den Osten voran.

Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation.

Ein Zentrum für ein – bei dessen Eröffnung – fast vier Jahrzehnte zurückliegendes Ereignis zu gründen und dieses dann auch noch mit dem Namenszusatz „Zukunft“ zu versehen, erscheint auf den ersten Blick erklärungsbedürftig.

Hat sich nicht längst eine Normalität des Miteinanders eingestellt, so dass der Stand und die Zukunft der „Deutschen Einheit“ gar kein Thema mehr sind? Mitnichten. 32 Jahre nach Friedlicher Revolution, Deutsche Einheit und dem Zusammenbruch des Ostblocks stellt sich die Frage nach der tatsächlichen inneren Verfasstheit der deutschen Gesellschaft vielleicht mehr denn je.

Die Absicht, ein Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation zu gründen, basiert auf einer Empfehlung der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ aus dem Jahr 2020. Es ist ein zentrales Projekt der Bundesregierung in Ostdeutschland. Bundesregierung und Bundestag haben im Frühjahr 2022 mit je eigenen Beschlüssen die Gründung und den Bau des Zukunftszentrums befürwortet.

Das Zentrum wird sich in die drei Arbeitsbereiche Wissenschaft, Dialog und Kultur gliedern. Es soll die Erfahrungen und Leistungen der Menschen

in Ostdeutschland sichtbar machen, die Bedingungen für eine gelingende Transformation erfor-schen sowie Erfolge und Chancen, aber auch nach-wirkende Folgen der Umbrüche mit Blick auf heutige Herausforderungen untersuchen und für eine breite Öffentlichkeit zur Diskussion stellen.

Ohne die Erfolge und das unbestreitbare Gelingen der Deutschen Einheit auf vielen Feldern in Frage stellen zu wollen: Zwischen Ost und West bestehen objektive Unterschiede fort. Eine unterschiedliche Einkommensverteilung, die im Schnitt geringeren Vermögen, prekäre Beschäftigungsverhältnisse und die infrastrukturellen Folgen des andauernden Bevölkerungsverlustes sind Stichworte, die auch in diesem Bericht an anderer Stelle ausführlicher behandelt werden.

In der Folge ist die Zufriedenheit mit der gesell-schaftlichen und politischen Lage vielerorts ge-ringer ausgeprägt, Politik und politische Akteure werden kritischer und skeptischer beurteilt.



Thomas Meyer (Ostkreuz): Seebrücke

Die Anerkennung andersartiger Erfahrungen und Prägungen vieler Menschen in Ostdeutschland kam in der Vergangenheit häufig zu kurz. Erwartet wurde stattdessen ein Ankommen in einem „Normalzustand West“. Das auch heutige Generationen noch beeinflussende kulturelle Gedächtnis der Ostdeutschen, zusammengesetzt aus individuellen Erfahrungen, Enttäuschungen und Anstrengungen, hat in der gesamtdeutschen Erfolgsgeschichte einer gelungenen Wiedervereinigung beider deutscher Staaten noch keinen angemessenen Platz gefunden. Dies führt zu Missverständnissen, die in gesellschaftlichen Stresssituationen wiederum schnell in pauschalen Urteilen münden können.

Die mentalen Unterschiede zwischen Ost und West sind das Ergebnis von gesellschaftlichen, sozialen und ökonomischen Brüchen, von individuellen Erfahrungen, die auch heute noch in den nachfolgenden Generationen fortwirken.

Das Ende der deutschen Teilung veränderte im Westen zunächst wenig. Im Osten dagegen brachte die Vereinigung eine große, lange dauernde Transformation aller Bereiche des Lebens mit sich. Ostdeutschland hat daher ein anderes Krisenbewusstsein aus einer anderen Krisenerfahrung – und auch ein anderes Selbstbewusstsein.

Dabei gilt: Jedes vereinfachende Bild von Ost und West kann zu weiteren Missverständnissen führen. Gegenseitige Fremdzuschreibungen als „Ossis“ und „Wessis“ drohen am Ende zur Entfremdung zu führen. Ein Gefühl der Nichtanerkennung sorgt für Wut.

Dem entgegenzuwirken, ist Ziel des Zukunftszentrums. Es soll die Umbruchjahre nach 1990 im kulturellen Gedächtnis auch der Westdeutschen verankern. Die gesellschaftlichen Erschütterungen ebenso wie die vielen auch persönlichen indivi-

duellen Erfolge der Transformation gehören als ein gemeinsames Wissen in den Kanon der gesamtdeutschen Geschichte. Sie dürfen nicht „Ostgeschichte“ bleiben. Das Zukunftszentrum ist ein gesamtdeutsches Projekt.

Die Wiedervereinigung mit zum Teil traumatischen sozialen Deklassierungserfahrungen und harter Ankunftsarbeit in einem neuen, unbekanntem System untergrub in der ehemaligen DDR oft das Gefühl von Sicherheit und Stabilität. Aber auch Westdeutschland kam seit den neunziger Jahren in einen erheblichen Globalisierungsstress. Der dramatischen Deindustrialisierung Ostdeutschlands folgten weitere Erschütterungen in Ost und West: der 11. September 2001, die Finanzkrise 2008, die Eurokrise 2010, die Klimakrise, die Flüchtlingskrise 2015, seit 2018 die Corona-Krise sowie aktuell die Auswirkungen des russischen Krieges gegen die Ukraine auf die Energieversorgung, die wirtschaftliche Entwicklung und die Sicherheit in Europa.

Das zeigt: Die Risiken bleiben hoch. Das einzig Verlässliche sind neue Veränderungen – und zwar in ganz Deutschland. Ihnen muss sich Deutschland gemeinsam stellen. Deshalb wird es im Zentrum nicht nur um Ereignisse der vergangenen 30 Jahren gehen, sondern auch um den Umgang mit aktuellen Herausforderungen. Darüber wird zu streiten sein: unter Deutschen, und unter Europäern.

Der Krieg in der Ukraine, der Umbau des Energiesystems, die Bekämpfung des Klimawandels, der durch Fachkräftemangel zwingend notwendige Zuzug ausländischer Arbeitskräfte: Das alles sind gesamtdeutsche und europäische Herausforderungen. Bisher gehen Ost und West damit teilweise unterschiedlich um. Das Gemeinsame muss zusammen erstritten werden. Darin besteht die viel beschworene Veränderungskompetenz: aus unterschiedlichen Perspektiven heraus etwas Gemein-

sames zu entwickeln, um mit den anstehenden Herausforderungen umzugehen – gesamtdeutsch und europäisch.

Eine zentrale Aufgabe des Zukunftszentrums wird es sein, der eigenen Geschichte und den Erfahrungen der Menschen in Ostdeutschland den Raum zu geben, diese selbstbewusst und gleichberechtigt in anstehende Strukturwandelprozesse einzubringen. Die Menschen in Ostdeutschland, sie bringen ihr Leben als vollwertigen und gleichberechtigten Beitrag mit allen in den letzten 30 Jahren erworbenen Kompetenzen und Umbrüchen ein.

Was für Deutschland gilt, gilt auch für Mittel- und Osteuropa. Unsere östlichen Nachbarn haben nach ihrer Befreiung von Kommunismus und sowjetischer Fremdherrschaft, die wichtige Voraussetzungen für die Friedliche Revolution in der DDR waren, eigene, oft ähnliche Transformationserfahrungen gemacht. Sie kommen aber mit Blick auf die heutige politische Realität regelmäßig zu anderen Ergebnissen beim Umgang mit diesen Erfahrungen.

Deshalb soll das Zukunftszentrum keine rein deutsch-deutsche Aufarbeitung betreiben. Es wird sich mit gemeinsamen Erfahrungen Zentraleuropas in den vergangenen 30 Jahre beschäftigen und dabei auch auf die Bewältigung kommender Herausforderungen ausgerichtet sein. Dazu gehört selbstverständlich die veränderte Lage in Europa nach dem russischen Angriff auf die Ukraine.

Ausgehend von der deutschen Wiedervereinigung, den Freiheitsrevolutionen in Ostmitteleuropa und den Entwicklungen nach 1989 soll das Zentrum daher Mittel- und Osteuropa als einen gemeinsamen Erfahrungs- und Lernraum in zukünftigen Transformationsprozessen verbinden. Mit dem

Zentrum wird ein gesamteuropäischer Resonanzboden für die verschiedenen Erfahrungen mit dem Umbruch entstehen. Damit leistet das Zukunftszentrum auch einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Demokratie und des Zusammenhalts in Europa – einschließlich einer Auseinandersetzung darüber, wie politische Freiheit in der Vergangenheit errungen wurde und auch künftig erkämpft und verteidigt werden kann.

An das Zentrum sind große Erwartungen und an seine Arbeit ein hoher Anspruch gerichtet. Es ist mehr als ein Symbol. Das Zukunftszentrum soll Erfahrungen sichtbar machen und die Voraussetzungen für das Gelingen von Strukturwandelprozessen untersuchen. Es wird in Ostdeutschland seinen Standort haben. Wo genau, das wird im Rahmen eines offenen Standortwettbewerbs bis Anfang 2023 ermittelt. Direkt daran anschließen wird sich ein Architekturwettbewerb, mit dem der Anspruch verwirklicht werden soll, das Zukunftszentrum in einem spannenden, ja aufsehenerregenden Gebäude mit architektonischer Strahlkraft anzusiedeln. Die endgültige Eröffnung ist für 2028 geplant. Bis dahin stehen neben dem Bau zahlreiche organisatorische Arbeiten an: die Gründung einer Institution, der Aufbau einer Programmstruktur und vor allem auch schon vor Eröffnung die Verwirklichung erster Projekte, die zeigen sollen, wie das Zentrum arbeitet.

Das Zukunftszentrum soll weder Museum noch Elfenbeinturm werden, sondern ein offener Raum für Streit und Zusammenarbeit von Bürgerinnen und Bürgern. Ein für alle erleb- und begehbarer Raum, in dem unterschiedliche Erfahrungen sichtbar werden. So soll es zu einem gesellschaftlichen Miteinander beitragen, das auch Konflikte und Konfrontation aushält. Auf diese Weise kann das Zukunftszentrum einen wichtigen Beitrag zur Zukunft Deutschlands in Europa leisten.

Politik für Innovation, wirtschaftliche Entwicklung und Klimaschutz.

Ostdeutschland hat insgesamt betrachtet seit der Wiedervereinigung wirtschaftlich eine sehr positive Entwicklung genommen.

In den letzten beiden Jahren war die wirtschaftliche Entwicklung in Ost- und Westdeutschland im Wesentlichen jedoch durch die coronabedingten Einbrüche 2020 und das Wachstum 2021 geprägt, wobei die ostdeutschen Länder einen unterdurchschnittlichen Rückgang 2020 (Ost-D: –3,8%; West-D: –4,7%) und ein unterdurchschnittliches Wachstum 2021 (Ost-D: +2,3%; West-D: +3,0%) zu verzeichnen hatten. Die durchschnittliche Wirtschaftskraft der ostdeutschen Länder (BIP/Einwohner) erreichte gemessen am BIP je Einwohner 2021 ein Niveau von 80,5 % des gesamtdeutschen Durchschnitts und stieg damit etwas gegenüber dem Vorjahr mit 80,1 %. Die ostdeutschen Bundesländer verkürzten den Abstand ihrer Wirtschaftsleistung gegenüber dem bundesdeutschen Durchschnitt stetig weiter, wenn auch in kleinen Schritten. Die Produktivität (BIP je Arbeitsstunde der Erwerbstätigen) der ostdeutschen Länder erreichte 2021 mit 84,8 % des gesamtdeutschen Niveaus einen leicht geringeren Wert als 2020 mit 85,4 %.

Das erste Halbjahr 2022 war durch verschiedene Entwicklungen geprägt, die sich unterschiedlich

in den Branchen auswirkten. Die Aufhebung der bundesweiten Corona-Regelungen hat insbesondere in Dienstleistungsbranchen wie dem Gastgewerbe oder dem Tourismus für Belebung gesorgt. Lieferengpässe belasten dagegen das produzierende Gewerbe nach wie vor. Produktionsstilllegungen im Zuge der chinesischen Null-Covid-Strategie und des russischen Angriffs gegen die Ukraine lassen die Inflation ansteigen und trüben die konjunkturelle Entwicklung. Außerhalb des Energiesektors sind die Verbindungen ost- und westdeutscher Unternehmen zur russischen Wirtschaft zwar nicht sehr ausgeprägt, so dass die Sanktionspolitik die Konjunktur nicht stark beeinflusst. Der Krieg hat aber zu Sorgen um das Angebot wichtiger Rohstoffe geführt und die Unsicherheit der Energieversorgung bei Gas und Rohöl für den Ausblick der wirtschaftlichen Entwicklung massiv verstärkt. Besonders betroffen sind die beiden ostdeutschen Raffineriestandorte Schwedt und Leuna, die bisher zu 100 % von russischen Erdöllieferungen durch die Drushba-Pipeline abhängig sind. Die Umstellung stellt insbesondere für die PCK Raffinerie in Schwedt



Rene Zieger (Ostkreuz): Graffiti

eine erhebliche Herausforderung dar. Mit der Übernahme der Kontrolle bei PCK durch den Bund und einem Zukunftsinvestitionsprogramm insbesondere für Schwedt und Leuna, aber auch die für Region um den Hafen Rostock werden neue Impulse geschaffen. Insgesamt kühlte sich die Stimmung der ostdeutschen Unternehmen gemäß ifo-Geschäftsklimaindex vom Juli 2022, insbesondere im verarbeitenden Gewerbe und Bauhauptgewerbe, deutlich ab. Zur Jahresmitte wurden von IWH (+1%) und ifo Dresden (+2,9 %) für Ostdeutschland (ifo: Deutschland: 2,5 %) ein Anstieg des BIP für 2022 prognostiziert, allerdings ist die Unsicherheit über den weiteren Verlauf deutlich größer als üblich.

Regionale und Branchenspezialisierungen

Die Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft wurde und wird stark geprägt von der Entwicklung der Industrie und den industrienahen Dienstleistungsbranchen. Dabei kann die Industrie in Ostdeutschland auf eine lange und erfolgreiche Tradition aufbauen: Bereits in der Mitte des 19. Jahrhunderts entstand hier die zweitgrößte Industrieregion in Deutschland nach dem Ruhrgebiet. Nach der Überwindung des Transformationschocks in den 90er Jahren gibt es heute wieder eine neue industrielle Basis mit vielen kleinen und mittelgroßen Unternehmen. Die ostdeutsche Industrie hat sich dabei sowohl in den klassisch-traditionellen Branchen wie Fahrzeugbau, Chemie und Maschinenbau als auch in den Spitzentechnologien wie in der Mikroelektronik, Photonik, Medizintechnik, Gesundheitswirtschaft und Elektromobilität gut entwickelt. Sie ist Teil einer global vernetzten und an modernster Technologie orientierten Wirtschaft. Neue große Ansiedlungen zeigen, wie attraktiv Standorte in Ostdeutschland für Zukunftstechnologien sind. Regional liegen diese Industrieschwerpunkte traditionell in den südlichen Regionen, aber auch einige Gebiete wie das Umland von Berlin oder auch Rostock sind dank industrieller Investitionen Aufsteigerregionen. Ebenso wie in der Industrie haben sich auch

andere regionale Schwerpunktbranchen wie die Landwirtschaft oder der Tourismus, z. B. an der Küste, tradiert und weiterentwickelt.

Kennzeichen der ostdeutschen Wirtschaft, und dies gilt besonders für die Industrie, ist, dass sie vergleichsweise stark im ländlichen Raum vertreten und mit kleinen und mittleren Unternehmen verbunden ist, die in kleinen und mittleren Städten Arbeit vor Ort schaffen. Sie entwickeln und produzieren dort, wo die Menschen leben, und schaffen auch regionale Identität. Diese Spezifika bieten durchaus Vorteile wie die hohe Flexibilität kleiner und mittlerer Unternehmen mit ihren kurzen Entscheidungswegen oder die Verfügbarkeit von Fläche.

„Ebenso wie in der Industrie haben sich auch andere regionale Schwerpunktbranchen wie die Landwirtschaft oder der Tourismus, z. B. an der Küste, tradiert und weiterentwickelt.“

Besondere Herausforderungen für die weitere Entwicklung sind das weitgehende Fehlen forschungsstarker Unternehmen, die geringere Bevölkerungsdichte außerhalb Berlins und der wenigen großstädtischen Zentren sowie der Rückgang des Erwerbersonnenpotenzials.

Die ostdeutsche Industrie hat ihre Exportquote nahezu kontinuierlich gesteigert und erreichte 2021 38,1 %. Dies zeigt die steigende Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft und ihre internationale Vernetzung.

Ansiedlungserfolge

Umgekehrt hat Ostdeutschland als Standort für Investitionen nationaler und internationaler Unternehmen deutlich an Aufmerksamkeit und Attrak-

tivität gewonnen, wie einige Beispiele zeigen. Die Produktion von Elektroautos im ersten europäischen Tesla-Werk wurde gestartet. Magdeburg hat sich in einem europaweiten Konkurrenzkampf um Intels Investition mit anfangs zwei Chipfabriken durchgesetzt. BASF investiert an seinem Standort Schwarzheide in einen neuen Produktionsstandort für Kathodenmaterialien und damit in eine europäische Wertschöpfungskette für Elektrofahrzeuge. Bosch hat nicht nur eines der modernsten Halbleiterwerke der Welt in Dresden errichtet, sondern dort auch den Aufbau eines neuen Entwicklungszentrums angekündigt. Mit beiden Investitionen stärkt das Unternehmen das sog. „Silicon Saxony“, den europaweit größten Standort der Mikro- und Nanoelektronik. Eine weitere große Ansiedlung ist das Batteriezellenwerk von CATL bei Erfurt. Ebenfalls zukunftsorientiert, aber anders orientiert ist das gemeinsame Projekt von Berlin und Siemens, durch das das heutige Siemens-Areal in Spandau bis zum Jahr 2030 zu einem hochmodernen Zukunftsort und Inkubator entwickelt werden soll, mit der Verbindung von Spitzentechnologie sowie neuen Arbeits- und Lebenswelten. Solche Investitionen oder Ansiedlungen ausländischer Unternehmen bringen Kapital, technisches Know-how, internationale Marktverbindungen, Beschäftigung und Einkommen in die Regionen, ziehen Zulieferer für weitere Investitionen an und stärken mit ihrer Nachfrage direkt auch die regionale Wirtschaftskraft. Die Ursachen für diese Ansiedlungserfolge sind sicher vielfältig und jede Investitionsentscheidung ist individuell.

Besondere generelle Erfolgsfaktoren in Ostdeutschland sind die Verfügbarkeit von großen Flächen, das – im Unterschied zur Unternehmensforschung – bereits sehr gut ausgebaute universitäre und außeruniversitäre Forschungs- und Innovationssystem, der gute Ausbildungsstand der Arbeitnehmer, die relativ hohe Verfügbarkeit von erneuerbaren Energien und die Aufgeschlossenheit der Bevölkerung und Verwaltungen gegenüber industriellen Investitionen.

Einen wichtigen Beitrag zum wirtschaftlichen Erfolg leisten auch die verschiedenen Förderungen von Bund, Ländern und der EU für Existenzgründungen, Investitionen und Innovationen, Unternehmenswachstum und Export. Neben der gesamtdeutschen Mittelstandsförderung werden die Unternehmen in den ostdeutschen Ländern als nahezu flächendeckend strukturschwache Regionen auch im Rahmen des gesamtdeutschen Fördersystems für strukturschwache Regionen (GFS) mit seinem Ankerprogramm Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) gefördert. GFS und GRW werden derzeit überarbeitet, um sie noch besser auf die aktuellen Herausforderungen wie bspw. ökologische Nachhaltigkeit auszurichten. Das für Innovationen der mittelständischen ostdeutschen Unternehmen so wichtige Förderprogramm ZIM – Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand – konnte seit Anfang August trotz der schwierigen finanzpolitischen Ausgangslage wieder für neue Anträge geöffnet werden.

Schlüsseltechnologien

Die Unternehmen und Forschungseinrichtungen aus Ostdeutschland sind auch an den großen IPCEIs (Important Project of Common European Interest), den transnationalen, wichtigen Vorhaben von gemeinsamem europäischen Interesse beteiligt, die mittels staatlicher Förderung einen wichtigen Beitrag zu Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie und Wirtschaft leisten. Am IPCEI Wasserstoff sind ostdeutsche Unternehmen und Forschungseinrichtungen an 16 von 62 Projekten und in allen vier Bereichen (Erzeugung von grünem Wasserstoff, Infrastruktur und Nutzung in der Industrie oder Mobilität) beteiligt. Zur Förderung des Wasserstoffstandortes Ostdeutschland wird der Bund sich an der Anschubfinanzierung für die von den ostdeutschen Ländern vereinbarte gemeinsame „Interessenvertretung Wasserstoff Ostdeutschland“ beteiligen. Auch an den beiden

IPCEIs zur Batteriezellfertigung in Deutschland sind ostdeutsche Standorte (Tesla, BASF, Skeleton, Liofit) entlang der Batterie-Wertschöpfungskette (Rohstoffe & Materialien, Zellfertigung, Batteriesysteme, Recycling) vertreten.

Wasserstoff und E-Mobilität zeigen, dass die ostdeutsche Industrie und Forschung in Schlüsseltechnologien konkurrenzfähig sind. Schlüsseltechnologien verändern die Wertschöpfung in zahlreichen wirtschaftlichen Sektoren grundlegend und bieten deshalb große Chancen. Die Kenntnis und Anwendung von Schlüsseltechnologien sind eine wichtige Grundlage für die Innovationskraft und die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit Ostdeutschlands. Die Potentiale in Forschung und Unternehmen in Ostdeutschland sind bei den o.g. Technologien unterschiedlich ausgeprägt. Schwerpunkte zeigen sich bisher vor allem im Raum Berlin, an den Forschungs- und Industriestandorten Sachsens sowie in Jena. Die Bereiche der optischen Technologien und Mikrosystemtechnik sind sehr gut verankert und nehmen sowohl im nationalen als auch im internationalen Vergleich eine Vorreiterrolle ein. Auch die anderen Schlüsseltechnologien können mit verschiedenen Maßnahmen wie FuE-Förderung, Netzwerkbildung gestärkt werden, so dass mit ihnen ein positiver langfristiger Strukturwandel hin zu forschungsintensiven innovativen Branchen realisiert und eine auch in Zukunft wettbewerbsfähige Wirtschaft mit guten Einkommen und Arbeitsplätzen in Ostdeutschland gestaltet wird.

Energiepolitische Herausforderungen

Die Bundesregierung steht energiepolitisch vor zwei enormen Herausforderungen: einerseits die Transition hin zu einer nachhaltigen sozial-ökologischen Marktwirtschaft, um das Ziel der Klimaneutralität Deutschlands bis 2045 zu erreichen. Andererseits muss Deutschland in der Energiepolitik aus sicherheitspolitischen Gründen umsteuern. Deutschland muss unabhängig werden

von russischer Energie – ohne in einem Übergangszeitraum die eigene Versorgungssicherheit aufs Spiel zu setzen. Beide Aspekte greifen ineinander. Ostdeutschland kann bei der Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft eine führende Rolle einnehmen. Das gilt bei der Erzeugung erneuerbarer Energien, bei der ostdeutsche Regionen schon bisher eine Vorreiterrolle einnahmen. Es gilt auch bei ihrem sektorübergreifenden Einsatz bei der Speicherung, beim Transport und bei der Nutzung von Strom und Wasserstoff in der Mobilität und beispielsweise der Stahl- und Chemieindustrie. Beides bedeutet einen tiefgreifenden Strukturwandel, der aktiv von der Bundesregierung begleitet wird.

Der zum Klimaschutz notwendige Ausstieg aus der Braunkohle bis spätestens zum Jahr 2038 ist für die Kohleregionen eine Herausforderung, aber auch eine Chance, die genutzt werden muss. Die Idee der sogenannten Kohlekommission, dass der Strukturwandel bereits weit fortgeschritten sein muss, wenn der Kohleausstieg kommt, ist der zentrale Grundgedanke. Bis 2038 stellt die Bundesregierung für diesen Strukturwandel bis zu 40 Mrd. Euro zur Verfügung. Mit der am 27.08.2020 in Kraft getretenen Bund-Länder-Vereinbarung ist die Unterstützung der betroffenen Kohleregionen durch den Bund angelaufen. Mit bis zu 14 Mrd. Euro Finanzhilfen werden besonders bedeutsame Investitionen von Ländern und Gemeinden, beispielsweise für den Ausbau von Gewerbeparks oder Umweltsanierungen finanziert. Die Braunkohleregionen entscheiden selbst über Projekte. Bisher wurden 260 Finanzhilfen-Projekte mit einem Volumen von knapp 6 Mrd. Euro identifiziert, von denen mehr als 60 % auf die Förderbereiche „Wirtschaftsnahe Infrastruktur“ und „Forschung“ entfallen. Der Bund fördert diese Projekte mit bis zu 90 %. Mit Bundesmaßnahmen in Höhe von bis zu 26 Mrd. Euro werden unter anderem die Erweiterung und Einrichtung von Programmen und Initiativen des Bundes, das STARK-Bundesprogramm, die Ansiedlung von Einrichtungen des

Bundes in den Revieren und zusätzliche Investitionen in Bundesfernstraßen/-schienenwege finanziert. 103 Bundesmaßnahmen für die Kohleregionen, mit einem Gesamtvolumen von 19,4 Mrd. Euro, davon 12,5 Mrd. Euro in den ostdeutschen Kohleregionen sind bis Mitte 2022 beschlossen worden; darunter Infrastrukturprojekte, Bundeseinrichtungen und Forschungszentren. Bereits heute hat der Bund damit fast 2.200 Arbeitsplätze in den Kohleregionen geschaffen. Bis zum Kohleausstieg sollen es mindestens 5.000 werden.

Das Bundesforschungsministerium, der Freistaat Sachsen und das Land Sachsen-Anhalt ermitteln durch den Ideenwettbewerb „Wissen schafft Perspektiven für die Region!“ in einem transparenten und themenoffenen Wettbewerbsverfahren die besten Konzepte für die Gründung zweier Großforschungszentren, eines in der sächsischen Lausitz, das andere im mitteldeutschen Revier. Die Auswahl aus den bisher geförderten sechs Konzeptskizzen wird voraussichtlich bis Ende des 3. Quartal 2022 getroffen. Durch die Projekte von Bund und Ländern soll sich die Wirtschaftsstruktur in den Kohlerevieren nachhaltig verändern. Wir wollen die Voraussetzungen schaffen, qualitativ hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen und Industrien mit hoher Wertschöpfung anzusiedeln. Ein Beispiel ist das neue DB-Werk in Cottbus mit 1.200 Arbeitsplätzen.

Da ein wesentlicher Anteil der CO₂-Emissionen bei der Kohleverstromung entsteht, prüft die Bundesregierung einen möglichen früheren Ausstieg, idealerweise schon bis 2030. Dabei werden sowohl die möglichen zusätzlichen Strukturstärkungsmaßnahmen als auch die Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit, die Strompreise, die Erreichung der Klimaschutzziele und die Sozialverträglichkeit überprüft.

Aus sicherheitspolitischen Gründen beschränken die EU-Sanktionspakete gegen Russland massiv die Einfuhr von Energie aus Russland. Vom Einfuhrstopp für Steinkohle sind die ostdeutschen

Regionen nur indirekt betroffen, dagegen trifft das Ölembargo ab Ende des Jahres die ostdeutschen Raffinerien in Schwedt und Leuna direkt. Die Bundesregierung unternimmt zusammen mit den Ländern vor allem mit Hilfe eines GRW-Sonderprogramms intensive Maßnahmen, z. B. zur Erhaltung der Pipeline Rostock-Schwedt, aber auch zur Transformation des Standorts, um einerseits die Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft zu sichern und andererseits die Arbeitsplätze zukunftsfest zu machen. Die Gasversorgung wurde bereits durch den russischen Konzern Gazprom erheblich reduziert und unterliegt einem hohen Risiko. Die Bundesregierung setzt alles daran, die Folgen zu mildern und die Versorgungssicherheit durch Energieeinsparungen, die Befüllung der Gasspeicher, Flüssiggas-Lieferungen und den Bau der dafür nötigen Infrastruktur aufrechtzuerhalten. In Ostdeutschland stehen hier vor allem die Flüssiggasprojekte in Lubmin im Vordergrund.

Neben der mengenmäßigen Versorgung stellen die Preissteigerungen bei der Energieversorgung eine zusätzliche Belastung dar. Mit der Anfang August beschlossenen Gasumlage für alle Gasverbraucher, mit der die Wärme- und Energieversorgung in den privaten Haushalten und in der Wirtschaft gesichert wird, werden die Kosten möglichst solidarisch verteilt. Die Energiepreissteigerungen betreffen die ostdeutsche Bevölkerung überproportional, da das Einkommensniveau unterdurchschnittlich ist. Um diese Entwicklungen sozial und wirtschaftlich abzufedern, wurden im 1. Halbjahr 2022 schon zwei umfangreiche Entlastungspakete für die Bürgerinnen und Bürger und Hilfen für besonders betroffene Unternehmen beschlossen. Das dritte Entlastungspaket ist mit 65 Mrd. Euro vom Umfang her noch größer als die ersten beiden zusammen. Es umfasst die Abschöpfung von Zufallsgewinnen am Strommarkt, eine umfassende Wohngeldreform, das Bürgergeld, höhere Leistungen beim Kindergeld, Steuererleichterungen und Zuschüsse für Rentnerinnen, Rentner und Studierende.

Regionalentwicklung in den ostdeutschen Kohleregionen

„Die Abkehr von der Braunkohle ist aus Klimaschutz-Gründen wichtig, aber die Menschen in den Revieren verdienen volle Unterstützung. Dabei sollten wir nicht über sie reden, sondern mit ihnen. Deshalb haben wir direkt in Cottbus ein Kompetenzzentrum für Regionalentwicklung gegründet, das gemeinsam mit den Menschen vor Ort neue Zukunftsperspektiven erarbeiten soll.“

Klara Geywitz, Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen

In Ostdeutschland befinden sich mit dem Lausitzer und dem Mitteldeutschen Revier zwei der drei Regionen, in denen noch Braunkohle abgebaut wird. 3,2 Millionen Menschen leben hier – immerhin ein Viertel der ostdeutschen Bevölkerung (ohne Berlin). Mit der Energiewende und dem Ausstieg aus der Kohleverstromung stehen diese Regionen vor besonderen Herausforderungen des Strukturwandels. Deshalb wollen Bund und Länder die beiden ostdeutschen Reviere sowie das Rheinische Revier bei der anstehenden Transformation von Wirtschafts-, Siedlungs- und Infrastrukturen so unterstützen, dass ein nachhaltiger Wandel hin zu zukunftsfähigen und attraktiven Räumen gelingen kann.

Das Kompetenzzentrum Regionalentwicklung des BBSR

Mit dem Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen vom August 2020 stellt der Bund nicht nur Finanzhilfen für eine verbesserte Infrastruktur der Re-

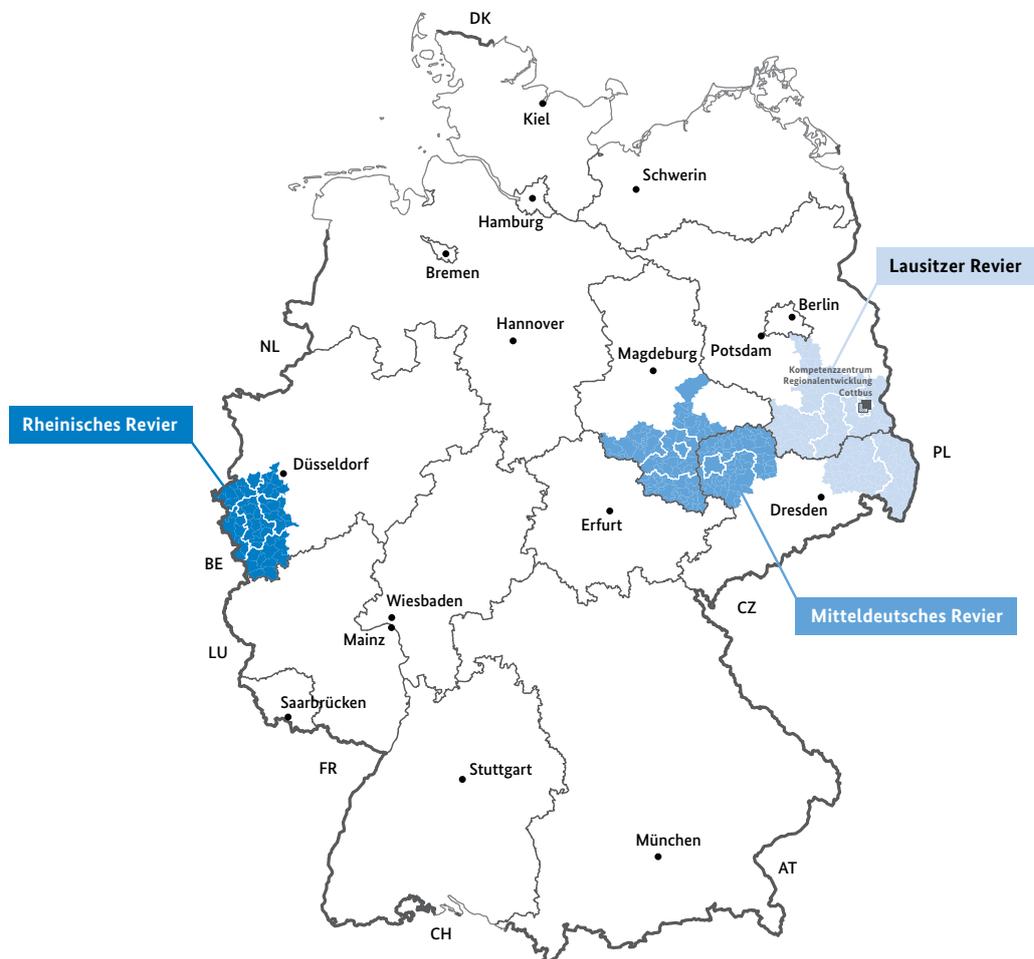
viere bereit, sondern fördert auch Projekte und Ansiedlungen im Bereich Bildung und Forschung. Eine dieser Maßnahmen ist das Kompetenzzentrum Regionalentwicklung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR). Es wird seit Ende 2021 mitten im Lausitzer Revier in Cottbus neu aufgebaut. Damit verfügt das BBSR als Ressortforschungseinrichtung des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) neben Bonn und Berlin nunmehr über einen dritten Standort. Bis Ende 2023 werden 56 Beschäftigte ihre Tätigkeit aufnehmen.

Leitgedanke dabei ist, nicht über die Menschen zu reden, sondern mit ihnen. Das Kompetenzzentrum für Regionalentwicklung (KRE) in Cottbus wird sowohl wissenschaftlich als auch praktisch arbeiten, um Zukunftsperspektiven für die Regionen zu entwickeln, die durch die Energiewende besonders herausgefordert sind.



Anja Lehmann (Ostkreuz): Braunkohlekraftwerk

Braunkohlereviere in Deutschland (Abb. 23)



Datenbasis: Laufende Raumbewertung des BBSR
Geometrische Grundlage: VG5000 (Kreise),

Stand 31.12.2020 © GeoBasis-DE/BKG
Bearbeitung: P. Spohr

© BBSR Bonn 2022

Das KRE analysiert dabei zum Beispiel die Ausgangssituation der Regionen und ihre Entwicklung im Zeitverlauf. Es führt Vergleiche der Reviere untereinander, aber auch mit anderen Regionen in Deutschland und Europa durch. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kooperieren zudem eng mit den regionalen Akteuren in Wissenschaft, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, um

sie bei der Gestaltung des Transformationsprozesses zu unterstützen. Gemeinsam werden Projekte, Modellvorhaben und Lösungsansätze zur Förderung des Strukturwandels entwickelt. Auf diese Weise unterstützt das KRE auch die Vernetzung und das Voneinanderlernen. Für all dies steht das Prinzip „Forschen durch Fördern“.

Wie kann der Strukturwandel verträglich und nachhaltig gestaltet werden?

Beschäftigungssicherung und Förderung wirtschaftlichen Wachstums in den Revieren sind zentrale politische Ziele des Bundes und der Länder. Die Kohlewirtschaft in den ostdeutschen Revieren zählt heute ca. 9.400 Beschäftigte. Aber auch über Kraftwerke und Tagebaue hinaus prägt die Kohle vielfach noch die regionale Identität und Wahrnehmung. Entscheidend ist daher, dass der Strukturwandel in seiner gesamten Dimension wahrgenommen und gefördert wird. Dabei werden auch ökologische Bedingungen nicht außer Acht gelassen, etwa die Wirkungen des Wandels auf den Wasserhaushalt. Große Bedeutung haben ebenso Fragen der Daseinsvorsorge und soziokulturelle Aspekte, die dabei helfen können, neue regionale Identitäten jenseits der Kohle zu erzeugen. Für diesen Zweck arbeitet das KRE eng mit den Revierbeauftragten sowie den Landes- und Regionalplanungen zusammen.

Mit dem „Raumpaten-Ansatz“ verfolgt das KRE das Ziel, konkret vor Ort in den Revieren zu wirken. Im Sinne einer nachhaltigen Raumentwicklung sollen ausgewählte Teilräume, die besondere Entwicklungsherausforderungen aufweisen, durch Forschung und Beratung unterstützt werden. Raumpatinnen und Raumpaten des BBSR werden gemeinsam mit den lokalen Akteuren geeignete Projektideen entwickeln und umsetzen. Das KRE arbeitet somit als Schnittstelle zwischen Forschen und Fördern und fungiert als Mittler zwischen Zivilgesellschaft, Kommunen, Regionen, Ländern und Bund. Schon jetzt unterstützt das KRE die Kohleregionen mit Informationen zu Förderaufrufen des Bundes und begleitet erste Städte und Gemeinden bei der Qualifizierung von Anträgen für Programme des BMWBS.

In einem Pilotvorhaben im Lausitzer Revier werden einzelne Gemeinden genauer in den Fokus genommen, die direkt durch den Kohleausstieg und durch besondere wirtschaftliche, raumstrukturelle und planerische Veränderungen betroffen sind. Das KRE kann dabei in einem von unterschiedlichen Ansprüchen an den Raum geprägten Spannungsfeld informieren und unterstützen. Im Umkehrschluss ist der unmittelbare Zugang zur Region und den Akteuren wichtig für die Forschung des KRE: Dies berührt unter anderem Themen wie die Strategien von Kommunen im Strukturwandel und ihre Handlungsfähigkeit, die Veränderungen von Siedlungs- und Landschaftsstrukturen, das Ansiedlungsgeschehen oder Fragen des sozialen Zusammenhalts. Das Pilotvorhaben wird auch Grundlagen für die Übertragung von Erkenntnissen auf andere Kommunen und Regionen liefern.

Wie kann der Strukturwandel breite gesellschaftliche Unterstützung finden?

Ob sich die bisherigen Reviere zu neuen attraktiven Wirtschafts- und Wohnstandorten entwickeln werden, ist nicht nur eine Frage von Strukturen, sondern hängt in erheblichem Maße davon ab, auf welche Weise die Bevölkerung sich in den Prozess einbringt und diesen mitgestaltet. Ein Kernanliegen des KRE ist daher, aktiv auf die Zivilgesellschaft zuzugehen. Dabei sollen auch jene mit „ins Boot“ geholt werden, die der Entwicklung bislang noch skeptisch gegenüberstehen oder die – wie etwa ältere Menschen – mit ihren Potentialen und Erfahrungen im Strukturwandel noch nicht ausreichend wahrgenommen werden. Das KRE verfolgt damit das Ziel, die gesellschaftliche Akzeptanz für den Kohleausstieg zu stärken und einen konstruktiven Dialog aufzubauen. Neben weiteren Vorhaben, wie einer öffentlichen Veranstaltung mit „Botschafterinnen und Botschaftern“ des Wandels oder einer Fotodokumentation der Veränderungen, lobt das BBSR einen Ideenwettbewerb aus.

Ziel des Ideenwettbewerbs „Mitmachen, gemeinsam machen: Wir gestalten den Strukturwandel in unserer Region“ ist es, besonders innovative und kreative Ideen der Menschen vor Ort selbst mit Bezug zum Transformationsprozess in den Braunkohleregionen auszuzeichnen. Damit sollen konkrete Impulse zur Verbesserung der Lebensqualität vor Ort und zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts gesetzt werden. Zielgruppe sind Akteure aus der Zivilgesellschaft, kommunale Verwaltungen sowie öffentliche und freie Träger mit Ideen unter anderem aus den Bereichen Bildung und Beschäftigung, zivilgesellschaftliches Engagement, Daseinsvorsorge, ökologische Nachhaltigkeit, Zwischennutzungen für die Gestaltung von Tagebaurandflächen sowie Tourismus-, Kultur- und Kreativwirtschaft. Begrüßt werden auch Vorschläge zur Initiierung und Realisierung von regionalen, nationalen und internationalen Partnerschaften zwischen Kommunen, die vom Kohleausstieg geprägt sind. Um den vielfältigen Perspektiven Rechnung zu tragen, ist der Wettbewerb aber bewusst themenoffen und das Verfahren niederschwellig angelegt. Das KRE gewinnt dadurch wertvolles Wissen über die Bewältigung der Transformation auf kleinräumiger Ebene. Dies hilft bei der Entwicklung bedarfsgerechter Beratungsstrategien. Zudem ist beabsichtigt, ausgewählte Konzepte bei ihrer Realisierung zu begleiten.

Wie kann ein gutes Verhältnis von Stadt und Land gestärkt werden?

Die Braunkohlereviere sind keine in sich homogenen Regionen und unterscheiden sich auch im Vergleich erheblich voneinander: Die weitgehend ländlich geprägte Lausitz bildet einen Kontrast gegenüber dem Mitteldeutschen Revier mit Leipzig und Halle als urbanen Zentren. Das KRE wird das Verhältnis von Stadt und Land und die Entwicklung von Raum- und Wirtschaftsstrukturen in den Revieren weiter untersuchen. Dazu

gehören gerade für die Lausitz auch die Verknüpfungen in die polnischen und tschechischen Nachbarregionen.

Der Bund engagiert sich in diesem Zusammenspiel städtischer und ländlicher Räume durch eine Vielzahl von Programmen und Initiativen und auch durch die Ansiedlung von Arbeitsplätzen in eigenen Behörden und Einrichtungen. Damit Ansiedlungen in ländlichen bzw. strukturschwachen Räumen gelingen und sich Mitarbeitende dauerhaft niederlassen, gibt es vielfältige Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschaftsstandorte und des Lebensumfelds. Das KRE begleitet diese Fragen nicht nur analytisch, sondern arbeitet beispielsweise daran, sich mit Rückkehrerinitiativen in Ostdeutschland zu vernetzen, um über attraktive Beschäftigungsmöglichkeiten zu informieren. Zudem bringt es sich in das Format „Students on Tour“ der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg ein, um sich selbst und weitere Einrichtungen des Bundes als attraktive Arbeitgeber vorzustellen.

Im Auftrag des Bundeskanzleramtes und des BMWSB wirkt das BBSR mit seinem Kompetenzzentrum Regionalentwicklung momentan auch an den Vorbereitungen zur Gründung des „Zukunftszentrums Deutsche Einheit und Europäische Transformation“ (ZET) mit. Diese Einrichtung soll an der Schnittstelle von Wissenschaft, Kultur und Dialog/Begegnung wirken und ihren Standort in einem der fünf ostdeutschen Bundesländer finden (vgl. dazu auch S. 120–123). Gemeinsam mit dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) koordiniert das KRE aktuell den Standortwettbewerb unter interessierten Kommunen. Auch in inhaltlichen Fragen wird das KRE eng mit dem ZET zusammenarbeiten. Beide Einrichtungen befassen sich mit verschiedenen Facetten der Transformationsprozesse in unserer Gesellschaft.



Rene Ziegler (Ostkreuz): Radtour

Eine zeitgemäße Ressortforschung für die regionale Transformation

Die Förderung des Strukturwandels in den Braunkohleregionen ist damit Ausdruck eines umfassenden gesellschaftlichen Handelns zur Umsetzung der Energiewende in Deutschland und die Transformation kann zugleich zur Verringerung von regionalen Struktur- und Entwicklungsunterschieden beitragen. Das Kompetenzzentrum Regionalentwicklung des BBSR zeichnet sich durch eine transdisziplinäre Arbeitsweise aus, verbindet Expertise verschiedener Fachrichtungen, fördert

die Zusammenarbeit und den Austausch der Akteure und bringt sich integrierend, koordinierend und moderierend in den Prozess ein. Dabei erlauben die Ausrichtung und Ausstattung des Zentrums eine langfristig orientierte wissenschaftliche Begleitung und praxisnahe Unterstützung des Strukturwandels.

Ansiedlung von Bundeseinrichtungen in Ostdeutschland.

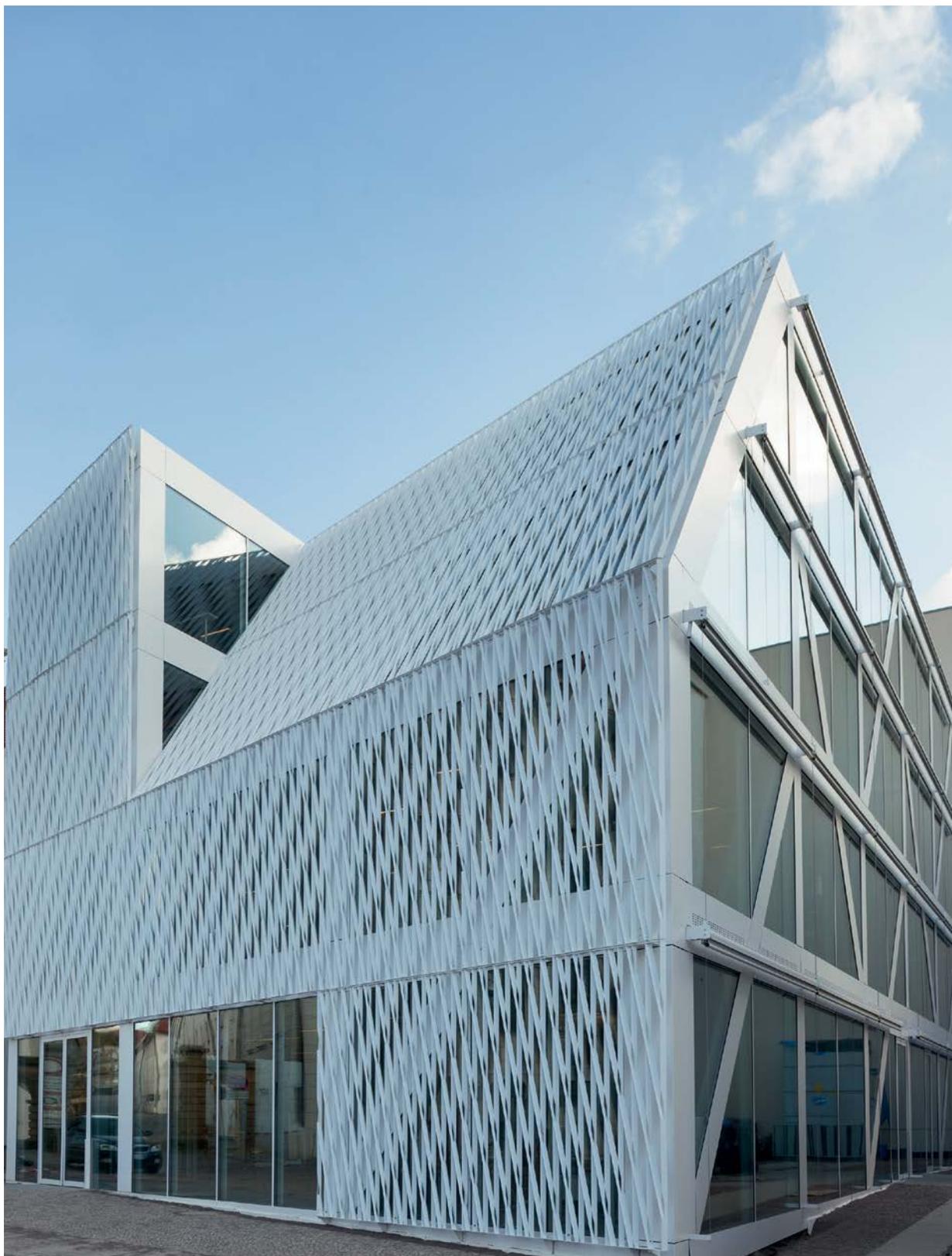
Die Vielfalt Deutschlands ist Teil der Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik. Um diese regionale Vielfalt zu bewahren und gleichzeitig in allen Regionen gute Lebensbedingungen zu schaffen, wirkt die Bundesregierung den teils erheblichen Disparitäten entgegen. Ländliche wie städtische Regionen sollen lebenswert, attraktiv, wirtschaftlich vital und demografiefest gestaltet werden.

Eine Maßnahme, um den wirtschaftlichen Unterschieden zu begegnen, ist die gezielte Ansiedlung von Arbeitsplätzen des Bundes, um strukturschwache Regionen und ostdeutsche Länder zu fördern. Arbeitsplätze, die in Behörden und Einrichtungen des Bundes entstehen, setzen Impulse für gute Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten, stärken Wirtschaftsstrukturen und können positive Effekte auf die Bevölkerungsentwicklung entfalten.

Im Koalitionsvertrag der 20. Legislaturperiode wird das erklärte politische Handlungsziel, überall gute Lebensbedingungen zu schaffen, erneut bekräftigt und an einer dezentralen Ansiedlung von Arbeitsplätzen des Bundes in strukturschwachen Regionen und in ostdeutschen Ländern festgehalten. Zudem soll auf eine ausgewogene regionale

Verteilung der außeruniversitären Forschungseinrichtungen auch innerhalb der großen Wissenschafts- und Forschungsorganisationen hingewirkt werden.

Bereits 2019 wurde mit der Umsetzung der Ergebnisse der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ beschlossen, Arbeitsplätze des Bundes vorrangig in strukturschwachen Regionen anzusiedeln. Zudem hat sich der Bund im Jahr 2020 mit dem Strukturstärkungsgesetz (StStG) verpflichtet, allein in den Kohlerevieren innerhalb von zehn Jahren 5.000 Arbeitsplätze zu schaffen. Darüber hinaus orientiert sich die Bundesregierung weiterhin an den Beschlüssen der Föderalismusreform: Bei Ansiedlungen von Bundeseinrichtungen sind Standorte in den ostdeutschen Ländern vorrangig zu berücksichtigen.



Falk Wenzel (Kulturstiftung des Bundes): Sitz der Kulturstiftung des Bundes in Halle (Saale)

Die zur Begleitung der Ansiedlungsplanungen im Bundesministerium des Innern und für Heimat eingerichtete Clearingstelle erhebt die Ansiedlungsplanungen der Bundesressorts seit 2019 und hat Anfang 2022 den Planungs- und Umsetzungsstand zur Schaffung von Arbeitsplätzen ermittelt. Demnach konnten in Behörden und Einrichtungen des Bundes seit 2019 rund 9.500 neue Vollzeit-arbeitsplätze in strukturschwachen und vom Strukturwandel betroffenen Regionen besetzen werden. Davon befinden sich rund 4.500 Arbeitsplätze in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. In Berlin wurden seit 2019 rund 2.600 Arbeitsplätze im nachgeordneten Bereich der Bundesministerien geschaffen. In diesem und den kommenden Jahren sind für strukturschwache Regionen deutschlandweit rund 4.850 Arbeitsplätze in Planung.

„Sowohl die Wahrnehmung dieser Arbeit in der Bevölkerung als auch die Würdigung eines Standortes durch eine Ansiedlung kann die Teilhabe und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.“

Mit Ansiedlungen wie beispielsweise dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) in Weißwasser, dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) in Freital, dem Zentrum für Künstliche Intelligenz in der Public Health-Forschung (ZKI) am Robert Koch-Institut (RKI) in Wildau oder der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt in Neustrelitz ist es gelungen, eine im Vergleich zur Bevölkerungszahl merkliche Anzahl an Arbeitsplätzen in Kleinstädten anzusiedeln. In Brandenburg an der Havel wurden im neuen Bundesamt für Auswärtige

„In Brandenburg an der Havel wurden im neuen Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten Arbeitsplätze in modernen Multi-Space-Büroflächen in Kombination mit attraktiven Homeoffice-Angeboten geschaffen.“

Angelegenheiten Arbeitsplätze in modernen Multi-Space-Büroflächen in Kombination mit attraktiven Homeoffice-Angeboten geschaffen. Diese Institutionen können durch spürbare Impulse die Prosperität vor Ort fördern und das Angebot an Arbeitsplätzen bereichern. Darüber hinaus wird die Arbeit der Bundesregierung durch Ansiedlungen in der Fläche sicht- und nahbarer. Sowohl die Wahrnehmung dieser Arbeit in der Bevölkerung als auch die Würdigung eines Standortes durch eine Ansiedlung kann die Teilhabe und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Diese positiven Wirkungen werden auch von Ansiedlungen und dadurch geschaffenen Arbeitsplätzen in Städten erwartet. Exemplarisch hierfür sind zahlreiche neue Ansiedlungen in Cottbus und Leipzig, welche im Lausitzer und Mitteldeutschen Revier die vom Kohleausstieg besonders betroffenen Regionen stärken. Zum Teil wird der Strukturwandel vor Ort neben den geschaffenen Arbeitsplätzen auch strategisch und inhaltlich flankiert. So fördert das in Cottbus seit Jahresbeginn ansässige Kompetenzzentrum Regionalentwicklung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) durch Forschung, Beratung und Unterstützung die vom Kohleausstieg betroffenen Regionen bei der Gestaltung eines vorbildhaften Transformationsprozesses hin zu mehr Klimaschutz und einer

modernen Wirtschaftsstruktur. Ferner ist im Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen im Jahr 2023 die Gründung je eines Großforschungszentrums in der sächsischen Lausitz und dem Mitteldeutschen Revier vorgesehen. Die Überführung in die institutionelle Förderung erfolgt nach einer Evaluation ggf. im Jahr 2026. Mit dem Aufbau der ebenfalls im Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen verankerten Fraunhofer-Einrichtung für Energieinfrastrukturen und Geothermie (IEG) mit Institutsteilen u. a. in der brandenburgischen und sächsischen Lausitz sowie dem Aufbau eines „Center for Advanced Systems Understanding (CASUS)“ in Görlitz wurde begonnen. Die Errichtung des IEG wird an den Standorten in Brandenburg und Sachsen voraussichtlich im Jahr 2028 abgeschlossen sein. Das CASUS wurde bereits zum 1. April 2022 durch die Aufnahme in das Helmholtz-Zentrum Dresden Rossendorf (HZDR) verstetigt.

An die wahrgenommenen Erfolge durch Ansiedlung und Besetzung von Arbeitsplätzen wird die Bundesregierung anknüpfen und dies für ihre Standort- und Stellenplanungen auch künftig berücksichtigen. Konkrete Planungen sehen neben dem „Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“ auch die Aufstellung und Stationierung eines Verbandes der Bundeswehr in der Größenordnung eines Bataillons im Lausitzer Revier in Sachsen vor.

Arbeits- und sozialpolitische Strategien für Ostdeutschland.

Arbeitsmarkt

32 Jahre nach der Wiedervereinigung unseres Landes hat Ostdeutschland auf dem Arbeitsmarkt erheblich aufgeholt. Vor der Corona-Krise sind die Arbeitslosenzahlen in Ostdeutschland Ende 2019 auf einen Tiefststand gesunken. Auch die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Arbeitsmarkt waren begrenzt. Waren die Arbeitslosigkeit und deren Bekämpfung viele Jahre lang das bestimmende Thema für Ostdeutschland, rückt in der letzten Zeit eine neue Herausforderung in den Vordergrund. Vermehrt fällt es Unternehmen schwerer, neue Mitarbeiter zu finden, in manchen Branchen besteht bereits jetzt ein echter Fachkräftemangel.

Mit der Alterung der Bevölkerung schrumpft aber auch das Potential an Arbeitskräften. Ostdeutschland ist davon besonders stark betroffen. Das liegt an den niedrigen Geburtenzahlen in den ersten Jahren nach dem Mauerfall ebenso wie an der verstärkten Abwanderung der zwischen 1975 und 1989 geborenen Menschen.

Der Anteil der jungen Menschen ist in Deutschland im Vergleich zu den europäischen Nachbarstaaten niedrig, in Ostdeutschland im Vergleich noch niedriger. Daher wird sich der Arbeits- und Fachkräftemangel in den kommenden Jahren noch verschärfen und es muss dringend umgesteuert werden, um den Wirtschaftsstandort zu sichern,

aber auch um den Alltag vor Ort aufrechtzuerhalten. In vielen Regionen sind bereits jetzt zu wenige Pflegekräfte, Handwerker, Erzieher, aber auch Ärzte vorhanden. Daher arbeitet die Bundesregierung intensiv an der Weiterentwicklung der Fachkräftestrategie, um diesem Trend entgegenzuwirken.

Fachkräftestrategie

In ostdeutschen Betrieben übten im Jahr 2021 schätzungsweise 80% aller Beschäftigten Tätigkeiten aus, die eine entsprechende Qualifikation erforderten. Davon setzten 64% eine abgeschlossene berufliche Ausbildung und 16% eine akademische Ausbildung voraus. In Ostdeutschland werden in mehr als der Hälfte aller Betriebe ausschließlich Tätigkeiten ausgeführt, die eine Berufsausbildung oder einen Hochschulabschluss erfordern.

Die ostdeutschen Betriebe hängen damit in hohem Maße von der Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte ab.

Der Bedarf an Fachkräften ist in den Jahren vor der Corona-Pandemie stetig angestiegen. Dies wurde insbesondere auch bei ostdeutschen Betrieben deutlich. Eine aktuelle Studie des IAB-Betriebspanels Ostdeutschland 2021 zeigt, dass die Anzahl der unbesetzten Fachkräftestellen in den letzten Vorkrisenjahren stetig wuchs. Dies weist auf einen

Fachkräftemangel hin, der sich in Zukunft verschärfen wird. So führt etwa der demografische Wandel dazu, dass jedes Jahr mehr Menschen aus dem Erwerbsleben austreten als hinzukommen, so dass die Zahl der dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden Erwerbspersonen stetig weiter sinkt.

Was ist also zu tun? Zunächst müssen vorhandene Potentiale ausgeschöpft werden. Das bedeutet einerseits, dass die Erwerbsbeteiligung von Frauen erhöht werden muss, die derzeit oftmals nicht in Vollzeit arbeiten, andererseits, dass Arbeitslose qualifiziert und für den Arbeitsmarkt fit gemacht werden müssen. Darüber hinaus müssen die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber auch ihre Anstrengung bei der Ausbildung verstärken und somit jungen Menschen die Möglichkeit zur Qualifizierung geben. Im Jahr 2021 beteiligten sich nur 53 % aller ostdeutschen Betriebe an der Ausbildung. Genügend Ausbildungsplätze sind aber eine wesentliche Grundvoraussetzung für ausreichende Fachkräfte.

Wir werden es aber auch mit beiden Maßnahmen nicht schaffen, die vorhandene und immer größer werdende Lücke zu schließen. Daher brauchen wir vermehrt Zuwanderung in den Arbeitsmarkt. Um es deutlich zu sagen: Ohne ausländische Arbeitskräfte werden wir in Ostdeutschland längerfristig das öffentliche Leben nicht aufrechterhalten können. Das hätte erheblichen negativen Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung. Dies ist eine Herausforderung, die auch ein gesellschaftliches Umdenken hin zu mehr Offenheit erfordert. Es vollzieht sich bereits, aber es bleibt noch viel zu tun.

Gleichzeitig muss auch der ostdeutsche Arbeitsmarkt attraktiv sein. Die Schwierigkeiten, gut qualifiziertes Personal zu halten oder neue Fachkräfte zu gewinnen, werden insbesondere in Ostdeutschland Prognosen zufolge zunehmen. Es wird für die ostdeutschen Betrieben zukünftig

immer wichtiger werden, den bundesweit gesuchten Fachkräften gute Arbeitskonditionen (Tariflöhne) anzubieten. Zudem werden traditionelle Wege der internen Fachkräftesicherung, wie etwa die Ausbildung oder die Qualifizierung der eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, genutzt werden müssen. Es muss insbesondere die Weiterbildungsbeteiligung für ostdeutsche Betriebe erhöht werden. So könnten beispielsweise Ausfallzeiten während der Kurzarbeit für Weiterbildungen genutzt werden.

Im Jahr 2020 war pandemiebedingt ein drastischer Rückgang der betrieblichen Weiterbildung festzustellen. 2021 verharrte die Beteiligung an Weiterbildungsangeboten auf dem niedrigen Niveau des Vorjahrs: In Ostdeutschland beteiligten sich nur 33 % der Betriebe und 17 % der Beschäftigten an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen. Mit Bildungsprämien unterstützt das Bundesministerium für Bildung und Forschung die Weiterbildungsbeteiligung von Erwerbstätigen, die sich bisher aus finanziellen Gründen nicht an Weiterbildungsaktivitäten beteiligt haben.

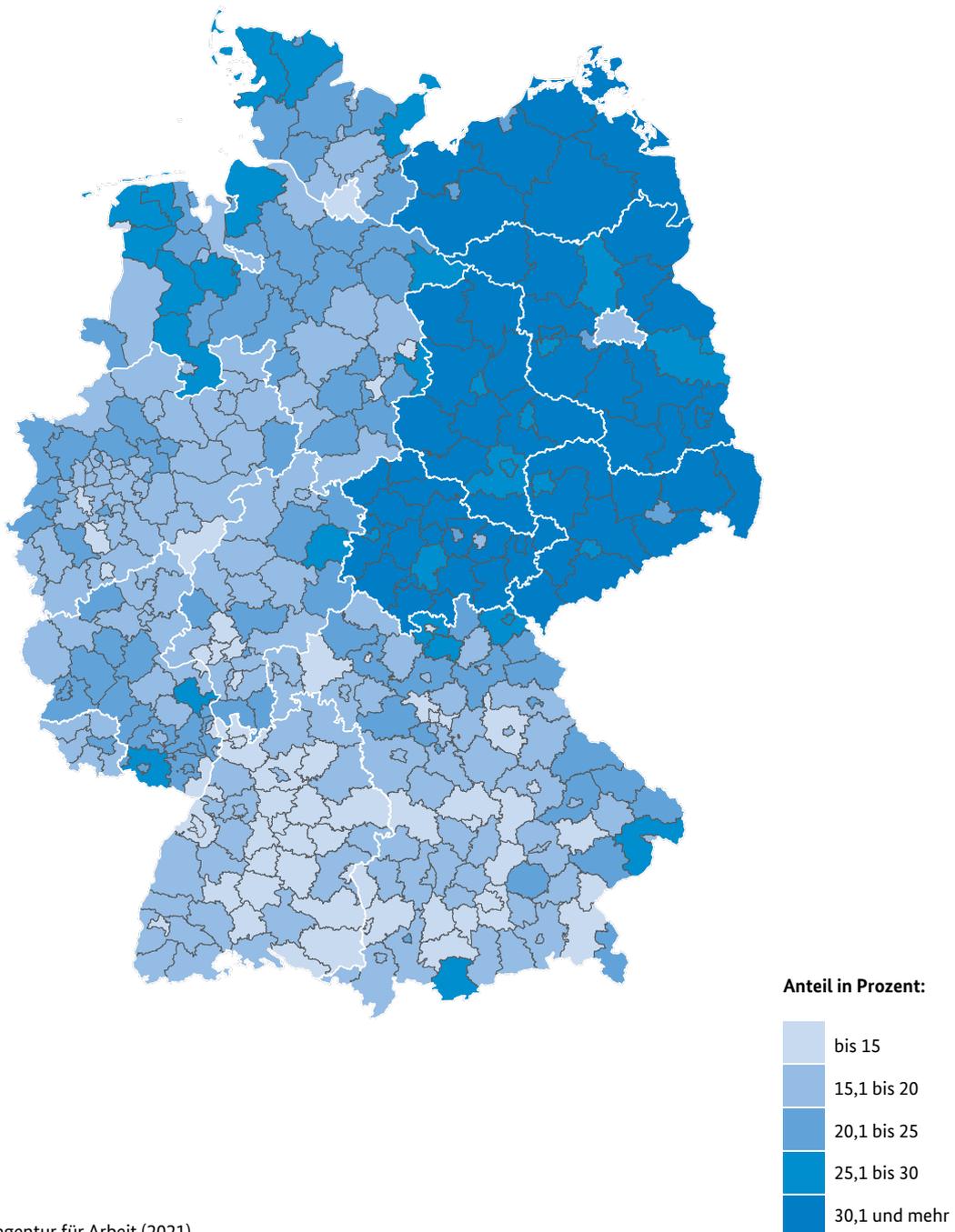
Gute Löhne für gute Arbeit

Die ostdeutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer arbeiten im Schnitt immer noch zu 89 % des Durchschnittslohns in Westdeutschland. Der Verdienstunterschied von Ostdeutschland und Westdeutschland verringerte sich zwar im Vergleich zum letzten Jahr um 5 %. Trotzdem gibt es eine Lohnlücke von durchschnittlich 619 Euro pro Monat.

Viele Jahre wurden die im Vergleich niedrigeren Löhne in Ostdeutschland als ein Standortvorteil geradezu vermarktet mit der Konsequenz, dass der Anteil der Geringverdiener, die weniger als 2.248 Euro brutto monatlich verdienen, in Ostdeutschland im Jahr 2021 bei knapp 30 % und

Unterer Entgeltbereich, 2020 (Abb. 24)

Anteil der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten der Kerngruppe mit einem monatlichen Bruttoarbeitsentgelt unterhalb der bundeseinheitlichen Schwelle des unteren Entgeltbereichs (2.284 Euro), in Prozent



damit nahezu doppelt so hoch wie in Westdeutschland lag. Zwar ist die Zahl in den letzten 10 Jahren um 25% gesunken, sie ist aber immer noch zu hoch.

Betrachtet man die Abbildung zum unteren Entgeltbereich, so sind die Konturen der ehemaligen DDR sehr deutlich zu erkennen, und dies auch nach über 30 Jahren. Hier gibt es weiteren Handlungsbedarf.

Die Mindestloohnerhöhung auf 12 Euro pro Arbeitsstunde zum 1. Oktober dieses Jahres betrifft insgesamt rund 22% aller Beschäftigungsverhältnisse bundesweit, ausgehend von der Entlohnung im Jahr 2021. Das sind etwa doppelt so viele wie bei der Mindestlohneinführung im Jahr 2015.

Von den insgesamt 6,2 Millionen Beschäftigten in Ostdeutschland werden rund 1,1 Millionen (ohne Berlin) profitieren. Somit werden rund 23% der ostdeutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (ohne Berlin) durch den höheren Mindestlohn Verbesserungen erfahren. Das sind überproportional viele. Diese konkrete Maßnahme hilft denjenigen, die bisher am unteren Rand der Einkommensverteilung stehen, und wird mittelbar auch die angrenzenden Lohngruppen beeinflussen und das Lohnniveau wird insgesamt steigen. Die Einkommensunterschiede von Ost und West gänzlich aufzuheben wird damit aber nicht gelingen.

Ein wesentlicher Grund für die schlechtere Entlohnung in Ostdeutschland ist die geringe Tarifbindung. Tariflöhne sind ein wesentlicher Garant für die Verringerung des Niedriglohnsektors und gleichzeitig steigern sie die Attraktivität des Arbeitgebers für neue Mitarbeiter, gerade auch bei den industriellen Neuansiedlungen. Um dem Fachkräftemangel entgegenzutreten, ist es sicher auch

notwendig, den zukünftigen Mitarbeitern eine anständige Entlohnung anzubieten, die zu mehr als nur dem Überleben reicht.

Die Bundesregierung möchte eine Tariftreuregelung auf Bundesebene einführen. Denn es ist nicht vermittelbar, wenn die öffentliche Hand Auftraggeber belohnt, die nicht nach Tarif zahlen. Mit der Umsetzung dieses Vorhabens soll noch 2022 begonnen werden. Neben der Unterstützung der Tariftreue sieht der Koalitionsvertrag noch weitere konkrete Maßnahmen zur Stärkung der Tarifbindung vor: Wir wollen ein zeitgemäßes Recht für Gewerkschaften auf digitalen Zugang in die Betriebe schaffen. Damit wollen wir sicherstellen, dass Gewerkschaften auch in Zeiten zunehmender mobiler Arbeit in die Lage versetzt werden, Mitglieder zu gewinnen und Solidarität zu organisieren. Ein weiteres Problem ist die „Tarifflucht“ insbesondere in Konzern- und Unternehmensverbänden. Die Bundesregierung prüft derzeit, mit welchen Maßnahmen Betriebsausgliederungen zwecks Tarifflucht verhindert werden können und der geltende Tarifvertrag gültig bleibt.

Aber auch die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sollten sich vermehrt ihrer eigenen Stärke bewusst werden und sich in Gewerkschaften organisieren. So können bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne durchgesetzt werden. Die Position der Arbeitnehmer ist durch den Fachkräftemangel stärker denn je.

Mehr Ostdeutsche in Führungspositionen!

Zentrale gesellschaftliche und politische Herausforderung

Vielfalt und Chancengerechtigkeit berühren unsere demokratischen Grundwerte und sind für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft von zentraler Bedeutung. Vertrauen in Politik und staatliche Institutionen und in die soziale Marktwirtschaft ist auch daran geknüpft, dass sich alle Bevölkerungsgruppen mit ihren Bedürfnissen und Interessen bei relevanten Entscheidungsprozessen angemessen vertreten sehen. Zudem profitiert eine demokratische Gesellschaft dadurch vom vielfältigen Erfahrungswissen und den unterschiedlichen Perspektiven ihrer Bürgerinnen und Bürger.

Ostdeutsche verfügen durch ihren Umgang mit den rasanten Veränderungen nach dem Mauerfall beim Wechsel von der Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft und durch die gesellschaftlichen Veränderungen über einen großen Erfahrungsschatz bei der Bewältigung von gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umbruchprozessen. Dieses Potential in Führungsetagen zu nutzen ist also nicht nur Ausdruck unseres Demokratieverständnisses, sondern auch wichtig für die Bewältigung heutiger und künftiger Herausforderungen.

Diverse Studien deuten jedoch darauf hin, dass einzelne gesellschaftliche Gruppen, bezogen auf ihren Bevölkerungsanteil, nicht angemessen in Führungspositionen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft vertreten sind. Dies gilt auch für Menschen mit ostdeutscher Herkunft bzw. ostdeutscher Sozialisierung. Mehr als drei Jahrzehnte nach der Wiederherstellung der Deutschen Einheit ist das ein unbefriedigendes Ergebnis. Diese personelle Unterrepräsentation berührt das Gerechtigkeits- und Gleichheitsempfinden von Ostdeutschen im vereinten Deutschland und trägt die Gefahr in sich, dass Vertrauen in Staat und Gesellschaft abnimmt. Eine angemessene Vertretung von Ostdeutschen in Führungspositionen von Politik und Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft, Kultur und Medien und Zivilgesellschaft ist deshalb eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Forschungsstand zum Ausmaß und zu möglichen Folgen der Unterrepräsentanz

Valide empirische Daten über die Repräsentanz Ostdeutscher in Führungspositionen in den wichtigsten Organisationen, Unternehmen und Institutionen in Deutschland konnten bislang auf der Grundlage von drei Studien ermittelt werden (Potsdamer Elitestudie 1995; WZB-Elitestudie 2013; Elitestudie der Hochschulen Leipzig,

Zittau/Görlitz und des DeZIM 2018). Aus diesen lassen sich folgende zentrale Befunde ableiten:

1. Gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil besteht eine personelle Unterrepräsentation der Ostdeutschen in den Elitepositionen Deutschlands. Diese Unterrepräsentation Ostdeutscher besteht selbst in Ostdeutschland.
2. Die personelle Unterrepräsentation hat sich zwischen 1995 und 2022 nicht substantiell verringert.
3. Die personelle Unterrepräsentation variiert erheblich zwischen den gesellschaftlichen Bereichen.

Anteil Ostdeutscher in zentralen Führungspositionen in verschiedenen Studien (in Prozent)

	PE 1995	WZB 2013	BJ 2016; SAJ 2022			ELS 2018
	1995	2013	2004	2015/16	2022	2018/19
Gesamt	11,6	2,8	–	1,7	3,5	11,1
Politik	32	13,585				19,8
Kabinettsmitglieder			8	19	12	
Staatssekretäre			12	5	6	
Wirtschaft	3,5	0				5,3
100 größte Unternehmen in Ostdt .			20	25	20	
Vorstände Dax-Unternehmen		2		1,6	>0,1	
Verwaltung	2,5	4,3				10,3
Wissenschaft	7,3	2,5				1,7
Rekt /Präs .100 größte Hochschulen				0	1	
Rekt /Präs .größte Hochschulen Ostdt .			22	ca .16	17	
Gewerkschaften/AN-Verbände	12,4	0				12,1
Justiz	0	0				1,5
Richter in Ostdt .			11,8	13,3	22	
Vors .Richter in Ostdt .			3,4	5,9	4,5	
Militär	0	0				0
Generäle			0	1	–	
Sicherheit						13,3
Medien	11,8	0				7,8
Vorsitz Rundfunkanst /Presse in Ostdt .			31,6	27,7	–	
Kultur	12,9					9,3
Zivilgesellschaft		0				14,1
Religion		16,7				5,6

Quellen: PE = Potsdamer Elitestudie 1995; WZB = WZB Elitestudie 2013; BJ = Bluhm/Jacobs (2016): Wer beherrscht den Osten?; SAJ = Schönherr/Antusch/Jacobs (2022): Der lange Weg nach oben; ELS = Elitestudie 2018 Universität Leipzig

Die Unterrepräsentation Ostdeutscher in Führungspositionen kann eine Reihe negativer Folgen nach sich ziehen, die bislang nur in Ansätzen für die Gruppe der Ostdeutschen untersucht wurden. In dem durch das BMFSFJ geförderte Forschungsprojekt „Soziale Integration ohne Eliten?“ wurde beispielsweise der Frage nachgegangen, ob die personelle Unterrepräsentation der Ostdeutschen zu der im Vergleich zu Westdeutschland geringeren Demokratiezufriedenheit beiträgt. Im Rahmen dieses Projekts konnte auf der Basis einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung gezeigt werden, dass die Bevölkerung sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland eine Unterrepräsentation der Ostdeutschen in den zentralen Führungspositionen wahrnimmt und negativ beurteilt. Der größte Teil der Bevölkerung betrachtet diese geringere Interessenrepräsentation als grundlegendes Problem.

Am bedeutendsten ist aber, dass diejenigen Ostdeutschen, die ihre eigene Gruppe als unterrepräsentiert wahrnehmen, das Gefühl haben, als Bürger zweiter Klasse behandelt zu werden (Vogel/Zajak 2020). Auch die Zufriedenheit mit dem gesellschaftlichen Zusammenhalt, der Demokratie oder das Vertrauen in den Deutschen Bundestag sind tendenziell bei denjenigen geringer, die Unterrepräsentation wahrnehmen und negativ bewerten.

Politischer Auftrag

In der 19. Legislaturperiode hat die von der Vorgängerregierung eingesetzte Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ in ihrem Abschlussbericht vom 7. Dezember 2020 konstatiert, dass Ostdeutsche auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung deutlich seltener in Spitzenpositionen vertreten sind als es ihrem Anteil an der Bevölkerung entspricht. Aufgrund der beobachtbaren Verstärkung dieses Ungleichgewichts besteht aus Sicht der Kommission dringender politischer Handlungsbedarf. Die Bundesregierung betonte in ihrer Stellungnahme zu den Hand-

lungsempfehlungen der Kommission (Kabinettsbeschluss vom 7. Juli 2021), dass eine angemessene Repräsentation von Ostdeutschen in Führungspositionen im gesamtstaatlichen Interesse liegt.

Die Ampelkoalition versteht diese Empfehlung der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ als politischen Auftrag und hat sich in ihrem Koalitionsvertrag darauf verständigt,

1. die Repräsentation Ostdeutscher in Führungspositionen und Entscheidungsgremien in allen Bereichen zu verbessern und
2. für die Ebene des Bundes bis Ende 2022 hierzu ein Konzept vorzulegen.

Geplante Maßnahmen und erste Schritte

• Bekenntnis zur Vielfalt als Mehrwert für die Gesellschaft

Chancengerechtigkeit und faire Aufstiegsmöglichkeiten in Führungspositionen für alle unterrepräsentierten Bevölkerungsgruppen als Leitbild einführen und in der Bundesverwaltung fest verankern.

• Transparenz schaffen und Ursachenforschung voranbringen

Um zielgerichtete Maßnahmen und Handlungsoptionen zur Erhöhung des Anteils von Ostdeutschen in Führungspositionen in allen Bereichen ableiten zu können, bedarf es regelmäßiger Informationen, basierend auf einer empirischen Datengrundlage unter wissenschaftlicher Begleitforschung.

Dazu wurde am 1. August 2022 das Forschungsprojekt „Elitenmonitor. Personelle Unterrepräsentation der Ostdeutschen in zentralen Führungspositionen: Zeitliche Entwicklung, Mechanismen, Handlungsoptionen“ gestartet.

Auf der Internetseite des Projekts werden regelmäßig über den gesamten Projektzeitraum (bis 06/2025) Zwischenergebnisse veröffentlicht.

- **Bundeskonzzept zur Erhöhung des Anteils von Ostdeutschen in Führungspositionen**

Die Arbeiten am Bundeskonzept haben im Mai 2022 begonnen. Zukünftig ist eine proaktive, regelmäßige Datenerfassung zur Besetzung von Führungspositionen in der Bundesverwaltung geplant. Im Herbst 2023 erfolgt eine Projektbeteiligung an der zentralen Befragung der Bundesverwaltung in Bezug auf fördernde bzw. hemmende Maßnahmen für Karrierewege. Geplant ist darüber hinaus die Entwicklung geeigneter Maßnahmen, die auf eine Erhöhung des Anteils Ostdeutscher in Führungspositionen hinwirken können.

- **Personalpolitik diversitätssensibel gestalten**

Zur Verbesserung von Vielfalt und Repräsentanz sieht der Koalitionsvertrag die Erarbeitung einer ganzheitlichen Diversity-Strategie mit konkreten Fördermaßnahmen und Zielvorgaben für die Personalstrategie der Bundesverwaltung vor. Errungenschaften bei der Gleichstellung der Geschlechter sollen im Rahmen einer ganzheitlichen Diversity-Strategie auch zur Förderung anderer bisher unterrepräsentierter Bevölkerungsgruppen in Führungspositionen, wie Menschen mit ostdeutscher Herkunft, genutzt werden.

- **Ansiedlung von Bundesbehörden und Forschungseinrichtungen in den ostdeutschen Ländern für den Abbau von Repräsentationsdefiziten benachteiligter Bevölkerungsgruppen nutzen**

Bei der Besetzung von Führungspositionen und der Personalgewinnung strukturell benachteiligter Bevölkerungsgruppen sind diese in neu angesiedelten Bundesbehörden und Forschungseinrichtungen stärker in den Blick zu nehmen.

- **Zusammenarbeit mit den ostdeutschen Ländern intensivieren**

Die Verbesserung der Repräsentanz von Ostdeutschen in Führungs- und Leitungspositionen ist eine Aufgabe, die ausschließlich gemeinsam von Bund und Ländern bewältigt werden kann. Bund und Länder haben sich deshalb in der Riemser Erklärung der gemeinsamen Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der ostdeutschen Bundesländer mit dem Bundeskanzler am 13. Juni 2022 zum Ziel gesetzt, den anstehenden Generationswechsel in der öffentlichen Verwaltung, aber auch in Justiz und Wissenschaft, zum Abbau des Repräsentationsdefizits von Ostdeutschen bei der aktuellen Besetzung von Führungspositionen zu nutzen. Dazu erarbeiten Bund und Länder konkrete Maßnahmen, die auf eine Erhöhung des Anteils von Menschen mit ostdeutscher Herkunft in Führungspositionen hinwirken und Nachwuchskräfte fördern.

- **Entwicklung eines systematischen Kommunikationskonzepts durch interne und externe Kommunikationsinstrumente**

Das geplante Kommunikationskonzept verfolgt das Ziel, auf die Unterrepräsentation von Ostdeutschen in Führungspositionen in allen Bereichen öffentlich aufmerksam zu machen und Entscheidungsträger in Personalauswahlverfahren und Besetzungsverfahren für Gremien sowie Förderinstitutionen zu sensibilisieren. Hierbei sollen u. a. auf einer eigenen Projekt-Website die Ergebnisse kommuniziert werden, um unterschiedliche Zielgruppen sowie eine breite Öffentlichkeit zu erreichen.

Freiwilliges Engagement in Ostdeutschland, Extremismusbekämpfung und Demokratieförderung

Bürgerschaftliches Engagement hat in den letzten Jahren einen enormen Aufschwung erfahren. Rund 40 % der Bevölkerung engagieren sich bundesweit freiwillig, sei es in Vereinen und Verbänden, in selbstorganisierten Gruppen bis hin zu Freiwilligendiensten oder im klassischen Ehrenamt.

Engagierte Bürgerinnen und Bürger bringen ihre Kraft und ihre Kreativität ein. Sie tragen damit dazu bei, die Vielfalt und Dynamik gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse zu gestalten, die die Menschen herausfordern – häufig besonders in ländlichen Regionen.

Ein Ziel des Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland ist es deshalb, das bürgerschaftliche Engagement in den ostdeutschen Bundesländern weiter zu stärken und auch mit eigenen Aktivitäten zu unterstützen. Die Engagement-Landschaft, die sich nach 1990 neu formieren musste, ist auch heute noch in ihren Strukturen und in ihrer personellen und finanziellen Ausstattung nicht so nachhaltig gefestigt wie andernorts. Der 2019 gestartete Wettbewerb „MACHEN!“ hat gezeigt, wie wichtig niedrigschwellige Angebote

für Vereine in kleinen Gemeinden in Ostdeutschland sind, um den Zusammenhalt und die Lebensqualität vor Ort zu stärken. Daher wird der Wettbewerb 2023 fortgeführt und die Umsetzung gemeinwohlorientierter Projekte mit einem Preisgeld gewürdigt.¹

Gerade die Transformationserfahrungen in Ostdeutschland sollten stärker mit einfließen, wenn es darum geht, wie Bürgerinnen und Bürger in Veränderungsprozesse besser einbezogen, zivilgesellschaftliche Initiativen, Vereine und Verbände im Umgang mit Krisenfolgen befähigt und Wandel aktiv mitgestaltet werden kann. So ist es möglich, dass strukturelle Krisen zu „Sternstunden der Zivilgesellschaft“ werden, die „das Wirken von Engagierten und ihren Organisationen besonders deutlich“ machen.

¹ Leseberg 2022: Sternstunden der Zivilgesellschaft

Der Angriffskrieg auf die Ukraine und „der damit verbundene schlagartige Zuzug von geflüchteten Menschen, die Hochwasserkatastrophen in den Jahren 2002 und 2021, der Sommer 2015, als Deutschland tausende Geflüchtete aufnahm, oder die Covid-19-Pandemie“ haben sehr deutlich gezeigt, was Menschen an Engagement und Ehrenamt zu leisten im Stande sind und wie hoch die Bereitschaft in Deutschland ist. Die große Bedeutung, die dem bürgerschaftlichen Engagement zukommt, wird in solchen Ausnahmesituationen noch mal besonders deutlich.

Umso wichtiger ist es, die ganz alltäglichen Leistungen der Verbände, Vereine und weiterer ehrenamtlicher Organisationen außerhalb von Krisenzeiten nicht zu vergessen und als gegeben anzusehen. Sie tragen durch ihre Angebote und Aktivitäten ganz wesentlich zur Lebensqualität bei und sind ein Standortfaktor für die Städte und Gemeinden in Ostdeutschland. Insbesondere in strukturschwachen und ländlichen Räumen würde es ohne Engagierte an vielen sozialen Infrastrukturen fehlen.

Hinzu kommt, dass bürgerschaftliches Engagement auch eine große Chance für Integration und gesellschaftliche Teilhabe bietet. Ehrenamtliche Akteure, die durch ihr Engagement Selbstwirksamkeit erfahren und gleichzeitig von staatlichen Stellen Unterstützung erhalten, sind hervorragende Multiplikatoren unserer freien und pluralistischen Gesellschaft. Sie sind selbst die besten Beispiele für deren Gelingen und strahlen damit aus in die lokale Gesellschaft. Daher ist Engagementförderung nicht nur in Ostdeutschland stets auch ein wichtiges Mittel der Demokratiestärkung.

So viel die zivilgesellschaftlich Aktiven mit ihrer Tätigkeit auch ausgleichen und befördern, ehrenamtliches Engagement braucht Strukturen. Insbesondere in Ostdeutschland müssen sie auf allen Ebenen ausgebaut und verstetigt werden. Dazu

gehört auch, eine auf die Bedürfnisse von ehrenamtlich Engagierten abgestimmte, niedrigschwellige finanzielle Unterstützung zu ermöglichen.

Mit der Gründung der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) im Jahr 2020 ist auf Bundesebene erstmals eine zentrale Anlaufstelle für das bürgerschaftliche Engagement und das Ehrenamt in Deutschland geschaffen worden. Der Standort Neustrelitz (Mecklenburg-Vorpommern), als Sitz der Stiftung, wurde bewusst zugunsten einer ländlichen Region in einem ostdeutschen Flächenland gewählt. Ziel der Stiftung ist es, Engagement und Ehrenamt in Deutschland nachhaltig zu stärken und zu fördern und die bürgerschaftlich und ehrenamtlich Engagierten bei den unterschiedlichen und vielfältigen Herausforderungen zu unterstützen.² Im Fokus stehen strukturschwache und ländliche Räume. Die ostdeutschen Bundesländer profitieren besonders von diesen Unterstützungsangeboten.

„Hinzu kommt, dass bürgerschaftliches Engagement auch eine große Chance für Integration und gesellschaftliche Teilhabe bietet.“

Die Stiftung hält umfassende Informations-, Beratungs- und Servicedienstleistungen bereit und fördert auch mit finanziellen Mitteln. So werden mit dem Programm „Engagiertes Land“ lokale Zusammenschlüsse bei der Konzepterstellung sowie Umsetzung von eigenen Maßnahmen vor Ort gefördert. Ein „Mikroförderprogramm“ unterstützt unbürokratisch kleine Projekte mit Fördersummen bis zu 2.500 Euro.

² Bundestags-Drucksache 19/14336.

Dadurch leistet die DSEE einen wichtigen Beitrag auf dem Weg zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in ganz Deutschland und stärkt die Orte, in denen Demokratie und gesellschaftlicher Zusammenhalt erfahren und gefestigt werden können.

Die Regierungsparteien haben sich in ihrem Koalitionsvertrag zudem auf die Neuauflage einer Nationalen Engagementstrategie verständigt, die in einem partizipativen Prozess gemeinsam mit der Zivilgesellschaft und weiteren relevanten Akteuren erarbeitet werden soll. Die strukturellen Besonderheiten in den ostdeutschen Regionen sowie die Erfahrungen der ostdeutschen Zivilgesellschaft bei der Gestaltung von Umbruch- und Wandlungsprozessen werden in die Engagementstrategie Eingang finden.

Extremismusbekämpfung und Demokratieförderung

Der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke und die Anschläge von Halle und Hanau haben gezeigt: Rechtsextremismus ist eine der größten Gefahren für unsere Demokratie. Es gilt, allen verfassungsfeindlichen, gewaltbereiten Bestrebungen entschieden entgegenzutreten – ob Rechtsextremismus, Islamismus, Verschwörungsideologien, Linksextremismus oder jeder anderen Form des Extremismus. Denn extremistische und terroristische Bestrebungen sowie alle Formen der Demokratie- und Menschenfeindlichkeit bedrohen den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das friedliche Zusammenleben substantziell.

Die Bundesregierung wird in Umsetzung der Vereinbarungen des aktuellen Koalitionsvertrags in einem ressortübergreifenden Prozess eine Gesamtstrategie zur Stärkung der Demokratie und gegen Extremismus erarbeiten. Hierbei gilt es, stets beide Seiten der Medaille zu betrachten: die Stärkung der Demokratie von innen heraus durch demokratisches Engagement, politische Bildung und Prävention auf der einen und wirksame Gefahrenabwehr auf der anderen Seite. Nur mit einem ganzheitlichen Ansatz und in gesamtgesellschaftlicher Verantwortung kann der Schutz unserer offenen Gesellschaft gewährleistet werden.

Die Gesamtstrategie wird strategische Ziele und Schwerpunkte der Bundesregierung für eine starke, wehrhafte Demokratie und offene Gesellschaft sowie gegen jede Form von Extremismus aufzeigen. Sie soll Antworten auf die aktuellen Herausforderungen geben, Instrumente und Lösungsansätze herausarbeiten und deutlich machen, wie diese – auch im Zusammenwirken mit Ländern und Kommunen sowie der Zivilgesellschaft – gestärkt werden können. In diesem Rahmen werden auch die Ende 2020 beschlossenen Maßnahmen des Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus weiterentwickelt.

„Nur mit einem ganzheitlichen Ansatz und in gesamtgesellschaftlicher Verantwortung kann der Schutz unserer offenen Gesellschaft gewährleistet werden.“

Am 15. März 2022 hat das Bundesministerium des Innern und für Heimat zudem einen Aktionsplan gegen Rechtsextremismus vorgestellt, der erste wichtige Schwerpunkte im Kampf gegen

Rechtsextremismus in der neuen Legislaturperiode setzt. Die repressiven Maßnahmen umfassen eine verbesserte Entwaffnung von Rechtsextremisten, eine verstärkte Aufklärung der Finanzaktivitäten, um rechtsextreme Netzwerke zu zerschlagen, eine konsequente und ganzheitliche Verfolgung strafbarer Inhalte im Internet sowie eine Vereinfachung der Entfernung von Rechtsextremisten aus dem öffentlichen Dienst. Die präventiven Maßnahmen sehen eine Stärkung der politischen Bildung, insbesondere im Umgang mit Verschwörungsideologien vor Ort und im Internet, sowie die Förderung einer demokratischen Streitkultur vor. Daneben werden Angebote zum Ausstieg aus extremistischen Verschwörungsideologien geschaffen. Hinzu kommen Maßnahmen zum Schutz kommunaler Mandatsträgerinnen und Mandatsträger und zur Würdigung der Anliegen von Opfern des Rechtsextremismus.

Die Bekämpfung von Extremismus, Antisemitismus und Rassismus und der Einsatz für eine offene und vielfältige Gesellschaft bleiben damit auch unter den aktuellen innen- und außenpolitischen Herausforderungen eine gesamtgesellschaftliche und dauerhafte Aufgabe von zentraler politischer Bedeutung. Die Grundpfeiler der Demokratie sind keineswegs selbstverständlich, sie müssen immer wieder von Neuem gestärkt, geschützt und gefördert werden. Denn gesellschaftlich besonders relevante Herausforderungen der jüngsten Zeit wie die Corona-Pandemie und der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, die Verbreitung von Hass und ein menschenfeindliches Klima können Radikalisierungstendenzen begünstigen.

Die Bundesregierung wird ihre bewährten Programme und Maßnahmen im Bereich der politischen Bildung, Demokratieförderung und Extremismusprävention weiter stärken. Darüber hinaus wird sie in Umsetzung des Koalitionsvertrags bis

„Die Grundpfeiler der Demokratie sind keineswegs selbstverständlich, sie müssen immer wieder von Neuem gestärkt, geschützt und gefördert werden.“

Ende 2023 nach breiter Beteiligung ein Demokratiefördergesetz einbringen, um Projekte der Demokratieförderung, der Gestaltung von Vielfalt und der Extremismusprävention nachhaltig zu unterstützen. Ziel ist es, das demokratische Bewusstsein und die Kompetenz in der Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen Einstellungen zu fördern und konsequent gegen Vorurteile, Ressentiments und Hass einzutreten.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Einstellungen zur Politik – Zeitvergleich	92
Abb. 2: Einstellungen zur Politik – Region	93
Abb. 3: Regionale Clusterstrukturen	94
Abb. 4: Einstellungen zur Politik – Cluster	95
Abb. 5: Clusteranalyse: Einstellungen zur Politik I	100
Abb. 6: Clusteranalyse: Einstellungen zur Politik II	101
Abb. 7: Lebenszufriedenheit – Cluster	103
Abb. 8: Zuversicht und Hoffnung – Cluster	103
Abb. 9: Einschätzung regionaler Disparitäten	104
Abb. 10: Beurteilung der Lebensbedingungen vor Ort – Zeitvergleich	105
Abb. 11: Beurteilung der Lebensbedingungen vor Ort – Region	106
Abb. 12: Beurteilung der Lebensbedingungen vor Ort – Cluster	107
Abb. 13: Zuversicht und Hoffnung – Region	107
Abb. 14: Allgemeine Einstellung zur Zuwanderung	108
Abb. 15: Ängste im Zusammenhang mit Zuzug von Asylsuchenden und Geflüchteten	109
Abb. 16: Beurteilung der Deutschen Einheit	110
Abb. 17: Zufriedenheit mit dem Umgang der Bundes- regierung mit der Corona-Pandemie	112
Abb. 18: Einstellungen zu Demonstrationen gegen Corona-Maßnahmen	112
Abb. 19: Zufriedenheit mit der Reaktion der Bundes- regierung auf den Krieg in der Ukraine	113
Abb. 20: Meinungen zum Krieg in der Ukraine	114
Abb. 21: Einschätzung der Risiken des Ukraine-Krieges – Region	114
Abb. 22: Einschätzung der Risiken des Ukraine-Krieges – Cluster	115
Abb. 23: Braunkohlereviere in Deutschland	132
Abb. 24: Unterer Entgeltbereich, 2020	142